

Die Beziehungen der Sozialparteien in der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie

*mit besonderer Berücksichtigung der
Friedensvereinbarung von 1937/1954*

DISSERTATION

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel

vorgelegt

von

ULRICH J. HOSSLI

von Zeihen (Kt. Aargau)

1956

Zürich 1958

Buchdruckerei Schippert & Co., Zürichbergstrasse 22

Die Beziehungen der Sozialparteien in der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie

*mit besonderer Berücksichtigung der
Friedensvereinbarung von 1937/1954*

DISSERTATION

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel

vorgelegt
von

ULRICH J. HOSSLI

von Zeihen (Kt. Aargau)

Zürich 1958

Buchdruckerei Schippert & Co., Zürichbergstrasse 22

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel
auf Antrag der Herren Professoren Dr. Max *Weber* und Dr. Edgar *Salin*

Basel, 7. Dezember 1956.

Prof. Dr. H. Fuchs
Dekan

Meiner lieben Mutter





Digitized by the Internet Archive
in 2026

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung		9
1. <i>Abschnitt</i>	Die Maschinen- und Metallindustrie in der Schweiz	16
1. Kapitel	Geschichtlicher Ueberblick	17
2. Kapitel	Die Stellung der Maschinen- und Metallindustrie auf den Märkten der industriellen Produktionsfaktoren und Produkte	19
	1. Rohstoffversorgung und Absatzmarkt	19
	2. Kapital- und Arbeitsbedarf	28
2. <i>Abschnitt</i>	Die Sozialparteien in der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie	34
1. Kapitel	Die Organisationsverhältnisse	34
	1. Die Organisation bei den Arbeitnehmern	34
	2. Die Organisation bei den Unternehmern	36
2. Kapitel	Die Beziehungen der Sozialparteien in der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie vor 1937	38
	1. Der Standpunkt der Unternehmer	39
	2. Der Standpunkt der Arbeiter	41
	3. Die Interessenkämpfe	43
3. Kapitel	Die Stufen auf dem Wege zum Friedensabkommen	47
3. <i>Abschnitt</i>	Die neue Gestalt der Beziehungsform zwischen den Sozialparteien in der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie	50
1. Kapitel	Die Basis der vertraglichen Abmachungen	51
	1. Die Vertragslegitimation gefestigter Verbände	51
	2. Konstruktive Ideen	53
	3. Die moderne Wirtschaftsstruktur und -theorie	55
2. Kapitel	Die Katalysatoren	57
	1. Die wirtschaftliche und politische Krise	57
	2. Die Gefährdung der gewerkschaftlichen Aktionsfreiheit	62
		5

3. Kapitel	Wortlaut und Auslegung des Abkommens	65
1.	Text	65
2.	Protokollnotizen	67
4. Kapitel	Die Eigenheiten des Kollektivvertrages in der Maschinen- und Metallindustrie	69
1.	Die iuristische Form	70
a)	Der schuldrechtliche Teil	71
b)	Die Zurückhaltung in den materiellen Be- stimmungen	76
2.	Die Wahrung der staatsgewaltfreien Sphäre	79
5. Kapitel	Die Auswirkungen des Friedensabkommens	82
1.	Die Vorteile des Friedensabkommens für die gewerkschaftliche Organisation	83
2.	Die materiellen Fortschritte für die Arbeiter seit 1937	87
a)	Löhne und Teuerungszulagen	88
b)	Kinderzulagen	93
c)	Ferien- Feiertags- und Absenzenentschädi- gungen	95
d)	Sonstige Zuwendungen	96
3.	Die Auswirkungen des Friedensabkommens auf die Konkurrenzstellung der Maschinen- und Metallindustrie	98
4.	Die staatspolitische Bedeutung des Friedens- abkommens	103
6. Kapitel	Die bisherige Entwicklung des Vertragsgedankens	105
7. Kapitel	Das Friedensabkommen im Lichte der Kritik	117
1.	Zustimmung zum Friedensvertrag infolge Ab- lehnung des Klassenkampfes	117
2.	Kritik am Kampfverzicht und an der mate- riellen Inhaltslosigkeit des Vertrages	119
3.	Die orthodox-revolutionäre Lehre	124
	Schlussbetrachtungen	128
	Literatur und Quellenangabe	133
	Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen	138
	Curriculum vitae	139

Vorwort

Das Schrifttum um die soziale Frage, die sozialen Spannungen und Konflikte, die kollektivvertragliche Arbeitsregelung, die Berufs- und Betriebsgemeinschaft, den Arbeitsfrieden usw., ist Legion. In dem immerhin beschränkten Rahmen einer Dissertation kann es sich nicht darum handeln, allen Fragen, die im Laufe der Themabehandlung an den Grenzen des eigentlichen Problemkreises auftauchen, nachzuspüren. Das Ziel unserer Arbeit geht deshalb über die Behandlung von Fragen, die unmittelbar mit dem Verhältnis der Sozialparteien in der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie in Beziehung stehen, nicht hinaus.

Die Anregungen für den Aufbau und die Gliederung sowie für die Grundgedanken der Arbeit gaben in erster Linie die Jahresberichte der Sozialverbände sowie Protokolle und Berichte des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes von internen und paritätischen Konferenzen. Leider war es nicht möglich, vom Arbeitgeberverband Schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller mehr als die Jahresberichte und persönliche Auskünfte zu erhalten. Allfällige Diskussionen, die im Rahmen interner Verhandlungen des Arbeitgeberverbandes um das Friedensabkommen gepflogen wurden, konnten daher nicht beigegeben werden.

Bei der Darstellung von geschichtlichen Ereignissen ist es trotz aller Bemühungen um saubere Sachlichkeit nicht immer möglich, eine subjektive Färbung ganz zu vermeiden. Es schien uns deshalb angezeigt, wo immer möglich die Akteure, welche dem Verhältnis der Sozialparteien in der Maschinen- und Metallindustrie Gesicht und Form aufprägten, selbst sprechen zu lassen, um deren unverfälschte Gedankengänge, Entschlüsse und Urteile zu vergegenwärtigen.

Wir möchten es nicht unterlassen, an dieser Stelle allen herzlich zu danken, die uns bei der Bearbeitung der vorliegenden Dissertation hilfreich beistanden. In erster Linie danken wir den hochverehrten Herren Professoren Dr. Max *Weber* und Dr. Edgar *Salin* für ihre Anregungen, Quellenhinweise und Beiträge aus dem reichen Schatz ihrer langjährigen Studien und Erfahrungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Des weitern gebührt unser Dank den zuständigen Herren des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verbandes, bzw. des Arbeitgeberverbandes der Schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie. Das freundliche Wohlwollen von Herrn Ernst *Wüthrich*,

Zentral-Vize-Präsident des Metall- und Uhrenarbeiterverbandes*) ermöglichte uns freien Zugang zu den Archiv-Akten dieses Verbandes. Herr *Schüpbach*, Sekretär des Arbeitgeberverbandes, scheute die Mühe nicht, sich in mehreren persönlichen Gesprächen ausführlich über den Standpunkt der Arbeitgeber zur Frage des Friedensabkommens mit uns zu unterhalten.

*) Zur Zeit der Drucklegung der vorliegenden Arbeit wurde *Ernst Wüthrich* als Nachfolger des verstorbenen Präsidenten *Arthur Steiner* zum Zentralpräsidenten des Verbandes gewählt.

EINLEITUNG

Formen und Folgen der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entwickelten sich im Zeitalter des Kapitalismus zu einem Problem von grösster Tragweite.

Bis ins 18. Jahrhundert erfolgte die soziologische Schichtung der Bevölkerung der «westlichen Welt» vorwiegend nach dem Offizialprinzip. Hand in Hand mit der Ablösung des patriarchalisch ausgerichteten Wirtschafts- und Sozialgefüges durch das aufkeimende System des Kapitalismus erfolgte die Polarisierung der Bevölkerung in die Klasse der Proletarier und jene der sog. Kapitalisten.

Hinsichtlich Form und Ordnung stellt der Kapitalismus eine verkehrswirtschaftliche Organisation dar, bei der regelmässig zwei verschiedene Bevölkerungsgruppen zusammenwirken. Dabei nehmen die Inhaber der Produktionsmittel die Stellung von Wirtschaftssubjekten ein, während der besitzlose Nurarbeiter als Wirtschaftsobjekt behandelt wird¹⁾. Der Grundidee nach beruht der Kapitalismus auf dem ungehemmten Erwerbsstreben. Er stellt nicht den Menschen in den Mittelpunkt der Wirtschaft, sondern den Gewinn an sich. Getragen ist das Erwerbsstreben von der Idee der Konkurrenz und des Rationalismus. Die Wirtschaftsgesinnung des Kapitalismus ist im Grunde eine Uebertragung der allgemein-sozialphilosophischen These des Individualismus auf die ökonomische Ebene. Die Gesellschaft ist darnach die Summe von gleichen und freien Individuen²⁾.

Aus dieser individualistisch-liberalen Wirtschaftsverfassung hätte noch kein Klassengegensatz entstehen müssen. Entscheidend dafür wirkten die Eigentumsverhältnisse. Zwei Gruppen von Menschen standen einander gegenüber, als sich das individualistisch-verkehrswirtschaftliche Prinzip zu realisieren begann: die Vermögenden und die Habenichtse. Grundsätzlich hatten beide Gruppen freies und gleiches Verfügungsrecht über ihre Person und über ihre Lebensäusserungen. Im Konkurrenzkampf mit dem besitzgestützten Bürger konnte der wirtschaftlich ohnmächtige Arbeiter jedoch nur seine persönliche Leistung einsetzen. Formell stand jedermann das freie Verfügungsrecht über seine Arbeitskraft zu. Weil aber der Arbeiter einzig über das persönliche Produktionsmittel «Arbeit» verfügte, zwang ihn die Besitzlosigkeit, Beschäftigung anzunehmen, wo es auch war. Er wurde fremdbestimmter Lohnarbeiter, der seine Arbeitskraft gegen einen

¹⁾ *Sombart*, *Moderner Kapitalismus*, I, S. 319.

²⁾ *Briefs*, *Gewerbliches Proletariat*.

Marktpreis veräussern musste. «Der Arbeiter kann sich melden wo er will; er kann hinziehen, wohin er will — aber hinein in die Fabrik muss er, weil er einem physiologischen Arbeitszwang unterworfen ist, weil seine Arbeitskraft als sein einziges Gut unter Angebotszwang steht»³⁾. Diese ungleiche Machtstellung auf dem Markt ermöglichte bedenkliche Arbeitsverhältnisse. 16- und 18-Stunden-Tage, Kinderarbeit, mangelnde Betriebssicherheit und hygienische Einrichtungen, geringer Lohn usw. kennzeichneten die einseitig bestimmten Arbeitsbedingungen. In Berücksichtigung dieses doppelten Zwanges, dem der Arbeiter unterworfen war — Notwendigkeit zur «dauernden Reproduktion des Arbeitsverhältnisses»⁴⁾ und Annahme einseitig bestimmter Arbeitsbedingungen — bezeichnete *Boos*⁵⁾ das Arbeitsrecht des manchesterlichen Liberalismus als «Rechtsbrachland».

Wesentlich für die Klassenscheidung ist nicht allein der momentane Stand der Eigentums- und Arbeitsverhältnisse, sondern ebenso deren Dauerhaftigkeit. In der Periode des integralen Liberalismus war der Zustand der Lohnarbeit von dauerhafter Natur. Auch Berufserfahrung und soziale Rechtssetzung ermöglichten kein Heraustreten aus der Nurlohnarbeit. Dem Arbeiter standen die Türen zum sozialen Aufstieg verschlossen, weil der Lohn nicht «akkumulationsfähig» war.

Kaum jemand fand für die Trostlosigkeit der proletarischen Situation schärfere Worte als ein bedeutender kapitalistischer Wirtschaftsführer: *Walter Rathenau*. Die Besitzlosigkeit des Proletariats als Dauereinrichtung geisselte er folgendermassen: «Unsere Zeit ruft nach Staatshilfe, wenn ein Droschkenpferd misshandelt wird, aber sie findet es als selbstverständlich und angemessen, dass ein Volk durch Jahrhunderte seinem Brudervolk frönt, und entrüstet sich, wenn diese Menschen sich weigern, ihren Stimmzettel zur Erhaltung des bestehenden Zustandes abzugeben»⁶⁾. Die Fiktion der Freiheit, welche den sozialen Zustand des Proletariates besonders seltsam erscheinen lässt, entlarvte Rathenau mit folgenden Worten: «Keinen Ruhmestitel schlägt unsere Zeit höher an als die Ueberwindung der Sklaverei . . . So verdingt sich heute der Mensch nicht mehr, sondern schliesst Arbeitsverträge, er ist nicht Knecht, sondern Personal, Arbeitnehmer, Angestellter, er hat keinen Brotherrn, sondern einen Arbeitgeber, und der darf ihn nicht schelten noch strafen. Er kann kündigen und seiner Wege gehen, er darf feiern und wandern, er ist, wie er sagt, ein freier Mann. Und doch seltsam! Gehört er nicht zu den wenigen, die man gebildet und vermögend nennt, so sitzt er nach wenigen Tagen in den Räumen eines anderen Arbeitgebers, bei der gleichen 8-stündigen Arbeitszeit, mit gleichem Lohn und gleichen Genüssen, mit gleicher Freiheit und gleichen Rechten. Niemand zwingt ihn, niemand tritt ihm in den Weg, und dennoch ist sein Leben immer gleichbleibend . . .

³⁾ *Marbach*, Gewerkschaft, Mittelstand, Fronten, S. 16/17.

⁴⁾ *Briefs*, Gewerbliches Proletariat, S. 150.

⁵⁾ Der Gesamtarbeitsvertrag nach schweizerischem Recht, S. 138.

⁶⁾ Von kommenden Dingen, S. 40.

Auch das bürgerliche gesellschaftliche Leben ist frei, aber wiederum seltsam: der Eintritt gelingt nicht. Der Kreis ist heimlich verschlossen, sein Bundesmerkmal ist Geld ... Die Schlüssel des verbotenen Landes heissen Bildung und Vermögen, und beide sind erblich, genau wie das Schicksal des Proletariers erblich ist. Er scheidet aus der Welt mit der Erkenntnis, dass seine Arbeit nicht ihm, nicht seinen Nachkommen, sondern anderen und ihren Nachkommen diene, dass auch ihr Schicksal erblich, vorbestimmt und unentrinnbar ist⁷⁾.

Die soziale Not rief einer Aenderung. Das Sozialprodukt musste gleichmässiger verteilt, die kulturelle Stellung der Arbeiter gehoben und ihre tatsächliche Gleichberechtigung als Vertragspartner gesichert werden. Der Staat zeigte sich anfänglich kaum gewillt, energisch und wirksam einzugreifen. Die notleidenden Arbeiter sahen sich auf Selbsthilfe angewiesen. In Zusammenschluss und solidarischem Handeln der Arbeiter öffnete sich eine Möglichkeit, der Macht der Kapitalisten ein Gegengewicht entgegenzustellen. Gewerkschaften wurden ins Leben gerufen. *Marbach*⁸⁾ definiert sie als: «die dauernde, genossenschaftlich-solidarische Verbindung ganz oder vorwiegend auf Lohn-einkommen angewiesener Arbeitnehmer zwecks Erhöhung des proletarischen Anteils am Sozialprodukt und zwecks Erhöhung der sozial-kulturellen Fremd- und Eigenwertung ihrer Mitglieder». Die Unternehmer sahen in den Arbeiterverbänden eine Bedrohung ihrer Machtstellung auf dem Arbeitsmarkt und lehnten die Gewerkschaften als Sachwalter der Arbeiter ab. Trotzdem blieben die Erfolge der gewerkschaftlichen Bemühungen und Waffen nicht aus. Die Unternehmer antworteten auf diese Erfolge mit der Gründung eigener Organisationen.

Der organisatorische Zusammenschluss der Arbeitsmarktparteien zu Interessengruppen löste die Atomisierung der bürgerlichen Gesellschaft in einzelne, nur durch persönlichen Vertrag verbundene Individuen ab durch eine Gliederung in soziale Gruppen. «Die Fortbildung des Individualismus zu einem Gruppenindividualismus»⁹⁾ erstickte vorerst das Gefühl des Aufeinanderangewiesenseins der beiden Parteien; Gegensätze traten in den Vordergrund und beherrschten das Feld der gegenseitigen Beziehungen.

Die Unternehmer suchten den Ausgleich der Gegensätze auf der betrieblichen Ebene. Wohlfahrtseinrichtungen, Betriebskrankenkassen, Arbeitervertretungen usw. waren Bestandteile diesbezüglicher Pläne. Beim Aufbau der genannten Institutionen spielten jedoch vielfach Motive mit, welche dem aufkeimenden Bewusstsein der Arbeiterschaft zuwiderliefen. Die Gewerkschaften wehrten sich besonders gegen die koalitionsfeindlichen Tendenzen¹⁰⁾ und richteten ihr Augenmerk auf

⁷⁾ Ebenda, S. 62/63.

⁸⁾ Gewerkschaft, Mittelstand, Fronten, S. 21.

⁹⁾ Kistler, Betriebsgemeinschaft, S. 2/3.

¹⁰⁾ Herkner, Arbeiterfrage, S. 189, 198; Gavronsky, Mitspracherecht der Arbeitnehmer, S. 21 ff.

den Abschluss von überbetrieblichen Verträgen mit ebenmässiger Regelung der Arbeitsverhältnisse in weiten Räumen.

Wirtschaftliches Gewicht und politischer Einfluss verhalfen den Gewerkschaften zur Verwirklichung ihrer Ziele. An Stelle von einseitig bestimmten Arbeitsbedingungen traten die Vertragsordnungen der Verbände. Die Vertragsparteien verloren dabei den Charakter ausschliesslicher Interessenvertreter und schlugen, ohne die ursprünglichen Ziele aus dem Auge zu verlieren, vielfach Brücken zwischen «Kapital und Arbeit»¹¹⁾.

In allen Ländern der kapitalistischen Welt öffnete sich im Laufe des 19. Jahrhunderts ein Graben zwischen den sozialen Klassen. Seine Breite und Tiefe aber wurde nicht allein vom Wirtschaftssystem bestimmt. Nationale Besonderheiten in der hergebrachten Lebensgestaltung eines Volkes und wirtschaftliche Eigentümlichkeiten verschwanden mit dem Einzug des kapitalistischen Geistes nicht spurlos. Es ist darum angezeigt, auf die schweizerischen Eigenheiten kurz hinzuweisen.

Der Uebermut des jugendlichen Kapitalismus trieb in unserem Lande sein sozialgefährliches Spiel weniger grausam als in andern Staaten. Gründe dafür liegen in der historischen Entwicklung der Wirtschaftsstruktur unseres Landes. Jahrhunderte der nationalen Bewährungsprobe hatten dem schweizerischen Volkscharakter ihre Spuren eingeprägt. Weder Rohstoffvorkommen noch wichtige Wasserverkehrsstrassen veranlassten den Bau von Riesenbetrieben und industriellen Grossstädten. Die kleinbäuerlichen Bodenbesitzverhältnisse begünstigten lange Jahre hindurch die Heimarbeit und verhinderten die Entstehung von entwurzelten Arbeitermassen¹²⁾. Die enge Verflechtung der Gesellschaftsschichten, Gemeindeskultur, Gemeinschaftsschule und Milizarmee offenbarten den Menschen die allseitigen Nöte und schwächten die Kastenbildung etwas ab¹³⁾.

Die geschichtlichen und strukturellen Besonderheiten unseres Landes vermochten jedoch nicht alle nachteiligen Begleiterscheinungen der neuen Wirtschaftsentwicklung an den Grenzen aufzuhalten. Wenn die sozialen Gegensätze auch weniger scharfe Formen annahmen als in manchen anderen Ländern, öffnete sich die Kluft zwischen einer schwindenden Zahl von Besitzenden und einer wachsenden Masse von Lohnempfängern doch nur zu deutlich. Die neue Bundesverfassung von 1848 hatte das liberale Wirtschaftssystem zum Staatsprinzip erhoben und der junge Bundesstaat war zunächst nicht gewillt, der Kraftentfaltung des Unternehmertums in die Arme zu fallen. Dafür aber kommt dem Bundesstaat von 1848 das unschätzbare Verdienst zu, dass er soziale Auseinandersetzungen auf der

¹¹⁾ Kistler, Betriebsgemeinschaft, S. 6.

¹²⁾ Bratschi, Gewerkschaften im Bundesstaat, S. 11.

¹³⁾ Marbach, Theorie des Mittelstandes, S. 106.

Grundlage von Freiheit und Demokratie ermöglichte¹⁴⁾. Der Kampf-ruf: «Proletarier aller Länder vereinigt euch», den Karl *Marx* und Friederich *Engels* von London aus in die Welt schleuderten, verhallte auch in der Schweiz nicht ungehört. Die revolutionären Ideen und Programme konnten aber die besonderen Bedürfnisse unseres Landes nicht durchgängig befriedigen. Ein Meinungsmonopol, welches die Lehren der Meister übernimmt, verherrlicht und ohne Rücksicht auf die jeweilige wirtschaftlich-soziale Situation zu verwirklichen sucht, bildete sich in der Schweiz nicht. Der Arbeiterbewegung blieb dadurch der sterile Kampf um doktrinaire Spitzfindigkeiten erspart. Der Appell an die Gewalt und das Ziel der rücksichtslosen Vernichtung des wirtschaftlichen Gegners gehörten nicht zu den Programmpunkten der Bewegung.

Das Arbeitsverhältnis beruht im vorherrschend liberalen Staat auf dem individuellen Vertrag des einzelnen Arbeitgebers mit dem einzelnen Arbeitnehmer. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle wurden in der Schweiz während des 19. Jahrhunderts die Arbeitsbedingungen durch Einzelverträge festgelegt. Die in der Folge zutage tretenden sozialen Missstände lösten indessen Strömungen aus, die sich in zwei verschiedenen Richtungen Bahn brachen.

Einerseits sah sich der Staat veranlasst, die physisch notwendigen Mindestarbeitsbedingungen zu garantieren. Bis 1874 lag die Möglichkeit zum Erlass von Arbeiterschutzbestimmungen ausschliesslich in der Kompetenz der Kantone. Nachdem die revidierte Bundesverfassung von 1874 dem Bund eine Handhabe gab, legiferierend in die Arbeitsverhältnisse einzugreifen, wurde im Jahre 1877 das Schweizerische Fabrikgesetz, welches als wichtigste Errungenschaft den Normalarbeitstag von 11 Stunden brachte, durch Volksentscheid gutgeheissen¹⁵⁾.

Andererseits zeigten sich schon im 19. Jahrhundert Ansätze zur kollektiven Festlegung der Arbeitsbedingungen. Es hatte sich herausgestellt, dass im Mittel- und Grossbetrieb das Dienstverhältnis ohne soziale Schäden nicht individuell geregelt werden kann. Als Stufenformen der kollektiven Arbeitsvereinbarungen lassen sich erkennen: die betriebliche Arbeitsordnung, die kollektive Arbeitsordnung eines regional eng begrenzten Gewerbezweiges und schliesslich der moderne Gesamtarbeitsvertrag, bei dem sich die kollektiven Abmachungen zwischen den beidseitigen Berufsverbänden zum Teil über den ganzen Bereich der Schweiz erstrecken.

Die frühesten Kunden von Kollektivverträgen datieren aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Im Jahre 1857 gelang es dem Genfer Schreinergerwerbe, seine Arbeitsbedingungen kollektivvertraglich zu

¹⁴⁾ Art. 56 BV bildet die Grundlage der gesamten Ordnung des Koalitions-wesens: allen Bürgern ist es erlaubt, Vereine zu bilden, wenn diese weder in ihren Mitteln noch in ihren Zwecken staatsgefährlich sind.

¹⁵⁾ Zur Entwicklung der sozialpolitischen Massnahmen in der Schweiz vgl. *Salin*, Von der Sozialpolitik zum Recht auf Arbeit, spez. S. 262 ff.

regeln. Vier Jahre darauf erzielten die Typographen in St. Gallen den gleichen Erfolg¹⁶⁾. Trotz diesen frühen Pionierleistungen erwies sich der schweizerische Boden noch lange Jahrzehnte hindurch als sehr steinig für Kollektivverträge. Objektive und subjektive Schwierigkeiten standen ihrer Verbreitung bis ins zwanzigste Jahrhundert hemmend im Wege¹⁷⁾. Zu nennen sind die Hochhaltung der sakrosankten «Vertragsfreiheit», die peinlich genaue Bewachung der «Persönlichkeitsrechte», dann aber auch die Hindernisse aus den reich parzellierten schweizerischen Verhältnissen und die Exportorientierung verschiedener Erwerbszweige.

Wiederum war es die «Schwarze Zunft», welcher durch den Einheitstarif für das Buchdruckergewerbe im Jahre 1907 die Schaffung des ersten grösseren Kollektivvertragswerkes in der Schweiz gelang. Vier Jahre später folgten die Spengler mit einem Landesvertrag. In diesen Abkommen waren bereits alle wesentlichen Elemente eines modernen Gesamtarbeitsvertrages enthalten¹⁸⁾. Als Folge der inzwischen erstarkten Position der Arbeiterverbände und der Aufweichung des manchesterlichen Liberalismus trat der Kollektivvertrag nach dem ersten Weltkrieg seinen Siegeszug im ganzen Bereich des schweizerischen Gewerbes an.

Weit hartnäckiger als im Gewerbe erwiesen sich die Widerstände gegen kollektive Arbeitsregelungen in der Industrie. Zu mehr als sogenannten Hausverträgen reichte es beispielsweise in der Maschinenindustrie nicht. *Kamber* spricht darum von einer «Ohnmacht des Vertragswesens» in diesem Wirtschaftszweig¹⁹⁾. Die Gründe dieses Rückstandes sind einmal in der äusserst starken Position der Arbeitgeber und deren Verbände zu suchen, welche den «Herr-im-Haus-Standpunkt» weit erfolgreicher verteidigen konnten als die gewerblichen Meister. Zudem gaben die zum Teil sehr hohen Export-Quoten der Industrie den Unternehmern ein zugkräftiges Argument für die Beibehaltung des individuellen Arbeitsvertrages: schematisierte Arbeits- und insbesondere Lohnverhältnisse ohne Anpassungsmöglichkeit an die Fluktuationen in den Konkurrenzländern gefährde die Exportfähigkeit tödlich. *Kamber* gibt der ideologischen Gegensätzlichkeit der Spitzenverbände das Hauptgewicht für die Begründung der ablehnenden Haltung der Unternehmer gegenüber Kollektivverträgen²⁰⁾.

Das Jahr 1937 stellt in der schweizerischen Sozialgeschichte und in der Geschichte der Industrie insonderheit einen Markstein dar. Die Arbeitsmarktparteien der Maschinen- und Metallindustrie, vertreten durch mächtige Verbände, welche bis anhin bei der Bekämp-

¹⁶⁾ vgl. *Salin/Burckhardt*, Gesamtarbeitsverträge, S. 549 ff, spez. S. 553.

¹⁷⁾ ebenda.

¹⁸⁾ vgl. *Gehring*, Entwicklung des Gesamtarbeitsvertrages im schweizerischen Buchdruckergewerbe, spez. S. 21 ff.

¹⁹⁾ Der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband, S. 150 und Anhang.

²⁰⁾ ebenda, S. 149/150.

tung, bzw. der Verteidigung des «Herr-im-Haus-Standpunktes» in ständiger offener oder schwelender Fehde gelegen hatten, unterzeichneten am 19. Juli 1937 das sogenannte Friedensabkommen. Dem Vertragsabschluss kommt das Verdienst zu, den Bann, der bisher über der genossenschaftlichen Idee in der Industrie gelegen hatte, gebrochen zu haben. In der Tat konnte fortan niemand mehr zu den Argumenten der Exportorientierung und der unternehmerischen Freizügigkeit Zuflucht nehmen, nachdem die hervorragendste Exportindustrie und Hochburg des liberalen schweizerischen Unternehmertums dem Gedanken der Solidarität auf der Grundlage von vertraglichen Abmachungen Einlass gewährt hatte. Der zweite Weltkrieg konnte die Ausbreitung von Kollektivverträgen in der Industrie nur verzögern, nicht aufhalten. Unmittelbar nach Kriegsende setzten verschiedene Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände wichtiger Industriezweige ihre Unterschriften unter Gesamtarbeitsverträge²¹⁾.

Die Vereinbarung von 1937 stellt einen Höhepunkt und zugleich einen Anfang dar. Zenit insoweit, als sie frühere Bestrebungen, die Klassengegensätze auf freiheitlicher und demokratischer Basis zu überbrücken, krönte. Die Schaffung der neuen Beziehungsform auch in der Industrie aber bedeutete den Beginn einer Bewährungsprobe.

Mit diesen skizzenhaften Einleitungsworten ist das Ziel der vorliegenden Arbeit umrissen: es gilt einerseits, Bedingungen und Verhältnisse aufzuspüren, die zum Friedensabkommen von 1937 führten. Andererseits sind Erfahrungen, welche sich nach dem Vertragsschluss sammelten, zu beleuchten, die Stimmen von Freund und Feind zu beachten und besondere Probleme, die sich aus der Vereinbarung ergaben, zu sondieren.

²¹⁾ vgl. S. 69 dieser Arbeit.

Erster Abschnitt

Die Maschinen- und Metallindustrie in der Schweiz

Die Regelung der Arbeitsbedingungen und die politische und ökonomische Wirkungstiefe der Sozialverhältnisse in einem bestimmten Wirtschaftszweig hängt weitgehend von seiner Struktur und seiner Stellung innerhalb der Gesamtwirtschaft ab. Aus diesem Grunde sind Ursachen und Bedeutung der Friedensvereinbarung in der Maschinen- und Metallindustrie bei einer isolierten Betrachtung des Vertragswerkes nicht zu erfassen. Es muss hineingestellt werden in den weiteren Rahmen der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge. Nur bei Berücksichtigung der Hintergründe, auf welchen der Vertragsgedanke reifte und später seine Früchte trug, ist eine Würdigung möglich. Zu den Aufgaben dieses Abschnittes gehört darum die Profilierung des Industriezweiges, welcher als Hochburg der «Herren im Hause» lange Jahrzehnte hindurch Walstatt der gegensätzlichen Anschauungen von Unternehmern und Gewerkschaft war.

Die Entstehungsgeschichte der schweizerischen Metall- und Maschinenindustrie ist zu bekannt, als dass sie mehr denn einer summarischen Beschreibung bedürfte.

In ihrem Verhältnis zu den Märkten der industriellen Produktionsfaktoren und Produkte zeichnet sich die schweizerische Maschinen- und Metallindustrie durch hohe und spezifische Ansprüche aus. Die Kapitalsummen, deren unser Industriezweig für Produktionsanlagen, Vorräte und Betrieb bedarf, übersteigen alles, was in anderen Wirtschaftszweigen üblich ist¹⁾. Die Maschinen- und Metallindustrie ist als Rohstoffimporteur und Exportindustrie auf Gedeih und Verderb mit dem Weltmarkt verknüpft. Die Qualitätsproduktion verlangt den Einsatz einer grossen Schar tüchtigster Berufsarbeiter.

¹⁾ Lavater, Der Daseinskampf in der Maschinenindustrie, S. 18 ff.

Mit dem Hinweis auf die exponierte Stellung der Maschinen- und Metallindustrie auf dem Kapital-, Absatz- und Arbeitsmarkt eröffnet sich die Frage nach ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung. Inland-investitionen, Exportvolumen und breite, kaufkräftige Bevölkerungsschichten zählen zu den wichtigsten ökonomischen Promotoren. Andererseits bedeuten Fehlentwicklungen dieser Faktoren schwere Gefahren für ein Land. Die Schlüsselstellung der Maschinen- und Metallindustrie ergibt sich demnach aus der Tatsache, dass dieser Wirtschaftszweig an der Gestaltung der wichtigsten Determinanten des Volkseinkommens hervorragend beteiligt ist.

1. Kapitel:

GESCHICHTLICHER ÜBERBLICK²⁾

Die Anfänge der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie reichen bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts zurück. Sie liess sich nicht als Ableger einer prosperierenden ausländischen Industrie bei uns nieder, sondern trat als Hilfszweig der alteingesessenen Textilindustrie ins Leben und ging aus kleinen Anfängen hervor.

Der Ruhm der englischen Spinnmaschine war schnell in die Schweiz gedrungen. Schon im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts zählte man in der Nordost-Schweiz einige mechanische Baumwollspinnereien. Für jede Spinnerei ergab sich bald die Notwendigkeit, eigene Reparaturwerkstätten zu unterhalten. Diese sollten zur Wiege der schweizerischen Maschinenindustrie werden. Schäden und Störungen führten zum Studium des Mechanismus und zur Verbesserung der Maschinen. Hier und dort versuchte ein findiger Kopf die Erstellung neuer Konstruktionspläne. Die Proben verdichteten sich zu einer regelrechten Fabrikation. Die napoleonische Kontinentalsperre bot ihr vorübergehend unerwartete Entwicklungsgelegenheiten. Die Verbindung mit der Textilindustrie hielt sich in der Ostschweiz noch während langen Jahren aufrecht. Allmählich aber strebten die Konstruktionswerkstätten nach einer besseren Organisation des Maschinenbaus. Nachdem man angefangen hatte, für Rechnung Dritter zu arbeiten, war eine Trennung beider Produktionsrichtungen unumgänglich. In einzelnen Fällen kam es sogar zur Aufgabe des ursprünglichen Geschäftes zugunsten der Konstruktion mechanischer Spinnstühle, so bei der 1805 von *Hans Kaspar Escher* gegründeten Spinnerei zur Neumühle in Zürich, der späteren Firma Escher Wyss & Co. Von anderen Pionieren der Maschinenindustrie ist zu nennen *Johann Jakob Rieter*. Seine Firma ging im Jahre 1824, in Anlehnung an die Spinnerei Nie-

²⁾ vgl. *Lincke*, Die Schweizerische Maschinenindustrie. *Casanova*, Entwicklung der schweizerischen Maschinenindustrie während des Weltkrieges und in der Nachkriegszeit. *Hummeler*, Maschinenindustrie, Hdb. d. schweiz. Volkswirtschaft, S. 167 ff., *Weckerle*, Die Maschinenindustrie.

dertöss, zum Bau von Spinnereieinrichtungen über. In ähnlicher Weise entstand 1828 die Giesserei und mechanische Werkstätte in St. Georgen.

Nach der Spinnmaschine wurde die Einführung des mechanischen Webstuhles zur Lebensfrage der Textilindustrie. Deren Fabrikation wurde ebenfalls zuerst in den an Webereien angegliederten Reparaturwerkstätten aufgenommen. Bahnbrechend wirkte hierin *Caspar Honegger* von Rüti, dessen Webstühle Mitte des letzten Jahrhunderts schon weite Verbreitung fanden. Durch das Aufkommen der Stickmaschinen und mit der stärkeren Mechanisierung der Papierfabriken und Getreidemühlen erhielt die Maschinenindustrie neue Tätigkeitsgebiete. In der fabrikmässigen Herstellung der Stickmaschine machte sich vorab *Adolph Saurer* in Arbon einen Namen. Die Gebrüder *Bühler* in Uzwil verlegten sich auf den Bau von Müllereimaschinen. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts setzte die Verbreitung der Dampfmaschine und der Bau von Eisenbahnen ein.

Die Anfänge der heute unter der Firma Gebrüder Sulzer in Winterthur weltbekannten Fabriken gehen ins Jahr 1834 zurück. Ihren Namen hat sie sich auf dem Gebiete des Dampfmaschinenbaus gemacht. 1871 machte sich die Schweizerische Lokomotiv- und Maschinenfabrik in Winterthur an den Bau von Dampflokomotiven. Kurz darauf eröffnete die Maschinenfabrik Oerlikon ihren Betrieb.

Gegen Ende des letzten Jahrhunderts begann eine neue Periode in der Geschichte der Maschinenindustrie. Nachdem es möglich geworden war, elektrische Energie auf grössere Entfernungen zu übertragen, trat die Elektrizität ihren Siegeszug an. Für die Schweiz mit ihren zahlreichen Flüssen und Seen war die Möglichkeit, die Wasserkraft in elektrische Energie zu verwandeln und nach beliebigen Orten zu leiten, von unermesslicher Bedeutung. In der Elektrotechnik fand die Maschinenindustrie ein dankbares Tätigkeitsgebiet, auf dem seit Ende des 19. Jahrhunderts bis heute glänzende Erfolge zu Tage traten. An die Spitze der elektro-technischen Unternehmen der Schweiz stellten sich die Maschinenfabrik Oerlikon und die Brown Boveri in Baden. In den Beginn unseres Jahrhunderts fällt die Einbürgerung der Automobilfabrikation in der Schweiz. Mangelnder Rückhalt eines genügenden einheimischen Marktes für Personenwagen und mächtige ausländische Konkurrenz zwangen von Anfang an zur Herstellung von Lastwagen und Autocars.

Zur geschilderten Entwicklung haben die schweizerischen Eisenwerke, deren erste die Ludwig von Roll'schen Eisenwerke im Kanton Solothurn, das von Moos'sche Walzwerk bei Luzern und die Giesserei von Georg Fischer bei Schaffhausen waren, nicht wenig beigetragen. Naturgemäss wuchs zwar die Einfuhr von ausländischem Eisen und Stahl rasch an. Nichtsdestoweniger sind die Produkte der angeführten Werke noch heute Gegenstand einer nutzbringenden Industrie.

Zu den blühendsten Zweigen der Metallindustrie zählt heute die Herstellung von Aluminium. Ihre Entwicklung hat alle Erwartungen

übertraffen. Etwa um 1890 begann die Verwendung des weissen Metalls für industrielle Zwecke. Die Aluminiumfabrikation auf elektrolytischem Wege verfügt in der Schweiz über hervorragende Anlagen.

Neue Beschäftigungsmöglichkeiten in der Metallindustrie ergaben sich auf der sich ständig steigernden Verwendung von Kupfer, Messing, Aluminium usw. für industrielle Zwecke, Haushaltartikel, Blechfabrikation, Flüssigkeitsbehälter usw.

Die massgebenden Firmen der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie sind trotz gewaltiger wirtschaftlicher, sozialer, technischer und politischer Wandlungen in fast unangetasteter Vollständigkeit erhalten geblieben. Diese Kontinuität beweist, wie sehr dieser Industriezweig dem inneren Wesen von Land und Volk entsprechen muss. Die Absatz- und Verkehrsnachteile aus dem Standort hätten ihn sonst längst erdrückt³⁾.

2. Kapitel:

DIE STELLUNG

DER MASCHINEN- UND METALLINDUSTRIE AUF DEN MÄRKTEN DER INDUSTRIELLEN PRODUKTIONS- FAKTOREN UND PRODUKTE

Eine Skizze der metallindustriellen Marktlage in der vorliegenden Arbeit kann lediglich das Ziel haben, auf diesem Hintergrund die Bedeutung der Arbeitsverhältnisse in unserem Wirtschaftszweig hervorzuheben. Eingehende Untersuchungen der Marktsituationen gehören in den Aufgabenkreis spezieller Arbeiten⁴⁾.

1. Rohstoffversorgung und Absatzmarkt

Folgende Merkmale kennzeichnen die ideale Rohmaterialversorgung⁵⁾: genügende Menge, stetiger Fluss, geringfügige Preisschwankungen und hohe, gleichförmige Qualität der Werkstoffe. Zur Preisfrage ist beizufügen, dass die Kosten der Rohmaterialversorgung einer bestimmten Industrie auf dem gleichen oder tieferen Niveau liegen sollten wie jene ihrer Konkurrenten. Während der Jugendzeit unserer Maschinenindustrie lieferten die jurassischen Böhnerze eigenes Eisen von vorzüglicher Qualität. In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts aber musste das heimische Holzkohleneisen dem billige-

³⁾ Lincke, Verein Schweizerischer Maschinenindustrieller, S. 9.

⁴⁾ vgl. Saner, Der Schweizerische Maschinenexport. Zollinger, Die Finanzierung der schweizerischen Maschinenindustrie.

⁵⁾ Beckerath, Grossindustrie und Gesellschaftsordnung, S. 109.

ren Kokseisen des Auslandes weichen⁶⁾). Damit rückten die wichtigsten Rohmaterialienquellen ausserhalb den Bereich der schweizerischen Politik. Auf besondere Berücksichtigung ihrer Wünsche durfte die Maschinenindustrie nicht mehr hoffen. Nur Verhandlungskunst und wirtschaftliche Stärke konnten fortan den Weg zu den Mineralien ebnen. Nach zwei Weltkriegen mit Blockaden und Gegenblockaden muss der Nachteil dieser starken Auslandabhängigkeit nicht besonders unterstrichen werden. Für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Maschinenindustrie auf dem Weltmarkt wirken neben politischen Wirren auch die Transportkosten hemmend. Die Rohstoffpreise spielen in der Maschinenindustrie eine entscheidende Rolle. *Wolfer*⁷⁾ gibt den durchschnittlichen Wertanteil der Rohstoffe am Verkaufspreis mit 30 bis 40% an.

In ähnlicher Weise wie die Rohstoffversorgung illustriert der Absatz die Verbundenheit der Maschinenindustrie mit dem Weltmarkt. Fähigkeit und Bereitschaft des Auslandes, einen guten Teil des Ausstosses zu übernehmen, bildet für unseren Industriezweig eine Existenzfrage. Neben der Härte des internationalen Konkurrenzkampfes aus den hohen Aufwendungen für ausländische Roh- und Betriebsstoffe, tritt für die Schweiz ein anderer Umstand erschwerend hinzu: sie kann ihren Ausfuhrhandel nicht als Ergänzung des normalen Inlandabsatzes betreiben. Es ist ihr Hauptgeschäft. Dadurch ist unsere Maschinenindustrie gezwungen, den Konkurrenzvorsprung grosser Länder, welche auf der Grundlage eines an sich genügenden und gesicherten Binnengeschäftes den Export zu vorteilhafteren Bedingungen durchführen können, auszugleichen⁸⁾). Während der Inlandmarkt der Konkurrenzländer oft durch grosse Staatsaufträge einen kräftigen Rückhalt bekommt, zeigt sich die öffentliche Hand in der Schweiz als verhältnismässig schwache Abnehmerin. Der Ansporn zu gross-angelegten Neuentwicklungen und die finanzielle Garantie durch den Riesenbedarf der Kriegs-, Marine- und Luftfahrtsministerien fehlen in unserem Land. Weder die Waffenkonstruktion noch die Entwicklung der Lastwagenindustrie erfolgte beispielsweise auf Grund von Grossbestellungen oder Zusicherungen der schweizerischen Armee. Die Bundesbahnen können trotz ihres Interesses für den Lokomotivbau mit ihren Aufträgen der Kapazität der entsprechenden Fabriken nicht entsprechen⁹⁾).

Die neuesten Angaben über den Exportanteil an der Gesamtproduktion der wichtigsten schweizerischen Industriezweige stammen aus einem Aufsatz von Prof. *Gasser* und Dr. *Kneschaurek*¹⁰⁾). In diesem Aufsatz wird die Exportquote der gesamten Maschinen- und Appa-

⁶⁾ *Weckerle*, Die Maschinenindustrie, S. 20.

⁷⁾ NZZ No. 448, 20. Februar 1955.

⁸⁾ *Beckerath*, a. a. O., S. 177.

⁹⁾ *Lavater*, Der Daseinskampf in der Maschinenindustrie, S. 8 ff.

¹⁰⁾ Die Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Exportindustrie in der Nachkriegszeit. in: *Aussenwirtschaft* 11, H. I, 1956, S. 21.

rateindustrie auf 70% des Totalaustosses geschätzt. Der prozentuale Exportanteil hielt sich demnach im Laufe eines Vierteljahrhunderts ziemlich konstant, während der absolute Wert der Ausfuhr um fast das zehnfache, nämlich von 180 Millionen Franken im Durchschnitt der Jahre 1923/25 auf 1636 Millionen im Jahre 1955 gestiegen ist¹¹⁾.

Von den einzelnen Maschinenkategorien halten nach den Angaben von *Gasser/Kneschaurek* die Textilmaschinen mit einem Ausfuhranteil von 90% die Spitze der Exportintensität, gefolgt von den Werkzeugmaschinen mit 80% und den elektrischen Apparaten mit 75%¹²⁾.

Die Prozentanteile, welche die Uhren- und einzelne Zweige der Chemischen und der Textilindustrie von ihrer Gesamtproduktion ausser Landes absetzen, liegen zwar noch etwas über jenen der Maschinen- und Apparateindustrie. Wertmässig betrachtet steht diese mit einem Exportbetrag von über anderthalb Milliarden Franken allen anderen voran.

Tabelle 1

Exportquoten der schweizerischen Hauptindustrien im Jahre 1954¹³⁾

Industrie	Export in % der Gesamt- produktion	Export 1954 in Mio. Fr.
Maschinen- und Apparateindustrie	70	1520
Davon:		
Textilmaschinen	90	285
Werkzeugmaschinen	80	225
Elektrische Apparate	75	380
Uhrenindustrie	95	1050
Chem. Industrie	60	900
Textilindustrie	45	650

Die überaus hohen Ausfuhrquoten liefern eine einleuchtende Erklärung für die funktionelle Abhängigkeit des Beschäftigungsgrades vom Export in der Maschinenindustrie. Tatsächlich ist es unmöglich, ohne ergiebige Aufträge des Auslandes den Personalbestand ihrer Betriebe aufrechtzuhalten.

¹¹⁾ ältere Schätzung der Exportquote vgl. *Reichlin*, Die schweiz. Maschinen- und Metallindustrie als Arbeits- und Verdienstquelle, in: *Zeischr. f. Stat. u. Volksw.*, 62, 1926. Ueber internationale Produktionskostenvergleiche, speziell in der Maschinenindustrie, vgl. Mitteilung 12. der Kommission f. Konjunkturbeobachtung, in: *Die Volkswirtschaft*, IX, H. 1, 1935, S. 4. *Cattani*, Die Produktionserhebungen in der schweizerischen Maschinenindustrie während des Weltkrieges und in der Nachkriegszeit, S. 166 ff.

¹²⁾ Näheres zum Export der einzelnen Branchen in die versch. Absatzgebiete, vgl. *Göldi*, Der Export der schweiz. Hauptindustrien während der Kriegszeit 1939—1945, spez. S. 47—67. Auch: *Saner*, Der schweiz. Maschinenexport von 1930—1945.

¹³⁾ *Gasser/Kneschaurek*, a.a.O., S. 21.

Von ebenso vitaler Bedeutung wie der Zusammenhang zwischen Export und Beschäftigungsvolumen ist für die Maschinenindustrie der Zusammenhang zwischen Ausfuhr und Forschung. Die Fabriken sind nicht in der Lage, ohne einträgliches Auslandgeschäft die hohen Kosten für Versuchszwecke zu tragen. Ununterbrochene konstruktive Arbeit im Laboratorium ist zur Erhaltung und Ausweitung der Absatzfelder unumgänglich, besonders im heutigen Stadium der industriellen Entwicklung in der Welt, wo die Schweiz ihre Monopolstellung für Qualitätsarbeit weitgehend eingebüsst hat. Die Interessenten für Produkte der Metallbranche betrachten Qualitätsausführung als selbstverständliche Voraussetzung. Entscheidend für die Auftragserteilung wirkt der technische Vorsprung der Lieferfirma¹⁴⁾.

Tabelle 2

Ein eindruckliches Bild von der Relation zwischen Exportvolumen und Beschäftigungsgrad in unserem Wirtschaftszweig vermittelt folgende Tabelle aus dem Statistischen Jahrbuch der Schweiz für 1955:

Jahr	Ausfuhr an				Zahl der stellenlosen Metall- arbeiter
	Maschinen	Apparate und Instrumente	Aluminium und Aluminiumwaren	Total	
	in Millionen Franken				
1920	282.9	50.0	30.5	363.4	665
1929	242.2	68.5	55.6	366.3	475
1935	98.8	29.2	29.0	157.0	11'347
1937	170.2	47.2	57.5	274.9	7'473
1938	206.9	56.9	73.1	336.9	6'063
1949	780.6	224.4	51.9	1'056.9	885
1953	1'048.1	334.4	80.6	1'463.1	336
1954	1'100.7	380.7	77.2	1'558.6	221

Die hervorragende Bedeutung der Maschinen- und Metallindustrie für die schweizerische Volkswirtschaft einerseits und ihre exponierte Ausfuhrorientierung andererseits liessen diesen Erwerbszweig immer wieder ins Zentrum der Problemkreise um die Arbeitsbeschaffung, der Reduktion des Exportrisikos durch öffentliche Hilfe, der internationalen fabrikatorischen Ausdehnung und der Absatzförderung durch industrielle Zusammenarbeit treten.

In der Diskussion um die Möglichkeiten und Massnahmen zur Bekämpfung künftiger Arbeitslosigkeit weisen nicht nur die am Export

¹⁴⁾ vgl. Mitteilungsblatt Nr. 2, Juli 1949, S. 13.

Auch Prof. *Eichelberg* stellte die schöpferische Entwicklungsarbeit als zentralen Faktor zur Förderung der Exporte dar. Die reine Fabrikationsqualität habe ihre Anziehungskraft verloren, weil sie heute Gemeingut der Welttechnik sei. (Eidg. Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung: Konferenz der an der Förderung industrieller und gewerblicher Arbeitsbeschaffung interessierten öff. und privater Kreise, «Schweiz. Archiv für angewandte Wissenschaft und Technik», Sonderheft 1937).

interessierten Unternehmer, sondern auch neutrale Stellen darauf hin, dass über das Schicksal der Maschinenindustrie ausserhalb der Einfluss-sphäre unserer Politik entschieden wird. Sein Lauf und damit die Beschäftigung der Arbeitskräfte könne deshalb nicht durch Kunstgriffe erzwungen, sondern nur durch weitgehende Anpassung an die Verhältnisse im Ausland günstig gestaltet werden. In diesem Sinn äusserte sich beispielsweise der Delegierte für Arbeitsbeschaffung in seinem ersten Zwischenbericht, wo er ausführt, dass selbst ein grosszügig geplantes Arbeitsbeschaffungsprogramm die Exportquote der Maschinenindustrie kaum ersetzen könne. Antizyklische Konjunkturpolitik und Arbeitsreserven vermöchten lediglich die Stabilisierung der Binnenbeschäftigung etwa zu sichern¹⁵⁾.

Dank ihren hohen Exportquoten war die Maschinenindustrie prädestiniert, an der Verwirklichung eines Institutes zur Reduktion des Exportrisikos mit Hilfe des Staates massgebend mitzuwirken. Das Bedürfnis zu staatlichen Stützungs-massnahmen hatte seine Ursache in den Wandlungen im internationalen Wirtschaftsverkehr in der Zwischenkriegszeit und besonders während der Dreissigerjahre. Durch die wirtschaftlichen und politischen Umwälzungen wurde damals das internationale Kreditgefüge von Grund auf erschüttert. Es stellten sich Risiken auf den Gebieten des Transfers, der Moratorien, der Devisenbewirtschaftung und der Währungsabwertung ein, die unter dem früheren Szepter der liberalen Wirtschaft und des Goldstandards kaum virulent gewesen waren. Die schweizerische Maschinenindustrie sah sich in der Folge vor die Alternative gestellt, entweder ihre Lieferungen einzustellen oder den kapitalschwachen Kunden langfristige Kredite einzuräumen, d. h. die Kapitalbildung im Exportbestimmungs-land zu bevorschussen und damit in die Rolle der kapitalexportierenden Banken und Kapitalisten einzutreten. Dass diese Rolle unter den labilen Verhältnissen der Zwischenkriegszeit an schwere Risiken geknüpft war, braucht nicht besonders unterstrichen zu werden.

Die Schweiz und insbesondere ihre Maschinenindustrie versuchte dieser misslichen Lage Herr zu werden durch die Verwirklichung der staatlichen *Export-Risikogarantie*¹⁶⁾. Sie geht zurück auf einen Bundesbeschluss vom 28. März 1934 und wurde im Bundesgesetz über die Export-Risikogarantie vom 6. April 1939 gesetzlich verankert.

Das System der Export-Risikogarantie basiert auf einer Unterscheidung zwischen kommerziellen und politischen Exportrisiken.

¹⁵⁾ Zipfel, O., Arbeitsbeschaffung in der Kriegs- und Nachkriegszeit. Zwischenbericht des Delegierten für Arbeitsbeschaffung, Zürich 1942.
vgl. auch Böhi, H., Volkswirtschaftliche Voraussetzungen erfolgreicher Arbeitsbeschaffung, Bern 1944.

¹⁶⁾ Ueber die speziellen Risiken des Exporteurs, die Gründe für die Einführung der Exportrisikogarantie und deren Handhabung in der Praxis sowie über die privat- und volkswirtschaftliche Bedeutung der Risikogarantie orientiert eingehend: Killias, Die Exportrisikogarantie des Bundes, vgl. auch Osterwalder, Die Exportrisikogarantie des Bundes.

Während der Privatwirtschaft die uneingeschränkte Uebernahme der ersteren zugemutet wird, nimmt der Bund einen Teil der letzteren auf sich. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Export-Risikogarantie beruht auf ihrer Aufgabe, die Finanzierung der Exportgeschäfte zu erleichtern und dadurch im Interesse einer gesunden Arbeitsmarktpolitik zu wirken. Die staatliche Exporthilfe der Schweiz kann dieser Aufgabe umso eher gerecht werden, als die Risikogarantie kaum einen aggressiven Charakter aufweist und entsprechend Retorsionsmassnahmen mit Mitteln aus der handelspolitischen Rüstkammer des Neo-Merkantilismus kaum herausfordert.

Die Export-Risikogarantie hat im Laufe einer zwanzigjährigen Tätigkeit Garantien erteilt für Geschäfte im Gesamtbetrag von nahezu 8000 Millionen Franken mit einer Garantiesumme von etwas über 4000 Millionen. Die Risikogarantie hat sich somit zu einem wertvollen Instrument zur Förderung des Exportes entwickelt und stellt heute eine wichtige Form der Arbeitsbeschaffung dar. Die Risikogarantie hat den verschiedenen Exportfirmen ermöglicht, Geschäfte abzuschliessen, dank denen in zwanzig Jahren Löhne im schätzungsweise Betrag von 3000 Millionen ausbezahlt werden konnten. Die Nettoschadenzahlungen belaufen sich im gleichen Zeitraum auf lediglich 3,6 Millionen Franken¹⁷⁾.

Die mannigfachen Schwierigkeiten, die sich aus der Zwangslage, durch Export für den kargen Inlandabsatz einen Ausgleich zu schaffen, ergeben, stellten die schweizerische Maschinen- und Metallindustrie schon sehr früh vor die Probleme der *internationalen fabrikatorischen Ausdehnung, der industriellen Auswanderung und der Auslandsbeteiligungen*¹⁸⁾.

Die Motive der fabrikatorischen Ausdehnung liegen einerseits im vitalen Drang des kapitalistischen Unternehmers nach Expansion seines Geschäftes. Andererseits ist der Ausdehnungsprozess aber auch häufig bedingt durch wirtschaftliche Notwendigkeiten von aussen. Die schweizerische Maschinenindustrie versucht immer wieder, durch einen fabrikatorischen Vorstoss über die Landesgrenzen, Erschwerungen zu meistern, die ihr aus der Verschlechterung der Konkurrenzstellung gegenüber dem Ausland erwachsen. Die Erschwerungen sind einmal zurückzuführen auf die Gunst der Standortsfaktoren von Konkurrenten; dann auf staatliche Eingriffe in den freien Fluss des internationalen Güterverkehrs; schliesslich auf das rein geistige Moment des nationalistischen Ressentiments gegenüber allem Ausländischen¹⁹⁾.

Der internationale Ausdehnungsprozess der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie erfolgte unter den verschiedensten Formen. Erwähnt seien:

¹⁷⁾ vgl. J. ber. des VSM für 1955, S. 11. Die VSM Jahresberichte orientieren laufend über die Exportrisikogarantie.

¹⁸⁾ Näheres zu diesen Begriffen vgl. *Hofer*, Die ind. Auswanderung unter bes. Berücksichtigung der schweiz. Exportindustrie. *Sulzer*, Auslandsfabrikation S. 8/9.

¹⁹⁾ vgl. *Sulzer*, a. a. O., S. 10. *Hofer*, a. a. O., S. 8—10.

- Neugründungen von Unternehmen im Ausland als Filialen oder Tochtergesellschaften²⁰⁾.
- Käufliche Uebernahmen von bereits bestehenden ausländischen Fabriken²¹⁾.
- Anlehnung der schweizerischen Firmen an florierende Unternehmen im Ausland durch finanzielle Beteiligung²²⁾.
- Lizenzverträge, bei denen das schweizerische Unternehmen das Fabrikations- und Verkaufsrecht für bestimmte Produkte und Gebiete an die fremde Firma gegen Entgelt überlässt. Die Lizenzverträge können recht differenzierte Bestimmungen über Fabrikate und Verkauf enthalten. Sehr oft wird die Herstellung von Maschinenteilen, welche hochwertige Präzisionsarbeit erfordern, dem Stammhaus reserviert. Die meisten Firmen der schweizerischen Maschinenindustrie weisen eine lange Kette von Lizenzabkommen mit Unternehmen in fast allen europäischen und aussereuropäischen Industriestaaten auf²³⁾.

Die privat- und volkswirtschaftlichen Vor- und Nachteile der fabrikatorischen Ausdehnung über die Landesgrenze sind von deren Handhabung durch die expandierenden Firmen und von den politischen Verhältnissen in den Bestimmungsländern abhängig. Solange die inländische Stammfirma es versteht und gewillt ist, geistiges Zentrum und technischer Brennpunkt einer weltweit verzweigten Fabrikation zu bleiben, können der einheimischen Wirtschaft daraus namhafte Vorteile entstehen²⁴⁾. Hingewiesen sei auf

- die Ermöglichung eines engen Zusammenwirkens, eines fruchtbaren Austausches von Erfahrungen und einer erleichterten Erschliessung des fremden Marktes²⁵⁾.
- die Förderung und Sicherung der Existenzgrundlage und Konkurrenzfähigkeit des Stammhauses durch Erweiterung des Absatzmarktes. Diese Möglichkeit ist dann gegeben, wenn durch die fabrikatorische Expansion — sei es in Form von industrieller Partialauswanderung oder Lizenzverträgen — dem Stamm-

²⁰⁾ *Beispiele*: Brown, Boveri & Cie. Mannheim (vgl. 50 Jahre Brown Boveri 1891—1941, Baden 1941, S. 52/53). Werk Ravensburg der Escher Wyss vgl. 150 Jahre Escher Wyss 1805—1955, Zürich 1955, S. 20).

²¹⁾ *Beispiele*: Aufkauf der Firma de Pretto in Schio, Italien, durch die Escher Wyss im Jahre 1918 (vgl. 150 Jahre Escher Wyss, S. 23) oder der Firma Teconomasio Italiano B. Cabella durch die Brwn Boveri im Jahre 1903 (vgl. 50 Jahre Brown Boveri, S. 53).

²²⁾ *Beispiele*: Beteiligung der Escher Wyss an den Austral Iron Works in Boksburg, Südafrika, im Jahre 1949 und an der Firma Cleaver Brooks in Milwaukee, USA zur gleichen Zeit (vgl. 150 Jahre Escher Wyss, S. 24).

²³⁾ 150 Jahre Escher Wyss, Zürich 1955, S. 24. J. ber. der Firma Sulzer für 1953, S. 9.

²⁴⁾ vgl. *Sulzer*, Auslandfabrikation, S. 16 ff.

²⁵⁾ Diesen Vorteil nahm beispielsweise die Firma Escher Wyss durch ihre oben erwähnte Beteiligung an den Cleaver Brooks wahr: die dominierende Stellung der USA liess nach dem zweiten Weltkrieg dort eine Niederlassung wünschenswert erscheinen (vgl. 150 Jahre Escher Wyss, S. 25).

haus die Teilausführung von Aufträgen gesichert werden können, die sonst vollständig an die ausländische Konkurrenz verloren gegangen wären. Solche Verluste sind zurückzuführen auf Schwierigkeiten transporttechnischer oder handelspolitischer Art, auf welche eine Exportfirma ohne ausländische Zweigniederlassung stossen kann. Der Transport von schweren Produkten kann eine Lieferung unrentabel machen. Bei einer Aufteilung des Auftrages zwischen dem Stammhaus und einer ausländischen Filiale in dem Sinne, dass die arbeitsintensiven Qualitätsbestandteile in der Schweiz, die kunstlosen Teile im Ausland fabriziert werden, sichert sich das Stammhaus wenigstens einen Anteil am Auftrag. Analog liegen die Verhältnisse, wenn Devisenbestimmungen und/oder Submissionsvorschriften des auftraggebenden Landes die Vergebung an eine ausländische Firma nur unter der Bedingung erlauben, dass nicht die ganze Produktion ausser Landes geht²⁶⁾.

- die äusserst wichtigen finanziellen Beiträge, welche den schweizerischen Firmen aus Lizenzforderungen zufließen. Nur durch die Lizenzvergebung, d. h. durch den Export von geistigem Eigentum, welches höchst qualifizierte Arbeit verkörpert, werden die schweizerischen Unternehmen in die Lage versetzt, bedeutend grössere und besser ausgestattete Forschungsstätten unterhalten zu können, als sie der verhältnismässig bescheidenen Umsatz der einheimischen Werkstätten erlauben würde²⁷⁾.
- gewisse Schwankungen in den Arbeitsengagements können durch Verteilung der Aufträge zwischen dem Stammhaus und den Zweigniederlassungen gleichmässig ausgeglichen werden²⁸⁾.
- die Werbewirkung, die von ausländischen Niederlassungen und von Lizenzverträgen ausgeht.

Trotz solcher offensichtlicher Vorteile der fabrikatorischen Ausdehnung unserer Kapitalgüterindustrie hat es nie, besonders nicht in Zeiten mangelnder Aufträge, an Stimmen gefehlt, die sich warnend gegen diesen Prozess erhoben. So befürchtete Prof. *Keller* das Entstehen eines schweizerischen «Rentnerstaates» im Anschluss an die

²⁶⁾ *Beispiele*: Impuls zur Gründung der «Oesterreichischen Brown Boveri Werke A.-G. Wien» und die Fabrikationswerkstätten der Sulzer in Frankreich gaben die Submissionsbestimmungen in Oesterreich, bezw. die staatliche Auftragspraxis in Frankreich (vgl. *Keller*, a. a. O., S. 25). Die «Pacific Oerlikon Company» in Tacoma, Washington, wurde im Jahre 1950 von der Maschinenfabrik Oerlikon gegründet, um mit den USA ins Geschäft zu kommen (vgl. NZZ Nr. 2375, 7. Nov. 1950). Der J. ber. der M.F.O. von 1954/55 meldet, dass diese Neugründung dem Stammhaus eine Bestellung von 13 Einphasen Transformatoren einbrachte. In neuester Zeit, im Jahre 1953, sah sich die Contraves A.-G. wegen Devisen- und Ausfuhrschwierigkeiten, bezw. wegen Bestimmungen der Nato gezwungen, einen Teil der Fabrikation nach Stockholm, bezw. Rom zu verlegen (vgl. Volksrecht 59, Nr. 149, 27. Juni 1956).

²⁷⁾ vgl. *Hummeler*, Lizenzvergebung, S. 100.

²⁸⁾ vgl. *Denzler*, Zur Konkurrenzfähigkeit in der schweiz. Maschinenindustrie.

industrielle Auswanderung²⁹⁾), während doch «der Sinn der Volkswirtschaft nicht im Rentenbezug und Rentenverzehr, sondern in der vorsorglichen, wertschaffenden Arbeit zur Bedarfsdeckung» liege. *Denzler*³⁰⁾ unterstrich die Gefahr, dass Filialgründungen im Ausland der nationalistischen Tendenz Vorschub leisten können und die fremden Volkswirtschaften auf Kosten der eigenen befruchten. Der ehemalige Sekretär des Vereins Schweizerischer Maschinenindustrieller, *Hummeler*, wies demgegenüber darauf hin, dass das Eigeninteresse des Privatunternehmers als sicherste Bremse gegen unwirtschaftliche Lizenzvergebung sei, weil in der Regel der Verkauf von Waren einträglicher ist als jener von Ideen. Zudem habe es die schweizerische Firma in der Hand, den Lizenznehmern die Aufnahme von Grossserien zu verunmöglichen, indem konstruktive Neuerungen in dichter Reihenfolge auf den Markt geworfen werden³¹⁾).

Während die fabrikatorische Auslandexpansion seit dem Entstehen der schweizerischen Maschinenindustrie eine aufsehenerregende Entwicklung durchmachte, muten die greifbaren Ergebnisse, die auf dem Gebiet der *Exportförderung durch gemeinsame Aktionen der Unternehmen* erzielt wurden, bescheiden an³²⁾. Die Unternehmer haben ihre Aufmerksamkeit der Tatsache, dass eine Konkurrenzierung zwischen schweizerischen Firmen auf dem Weltmarkt bis zu einem gewissen Grad besteht, nicht verschlossen³³⁾. Sie machten jedoch seit jeher geltend, dass in der Maschinenindustrie, mit ihren hochqualifizierten und reich differenzierten Spitzenprodukten, nur eine klare Trennung der assoziativen Absatzinstitute nach Branchen und Ländern Erfolg verspreche³⁴⁾. So stiessen die Vorschläge von *Glinz*³⁵⁾ zu Ende des zweiten Weltkrieges, die eine Zusammenfassung von fachlich und regional dezentralisierten Organen zu einer schweizerischen Exportzentrale vorsahen, auf wenig Enthusiasmus bei den Industriellen. Der Export sei derjenige Tätigkeitsbereich in der Wirtschaft, für welchen eine korporative Organisation am wenigsten in Betracht falle³⁶⁾.

Infolge der andauernden Hochkonjunktur ist die Diskussion um die Exportförderung in den letzten Jahren etwas verebbt. Dies zu

²⁹⁾ *Keller*, Die Auswanderung schweiz. Industrien, spez. S. 16 u. 29.

³⁰⁾ a. a. O., S. 23.

³¹⁾ *Hummeler*, Lizenzvergebung, S. 100.

³²⁾ vgl. Absatzförderung durch industrielle Zusammenarbeit. in: Mitteilungsblatt, 6, H. 3, Okt. 1950, S. 33 ff.

³³⁾ vgl. *Sulzer*, Zur Lage der schweizerischen Exportindustrie, S. 274/275.

³⁴⁾ vgl. dazu auch *Weber*, Existenzfragen der schweiz. Maschinenindustrie, S. 13 ff.

³⁵⁾ Zusammenarbeit in der schweiz. Exportwirtschaft. *Glinz* bringt neben seinen konkreten Vorschlägen auch historische Notizen über assoziative Bestrebungen in der schweiz. Exportwirtschaft.

³⁶⁾ vgl. *Gerwig*, E., Zum Vorschlag einer schweizerischen Exportzentrale. in: Industrielle Organisation, 13, Nr. 4, Zürich 1944, S. 136. Zum Problem der Absatzförderung im Export vgl. auch *Brogie*, Th., Absatztheorie und Exportförderung. in: Industrielle Organisation, 8, Nr. 1, Zürich 1939, S. 35.

unrecht, wie es uns scheint. Bei einem künftigen Konjunktumschwung müsste es sich vorteilhaft auswirken, wenn das Versuchs- und Probestadium der industriellen Zusammenarbeit im Absatzsektor bereits zurückgelegt und aus den guten Geschäftsgewinnen der wirtschaftlichen Sonnenzeit finanziert worden wäre.

2. Kapital- und Arbeitsbedarf

Die schweizerische Maschinen- und Metallindustrie sticht gegen alle anderen Wirtschaftszweige ab durch den Umfang der investierten Kapitalien und durch ihren Bedarf an Arbeitskräften.

Nähere kapitalmässige Angaben sind nur von den Aktiengesellschaften erhältlich. Weil die Aktiengesellschaften der Maschinenindustrie einen grösseren prozentualen Anteil an Beschäftigten auf sich vereinen als alle übrigen Rechtsformen³⁷⁾, dürfen ihre Kapitalverhältnisse als repräsentativ für die gesamte Industrie gelten. Exakte Zahlen sind für die vorliegende Untersuchung ohnehin nicht von Belang. Zur Würdigung der sozialen Zustände genügt ein Bild von der Grössenordnung der investierten Kapitalien.

Tabelle 3

Aktiven der Aktiengesellschaften einiger Industriegruppen im Jahre 1940³⁸⁾

Metalle, Maschinen	1'398.9	Millionen	Franken
Kraft-, Gas-, Wasserwerke	988.3	«	«
Nahrungs- und Genussmittel	726.7	«	«
Chemische Industrie	726.5	«	«
Textilindustrie	570.6	«	«
Uhren, Bijouterie	222.5	«	«
Steine, Erde, Baustoffe	209.7	«	«
Papier, Leder, Kautschuk	170.0	«	«

Tabelle 4

Zusammensetzung der Aktiven der Maschinen- und Metallindustrie im Jahre 1940³⁹⁾

Grundbesitz	258.4	Millionen	Franken
Maschinenmobiliar	109.0	«	«
Patente, Beteiligungen	93.6	«	«
Vorräte	357.1	«	«
Kassa, Guthaben	404.3	«	«
Wertschriften	171.0	«	«
Total	1'398.9	Millionen	Franken

³⁷⁾ Osswald, a. a. O., S. 60.

³⁸⁾ vgl. Weckerle, Maschinenindustrie, S. 57.

³⁹⁾ vgl. Weckerle, Maschinenindustrie, S. 56.

Hinsichtlich Anlage- und Betriebskapital steht die schweizerische Maschinen- und Metallindustrie an der Spitze aller Industriezweige. Bei einem Blick auf die Zusammensetzung der Aktiven der Maschinen- und Metallindustrie fallen die hohen Beträge der Anlagewerte auf. Dabei dürfte vor allem die Metallindustrie mit sehr hohen Quoten beteiligt sein, währenddem in der Maschinenindustrie die Anlage-zugunsten der Vorratsintensität etwas zurücktreten mag⁴⁰⁾.

Die Arbeiter der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie fallen durch zwei Merkmale auf: durch ihre grosse Zahl und durch die Art ihrer Arbeit. Von rund 570'000 Personen, welche das gesamte Fabrikpersonal der Schweiz aufweist, findet ein volles Drittel in unserem Industriezweig sein Auskommen⁴¹⁾. Auch bei Berücksichtigung der Tatsache, dass der Stab des kaufmännischen und technischen Personals einen sehr beträchtlichen Umfang annimmt — auf fünf Arbeiter fällt ein Angestellter⁴²⁾ — behält die Maschinen- und Metallindustrie ihren hohen Rang als Arbeitgeberin einer sehr grossen Schar von Werktätigen.

Das Ausmass der gelernten Arbeit, deren die Maschinen- und Metallindustrie bedarf, ist sehr erheblich. Im Gegensatz zur Textilindustrie beispielsweise, welche mit angelernten Leuten angefüllt ist, sammelte sich in den Betrieben der Metallbranche seit jeher eine grosse Zahl von qualifizierten Berufsarbeitern⁴³⁾. Wenn die technische Entwicklung und die moderne Arbeitsorganisation heute auch die Einstellung einer vermehrten Zahl von Hilfskräften erlaubt, beschäftigt die Metallbranche doch immer noch einen verhältnismässig sehr hohen Prozentsatz von Fachleuten. Der Anteil der Gelernten beträgt in einzelnen Zweigen, so im Maschinenbau, um 50%, während er zum Beispiel bei der Herstellung elektrischer Apparate auf einen Drittel der Gesamtarbeiterschaft herabsinkt⁴⁴⁾.

Ueber die Kostenstruktur der Maschinen- und Metallindustrie generelle Aussagen zu machen, ist unmöglich⁴⁵⁾. Der kostenmässige Anteil der Produktionsfaktoren am Ausstoss ist weitgehend abhängig von Art und Zahl der Erzeugnisse sowie von der Mechanisierung und Organisation der einzelnen Betriebe. Der Anteil der Lohn- bzw. Kapitalkosten schwankt deshalb von Unternehmen zu Unternehmen. Allgemein darf angenommen werden, dass Betriebe mit Einzel- oder Kleinreihenfabrikation eine lohnintensive, Betriebe mit Serien- bzw. Massenfabrikation eine materialintensive Kostenstruktur aufweisen.

Die Disparität der Produktionskosten gegenüber der ausländischen Konkurrenz veranlasste die Kommission für Konjunkturbeobachtung

⁴⁰⁾ *Osswald*, a. a. O., S. 29.

⁴¹⁾ *Stat. Jb. d. Schweiz für 1954*, S. 172/173.

⁴²⁾ vgl. *J. ber. des ASMMI für 1953*, S. 82.

⁴³⁾ *Weckerle*, *Die Maschinenindustrie*, S. 32 ff. *Brüschweiler*, *Ergebnisse der Erhebung vom April 1939*, S. 60.

⁴⁴⁾ *Weckerle*, *Die Maschinenindustrie*, S. 95.

⁴⁵⁾ vgl. *Osswald*, a. a. O., S. 34 ff.

zu Beginn der Dreissigerjahre die Kostenstruktur der schweizerischen Maschinenindustrie zu analysieren. Die dabei ermittelten Ziffern, welche als «grobe Annäherungswerte» bezeichnet wurden⁴⁶⁾ und sich zumindest in ihrer absoluten Form nicht auf andere Jahre übertragen und schon gar nicht auf bestimmte Unternehmen anwenden lassen, ergaben für das Jahr 1929 folgendes Bild⁴⁷⁾:

— Rohstoffkosten	64 Mio. Fr. oder 16% der Gesamtkosten
— Arbeitskosten	244 Mio. Fr. oder 60% der Gesamtkosten
— Uebrige Kosten	96 Mio. Fr. oder 24% der Gesamtkosten

Die hohen Quoten der Arbeitskosten lassen keinen Zweifel an der ausgeprägten Arbeitsintensität der Maschinenindustrie. Immerhin darf nicht übersehen werden, dass die Ergebnisse der Kostenanteilschätzungen sich lediglich auf die Maschinenindustrie beziehen. Der Bericht der Kommission für Konjunkturbeobachtung subsumiert unter dem Begriff «Maschinenindustrie» neben dem Maschinen- und Fahrzeugbau, der Herstellung von Büromaschinen und elektrischen Apparaten der Fabrikation von Armaturen, Eisenkonstruktionen und Aluminium auch die selbständigen Eisengiessereien, Eisen- und Stahlwerke, Metallgiessereien, Walzwerke sowie die Kupfer- und Messingfabriken. Bei dieser Umschreibung des Begriffes «Maschinenindustrie» haben die Unternehmen mit Einzel- oder Kleinreihenfabrikation, wo zum Teil Einzelfabrikate und Kleinserien nach Sonderwünschen hergestellt werden, das Schwergewicht, während die Betriebe mit Massenfabrikation, welche vorab in der Eisen- und Blechwarenfabrikation, wenig Berücksichtigung finden⁴⁸⁾.

Im Zusammenhang mit der Themastellung unserer Arbeit muss besonders hervorgehoben werden, dass die Maschinen- und Metallindustrie zu den Wirtschaftszweigen mit hohen Fixkosten zählt. Diese Feststellung erscheint umso gerechtfertigter bei der Ueberlegung, dass eine Qualitätsindustrie ihre Arbeiterzahl mit äusserster Vorsicht manipulieren muss. Entlassungen von Fachkräften während Zeiten von Auftragsmangel stehen schwere Bedenken entgegen. Die Neueingliederung von Berufsleuten in den Arbeitsprozess bei günstiger Konjunkturlage kann auf grosse Schwierigkeiten stossen. Die Personalpolitik der Maschinen- und Metallindustrie muss auf lange Sicht disponieren und darf nicht nur die Bedürfnisse des Augenblicks berücksichtigen. Der Qualitätsarbeiter, welcher im Konkurrenzkampf unseres Wirtschaftszweiges einen hervorragenden Faktor darstellt, kann nicht leicht ersetzt werden. Für seine Aufgaben genügt eine Lehrzeit im üblichen Sinn nicht, geschweige denn eine kurze Anlern-

⁴⁶⁾ Die Gliederung des Produktionswertes der schweizerischen Maschinenindustrie. in: Die Volkswirtschaft, VIII, H. 5, 1935, S. 229.

⁴⁷⁾ Ueber internationale Produktionskostenvergleiche, speziell in der Maschinenindustrie: Die Volkswirtschaft, VIII, H. 1, 1935, S. 4.

⁴⁸⁾ Einen reichen Katalog von Betrieben der Massenfabrikation, von Eisen- und Blechwarenfabriken, enthält der Jahresbericht des Vereins Schweizerischer Metallwarenfabrikanten.

periode⁴⁹⁾: «Die Ausbildung zum guten Modellschreiner, Fräser oder Monteur beginnt nicht erst in der Lehrwerkstätte, sondern schon mit dem guten, soliden Beispiel von Vater und Mutter in der Stube zu Hause und auch mit der Erziehung in der Primar- und Sekundarschule»⁵⁰⁾. Die Notwendigkeit einer sorgfältigen Personalpflege in der Maschinenindustrie gibt Anlass dazu, einen verhältnismässig grossen Teil der Lohnaufwendungen den Fixkosten zuzurechnen.

Die Fixkostenstruktur der exportorientierten Maschinenindustrie wird noch verstärkt durch die Besonderheiten bei der Bearbeitung ihrer Absatzmärkte.

Die Absatzwerbung der Maschinenindustrie muss sich in erster Linie an Fachleute wenden. Sachkenner lassen sich nicht durch aggressive Bearbeitung mit den Suggestivwerbemitteln der Inserate, Plakate usw. zum Kauf überreden, sondern nur durch Leistungen überzeugen. Um solche Leistungen demonstrieren zu können, braucht es technisch ausgebaute Verkaufsorganisationen mit Musteranlagen. Ein Stab von tüchtigen Ingenieuren, Technikern und Monteuren an den wichtigsten Absatzzentren ist unerlässlich. Aus diesen Gründen ist die maschinenindustrielle Werbung kostspielig. In neuen Gebieten Fuss zu fassen ist mühsam. Ist dies aber einmal geschehen, so helfen normalerweise die Resultate, die mit den ersten Lieferungen erzielt werden, weiter. Gefährlich wird es dann, wenn aus irgendwelchen Gründen die einmal gewonnenen Absatzgebiete vernachlässigt werden müssen. Die Vernachlässigung führt früher oder später zum Verlust der betreffenden Absatzfelder⁵¹⁾.

Unter solchen Umständen können die Werbebudgets der Maschinenfabriken nicht den jeweiligen Geschäftsgängen entsprechend variiert werden, sodass die Aufwendungen zur Förderung und Erhaltung des Absatzvolumens einen fixkostenähnlichen Charakter erhalten.

Die intensive Belastung der Produktion durch Fixkosten gibt der sogenannten «betrieblichen Ausnutzungskurve» (= Kurve der Totalkosten je Produkteinheit) der Maschinenfabriken eine spezifische Gestalt.

Bei einer Zunahme der Ausbringung sind die fixen Kosten auf eine immer grösser werdende Produktionsmenge zu verrechnen. Die gesamten Durchschnittskosten je Produkteinheit gehen dadurch zurück. Die Zunahme der Ausbringung führt jedoch zu einem Punkt, bei dem die bestehenden Anlagen eines bestimmten Betriebes am besten ausgenutzt sind. Dieser Punkt fixiert jenes Ausstossvolumen, welches am billigsten, d. h. mit einem Minimum von Kosten je Produktionseinheit, hergestellt werden kann. Abweichungen von diesem Punkt (=Betriebsoptimum) — sei es durch Vergrösserung oder Verringe-

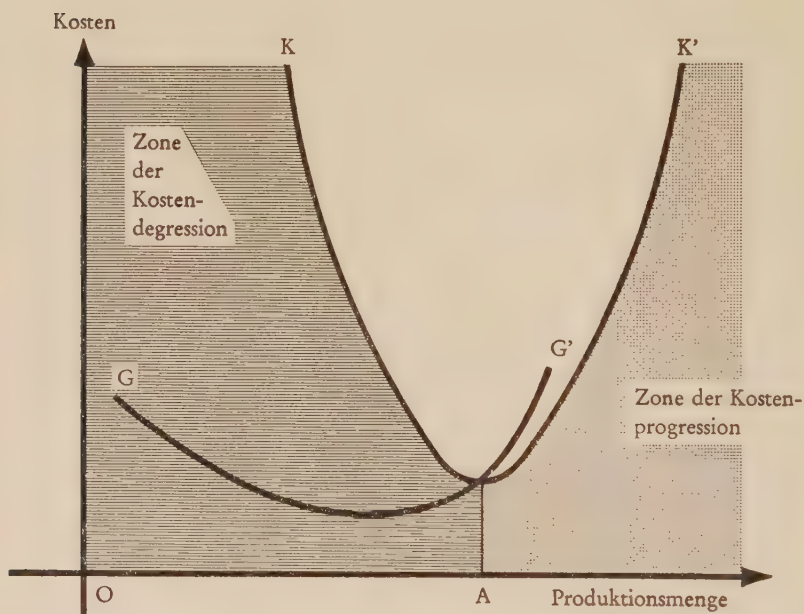
⁴⁹⁾ Näheres zur Berufsbildung vgl. *Burren*, Vorbildung, Auswahl und Schulung der Arbeitnehmerschaft in der schweiz. Maschinenindustrie.

⁵⁰⁾ *Lavater*, a. a. O., S. 8.

⁵¹⁾ vgl. *Hummeler*, F., Besondere Aufgaben der Maschinenindustrie, in: Die industrielle Organisation, 9, Nr. 1, Zürich 1940.

rung der Produktionsmenge — führen zu einem Steigen der durchschnittlichen Stückkosten. Vor dem Optimalpunkt ist die Kostengestaltung degressiv (der Betrieb ist in der Zone der Kosten Degression), bei einem Ueberschreiten der kritischen Ausstossmenge wird sie progressiv (der Betrieb gelangt in die Zone der Kostenprogression)⁵²⁾.

Weil nun der Verlauf der betrieblichen Ausnutzungskurve umso steiler ist, je grösser in einem Betrieb die fixen Kosten im Vergleich zu den variablen sind, führen kleine Abweichungen von der optimalen Kapazitätsausnutzung sofort tief in den Bereich der Kostenprogression bzw. -degression. Die Maschinenindustrie weist eine solche Kostensituation auf und entsprechend zeigt sich das Bild der Kurve ihrer Stückkosten.⁵²⁾



KK' Stückkosten (Ausnutzungskostenkurve) GG' Grenzkosten (Kurve der betrieblichen Grenzkosten) OA Ausbringung mit den billigsten Stückkosten

Im Hinblick auf diese Kostengestaltung und die volkswirtschaftliche Bedeutung der Maschinenindustrie erhält die Frage, ob der wichtige Produktionsfaktor Arbeit gehässigem Klassenkampf, «Zleiderwerkerstimmung» und politischen Ambitionen überlassen wird oder

⁵²⁾ vgl. Carell, Allg. Volkswirtschaftslehre, S. 96/97.

nicht, besonderes Gewicht. Störungen des Produktionsablaufes durch soziale Spannungen und Kämpfe sind ein entscheidendes Hindernis für eine optimale Kapazitätsausnutzung. Die harmonische Kombination der vorhandenen Kapitalausstattung mit dem Produktionsfaktor Arbeit wird in Frage gestellt. Als Folge von Disproportionalitäten stellen sich betriebliche Verluste, oder zumindest Gewinnentgang ein, ganz abgesehen von der schädigenden Breitenwirkung, welche eine geladene soziale Atmosphäre in einem hervorragenden Erwerbszweig wie der Maschinenindustrie mit sich bringt.

Zweiter Abschnitt

Die Sozialparteien in der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie

Die Entwicklung der kapitalistischen Verkehrswirtschaft unterband den persönlichen Kontakt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Beziehungen der Sozialparteien verlagerten sich in der Folge von der individuellen auf die kollektive Ebene. In der modernen Industriewirtschaft sind Verbände die Träger der sozialen Tätigkeit. Als solche Sachwalter der Mitgliederinteressen treten in der schweizerischen Metall- und Maschinenindustrie der «Arbeitgeberverband Schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller», ASMMI, und der «Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband», SMUV, hervor.

1. Kapitel:

DIE ORGANISATIONSVERHÄLTNISSE IN DER SCHWEIZERISCHEN MASCHINEN- UND METALLINDUSTRIE

Die berufsorganisatorische Gliederung der Sozialparteien gehört bei unserer Themastellung zum Rahmenwerk der Arbeit. Die Darstellung beschränkt sich deshalb auf Angaben, die zum Verständnis des wechselseitigen Kräftespiels zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeberverband beitragen.

1. Die Organisation bei den Arbeitnehmern

Trotzdem die erste Maschinenfabrik schon 1805 in Zürich die Tore ihres Betriebes öffnete, trat die heute massgebende Arbeiterorganisation erst erheblich später ins Leben. Unter dem Namen: «Schweize-

rischer Metallarbeiterverband» schlossen sich auf den 1. Januar 1892 die Berufsgruppen der Metallarbeiter, Giesser und Spengler zusammen¹⁾. Die gleichen Gründe, welche der Aufspaltung der Gesellschaft in der Schweiz hemmend im Wege standen, verhinderten eine rasche gewerkschaftliche Erfassung der Industriearbeiter²⁾.

Der Metallarbeiterverband erklärte sich von Anfang an konfessionell neutral. «Bei uns kommt es nicht darauf an, welcher Konfession das Mitglied ist, ja es kommt nicht einmal darauf an, welche politische Konzeption es hat», stellte der langjährige Zentralpräsident des SMUV, Konrad Ilg, in einer Rede anlässlich der Verbands-Industrie-konferenz vom 17./18. April 1949 in Bern fest³⁾.

Die zeitweilige Kongruenz gewerkschaftlicher und parteipolitischer Programmpunkte und eine weitgehende Personalunion in den Spitzen der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie trugen der freien Gewerkschaft jedoch immer wieder Vorwürfe von konfessionell- und rechtsorientierter Seite ein⁴⁾. Schon zu Beginn der gewerkschaftlichen Tätigkeit führten weltanschauliche Differenzen denn auch zu Abspaltungen von Splitterorganisationen. Neben den Metallarbeiterverband stellten sich

- der Christl. Metallarbeiterverband der Schweiz,
- der Schweizerische Verband evang. Arbeiter,
- der Landesverband freier Schweizer Arbeiter,
- die Christl. und Korporative Föderation der Metall- und Uhrenarbeiter.

Die Reihenfolge der Aufzählung hält sich an die zahlenmässige Bedeutung der einzelnen Verbände.

Die Verschmelzung des Metallarbeiter- mit dem Uhrenarbeiterverband im Jahre 1915 sicherte der freien Gewerkschaft die eindeutige Vormachtstellung.

Die Massnahmen des SMUV prägen die Beziehungen zu den Unternehmen in entscheidendem Masse. Die Tätigkeit der Splitterorganisationen — an Mitgliederzahl und Einfluss dem SMUV weit unterlegen — bewegt sich im Schatten seiner Arbeit oder richtet sich auf parasoziale Ziele, wie zum Beispiel der konfessionellen Erfassung der Werkstätigen. Wir halten den SMUV deshalb als repräsentativ für die Metallarbeiter und beschränken unsere Betrachtung auf seine Verhältnisse und Politik⁵⁾.

Die Entwicklung des Mitgliederbestandes des SMUV von 1 056 Mitgliedern im Jahre 1892 auf 115 944 im Dezember 1954 stellt ohne Zweifel einen durchschlagenden Erfolg des Verbandes dar. Sie legt

¹⁾ Kamber, a. a. O., S. 43 ff.

²⁾ Vgl. Einleitung zu dieser Arbeit, S. 12/13 dazu auch Ragaz, Art. Sozialistische Arbeiterbewegung, Hdb. d. schweiz. Volksw. 1955, Bd. 1, S. 55.

³⁾ Vgl. entsprechendes Protokoll S. 5.

⁴⁾ Vgl. z. B. Scherrer, Sozialismus und freie Gewerkschaften.

⁵⁾ Ueber «Umfang und Zweck des Verbandes» orientiert eingehend Kamber, a. a. O., S. 77 ff.

Zeugnis davon ab, dass die Idee der Selbsthilfe durch gewerkschaftlichen Zusammenschluss bis in die äussersten Arbeiterkreise vorge-
drungen ist.

Tabelle 5
Mitgliederentwicklung des SMUV⁶⁾

Jahr	Mitgliederzahl
1892	1056
1900	4774
1910	13110
1915	13805
1920	84847
1925	43331
1930	61126
1935	63756
1940	65824
1945	93086
1950	101'479
1954	115'944

(am 1. Juli 1915 trat der
Uhrenarbeiterverband mit
7099 Mitgliedern bei)

2. Die Organisation bei den Unternehmern

Kartelle oder kartellartige Abmachungen binden die meisten Firmen der Maschinen- und Metallindustrie innerhalb ihrer Branchengruppe. Mit wenigen Ausnahmen gehören zudem alle wichtigeren Betriebe unserer Industrie einem oder mehreren der folgenden Verbände an⁷⁾:

- Verein Schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller,
- Arbeitgeberverband Schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller,
- Verein Schweizerischer Metallwarenfabrikanten,
- Groupement des Métallurgistes vaudois,
- Union des Industriels en métallurgie du canton de Genève.

Die Gründung des Vereins Schweizerischer Maschinenindustrieller im Jahre 1881 war vorwiegend im Hinblick auf handels- und zollpolitische Ziele erfolgt. Auch im technischen Bereich ermöglichte dieser Verband eine Zusammenarbeit, so auf dem Gebiete der Normung. Das Normalienbureau des VSM ist eine Frucht solcher Bestrebungen. Zu den bedeutendsten handels- und wirtschaftspolitischen Zielen gehörte — entsprechend der Lage auf Rohstoff- und Absatzmärkten unseres Industriezweiges — die Förderung der Beziehungen mit dem Auslande.

Das Bedürfnis nach einer Parteivertretung auf dem Arbeitsmarkt wurde im 19. Jahrhundert noch kaum geweckt⁸⁾. Erst die zunehmende

⁶⁾ Stat. Jb. der Schweiz f. 1955.

⁷⁾ Kartelle und kartellartige Abmachungen in der schweiz. Wirtschaft, Heft III, Bern 1939, S. 8.

⁸⁾ Lincke, Verband schweizerischer Maschinenindustrieller, S. 44, dazu auch Gerster, Die Arbeitgeberorganisationen der Schweiz.

Bedeutung der Arbeiterfrage und die Verschärfung des Klassen-
gegensatzes liessen um die Jahrhundertwende den Gedanken an eine
besondere Organisation der Unternehmer zur Behandlung der Ar-
beitsverhältnisse reifen. Im Jahre 1905 trat in der Folge der ASMMI
ins Leben.

Sozial- und wirtschaftspolitische Fragen durchdringen sich gegen-
seitig und ertragen keine isolierte Behandlung. Trotzdem erwies sich
die organisatorische Trennung von ASMMI und VSM als zweck-
mässig. Durch weitgehende Personalunion in den Sekretariaten bei-
der Organisationen wurde der inneren Verknüpfung der zu behan-
delnden Fragen weitgehend Rechnung getragen⁹⁾.

Zu den sozialpolitischen Aufgaben des ASMMI gehören die Ver-
handlungen mit den bei Arbeitskonflikten beteiligten Gewerkschaften
und die Vertretung der Unternehmer vor Einigungsämtern und
Schiedsgerichten. Ferner gehört die Berufsbildung und das Lehrlings-
wesen in seinen Aufgabenkreis. Zur Aeufnung einer Streikversiche-
rungskasse zahlt jede beteiligte Unternehmung pro Arbeiter einen
Beitrag in die Verbandskasse.

Im ASMMI sind heute über 400 Firmen der Metallbranche, welche
rund 122 000 Arbeiter beschäftigen, zusammengeschlossen.

Tabelle 6

Mitgliederentwicklung des ASMMI¹⁰⁾

Jahr	Verbandsfirmen	Arbeiterzahl
1905	77	24'571
1914	116	34'509
1925	143	47'394
1930	141	55'776
1935	144	42'315
1940	191	78'113
1945	294	88'284
1950	416	107'430
1953	425	121'911

Der ASMMI hat für seine Mitglieder keine unbedingte Vertretungs-
befugnis. Im Laufe der Jahre wurde jedoch der Beweis erbracht, dass
die einzelnen Mitglieder des ASMMI dessen Beschlüsse billigen und
seine Abmachungen einhalten. «Was dieser Verband zu empfehlen
verspricht, das ist in der schweizerischen Maschinenindustrie Ge-
setz»¹¹⁾.

⁹⁾ Lincke, Verband Schweizerischer Maschinenindustrieller, S. 14.

¹⁰⁾ vgl. J. ber. des ASMMI für 1953, S. 82.

¹¹⁾ Burckhardt, Das Friedensabkommen der Schweiz um fünf Jahre verlängert,
in: sozialer Fortschritt, S. 182.

2. Kapitel:

DIE BEZIEHUNGEN DER SOZIALPARTEIEN IN DER SCHWEIZERISCHEN MASCHINEN- UND METALL- INDUSTRIE VOR 1937

Bevor wir auf die Verhältnisse in der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie eintreten, mag es von Nutzen sein, einen kurzen Blick auf das allgemeine Problem der sozialen Frage zu werfen¹²⁾. Die Form, der Charakter und die Wirkungsbreite des sozialen Problems hat sich im Laufe der vergangenen 150 Jahre tiefgreifenden Wandlungen unterzogen. Von den Anfängen der Industrialisierung bis in die Zeit um den 1. Weltkrieg trug die soziale Frage gleichsam «privaten Charakter». Sie berührte lediglich die sozialen Gegenspieler in den Industriebetrieben.

Entsprechend dem «privaten Charakter» der Sozialfrage hafteten auch den politischen Hilfsmassnahmen weitgehende private Eigenheiten an. Lange Jahre hindurch beschränkte sich die Arbeiterhilfe auf ein betriebsinternes Betätigungsfeld. Das Postulat nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen war damals — soweit es überhaupt laut wurde — eine sittliche Forderung. Nach dem Zusammenschluss von Arbeitern und Unternehmern in Berufsverbände weitete sich zwar das Einflussgebiet sozialpolitischer Bestrebungen, beschränkte sich jedoch noch immer auf eine Gruppe oder die Gesamtheit aller Betriebe eines Wirtschaftszweiges. Die Hilfsmassnahmen wurden fallweise vorgenommen und griffen noch nicht auf das gesamte Gebiet der Wirtschaft über.

Im Zusammenhang mit der wirtschaftlich-technischen Entwicklung und der nachfolgenden Reallohnverbesserung, den staatlichen Schutzmassnahmen zugunsten der Arbeiter und nicht zuletzt der Neugestaltung der Arbeitsmarktformen dank den Gewerkschaften, hoben sich die Existenzbedingungen der Arbeiter. Ohne dass die soziale Frage in ihrer herkömmlichen Form ganz gelöst und ohne dass alle Gegensätze zwischen den sozialen Parteien verschwanden, begann die Arbeiterschaft doch nach und nach ihr Distanzgefühl zur bürgerlichen Welt zu verlieren.

Die Krisenjahre der Zwischenkriegszeit mit ihren Arbeitslosenheeren von bisher unbekanntem Ausmass verliehen der sozialen Frage in qualitativer und quantitativer Hinsicht ein neues Gepräge. Qualitativ vollzog sich eine Wandlung, indem nun nicht mehr die Ungerechtigkeit der Verteilung im Vordergrund der Probleme stand, sondern die Unsicherheit in der Form von hartnäckiger Massenarbeitslosigkeit. In der Ausdehnung des sozialen Problems von einer Frage, die sich lediglich im relativ bescheidenen Raum der Fabriksäle und

¹²⁾ Die folgenden Ausführungen stützen sich auf *Eucken*, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 185 ff.

der Industrie stellt, zu einer Schicksalsdeterminante für ganze Völker, äusserte sich die quantitative Veränderung. Die sozialpolitischen Massnahmen alten Stils mit der punktuellen Behandlung einzelner Wunden räumten in der Folge ihren Platz einer Sozialpolitik, welche die Gesamtheit der wirtschaftlichen und vielfach auch der politischen Lebensäusserungen in den Dienst der sozialen Frage stellt. Sozialpolitische Richtpunkte werden vor allem von der Konjunkturpolitik gefordert.

Mit dieser Wendung der sozialen Problematik von der Forderung nach Gerechtigkeit zur Forderung nach Ueberwindung der Unsicherheit musste notwendigerweise ein Wandel in den Formen der sozialen Auseinandersetzung der Parteien parallel gehen. Im offenen Kampf lassen sich fallweise gewisse Forderungen der Gerechtigkeit ertrotzen. Der wirkungsvolle Einsatz aller Kräfte des wirtschaftlichen und politischen Lebens zur Verhütung und Ueberwindung der Unsicherheit jedoch verlangt Planung und Koordination. Nur Aussprachen am runden Tisch erlauben es, Sonderwünsche der Parteien auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen, die nötigen Abstriche auf beiden Seiten vorzunehmen und nach Bereinigung der spitzesten Gegensätze das Programm der Arbeitssicherung nach einheitlichen Gesichtspunkten aufzustellen.

Die Beziehungen der Sozialparteien in der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie halten sich deutlich im Rahmen der skizzierten Entwicklung.

1. Der Standpunkt der Unternehmer

Die Haltung der Maschinenindustriellen ist bis zum Jahre 1937 — und teilweise darüber hinaus — gekennzeichnet durch mehr oder weniger erbitterte Feindschaft gegenüber den überbetrieblichen Arbeiterorganisationen. Zur Erklärung ihres Standpunktes stützten sich die Unternehmer vorwiegend auf drei Argumente¹³⁾: *einmal* hielten sich die freien Gewerkschaften im Kielwasser der sozialdemokratischen Partei; *dann* könnten die Organisationen nicht als Anwalt der Arbeiterschaft auftreten, weil nur ein Bruchteil der Arbeiter ihnen angehört; *schliesslich* fände die Wirtschaft auf dem Boden des Liberalismus ihre besten und sichersten Auftriebskräfte.

Diese drei vorgestellten Argumente gegen die Gewerkschaften können über die wahren Hintergründe der unternehmerischen Organisationsfeindschaft nicht hinwegtäuschen. Solange die soziale Frage lediglich einen «privaten Charakter»¹⁴⁾ aufweist, empfindet der Unternehmer die Einmischung ausserbetrieblicher Funktionäre in den eige-

¹³⁾ Hauser, Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden in der Schweiz, S. 537 ff.

¹⁴⁾ Für die diesbezüglichen Verhältnisse in der Maschinenindustrie vgl. Lincke, Verband schweizerischer Maschinenindustrieller, S. 54 ff.

nen Befugnisbereich als überflüssig und anmassend. Der Industrielle fühlt sich allein zuständig bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen und will allfällige Differenzen mit den Arbeitern innerhalb des Betriebes bereinigen. Das selbstherrliche Gefühl der Unternehmer, welches unter dem Namen «Herr-im-Haus-Standpunkt» in die Sozialgeschichte einging, trieb seine buntesten Blüten im 19. Jahrhundert. In alten Jahresberichten des VSM findet denn auch die Verteidigung der betrieblichen Eigenständigkeit immer wieder ihren Niederschlag.

Zur Illustration seien die Bemerkungen des VSM zu Arbeitseinstellungen im Jahre 1897 wiedergegeben. Der Jahresbericht des Verbandes schreibt: Beim Streik «beging die Fabrikleitung die Unvorsichtigkeit, der Einmischung des Gewerkschaftsbundes nicht von Anfang mit der nötigen Entschiedenheit zu begegnen»¹⁵⁾. Im gleichen Jahresbericht heisst es im Zusammenhang mit einem Giesserstreik in den Saurer-Werken: «Das vom Vorstand (des VSM) zur Beratung in Streikfragen eingesetzte Komitee bestärkt die Firma in ihrem Entschluss, mit dem Bundeskomitee (der Gewerkschaft) in keine Verhandlungen einzutreten»¹⁶⁾. Den gleichen Standpunkt vertritt eine Mitgliedfirma des VSM, die Waggonfabrik AG Schlieren, in einem Antwortschreiben an den Metallarbeiterverband: «... wir geben Ihnen neuerdings die bestimmte Erklärung, dass wir es entschieden ablehnen müssen, ein Vertragsverhältnis zwischen uns und Ihnen einzugehen»¹⁷⁾. Im Anschluss an eine Arbeitseinstellung bei Benninger & Co. in Uzwil pflichtete der Vorstand des VSM den Massnahmen der Betriebsleitung bei und nahm den Streik zur Veranlassung, «den Verbandsfirmen neuerdings zu empfehlen, bei allen sich mit ihren Arbeitern ergebenden Differenzen jede Einmischung von dritter Seite, sei es vom Komitee der Arbeitergenossenschaft, sei es von Behörden, abzulehnen und ihre Angelegenheiten mit den Arbeitern nach Massgabe der bestehenden Gesetze selbst zu regeln»¹⁸⁾.

Das Festhalten an den liberalen Prinzipien gegenüber *staatlichen Interventionen* kommt in einer Diskussion um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Jahre 1896 zum Ausdruck: «Der Staat kann zum Schutze vor den Folgen der Arbeitslosigkeit am meisten dadurch beitragen, dass er die Industrie in ihrer Entwicklung nicht hemmt und ihren Bedürfnissen Rechnung trägt». Und weiter: zur Abwendung der Arbeitslosigkeit «wäre vor allem notwendig, dass der Staat die Entwicklung der Industrie nicht hemme und ihr zur Ausnützung günstiger Konjunkturen im Gegenteil die nötige Bewegungsfreiheit lasse»¹⁹⁾.

So wenig die Haltung und Massnahmen der Unternehmer die tiefen sozialen Ursachen für die gewerkschaftlichen Bestrebungen auf-

¹⁵⁾ J. ber. des VSM 1897, S. 17.

¹⁶⁾ ebenda, S. 17.

¹⁷⁾ J. ber. des VSM 1906, S. 29.

¹⁸⁾ J. ber. des VSM 1901, S. 16.

¹⁹⁾ J. ber. des VSM 1896, S. 24/25.

heben konnten, so wenig vermochten sie den Zustrom zu den Arbeiterorganisationen zu verhindern. Alle Bemühungen der Unternehmer, die Gewerkschaften zu ersticken oder wenigstens in unbedeutendem Rahmen zu halten, fruchteten nichts. Gegen die Mitte des ersten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts wuchs die Kampfkräftung der Arbeiter auf der ganzen Front. Die Unternehmer sahen sich gezwungen, die Abwehr in Form des Einsatzes gleicher Waffen, wie die Arbeiter sie verwendeten, zu organisieren: durch die Gründung des ASMMI schufen sich die Industriellen ihren eigenen Parteiverband auf dem Arbeitsmarkt. Von ihrem hergebrachten Standpunkt aber wichen sie vorerst nicht ab. Der ASMMI war als Instrument im Kampfe gegen die Gewerkschaften gedacht²⁰⁾. Die Möglichkeit von paritätischen Verhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverband auf der Basis von Vertrauen und Entgegenkommen zur Lösung sozialer und wirtschaftlicher Fragen stand noch in sternenweiter Zukunft.

Der ASMMI erkannte jedoch sehr früh die Gefahren, die der einzelne Unternehmer, gefangen im trügerischen Schein der Interessenspiegelung, heraufbeschwören kann. In diesem Zusammenhang schreibt der Jahresbericht des Verbandes von 1906²¹⁾:

«Der Standpunkt des «Herrn im Hause» wird wohl bewusst und konsequent vertreten, darf aber nicht missverstanden werden. (Nicht in dem Sinne, dass der Arbeitgeber in Unnahbarkeit und Eigensinn tun darf, was ihm beliebt). Der Verband sieht eine grosse Aufgabe darin, rückständige Mitglieder in ihren Ansichten zu korrigieren und darauf hinzuwirken, dass bei eventuellen Differenzen mit der Arbeiterschaft in weitgehendem Masse zu unterhandeln ist und unter möglichster Berücksichtigung der gehörten Wünsche alle Arbeitsbedingungen auf eine angemessene Höhe zu bringen sind».

Im Laufe der Jahre entwickelte sich der ASMMI immer mehr zu einer Instanz, welche die beidseitigen Forderungen aus dem Kampffeld der blossen Interessenpolitik herauszunehmen und in Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tragfähigkeit zu stellen sucht.

2. *Standpunkt der Arbeiter*

Den Bestrebungen der Unternehmer genau entgegengesetzt liefen die Anstrengungen der Arbeiter. Sie sahen unter der Herrschaft der grossbetrieblichen Arbeitsorganisationen mit der ihr eigenen unpersönlichen Hierarchie allein in der kräftigen Organisation einen Weg zur Verwirklichung ihrer Ansprüche. Ohne die Hilfe des Metallarbeiterverbandes war der einzelne Arbeiter der Uebermacht des Kapitals ausgeliefert. Durch den Ausbau seiner Unterstützungsinstitutionen bildete der Verband den nötigen materiellen und moralischen Rückhalt für die kämpfende Arbeiterschaft. In den zahlreichen Versuchen, den Verhandlungsweg auf überbetrieblicher Ebene anzubahnen, lag die Absicht, die Stellung der Gewerkschaft als Anwalt der Arbeiter zu

²⁰⁾ Gerster, Die Arbeitgeberorganisationen in der Schweiz, S. 40/41.

²¹⁾ J. ber. des ASMMI 1906

verbessern. Neben diesem Ziel steckte aber im Willen, das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vertraglich zu regeln, immer auch wirtschaftliches und soziales Verantwortungsbewusstsein. Der Metallarbeiterverband brachte dementsprechend deutlich zum Ausdruck, dass er die schärfsten Waffen einer Gewerkschaft, Streik und Sperre, mit Umsicht und nur als letztes Kampfmittel handhabe: «Wir haben uns stets Mühe gegeben, einen friedlichen Ausgleich herbeizuführen. Eine Vereinbarung, auf dem Wege freiwilliger Verständigung mit den Unternehmern zustande gekommen, ist jedenfalls mehr wert, als eine gleichlautende durch Streik errungene», heisst es schon im Jahresbericht von 1902²²⁾. Und im gleichen Sinne: «Es zeigt sich . . . , dass durch die ohne Streik abgeschlossenen Bewegungen sehr viel erreicht worden ist, weit mehr als durch die Streiks»²³⁾. *Ilg* verteidigte die Gewerkschaft gegen Anwürfe auf seine angebliche Streikfreudigkeit sehr energisch:

«Die Gewerkschaften waren und sind auch heute bereit, auf die Konkurrenzverhältnisse der Exportindustrie Rücksicht zu nehmen. Es ist unrichtig, wie einige Zeitungen behaupten, dass gelegentliche Streiks der Exportindustrie besonderen Schaden zugefügt haben. In der Industrie wurde nie in bedeutendem Umfang gestreikt und wo gestreikt wurde, nie leichtfertig. Zu jeder Zeit wäre es möglich gewesen, Gesamtarbeitsverträge mit Friedenspflicht abzuschliessen, wenn der Wille zur Anerkennung der Gewerkschaften bestanden hätte. Der einseitige Herr-im-Haus-Standpunkt, wie er seit Bestehen der Gewerkschaften von den Unternehmern vertreten wurde und auch heute noch teilweise vertreten wird, hat der schweizerischen Volkswirtschaft mehr geschadet als alle Kampfmassnahmen der Gewerkschaften, die übrigens meistens eben durch diesen Standpunkt bedingt waren»²⁴⁾.

Die gegensätzliche Auffassung hinsichtlich Betriebs- und Berufsgemeinschaft fand ihren Niederschlag in der Stellung der Unternehmer und Gewerkschaften zu den Arbeiterkommissionen. Während langen Jahren versuchten die Unternehmer, die Arbeiterkommissionen zur Bekämpfung überbetrieblicher Verbände einzusetzen²⁵⁾ und dadurch die ungleiche Machtverteilung auf dem Arbeitsmarkt zu erhalten²⁶⁾. Den Arbeitervertretungen wurde lediglich die Funktion von Organen der Geschäftsleitung zur Regelung des Verkehrs mit der Belegschaft verliehen. Die Gewerkschaft stand aus diesem Grunde den Arbeiterkommissionen ablehnend oder zumindest skeptisch gegenüber. Sie betonte mit Recht, dass Arbeiterkoalitionen, die sich auf betriebsinterne Zusammenschlüsse beschränkten, nicht in der Lage sind, die materielle und psychologische Situation der Arbeiter wirksam zu beeinflussen²⁷⁾.

²²⁾ J. ber. des SMAV 1902, S. 5.

²³⁾ J. ber. SMAV für 1904/5, S. 25.

²⁴⁾ *Ilg*, Die Schweizerischen Gewerkschaften in den letzten 25 Jahren, S. 502.

²⁵⁾ *Siegrist*, Einwirkungen der Gesamtarbeitsverträge auf die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Betrieb, S. 141/142.

²⁶⁾ *Meyer*, Die Arbeiterbewegungen in der schweizerischen Maschinenindustrie im Jahre 1905, S. 40.

²⁷⁾ Allgemein zum Problem der Arbeiterkommissionen vgl. *Kellerhals*, Arbeiterkommissionen, spez. S. 41 ff., *Kistler*, a. a. O., spez. S. 85 ff. und *Welti*, Die Arbeiterkommissionen in den privaten Betrieben.

3. Die Interessenkämpfe

Die Konflikte zwischen den Sozialparteien der Maschinen- und Metallindustrie im Laufe der Jahrzehnte geben ein genaues Spiegelbild der verschiedenen Standpunkte. Der Gegensatz der Meinungen hinsichtlich der gewerkschaftlichen Organisation musste, neben den Ansprüchen der Arbeiter auf Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, zum Herd zahlreicher Brände werden.

Die Kampfmittel, welche der SMUV zur Wahrung seiner Interessen zum Einsatz brachte, waren

1. die Kollektivkündigung
2. die Sperre
3. der Streik²⁸⁾.

Die Kollektivkündigung stellt für den Unternehmer eine ernste Drohung von Arbeitsniederlegung dar, falls während der laufenden Kündigungsfrist über die gestellten Forderungen der Arbeiter keine Einigung erzielt werden kann.

Die Sperre stellt eine Art Regulativ des Arbeitsmarktes dar; sei es, um die Verschlechterung von gegebenen Arbeitsverhältnissen zu verhindern, sei es, um einzelne Unternehmer zur Annahme gewerkschaftlicher Forderungen zu zwingen.

Unter die Begriffsbreite des Streiks fallen alle kollektiven Arbeitsniederlegungen von der erzwungenen Arbeitsruhe in einzelnen Betrieben bis zum Grosskampf weitester Interessengruppen.

Zur Durchführung und Organisation eines Streiks wählte man jeweils eine Streikleitung. Das Streikkomitee hatte «für die Kontrolle der Streikenden, Fernhaltung des Zuzuges, Ueberwachung der beteiligten Werkstätten, Auszahlung der Unterstützungen und regelmässige Berichterstattung über die Lage des Streiks zu sorgen»²⁹⁾.

Die gewerkschaftlichen Waffen und die Art ihres Einsatzes wurden von den sozialen Gegenspielern der Arbeiter immer heftig kritisiert. Die «gewerkschaftlichen Ausschreitungen» und der «Gewerkschaftsterror» waren Gegenstand schärfster Verurteilung in der bürgerlichen Presse und in den Berichten des Industriellenverbandes.

Heute mag der Sozialhistoriker die Verhältnisse der gewerkschaftlichen Kampfzeit von der Warte der bürgerlichen oder Arbeiterseite beurteilen, nur darf er sie nicht aus dem geschichtlichen Entwicklungsraum herausreissen. Die Arbeiterschaft der Kampfzeit war kaum der sklavischen Bedrückung in wirtschaftlicher Machtlosigkeit entgangen. Diese Tatsache macht es verständlich, dass der Arbeiter die erste Kraft, die er im Kampf um seine Rechte spürte, vielleicht nicht immer mit der an sich nötigen Umsicht einsetzte. In der Diskussion um die Kinderarbeit, die endlosen Arbeitszeiten usw. waren die Unternehmer wenige Jahrzehnte zuvor ihrerseits den Beweis einer kon-

²⁸⁾ Kamber, a. a. O., S. 173 ff.

²⁹⁾ Reglement I betreffend die Bestimmung der Verbandsstatuten des SMUV (1. 1. 1935), S. 5/6.

struktiven wirtschaftlichen und sozialen Begabung schuldig geblieben³⁰⁾. Der Streik stellt eine ausgesprochene Machtprobe zwischen den beiden Soziallagern dar. Aus diesem Grunde sahen die Gewerkschaften in der Einstellung von Streikbrechern durch die Unternehmer eine äusserste Bedrohung ihrer Position und ihrer Bemühungen und griffen entsprechend energisch durch.

Die Kampftätigkeit der Unternehmer hielt sich an drei Gruppen von Massnahmen³¹⁾:

1. Solche, die gegen den einzelnen Arbeiter zielten:

- nichtorganisierte Arbeiter erhielten bei der Anstellung den Vorzug;
- für gewerkschaftliche Agitation unter der Arbeiterschaft drohte die Entlassung;
- die «Auskunftei» des ASMMI legte Personalkarten der ein- und austretenden Arbeiter an. Diese Karten enthielten Angaben über die Qualifikation, den letzten Studienlohn usw., um einem späteren Arbeitgeber Anhaltspunkte für Einstellung oder Abweisung des Stellenbewerbers zu geben;
- die Rädelsführer von Streikbewegungen wurden auf zwei Jahre an die Firma gehalten, in welcher sie Arbeitseinstellungen verursacht hatten, indem den übrigen Metallfirmen untersagt wurde, die betreffenden Leute ohne spezielle Einwilligung anzustellen.

2. Massnahmen gegen Streiks:

- Aussperrungen;
- Anwerben von Streikbrechern;
- der ASMMI führte eine Streikversicherungsgenossenschaft ein;
- auf Wunsch einer bestreikten Firma übermittelte der ASMMI deren Aufträge an andere Mitgliedfirmen. Diese verrichteten dann sogenannte Streikarbeit.

3. Massnahmen, die gegen die Gewerkschaften als solche zielten;

- sie musste sich notwendigerweise auf die Nichtanerkennung der Gewerkschaft als Vertragskontrahent beschränken. Die ablehnende Haltung gegenüber einem Vertragsverhältnis mit der Arbeiterorganisation kommt in den Bestimmungen des Hauptreglementes des ASMMI³²⁾ von 1911 zum Ausdruck. In § 3 heisst es: «Als ungerechtfertigte und daher unzulässige Forderung der Arbeiter gelten unter anderen solche nach ... Einmischung Unberufener in die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern». § 10 rät: «Das Mitglied soll mit Bezug auf Arbeiterfragen jeden Verkehr mit aussenstehenden Personen streng vermeiden.»

³⁰⁾ Vgl. zum Beispiel *Schiwoff*, Die Beschränkung der Arbeitszeit durch kantonale Gesetzgebung und durch das erste Eidg. Fabrikgesetz von 1877.

³¹⁾ Die Zusammenstellung der Kampfmassnahmen stützt sich auf *Grimm*, Der Kampf der Unternehmerverbände in der Schweiz und die Gewerkschaften.

³²⁾ Reglement vom 1. Juli 1911.

Nach der Aufzählung der Waffen und Massnahmen, über welche die beiden Soziallager zur Verteidigung ihrer Interessen verfügten, lässt man sich kaum dazu verleiten, aus den friedlichen Verhältnissen von heute darauf zu schliessen, dass die schweizerische Maschinen- und Metallindustrie stürmische Zeiten überhaupt nie kannte. Auch die beschwichtigenden Aeusserungen Konrad Ilg³³⁾ können nicht darüber hinwegtäuschen, dass unser Industriezweig recht bewegte Tage erlebt hat.

Die meisten Arbeiterbewegungen in der Metallindustrie standen im Zusammenhang mit Fragen um die Anerkennung der Gewerkschaft als Verhandlungspartei, um Lohn oder Arbeitszeit, um Differenzen bezüglich Lohnformen und Akkordsätze, um Verbesserung der hygienischen und sanitären Einrichtungen der Betriebe und um den Abschluss von Tarifverträgen³⁴⁾.

Die acht Jahre vor dem ersten Weltkrieg zeitigten insgesamt 556 Bewegungen in der Maschinen- und Metallindustrie, wovon ca. 15% in Streiks übergingen³⁵⁾.

Im Sommer 1914 verursachte der Krieausbruch eine allgemeine Stockung des internationalen Wirtschaftslebens. Nach der Verwirrung der ersten Kriegsmonate ging diese Stockung bald in eine Art Kriegskonjunktur über. Die meisten Betriebe waren bis zu deren Höhepunkt im Jahre 1917 mit Aufträgen überhäuft³⁶⁾.

Im Bestreben, diese Sonnenzeit auszunützen und sich einen angemessenen Anteil am reichen Ertrag zu sichern, löste die Arbeiterschaft im Jahre 1916 kräftige Bewegungen aus.

Gilt der Verlust von Arbeitstagen durch Streiks als Gradmesser der Kampfintensität, muss die Kriegs- und Nachkriegsperiode als sehr stürmisch bezeichnet werden. Bei den Mitgliedfirmen des ASMMI gingen im Jahre 1917 durch Streiks rund 70 000 Arbeitstage verloren; im Jahre 1918 gar 140 000³⁷⁾. Kamber³⁸⁾ nennt die Zeit zwischen 1915 und 1919 die Angriffsperiode der Arbeiterschaft, weil ihre Kampfposition in diesem Abschnitt durch die Kriegskonjunktur ausserordentlich stark war.

Mit dem Jahre 1920 setzte eine schlimme Wirtschaftskrise ein. Die zerrütteten Währungsverhältnisse der Nachbarstaaten und weiterer Länder³⁹⁾ brachten den Absatz der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie ins Stocken. Auf die Blüte der Gewerkschaften legten sich in der Folge schwere Frostschäden. Viele Arbeiter versagten ihrem Verband die weitere Gefolgschaft und schwächten dadurch seine

³³⁾ Vgl. S. 42 der vorliegenden Arbeit.

³⁴⁾ Kamber, a. a. O., S. 180.

³⁵⁾ Ueber Ursachen, Umfang und Erfolg der Bewegungen im Zeitraum 1905/14 orientiert eingehend Kamber, a. a. O., S. 175 ff.

³⁶⁾ Casanova, a. a. O., S. 39 ff.

³⁷⁾ Eine Grafik über die Streikbewegungen in der Schweiz und in Sonderheit in der Maschinenindustrie bietet der J. ber. des ASMMI für 1946 S. 158.

³⁸⁾ a. a. O., S. 187.

³⁹⁾ Sturmthal, Die grosse Krise, S. 11 ff.

Aktionsfähigkeit beträchtlich. Unter solchen Umständen fruchteten Proteste des Zentralverbandes des SMUV gegen den inszenierten Abbau der Teuerungszulagen wenig. Erst als die Unternehmer mit der Teuerungszulage gleich auch 10⁰/₀ vom Lohne abbauen wollten, fanden sich die Arbeiter zu hartnäckigem Widerstand bereit. Der Erfolg einer Reihe von Streiks in grösseren Betrieben war bescheiden. Im Jahre 1924 gelang es den Gewerkschaften, ihre verlorenen Stellen wieder zu besetzen. Die Zahl der Streiktage schnellte nochmals auf 110 000 herauf⁴⁰⁾. Der Konfliktherd der Bewegungen in den mittleren zwanziger Jahren lag in der Forderung der Industriellen, die 52-Stundenwoche wieder einzuführen⁴¹⁾.

Die Währungsstabilisierung in Deutschland und die Neuanbahnung von wichtigen Handelsabkommen mit Deutschland, Italien, Frankreich, Spanien und den Balkanstaaten in den Jahren 1924—1925 brachte der schweizerischen Industrie wieder günstigere Exportmöglichkeiten. Die besseren handelspolitischen Verhältnisse leiteten eine richtige Hochkonjunktur ein, welche im Jahre 1929 ihren Höhepunkt erreichte. Sie ermöglichte, mengenmässig die höchste und wertmässig die zweithöchste Ausfuhrziffer der Nachkriegszeit zu erzielen. Gegen Mitte des Jahres 1929 zeigten sich in der Maschinenindustrie die ersten Zeichen der kommenden Weltwirtschaftskrise. Sie verschärften sich in den Jahren 1931, 1932 und 1933 zu der bekannten Depression⁴²⁾.

Trotz der verhältnismässig günstigen Lage für die Arbeiterschaft während der Hochkonjunktur der ausgehenden zwanziger Jahre, ereigneten sich damals keine nennenswerten Sozialkonflikte. Ursache der Ruhe mag einerseits die Nachwirkung des Schocks gewesen sein, welche die Gewerkschaften in der vorangehenden Krise erlitten hatten und anderseits die ohnehin leicht steigenden Löhne bei stabilem Stand der Konsumentenpreise⁴³⁾.

Die schwere Depression der Dreissigerjahre hätte erwarten lassen, dass die Arbeiter während dieser Zeit keine Kraft für Bewegungen und Kampfmassnahmen aufbrächten. Diese Erwartungen erfüllten sich nicht, wiesen doch die letzten Jahre vor dem Abschluss des Friedensabkommens noch recht ansehnliche Zahlen von verlorenen Arbeitstagen auf. Im Zeitraum zwischen 1929 und 1936 gingen in den Betrieben der Maschinen- und Metallindustrie — soweit die Fabriken dem ASMMI angeschlossen waren — rund 29 000 Arbeitstage verloren⁴⁴⁾. Nach einem Ausfall von ca. 6 500 Arbeitstagen im Jahre 1932 brachte das Jahr 1934 nochmals eine Verlustspitze mit 8 192 Tagen. Von diesem Zeitpunkt an sank das Ausmass der Ausstände auf einen bedeutungslosen Umfang herab.

⁴⁰⁾ J. ber. des ASMMI für 1930, S. 138.

⁴¹⁾ Kamber, a. a. O., S. 186.

⁴²⁾ vgl. Casanova, a. a. O., S. 147 ff.

⁴³⁾ ders. S. 172.

⁴⁴⁾ Dübi, Betrachtungen und Gedanken, S. 3. J. ber. ASMMI 1946, S. 158.

3. Kapitel:

DIE STUFEN AUF DEM WEGE ZUR FRIEDENSVEREINBARUNG

Der Vereinbarung zwischen dem ASMMI und dem SMUV vom Jahre 1937 geht eine lange Entwicklung voraus. Es wäre verfehlt, im Friedensvertrag einen abrupten Bruch mit den bisherigen Verhältnissen und eine vollkommene Neuorientierung der Interessenverteidigung zu sehen⁴⁵). Vielmehr brachte das Jahr 1937 — unmittelbar veranlasst durch verschiedene Umstände — den sichtbaren Ausdruck einer organischen Evolution vom «Gegeneinander» zum «Miteinander».

Verschiedene, meist Einzelfragen und Verhandlungsmethoden regelnde Vertragsschlüsse, stellen die Stufen dar, über welche sich die Idee der friedlichen Beilegung von Interessengegensätzen bis zu ihrer Verwirklichung im Friedensabkommen heraufarbeiten musste.

Die Bestrebungen der Gewerkschaften gingen schon sehr früh dahin, die Arbeitsbedingungen durch Uebereinkunft mit dem Arbeitgeber für eine grössere Zahl von Werktätigen zu regeln⁴⁶). Von Erfolg gekrönt waren die Bemühungen aber vorerst nur im Gewerbe, wo Reliquien des Zunftbewusstseins befruchtend auf die neue Genossenschaftsidee gewirkt haben mögen.

Bedeutend hartnäckiger als im Gewerbe erwiesen sich die Widerstände gegen den Vertragsgedanken in der Industrie. Ihr Bekenntnis zum manchesterlichen Liberalismus erlaubte keine kollektiven Vertragsabschlüsse. In dem Masse aber, wie die Eingliederung der Arbeiter in die Gewerkschaften zunahm, begann der ASMMI langsam mit der faktischen Anerkennung der Koalitionen. Schon im Jahre 1907 nahmen die Organisationen der Sozialparteien vorsichtige Verhandlungen miteinander auf. Mit Erfolg wurden Konflikte gelöst, deren Ausbruch für beide Teile nachteilig gewesen wäre⁴⁷). Eine deutliche Richtungsänderung des ASMMI im Hinblick auf seine Stellung zur Gewerkschaft zeigt der Jahresbericht von 1909. Auf Seite 36 heisst es:

«Wie unsere Mitglieder wissen, stehen wir nicht an, den Metallarbeiterverband als Vertreter seiner Mitglieder anzuerkennen und verkehren mit ihm in dieser Eigenschaft. Der Verkehr hat stets von Verband zu Verband zu erfolgen, also nie zwischen Metallarbeiterverband und einem einzelnen unserer Mitglieder.»

Die Frucht der Verhandlungen der Jahre 1907 und 1908 reifte 1909 in Form einer *«Vereinbarung zwischen dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller und dem Zentralvorstand des Schweizerischen Metallarbeiterverbandes betreffend Massnahmen zur Verhütung, eventuell Regelung von Kollektivstreitigkeiten»*⁴⁸).

⁴⁵) Heeb, Das Abkommen in der Maschinen- und Metallindustrie. Wüthrich, 15 Jahre Vertrag.

⁴⁶) Gawronsky, Vertragspolitik des SMUV, S. 213 ff.

⁴⁷) J. ber. SMAV 1906/7, S. 115.

⁴⁸) Wortlaut der Vereinbarung bei Kamber, a. a. O., S. 181/183.

Die Abmachung legte in zwölf Artikeln einen Verhandlungsmodus zur Unterdrückung oder Beilegung von Kollektivauseinandersetzungen fest. Auf materielle Forderungen wird in der Vereinbarung in keiner Weise Bezug genommen. Die Verbände wurden lediglich verpflichtet, das vereinbarte Einigungsverfahren durchzuspielen⁴⁹⁾. Scheiterten die Konferenzen aus irgendwelchen Gründen, gewann jeder Verband seine volle Aktionsfreiheit zurück.

Unverkennbar mischten sich später auch während der Zeit aufgewühlter Streikstimmung im Weltkrieg Spuren eines neuen Geistes in die kämpferischen Auseinandersetzungen. Neben den Streik trat ein neues Symbol: der runde Tisch. In der Maschinen- und Metallindustrie drehten sich ausgiebige Besprechungen um die allgemeine Regelung der Ferien, die Einführung von Minimallöhnen und die Verkürzung der Arbeitszeit. Das Prinzip der Minimallöhne, wie es in Verträgen des Gewerbes Eingang gefunden hatte, wurde von den Unternehmern abgelehnt. Dagegen kam es im März 1919 zu einer «Vereinbarung über die Arbeitszeit» mit dem ASMMI⁵⁰⁾: die 48-Stunden-Woche hielt am 1. Oktober 1919 in der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie ihren Einzug. Erst auf den 1. Januar 1920 erhielt die 48-Stunden-Woche auch im Fabrikgesetz ihre Verankerung.

Die Regelung der Arbeitszeitfrage war ein sichtbarer Erfolg für die Gewerkschaften. Ungelöst blieb noch das Ferienproblem. Der Druck der Arbeiterschaft veranlasste den ASMMI, eine Normalferienordnung für seine Mitglieder herauszugeben. Sie trat am 1. Januar 1920 in Kraft und legte folgende Ferienansätze fest⁵¹⁾: für Arbeiter nach:

3 Dienstjahren	3 Ferientage
8 Dienstjahren	6 Ferientage
15 Dienstjahren	9 Ferientage
25 Dienstjahren	12 Ferientage

Diese Ansätze hielten sich in den meisten Betrieben bis 1929.

Die Krise während der ersten Hälfte der zwanziger Jahre und die Offensive der Unternehmer gegen Teuerungszulagen und Löhne liessen den Vertragsgedanken für einige Zeit in den Hintergrund treten. Von 1925 an werden die Bestrebungen, die natürlichen Interessengegensätze auf friedliche Weise auszugleichen, wieder deutlicher. Am 5. Februar 1929 unterbreitete der SMUV dem Arbeitgeberverband einen Vereinbarungsentwurf über die Arbeitsverhältnisse in der Maschinen- und Metallindustrie. Folgende Fragen sollten auf zwei Jahre geregelt werden⁵²⁾:

⁴⁹⁾ Uhlmann, Geschichtliches aus dem Schweiz. Metall- und Uhrenarbeiterverband, S. 49.

⁵⁰⁾ Wortlaut der Vereinbarung bei Kamber, a. a. O., S. 192.

⁵¹⁾ J. ber. des SMUV für 1919, S. 72/3.

⁵²⁾ Genauer Text des Schreibens des SMUV an den ASMMI im Jahresbericht des ASMMI für 1929, S. 53.

1. Die *Arbeitszeit*, und zwar im Sinne ihrer Beschränkung auf 8 Stunden täglich.
2. Die *Löhne*, in der Meinung, dass man sich nach Unterzeichnung der Vereinbarung örtlich oder betriebsweise auf Tariflöhne, Stundenlöhne und Akkordlöhne verständigen solle.
3. Die *Ferien* dahin, dass sie nach dem ersten Dienstjahr 3 Tage betragen und sukzessive verlängert werden sollten bis auf 18 Tage nach dem zwanzigsten Dienstjahr.
4. Die *Arbeiterkommissionen*, deren Mitglieder — soweit sie dem SMUV angehören — die Anerkennung als Vertreter dieser Organisation erhalten.
5. Ein *Schiedsgericht*, das im Konfliktfalle letztinstanzlich zu entscheiden hat.
6. Ein *beidseitig zu leistendes Depositum* als Garantie für die Innehaltung der Abreden.

Die Industriellen lehnten es grundsätzlich ab, mit dem SMUV einen Vertrag einzugehen. Die Türe wurde jedoch nicht endgültig zugeschlagen. Der Arbeitgeberverband liess sich zu einigen Zugeständnissen in der Frage der Zuschläge für allfällige 52-Stunden-Wochen und in der Ferienfrage herbei. Unter Beiziehung einer interkantonalen Einigungsstelle kam eine Vereinbarung über Arbeitszeit, Ferien und Schlichtung von Streitigkeiten im Mai des Jahres 1929 zustande. Richtungsgebend für das spätere Friedensabkommen waren die Bestimmungen über die Beilegung von Konflikten. Ihrer Bedeutung entsprechend bringen wir sie hier zur Darstellung:

«Streitigkeiten, die durch die Betriebsleitung und die Arbeiterkommission keine Erledigung finden, werden den beiden Verbandsleitungen unterbreitet. — Die Verbandsleitungen verpflichten sich, die Fälle im Sinne einer Verständigung sofort zu behandeln. Kampfmassnahmen und Massregelungen dürfen während der Verhandlungen keine vorgenommen werden»⁵³⁾.

Das Bedeutsame an allen wichtigen Verabredungen, die im Laufe der Zeit zwischen dem ASMMI und dem SMUV getroffen werden konnten, sah die Gewerkschaft darin, dass die Abreden nicht unter dem Druck staatlicher Macht zustandegekommen waren⁵⁴⁾. Gegenseitige Rücksichtnahme und Anerkennung der Interessen beider Parteien hielten gesetzliche Massnahmen aus dem Spiel.

Das soziale Verantwortungsbewusstsein, das der SMUV bei den Verhandlungen und dem Abschluss der Vereinbarung von 1929 an den Tag gelegt hatte, konnte selbst die NZZ nicht übersehen. Sie stellte fest, «dass diesmal auch auf Seite der organisierten Arbeiterschaft eher der Wille zur Vermeidung eines offenen Konfliktes bestanden hat»⁵⁵⁾.

⁵³⁾ J. ber. ASMMI für 1929, S. 69/70.

⁵⁴⁾ *Ilg*, Zweck und Bedeutung, S. 10.

⁵⁵⁾ Nr. 981, 22. Mai 1929.

Dritter Abschnitt

Die neue Gestalt der Beziehungsform zwischen den Sozialparteien in der schweiz. Maschinen- und Metallindustrie

Alle Vereinbarungen, welche bis zum Jahre 1937 zwischen den Sozialparteien in der Maschinen- und Metallindustrie zustandekamen, regelten vorwiegend Einzelfragen. Ungelöst blieb die entscheidende Forderung der Arbeiterorganisation: die Anerkennung der Gewerkschaft seitens der Unternehmer als gleichberechtigte Vertragspartei¹⁾.

Für weiteste Kreise unerwartet, unterzeichneten Gewerkschaften und Arbeitgeberverband am 19. Juli 1937 das Dokument, welches als Friedensabkommen in die Sozialgeschichte einging. Bis kurz vor dem Vertragsschluss erläuterten weder Organe der Verbände noch die Tagespresse Möglichkeiten und Beweggründe eines solchen Vertrages. Wir waren darum gezwungen, seine Entstehung anhand späterer Äußerungen und Veröffentlichungen massgebender Leute zu verfolgen.

Als *Basis* des Friedensabkommens scheinen die *gefestigten Verbände*, ein *beidseitiger Gesinnungsumschwung* sowie *Erkenntnisse aus der modernen Wirtschaftsstruktur und -theorie* gedient zu haben. Die *besonderen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse* der Zwischenkriegszeit übten die Wirkung von *Katalysatoren* auf die Verwirklichung des Friedensgedankens aus.

¹⁾ Ilg, Betrachtungen über den Arbeitsfrieden, S. 27.

1. Kapitel:

DIE BASIS DER VERTRAGLICHEN ABMACHUNGEN

Hartnäckiger Wille zur Selbsthilfe und Gunst der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung liessen die Gewerkschaften im Laufe des letzten halben Jahrhunderts aus Randerscheinungen zu festen Bestandteilen der sozialen Struktur aufsteigen²⁾). Einerseits vermochten die Arbeiterorganisationen die Konstellation auf dem Arbeitsmarkt zu ändern, indem sie das nachfragemonopolistische Uebergewicht der Unternehmenseite wesentlich schwächten: den monopolistischen oder teilmonopolistischen Nachfragern traten ebenfalls teilmonopolistische Anbieter gegenüber. Andererseits eroberten die Gewerkschaften einen festen Platz in der Gesellschaft und erzwangen sich — durch geistige und/oder materielle Kräfte — die faktische Anerkennung aller Kreise.

1. Die Vertragslegitimation gefestigter Verbände

Bei den Bestrebungen um friedliche Gestaltung der Sozialbeziehungen mittels kollektiver Abreden gehört die gegenseitige Anerkennung der Legitimation der Berufsorganisationen zum Vertragsabschluss zu den unerlässlichen Erfolgsvoraussetzungen. Dabei lehrt die Erfahrung, dass diese Legitimationsanerkennung des Arbeitnehmerverbandes von seiten der Arbeitgeber erst nach dem Erreichen eines bestimmten Grades von gewerkschaftlicher Machtentfaltung erfolgt. Berufsgemeinschaftliche Solidarität und Machtverteilung der Sozialorganisationen stehen in enger Abhängigkeit. Erst ein Kräfteausgleich ermöglicht die fruchtbare Zusammenarbeit der Sozialparteien³⁾).

Die Arbeitgeber sind daran interessiert, bei vertraglichen Vereinbarungen Kontrahenten zu finden, die mit ihren Unterschriften eine dauernde und verantwortungsvolle Bindung garantieren können. Gleichermassen liegt es auch im Interesse der Arbeiter, dass Vereinbarungen nicht durch äussere Umstände, wie zum Beispiel Stellenwechsel der Unterzeichner, aufgelöst werden⁴⁾). Eine Organisation auf Arbeitnehmerseite, welche einen grossen Teil der Belegschaft vertritt, bildet für die Bewährung von vertraglichen Abmachungen einen unentbehrlichen Trappfeiler⁵⁾).

Die Entwicklung der Vertragsidee in der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie liefert für diese allgemeinen Ueberlegungen die Verifikation.

²⁾ *Briefs*, Zwischen Syndikalismus und Kapitalismus, S. 85/86.

³⁾ *Weber*, Berufsgemeinschaft, S. 277.

⁴⁾ *Salin/Burkhardt*, Art. Gesamtarbeitsvertrag, Hdb. der schweiz. Volkswirtschaft, 1955, Bd. 1, S. 548.

⁵⁾ *Waldner*, S. 61.

Seit der Gründung des ASMMI wiesen die Unternehmer wiederholt darauf hin, dass die Arbeitnehmerseite keine Vertretung aufweisen könnte, die als Vertragspartei in Frage käme.

In einem «streng vertraulichen» Rundschreiben des Vereins Schweizerischer Maschinenindustrieller an seine Mitglieder kommt diese Meinung deutlich zum Ausdruck. Dieses Schreiben vom Jahre 1905 empfiehlt den Vereinsmitgliedern die strikte Ablehnung von Arbeitsverträgen, indem es auf die Probleme der Minimallöhne hinweist. Wörtlich heisst es dann: «Ueber den Wert, den ein Vertrag mit einer so unfassbaren Grösse, wie es der Metallarbeiterverband ist, für eine Firma haben kann, sind keine Worte zu verlieren»⁶⁾.

Meyer⁷⁾ bringt in seinem Bericht über die Arbeiterbewegungen den gleichen Gedanken zum Ausdruck. Der Verfasser des Berichtes weist zuerst auf die Unmöglichkeit hin, in der Maschinenindustrie die individuelle Lohnregelung durch eine generelle zu ersetzen und schreibt dann weiter:

«Wenn der Verein Schweizerischer Maschinenindustrieller schon aus dem ... erwähnten Grunde Tarifverträge ablehnen muss, so braucht hier nicht untersucht zu werden, ob sich in der Branche zurzeit auf Arbeitnehmerseite ein Kontrahent fände, der geeignet und bereit wäre, die getroffenen Abreden zu halten und der auch Garantie für die Einhaltung eines Tarifvertrages böte».

In ähnlicher Weise bringt der Bericht des VSM für 1905 den Zweifel an der Vertragsfähigkeit der Arbeitnehmer sehr deutlich zum Ausdruck. Auf S. 33 ff ist der «Arbeitsvertrag» zwischen der Automobilfabrik «Orion» und deren Arbeiter, vertreten durch den Schweizerischen Metallarbeiterverband wie folgt kommentiert:

«Charakteristisch für diesen ‚Vertrag‘ ist zunächst seine Form. Er ist geschlossen zwischen einer regelrecht als AG, mit einem bestimmten Kapital konstituierten Firma, die für alle geschäftlichen Verpflichtungen aufkommen muss einerseits, und anderseits ihrer «Arbeiderschaft», die ständigem Wechsel unterworfen ist, bzw. dem «Metallarbeiterverband», der ebensowenig Bestand in den leitenden Personen aufweist und dessen Mandat, event. Berechtigung auch nur für die dem Verband angehörenden Arbeiter bindende Verpflichtungen einzugehen weder behauptet, noch nachgewiesen ist. Also einerseits ein solventer, handlungsfähiger Teil, der zur Erfüllung eingegangener Verpflichtungen nötigenfalls gerichtlich verhalten werden kann, anderseits zwei gleichermassen unfassbare Kontrahenten, die beide nichts zu bieten haben.»

In die gleiche Kerbe schlägt noch im Jahre 1929 der Industrielle Sulzer. In einem Memorial⁸⁾ an die freisinnige Partei weist er darauf hin, dass die Organisationen der Arbeiterseite zersplittert sind. Die Ziele der Arbeiterverbände lägen aus weltanschaulichen, konfessionellen und wirtschaftspolitischen Gründen weit auseinander. Bruderzwiste seien häufig. Viele Arbeiter gehörten überhaupt keiner Organisation an. Wörtlich heisst es in der Folgerung: «Bei dieser Sachlage verbieten sich vertragliche Abmachungen von selbst».

⁶⁾ Rundschreiben des VSM an die Vereinsmitglieder vom 3. Juni 1905, S. 3.

⁷⁾ a. a. O., S. 36.

⁸⁾ Zitat nach Ingold, Auf dem Wege zur Arbeitsverfassung, S. 50/51.

Offensichtlich musste die Beseitigung dieses Misstrauens der Unternehmer gegen die Vertretung der Arbeiter ein erster und unerlässlicher Schritt zu einem kollektiven Arbeitsvertrag sein. Das innere Erstarren der Gewerkschaft und ihre wachsende Anerkennung durch die öffentliche Meinung räumte die Hindernisse, welche die Fragen der Vertragsfähigkeit und -treue einem Abkommen zwischen den sozialen Gegenspielern entgegenstellten, weg.

Tabelle 7

Von der inneren Stärke des SMUV legen die Leistungen seiner Versicherungsinstitutionen Zeugnis ab.

Auszahlungen in den Jahren 1930—1937⁹⁾

Arbeitslosenkasse	Fr. 119 110 941.—
Fürsorge- und Rückzahlungskasse	Fr. 2 930 709.—
Krankenkasse	Fr. 5 588 999.—
Unfallzuschusskasse	Fr. 232 873.—
Total	Fr. 127 863 522.—

Auszahlungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit¹⁰⁾

Krankenkasse	1940—1949	Fr. 14 278 853.—
Alterskasse	1940—1949	Fr. 1 035 405.—
Fürsorgekasse	1940—1949	Fr. 14 761 989.—
Allg. Unterstützungskasse	1942—1949	Fr. 7 702 468.—
Arbeitslosenkasse	1940—1949	Fr. 14 817 208.—
Total		Fr. 52 595 923.—

2. Konstruktive Ideen

Gefestigte Verbände können eine sozial wertvolle Tätigkeit nur dann entfalten, wenn ihre Programme und Aktionen die allgemein anerkannten und geachteten wirtschaftlichen und politischen Maximen nicht verletzen. Der zweite Stützpfeiler, auf welchem eine erfolgreiche Kollektivvertragspolitik in der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie aufbauen konnte, musste daher das aufrichtige Bemühen beider Sozialparteien um einen weitgehend einheitlichen Nenner ihrer Politik in Wirtschaft und Staat sein.

Die Entwicklung der Arbeitnehmerverbände in der Schweiz zu modernen Gewerkschaften, die nicht nur als «Lohnmaschinen» sich mit Löhnen, Arbeitszeit und den alltäglichen Problemen des Lebens befassen, ist erst jüngeren Datums¹¹⁾. Doch stand schon die Geburtsstunde der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung eher unter dem Eindruck der Lehren von Charles *Fourier* als unter jenen *Marxens*¹²⁾.

⁹⁾ Zweck und Bedeutung, S. 11.

¹⁰⁾ *Fritschi*, J., Hb. der Schweiz. Arbeitnehmerverbände, Zürich 1951, S. 266/8.

¹¹⁾ *Uhlmann*, a. a. O., S. 36.

¹²⁾ Vgl. etwa *Weckerle*, Hermann Greulich-Biographie, spez. S. 47 ff. *Müller*, Hermann Greulich und die Gewerkschaften, S. 219.

Vollends erfolgte die Absage der freien Gewerkschaften an die orthodox-marxistischen Theoreme in den dreissiger Jahren unseres Jahrhunderts¹³). Am Kongress des schweizerischen Eisenbahnverbandes vom 31. Mai 1933 formulierte *Bratschi* die Absage an die Doktrin der Diktatur des Proletariates folgendermassen:

«Es ist unsere Aufgabe, alles zu tun, auch wenn rings um uns, im Süden und Norden, der Faschismus regiert, damit die Schweiz der Demokratie und der geistigen Freiheit erhalten bleibe. Aber dann haben Zweideutigkeiten keinen Platz. Man kann nicht Anhänger der Demokratie sein und gleichzeitig die Diktatur einer Seite befürworten. Hier gibt es keinen Kompromiss, das ist ganz unmöglich. Diejenigen, die die Diktatur von links offen befürworten, oder im Stillen daran denken, dass wir davon Gebrauch machen könnten, haben kein Recht, den andern Vorwürfe zu machen und von den andern Demokratie für uns zu fordern»¹⁴).

Der Wille zur Mitarbeit und Mitverantwortung der Gewerkschaften an der Gestaltung des öffentlichen Lebens trat erstmals in einem Vortrag von Prof. *Marbach* am Kongress des schweizerischen Eisenbahnverbandes vom 28. April 1935 deutlich hervor. Der Redner hielt damals folgende Postulate der Gewerkschaften fest¹⁵):

1. *Im Geistesleben*: nicht Zügellosigkeit, aber Freiheit
2. *In der Wirtschaft*: Organisation zur Steigerung und gerechteren Verteilung des Sozialertrages und zur sozialen Hypothekierung des Besitzes.
3. *In der Politik*: Demokratische Spielregeln und Gepflogenheiten.

Der Aufstieg des SMUV zu einem bestimmenden Faktor im wirtschaftlichen und kulturellen Leben unseres Landes und die soziale Besserstellung der Metallarbeiter ist eng verbunden mit dem Lebenswerk von Konrad *Ilg*¹⁶): «Wenn die Metallarbeiterschaft heute wesentlich besser gestellt ist als zur Zeit des letzten Weltkrieges und eine moralische Macht darstellt, die erhoffen lässt, dass sie nach und nach in eine ihren Leistungen und Verdiensten voll entsprechende materielle Stellung hineinwachsen wird, so ist das, sicher nicht ausschliesslich, aber doch in hohem Masse das Verdienst Konrad *Ilg*s»¹⁷).

Während seiner Gesellenzeit arbeitete Konrad *Ilg* in der welschen Schweiz. Hier, an der Randzone des französischen Syndikalismus, machte er die Bekanntschaft mit den anarchistischen Ideologien der damaligen Zeit. Diese Bewegung mit ihren unnützen Opfern war *Ilg* zuwider. Er stand unter dem Einfluss des französischen Idealisten und Sozialisten Jean *Jaurès*¹⁸). *Ilg*s Streben ging nach Humanität, Revolution, Umsturz und die Doktrin des radikalen Marxismus sagten ihm nichts. Für *Ilg* gingen die Ziele der Gewerkschaften über das

¹³) *Schwarb*, Gewerkschaftliche Lohnpolitik, Einleitung.

¹⁴) Zit. nach *Ingold*, a. a. O., S. 75.

¹⁵) Zit. nach *Ingold*, a. a. O., S. 75.

¹⁶) *Uhlmann*, a. a. O., S. 36.

¹⁷) *Marbach*, Konrad *Ilg*, in der Thurgauer Mappe, 1944.

¹⁸) Vgl. *Naef*, Geistige Kräfte der freien franz. Gewerkschaftsbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, spez. S. 80.

rein Materielle hinaus. Den Menschen geistig und ethisch auf eine höhere Stufe zu bringen, darin sah er einen wesentlichen Sinn der Arbeiterbewegung¹⁹⁾.

Die Betonung der gemeinschaftlichen Interessen von Arbeitern und Unternehmern in den Kreisen der Industriellen wurde recht eigentlich zum Leitgedanken der präsidialen Tätigkeit von Ernst *Dübi* an der Spitze des ASMMI. Der hervorragendste «Gegenspieler» *Dübis*, Konrad *Ilg*, würdigte nach dessen Ableben im Jahre 1947 die Einstellung von Generaldirektor *Dübi* zu den Problemen der Zusammenarbeit. In einem Nekrolog unterstrich der Zentralpräsident des SMUV das Verantwortungsbewusstsein dieses Industrieführers gegenüber dem Arbeitgeberverband, Industrie und Volkswirtschaft und stellte seiner Arbeit im Geiste der gegenseitigen Verständigung zum Wohle der Industrie und der Arbeiterschaft ein bestes Zeugnis aus²⁰⁾.

Beiträge des ASMMI erlaubten im Jahre 1933 die Schaffung eines Forums der genossenschaftlichen Idee: die «Werkzeitung der schweizerischen Industrie» stellte sich als Aufgabe, in der Schweiz das wirtschaftliche Verständnis und den sozialen Frieden zu fördern. *Dübi* umriss im Leitartikel der ersten Nummer im April 1933 das Motto seiner Bestrebungen mit dem charakteristischen Satz: «Mit dem klaren Bekenntnis zur Privatwirtschaft ist anderseits aber eine weitgehende, gegenseitige Rücksichtnahme zur unbedingten Pflicht geworden»²¹⁾. Leider vermochte weder dieses Motto noch das Redaktionsprogramm von Hans *Bächtold*, wonach die Werkzeitung «das wirtschaftliche Verständnis und den sozialen Frieden in der Schweiz durch publizistische Aufklärung über wirtschaftliche, kulturelle und soziale Fragen fördern»²²⁾ wollte, verhindern, dass sie während der Dreissigerjahre zum Träger polemischer Kämpfe mit den Gewerkschaften, und nicht zuletzt mit dem SMUV, wurde²³⁾.

3. Die moderne Wirtschaftsstruktur und -theorie

Die weitgehenden Veränderungen, die auf dem Gebiete des Besitzes, der Führung und der Grösse wichtigster Produktionsgebiete im Laufe unseres Jahrhunderts eintraten, prägen dem Verhältnis Arbeiter-Unternehmer ihre Merkmale auf. Die Wohlfahrt einer Nation ist heute mehr denn je abhängig von relativ wenigen Grossbetrieben. Ihre Blüte befruchtet zahlreiche Hilfsbetriebe, Handel und Verkehr.

Der wirtschaftliche Strukturumbruch mit der enormen Kräftekonzentration lässt vor allem den Herrn-im-Haus-Standpunkt und das Streikproblem einer neuen, kritischen Betrachtung unterziehen.

¹⁹⁾ J. ber. des SMUV für 1954, S. 29.

²⁰⁾ Dr. Ernst *Dübi* als Vertragspartner, in: Industrielle Organisation, 16, Nr. 5, Okt. 1947, S. 152.

²¹⁾ Vgl. J. ber. des ASMMI für 1947, S. 6. / Nr. 5, Oktober 1947, S. 152.

²²⁾ Werkzeitung, 1, Nr. 2, Mai 1933, S. 9.

²³⁾ Vgl. z. B. Werkzeitungen 2, Nr. 10, Oktober 1934, S. 110. 4, Nr. 9, September 1936, S. 160.

Unter den kleinen Verhältnissen der liberalen Entfaltung konnten die Unternehmer mit Recht behaupten: das Streben nach Gewinn leitet unsere Massnahmen, uns fällt bei Erfolg der Gewinn zu; wir tragen aber auch die Risiken und den Verlust bei Misserfolgen allein. Unter den heutigen Gegebenheiten treffen jedoch wirtschaftliche Fehlrechnungen nicht allein die am Gelingen der Pläne unmittelbar interessierten Unternehmer, sondern darüberhinaus — und wohl in verstärktem Masse — einen weiteren Personenkreis: vorweg die Arbeiter und Angestellten und ihre Angehörigen, dann aber auch die zahlreichen Lieferanten und Gläubiger des Betriebes und der Arbeitslosen.

Andererseits ist die Oeffentlichkeit unter den modernen Wirtschaftsverhältnissen nicht mehr bereit, offene Lohnkämpfe als Ausdruck sozialer Verantwortlichkeit gelten zu lassen. *Nach neuer Vorstellung gilt als sozial, was der Allgemeinheit und speziell ihrem schwächsten Teil dient. Die streitbare Betätigung des Gruppenegoismus ohne Rücksicht auf das allgemeine Wohl findet scharfe Verurteilung.*

So betrachtet, stellt das Friedensabkommen in der Maschinen- und Metallindustrie eine Anpassung der Beziehungen zwischen den Sozialparteien an die moderne Wirtschaftsstruktur und die Abwendung der öffentlichen Sympathie für die streikenden Arbeiter dar.

Einen weiteren Beitrag zur Verwirklichung des Metallfriedens mag das Erscheinen neuer ökonomischer Lehrmeinungen und deren — korrigierte oder unkorrigierte — Verwendung in der Wirtschaftspolitik geliefert haben. Unter dem Eindruck der Vollbeschäftigungstheorie und der Wirtschaftspolitik der «Mittelwege zwischen Laissez-faire und Zentralverwaltung»²⁴⁾ geht der Widerstand der Arbeitgeber gegen die Forderungen der Arbeiter zurück. Die Wirtschaftspolitik der Kaufkraftschöpfung versucht, die Vollbeschäftigung trotz erhöhten Arbeitskosten und Soziallasten, wenn nötig mit inflatorischen Mitteln, zu sichern. Wenn die Industrie hofft, dass eine solche Politik die Ueberwälzung erhöhter Arbeitskosten auf den Konsumenten erleichtert, wird sie sich kaum veranlasst sehen, Kosten und Unannehmlichkeiten von Lohnkämpfen zu tragen²⁵⁾. Diese theoretische Ueberlegung gilt allerdings gerade für eine exponierte Exportindustrie, wie die schweizerische Maschinen- und Metallindustrie, die aus einer inflatorischen nationalen Geldpolitik nur beschränkten Nutzen ziehen kann, lediglich mit den nötigen Einschränkungen.

Der Boden, auf welchem das Friedensabkommen wuchs, mag aus dem Wandel der wirtschaftlichen Struktur, der ökonomischen Theorie und Wirtschaftspolitik Nahrung gezogen haben. Wir betrachten jedoch die Vorbereitung von dieser Seite nicht als grössenmässig erfassbare Tatsache, sondern lediglich als befruchtendes Moment für die Herbeiführung des Arbeitsfriedens.

²⁴⁾ Eucken, a. a. O., S. 55 ff und 140 ff.

²⁵⁾ Beckerath, a. a. O., S. 122/123.

2. Kapitel:

DIE KATALYSATOREN

In der Zwischenkriegszeit festigte sich die tragende Grundlage für einen Umschwung in den Beziehungen der maschinenindustriellen Arbeitsmarktparteien. Vielleicht aber wären trotzdem die zwingenden Folgerungen nicht so schnell gezogen worden, wenn sich aus den Zeitereignissen der Dreissiger Jahre nicht ein reicher Hort an richtungsweisenden Erfahrungen angesammelt hätte. Der Druck des Augenblicks spielte für den Abschluss der Friedensvereinbarung der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie die Rolle eines Katalysators.

Blut und Grauen des ersten Weltkrieges hatten die Idee der internationalen Zusammenarbeit der Völker geweckt. Im Völkerbund nahm die zwischenstaatliche Kooperation als ständige Institution zum ersten Mal Gestalt an. Die Politik aber hielt mit den Plänen weltumspannender Zusammenarbeit nicht Schritt. Gab es schon in den Zwanziger Jahren eine «konventionelle Lüge der Internationalität», wurde schon damals versucht, die nationalen Gegensätze unter den Mantel des «als ob» zu verhüllen, zerstörte die einbrechende Weltwirtschaftskrise die «Welt des Scheins» vollends²⁶⁾. Politik und Wirtschaft verstrickten sich unentwirrbar. In der Kette der Ereignisse kann der Kausalnexus für die unheilvolle Entwicklung nicht mehr nach Ursache und Wirkung zergliedert werden. Politischer und ökonomischer Nationalismus schürten sich gegenseitig an. Auf Grund ihrer geographischen und handelspolitischen Lage blieb die Schweiz von den wirtschaftlichen und politischen Wirren der Zwischenkriegszeit nicht unberührt. Zu sehr ist unser Land mit dem Weltmarkt verknüpft und im Herzen Europas dem Wellengang geistiger Strömungen ausgesetzt.

1. Die wirtschaftliche und politische Krise

Als gefahrenträchtiges Erbe hinterliess der erste Weltkrieg Währungswirren, Verzerrung der Wirtschaftsstruktur und eine dauernde Agrarkrise. Neben sekundären spielten diese drei Ursachengruppen die entscheidende Rolle für die unerhörte Weltwirtschaftskrise in den ersten Dreissigerjahren²⁷⁾. Die wirtschaftliche und politische Lage dieser Jahre ist durch drei Hauptmerkmale gekennzeichnet:

1. durch die Erhebung des Egoismus zur Staatsmaxime und die fortschreitende Zerklüftung der Weltwirtschaft;
2. durch ungeahnten Produktionsrückgang, Kreditchaos und Massenarbeitslosigkeit von gewaltigem Ausmass,

²⁶⁾ *Sturmthal*, a. a. O., S. 302 ff.

²⁷⁾ Derselbe, S. 97 ff.

3. durch den ungesunden Charakter des Aufstieges nach dem Tiefpunkt der Depression um die Jahreswende 1932/33: Systeme nationaler Bevorzugung und Rüstungshausse prägten das Bild.

Für die schweizerische Wirtschaftslage zeitigte die Depression der Weltwirtschaft und die deflationistische Binnenpolitik katastrophale Folgen. Ein knappes aber eindruckliches Bild mögen folgende Zahlen geben:

Vergleich der Wirtschaftslage im ersten Halbjahr 1936 mit dem ersten Halbjahr 1929²⁸⁾:

Exportverminderung	65%
Rückgang der Bautätigkeit	50%
Abnahme der Beschäftigten in den industriellen Betrieben	31%
Rückgang des Personalverkehrs der SBB	15%
Rückgang des Güterverkehrs der SBB	37%
Zunahme der Arbeitslosenzahl von	9 000 auf 98 000
Verminderung des Volkseinkommens	20—30%

Die Maschinen- und Metallindustrie der Schweiz erhielt von der Weltwirtschaftskrise besonders harte Schläge. Mangels einer schweizerischen Produktionsstatistik lässt sich die Amplitude der Konjunkturwellen anhand der Veränderung des Gesamtproduktionsvolumens nicht feststellen. Die Bewegung des Beschäftigungsgrades und die Exportrückschläge bieten für die Krise der Dreissigerjahre jedoch genügend deutliche Masse.

Der Beschäftigungsrückgang in der Maschinen- und Metallindustrie wird am deutlichsten durch die Entwicklung der Jahresarbeitsstunden illustriert. Sie sanken im Jahre 1933 auf die Hälfte derjenigen des Jahres 1929 herab.

Tabelle 8

Anhand von Erhebungen über die geleisteten Jahresarbeitsstunden von 25 grössten Betrieben, die zusammen rund einen Drittel der Gesamtarbeiterschaft aller ASMMI-Mitgliedfirmen beschäftigen, zeigt sich folgende Entwicklung des Arbeitsstundenindex²⁹⁾:

1913 - 100	Gesamtindex	Allg. Maschinen- bau	El. Ind.	Textil Maschinen- bau	Eisen-, Stahl- und Metallwerke
1929	129,0	122,8	136,0	149,1	126,4
1933	65,3	55,4	62,6	61,6	93,2
1936	72,7	62,3	71,9	86,0	91,6
1939	101,0	96,4	104,0	98,7	109,6
1949	127,5	110,0	151,2	119,4	149,2
1954	152,0	133,2	200,1	144,5	151,0

²⁸⁾ Weber, Nach dem 26. September, S. 73.

²⁹⁾ J. ber. des ASMMI für 1954, S. 34/5.

Der Exportrückgang der Maschinen- und Metallindustrie

Wird die Ausfuhr des Jahres 1929 mit einem Index von 100 bewertet, sank dieser im Jahre 1934 auf 41,8. Bei einer Exportschrumpfung von rund 60% bildete die Tatsache, dass die Schweiz ihren Anteil an der Gesamtmaschinenausfuhr der Welt behaupten konnte, kaum eine Ermunterung³⁰⁾.

In den Jahren der «nationalen Abenteuer» warteten unsere stärksten Wirtschaftskonkurrenten mit innen- und aussenpolitischen Massnahmen auf, welche nicht nur die Hoffnung auf ein baldiges Krisenende zerschlugen, sondern mit einer weiteren Zuspitzung der Lage in der Maschinen- und Metallindustrie drohten. Der SMUV sah die Gefahren vor allem in folgenden vier Umständen³¹⁾:

1. Die Sprengung des internationalen Goldstandards hatte der nationalen Wirtschaftspolitik weitgehende Handlungsfreiheit gebracht. Ab 1930 nahm die Schliessung der Märkte immer grösseres Ausmass an. Die Erhöhung der Zollmauern und die Politik des Hochprotektionismus auf der einen, rief entsprechenden Reaktionen auf der anderen Seite. Politische und wirtschaftliche Absichten förderten die Autarkiebestrebungen. Neben die «legalen» Massnahmen traten in den fortschreitenden Dreissigerjahren die «illegalen» Machtansprüche Nazi-deutschlands. In offenem Vertragsbruch zwang es wichtige Industriegebiete unter seinen Herrschaftsbereich. Die Verstärkung der wirtschaftlichen Grossraumbildung unter der Diktatur des deutschen Imperialismus führte notwendigerweise zu einer Schmälerung des freien Sektors in der internationalen Wirtschaft. Die schweizerischen Maschinen- und Metallunternehmen, welche auf den auswärtigen Handel lebensnotwendig angewiesen sind, mussten unter den Folgen dieser Entwicklung besonders schwer leiden.

2. Die Gründe für den seit 1936 in der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie bemerkbaren Konjunkturanstieg blieben nicht verschlossen: der enorme Rüstungsbedarf brachte Bestellungen und Absatzmöglichkeiten. Die Zukunft liess das Ausmünden der Rüstung in einen allgemeinen Kriegstaumel oder erneute Depression nach Erreichen eines gewissen Sättigungsgrades in den Kriegsvorbereitungen erwarten.

3. Das nationalsozialistische Wirtschaftsexperiment hatte Deutschland zu einer rüstungsbedingten Hochkonjunktur verholfen. Mit grosser Anstrengung wurden Maschinen und Anlagen erneuert und die Produktionskapazität gesteigert. Während der gleichen Zeit hatte die schweizerische Wirtschaft mit schweren Krisen zu kämpfen. Die Maschinen- und Metallindustrie konnte mit dem gefährlichen Konkurrenten im Norden kaum Schritt halten. Mit steigender Sorge erwartete sie den Moment, da Deutschland seine industrielle Potenz

³⁰⁾ Weber, Existenzfragen der Schweizerischen Maschinenindustrie, S. 7.

³¹⁾ Ilg, Zweck und Bedeutung, S. 3/4.

statt in der Kriegsrüstung in der Friedensproduktion einsetzen würde.

4. Die grossen Diktaturstaaten erniedrigten Millionen von Menschen zu blossen Produktionssubjekten. Ueber Art und Ort ihres Einsatzes entschieden rein technisch-organisatorische Gesichtspunkte. Vier Millionen deutsche Metallarbeiter hatten unter dem Regime des Nazismus nichts mehr zu sagen in bezug auf Löhne, Arbeitszeit und allgemeine Arbeitsbedingungen. Die schlechten Arbeitsverhältnisse der Diktaturstaaten brachten die Länder mit liberalen Industrie- und Handelsmethoden und sozialem Verantwortungsbewusstsein im internationalen Konkurrenzkampf in schwere Bedrängnis.

Die unverhältnismässig scharfe Krise, die unsere Maschinen- und Metallindustrie heimsuchte, ist vorab in zwei Ursachen zu suchen. *Erstens* ist es ein theoretischer Lehrsatz, dass die Amplitude der Schwankungen, welche bezüglich der durchschnittlichen Produktion gemessen werden, in der Kapitalgüterindustrie grösser ist als in der Konsumgüterindustrie³²⁾. *Zweitens* hatte die schweizerische Maschinen- und Metallindustrie während der Kriegskonjunktur des ersten Weltkrieges und in der nachfolgenden Retablierungskonjunktur eine Ueberexpansion erfahren. Folgende Angaben liefern den Beleg dafür³³⁾:

Zuwachs der Arbeiter in der Maschinenindustrie 1923—1929	31%
Zuwachs der Arbeiter im Durchschnitt aller Industrien	21%
Steigerung der PS in der Maschinenindustrie von 1923—1929	66%
Steigerung der PS im Durchschnitt aller Industrien	33%

Nicht minder drohend für den Fortbestand unseres Landes gesellten sich zu den Schwierigkeiten aus der weltwirtschaftlichen Krisenpest die Gefahren aus Imperialismus und Irredentismus. Berlin und Rom wetteiferten im europäischen Raum um die «Befreiung» der Völker von der «Last» der mühsam erworbenen Freiheit. Auf Kosten der Nachbarn und der Welt idolatrierten die Diktaturstaaten ihre nationale Tradition und ihre eigenen Interessen.

In Italien hatte ein korporatives System Selbstbestimmungsrecht und Handlungsfreiheit der Arbeitsmarktparteien weggefeigt³⁴⁾. Frankreich wälzte sich in einem verderblichen und blinden Parteienkampf. Seine Folgen trugen zum Zusammenbruch der Nation unter der Wucht des nationalsozialistischen Angriffs im Jahre 1940 massgebend bei³⁵⁾. Die blutigen Säuberungsaktionen in Russland zerstörten auch die Hoffnungen der optimistischsten Gläubigen, welche den Kommunismus als Wegbereiter eines goldenen Zeitalters herbeigesehnt hatten³⁶⁾. In Deutschland hatte die sozialrevolutionäre Dynamik der

³²⁾ *Haberler*, Prosperität und Depression, S. 268.

³³⁾ *Weber*, Existenzfragen der schweiz. Maschinenindustrie, S. 7/8.

³⁴⁾ *Ilg*, Betrachtungen über den Sinn ... unserer vertraglichen Abmachungen ..., S. 4 ff.

³⁵⁾ Vgl. *Naef*, a. a. O., spez. S. 137 ff.

³⁶⁾ *Ilg*, Betrachtungen über den Sinn ... unserer vertraglichen Abmachungen ..., S. 6 ff.

Zwanzigerjahre das Werk einsichtiger Unternehmer und Arbeiterführer zerstört: an die Stelle der «Zentralgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands» war eine unversöhnliche Kampfstimmung getreten³⁷⁾. In dieser hasserfüllten Atmosphäre begannen die nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen (NSBO) ihre verhängnisvolle Wühlarbeit. Am 2. Mai 1933 zerschlugen die neuen Machthaber Deutschlands die Einrichtungen der freien Gewerkschaften und riefen schon acht Tage später die Deutsche Arbeitsfront (DAF) ins Leben. Kurze Zeit danach waren alle Dienststellen der Gewerkschaften und Angestelltenverbände mit Nationalsozialisten besetzt. Es wurde verkündet, dass die DAF die alleinige Organisation des werktätigen deutschen Volkes darstelle. Eine gegenüber den Unternehmern freie Arbeiterorganisation bestand damit in Deutschland nicht mehr.

Der politische und wirtschaftliche Druck und der abschreckende Anschauungsunterricht der Nachbarstaaten belebte die Idee der Volksverbundenheit in den schweizerischen Sozialparteien. Man erkannte, dass innere Zerrissenheit einer Einladung an die Gewaltherrschaft, der Selbständigkeit des Kleinstaates ein Ende zu bereiten, darstellte. *Ingold*³⁸⁾ formuliert die Entscheidung, vor welche die bewegte Zeit der Dreissigerjahre unser Land stellte, mit den Worten: «Jetzt nationale Disziplin, Unterordnung der einzelnen Gruppen unter das Gesamtwohl oder Zertrümmerung und Untergang. Jetzt Verständigung auf der Grundlage der Menschenrechte oder Kampf bis aufs Messer und Zusammenbruch. Jetzt Arbeitsverfassung um der allgemeinen Wohlfahrt und des Wohlergehens des Einzelnen willen oder Chaos und Zerschlagung der alten, liebgewonnenen Demokratie».

Weder die Arbeitgeber- noch die Arbeitnehmerseite der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie blieb von den Zeitereignissen unberührt. Die leitenden Männer auf beiden Seiten versuchten, hergebrachten Auffassungen zu brechen, eine neue Einstellung zu den sozialen Problemen auszubilden und Interessenkämpfe an zeitgemässe Fronten zu verlegen.

Konrad Ilg betonte immer wieder, dass der Ausgangspunkt des Weges zur Volksgemeinschaft im Arbeitsverhältnis liegt. Je weiter die Industrialisierung eines Landes fortschreitet, desto mehr hängt seine Lebensfähigkeit nicht nur von der Toleranz auf dem religiösen, rassischen und kulturellen Sektor, sondern auch von der Verständigung auf sozialem Gebiete ab.

«Für die schweizerische Demokratie sehen wir kein grösseres Unglück, als wenn auch bei uns nackter Egoismus und Ueberheblichkeit triumphieren würden. Auch bei uns müssen wir wieder lernen, die gegenseitige Achtung zu pflegen und die persönlichen Interessen dem Ganzen unterzuordnen. Wir sehen für die Schweiz

³⁷⁾ *Albrecht*, Sozialpolitik, S. 73 ff. Vgl. auch *Seidel*, Die Deutschen Gewerkschaften, S. 80 ff.

³⁸⁾ a. a. O., S. 7.

keinen anderen Weg als den der Verständigung auf dem Boden des sozialen Friedens.»

Mit diesen Worten umreisst Ilg³⁹⁾ die Bedeutung, die er dem Verhältnis der Arbeitsmarktparteien für den Bestand unserer demokratischen Institutionen und der menschlichen Freiheit überhaupt, zu-mass. Ebenso deutlich hob der SMUV⁴⁰⁾ die Notwendigkeit hervor, durch den inneren sozialen Frieden gegen äussere Machtgelüste ein Bollwerk zu schaffen:

«In Zeiten, wie wir sie heute haben, ist sicher nichts verderblicher als eine nationale Zerrissenheit. Wir haben genug Beweise, wie mächtige Staaten die nationale Zerrissenheit fremder Völker benützen, um ihre dunklen und imperialistischen Ziele zu verwirklichen.»

Nichts an Entschiedenheit lässt auch die Absage zu wünschen, die Ilg⁴¹⁾ an den Kommunismus machte:

«Wir sind sicher, dass der Kommunismus für uns genau so den Untergang bedeuten würde wie der Nationalsozialismus. Ich frage mich, was hat der Bolschewismus anderes gebracht als die nackte, brutale Gewalt? Eine Gewalt, die alles niederschlägt, was ihr entgegensteht. Sowohl beim Nationalsozialismus wie beim Bolschewismus dominiert die Gewalt. Darum meine Sorge, wohin das führen wird, wenn das neue Europa von einer dieser Mächte aufgebaut werden soll?»

Auf Arbeitgeberseite der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie war es vor allem der Präsident des ASMMI, Generaldirektor *Dübi*, der im Interesse der nationalen Selbstbehauptung auseinandergehende Wünsche der einzelnen Gruppen mit dem Willen zur Verständigung zu überbrücken suchte. In einer Rede über die Beweggründe für das Friedensabkommen an der Generalversammlung des ASMMI vom 9. Juli 1937 führte er aus⁴²⁾:

«Bei den allgemeinen Wandlungen in Politik und Wirtschaft der ganzen Welt und in Europa im besonderen, ist ein Blick aufs Ganze zur unbedingten Notwendigkeit geworden; über allem haben die Gesamtinteressen eines Landes zu stehen, und daher kommen auch wir ohne vermehrte Zugeständnisse und vermehrtes Rücksichtnehmen untereinander und gegenüber anderen nicht mehr aus. Auch der Entwurf zu der in Frage stehenden Vereinbarung ist die Frucht gründlichster Arbeit, die wir Ihnen in der Ueberzeugung, damit dem Ganzen am besten zu dienen, unterbreiten.»

2. Die Gefährdung der gewerkschaftlichen Aktionsfreiheit

Den unmittelbarsten und letzten Anstoss zur raschen Unterzeichnung des Verbandsvertrages in der Maschinen- und Metallindustrie gab die Bedrohung, welche der gewerkschaftlichen Eigenständigkeit aus den Plänen der schweizerischen Bundesbehörden erwuchs.

Die Schweiz hatte sich fremdbürtigen Ideen nie ganz entziehen können. Auch in den Dreissigerjahren steckten ausländische Ideolo-

³⁹⁾ Unsere vertraglichen Abredungen ... S. 9.

⁴⁰⁾ Bericht über die ... Erfahrungen während der zweijährigen Dauer des Abkommens ... in der Maschinen- und Metallindustrie, Bern 1939, S. 1.

⁴¹⁾ SMUV-Protokoll der Industrie-Konferenz vom 8. August 1942, Zürich, S. 1.

⁴²⁾ SAGZ vom 24. Juli 1937.

gien einzelne Gruppen an. Kritteln die Blicke fielen auf die alten demokratischen Einrichtungen unseres Landes. In verschiedenen Betrieben machten sich bereits umstürzlerische Kräfte nach dem Muster der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen an ihr verbrecherisches Werk⁴³⁾. «Vergessen wir nicht, dass wir zu drei Viertel von faschistischen Staaten umgeben sind und dass auch bei uns allenthalben Kräfte am Werk sind, die den in diesen Ländern herrschenden Geist in unsere Volkskreise zu verpflanzen suchen»⁴⁴⁾, so warnte der SMUV seine Mitglieder.

Die wirtschaftliche und politische Not veranlasste den Bundesrat, einer Delegation des Gewerkschaftsbundes im Jahre 1936 mitzuteilen, dass er in Anbetracht der bevorstehenden Teuerung und der allgemeinen prekären Situation ein obligatorisches, staatliches Schiedsgericht einzusetzen und Streikverbote auf Grund staatlicher Vollmachten zu erlassen gedenke⁴⁵⁾.

Die vom Bundesrat geplante Unterdrückung von Kollektivstreitigkeiten mittels staatlicher Vollmachtenbeschlüsse war eine typische Folge des morphologischen Wandels auf den Arbeitsmärkten im Anschluss an die Kraftentfaltung der Gewerkschaften: die Gleichgewichtslosigkeit von Arbeitsmärkten zweiseitiger Vermachtung löst die Tendenz zu weiteren Transformationen, zur staatlichen Zwangsschlichtung und im letzten Stadium zur Kontrolle der Lohnbildung und zentraler Lenkung der Arbeitskräfte aus⁴⁶⁾.

Die Absicht des Bundesrates, eine obligatorische staatliche Zwangsschlichtung einzusetzen, musste umso eher ernst genommen werden, als während der dreissiger Jahre die Politik der dringlichen Bundesbeschlüsse üppige Blüten trieb und Verfassungsnormen ohne grosse Bedenken umgangen wurden. Prof. *Giacometti*⁴⁷⁾ wartete mit einer schweren Verurteilung des Missverhältnisses zwischen Verfassungsrecht und Verfassungspraxis auf. Er sprach von einer «verschleierte Bundesratsdiktatur», von «Parlamentsabsolutismus» und von einem «verfassungswidrigen autoritären Bundesstaatsrecht».

Mit der Absicht des Bundesrates, in Anbetracht des wirtschaftlichen und politischen Notstandes soziale Unruhen durch Streikverbot und Zwangsschlichtung zu verhindern, konnte sich der SMUV nicht befreunden. Andererseits übersahen die Gewerkschaftsspitzen die diktatorischen Machtgelüste rund um die Schweizergrenze nicht und empfanden die Wirtschaftskrise und die Politik der Regierungsparteien sowie die Aufsplitterung der sozialen Bewegung durch verschiedenste Gebilde⁴⁸⁾ als Gefahr für die gewerkschaftliche Aktionsfrei-

⁴³⁾ *Wüthrich*, 15 Jahre Vertrag ...

⁴⁴⁾ Sinn und Bedeutung, S. 13.

⁴⁵⁾ SMUV-Protokoll der Verbands-Konferenz vom 24. Juli 1937 in Olten, S. 6/8, ausführliche Darstellung der damaligen Ereignisse auch im J. ber. des ASMMI für 1937, S. 59 ff.

⁴⁶⁾ *Eucken*, a. a. O., S. 46, 151, 214/215.

⁴⁷⁾ Festgabe für Fritz *Fleiner*, S. 45 ff.

⁴⁸⁾ SMUV-Protokoll der Verbands-Konferenz vom 24. Juli 1937 in Olten.

heit, für die Volkswirtschaft und das demokratische Vertrauensverhältnis. Mit aller Eindringlichkeit stellte diese Situation die Fragen: Warum nicht selber handeln? Warum nicht den aufrichtigen Willen zur Solidarität mit den guten Kräften der sozialen Gegenpartei demonstrieren? Warum nicht die Wirtschaft, soweit sie im eigenen Einflussbereich liegt, ausserhalb der geladenen Atmosphäre der Politik und ohne staatliche Prothesen neuzugestalten suchen?

Unter dem Druck dieser antworthaischenden Fragen und auf Grund des sozialetischen Verantwortungsbewusstseins der obersten SMUV-Funktionäre wurde anlässlich einer Konferenz des erweiterten Zentralvorstandes der Metallarbeitergewerkschaft (25./26. Februar 1937), die Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages in der Maschinen- und Metallindustrie erwogen. Am 23./24. April des gleichen Jahres nahm eine grosse Konferenz, bestehend aus dem erweiterten Zentralvorstand, Vertretern der verschiedenen Arbeiterkommissionen und weiteren in der Metallindustrie tätigen Vertrauensleuten einen Bericht über die schwebenden Verhandlungen zwischen ASMMI und SMUV entgegen. Nach ausführlichen Besprechungen kam die Konferenz einstimmig zum Schluss, die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband weiterzuführen. Unbeirrbares Zielstrebigkeit und Glaube an die gute Sache führten zum erhofften Resultat: der Vorschlag *Konrad Ilg*, alle Interessenkonflikte in der Maschinen- und Metallindustrie künftig auf friedlichem Wege beizulegen, wurde vom ASMMI günstig aufgenommen und von dessen Präsidenten, Generaldirektor *Dübi*, massgebend unterstützt. Eine Tagung des SMUV vom 4./5. Juni 1937 erteilte dem Zentralvorstand den Auftrag, ein auf dem Grundsatz von Treu und Glauben beruhendes Abkommen mit dem vereinbarten Text zu unterzeichnen. Gemäss diesem Auftrag kam am 19. Juli die Friedensvereinbarung zwischen dem Arbeitgeberverband und der freien Metallarbeitergewerkschaft zustande⁴⁹⁾.

Nach einzelnen Revisionen von Textteilen anlässlich der Vertragserneuerungen in den Jahren 1939, 1944 und 1949 gelten seit 1954 die nachstehenden Bestimmungen. Die Textänderungen haben den ursprünglichen Sinn und Zweck der Vereinbarung nicht berührt. Aus diesem Grunde verzichteten wir auf deren Wiedergabe⁵⁰⁾.

⁴⁹⁾ Die Angaben über die Verhandlungen um das Friedensabkommen stützen sich auf einen Brief von Konrad Ilg an den Chefredaktor der NZZ, Bretscher, vom 9. August 1938. Dieser Brief stellt auch fest, «dass es eine krasse Irreführung ist, wenn behauptet wird, (so in NZZ Nr. 1385 u. 1488 v. Aug. 1938: 'Rote Grundsätzlichkeit') der Zentralvorstand des SMUV hätte ohne Wissen der Metallarbeiter das Abkommen in der Maschinenindustrie unterzeichnet ... Das Vorgehen (bei den Vertragsverhandlungen) entsprach in jeder Hinsicht vollständig den Statuten unserer Organisation».

⁵⁰⁾ über den genauen Wortlaut der Vertragstexte früheren Datums orientieren die J. ber. des ASMMI.

3. Kapitel

WORTLAUT UND AUSLEGUNG DES ABKOMMENS⁵¹⁾

1. Text

Im Bestreben, den im Interesse aller an der Erhaltung und Fortentwicklung der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie Beteiligten liegenden *Arbeitsfrieden* zu wahren, verpflichten sich

der Arbeitgeberverband schweiz. Maschinen- und Metall-Industrieller,
Union des industriels en métallurgie du Canton de Genève

einerseits,

und die nachstehenden Arbeitnehmerverbände, nämlich:

der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiter-Verband,
der Christliche Metallarbeiterverband der Schweiz,
der Schweiz. Verband evangelischer Arbeiter,
der Landesverband freier Schweizer Arbeiter, und
der Freie Arbeiterverband des Kantons Solothurn

andererseits,

wichtige Meinungsverschiedenheiten und allfällige Streitigkeiten nach Treu und Glauben gegenseitig abzuklären, nach den Bestimmungen dieser Vereinbarung zu erledigen zu suchen und für ihre ganze Dauer unbedingt den Frieden zu wahren. Infolgedessen gilt jegliche Kampfmassnahme, wie Sperre, Streik oder Aussperrung als ausgeschlossen, dies auch bei allfälligen Streitigkeiten über Fragen des Arbeitsverhältnisses, die durch die gegenwärtige Vereinbarung nicht berührt werden.

In diesem Sinne wird weiter vereinbart:

Art. 1

Meinungsverschiedenheiten und allfällige Streitigkeiten sind in erster Linie *im Betrieb* selbst zu behandeln und zu lösen zu suchen.

Soweit die Betriebsgrösse es erfordert, werden in allen Betrieben *Arbeiterkommissionen* bestellt. Deren Statuten und Reglemente dürfen keine dieser Vereinbarung widersprechende Bestimmungen enthalten. Die Bestellung der Kommission erfolgt durch die Arbeiterschaft innerhalb des Betriebes.

Art. 2

Strittige Fragen, die sich auf nachstehende Gebiete des Arbeitsverhältnisses beziehen und über die zwischen Arbeitgebern und den Arbeitnehmern keine gütliche Verständigung erfolgt ist, werden den *Verbandsinstanzen* zur Abklärung und Schlichtung unterbreitet:

- a) *allgemeine Lohnänderungen* (unter Ausschluss der Lohnformen und der Lohnverabredung nach Art. 330 OR, die nach bisheriger Uebung in der Maschinen- und Metallindustrie weiterhin auf dem Wege des individuellen Dienstvertrages, d. h. ohne Zuhilfenahme von Mindest-, Durchschnitts- oder Tariflöhnen geregelt werden);
- b) Abweichungen von der normalen Arbeitsdauer;
- c) Einführung und Durchführung von Lohnbewertungs- und Akkordsystemen;
- d) die Durchführung der in Art. 4 genannten Verabredungen.

⁵¹⁾ vgl. J. ber. des ASMMI für 1954, S. 118 ff.

Art. 3

Die Parteien erklären sich im übrigen bereit, von Fall zu Fall weitere wichtige Fragen, die die allgemeinen Arbeitsbedingungen in der Maschinen- und Metallindustrie betreffen, und die nach Meinung einer oder beider Parteien einer Abklärung bedürfen, zwischen den Verbandsinstanzen gemeinsam zu besprechen. Diese werden sich hierbei nach Treu und Glauben um eine Lösung bemühen.

Art. 4

Die Regelung bestimmter Fragen kann allfällig Gegenstand besonderer Verabredung bilden. In diesem Sinne haben die Parteien Verabredungen auf nachstehenden Gebieten getroffen:

Arbeiterferien und Feiertagsentschädigungen,
Beiträge des Arbeitgebers an die Krankengeldversicherung der Arbeiter,
Bezahlung von Absenzen zufolge Heirat, Geburt, Todesfällen und militärischen Bekleidungs- und Ausrüstungsinspektionen.

Art. 5

Können die Verbandsinstanzen keine Einigung herbeiführen, so werden die in Art. 2, lit. a) und d) vorgesehenen strittigen Fragen einer *Schlichtungsstelle* unterbreitet, deren Zweck darin besteht, Kollektivstreitigkeiten nach Möglichkeit im Entstehen beizulegen und tunlichst eine Einigung zu erzielen. Ebenso werden Streitigkeiten über die Auslegung dieser Vereinbarung der Schlichtungsstelle unterbreitet.

Art. 6

Die Schlichtungsstelle setzt sich zusammen aus einem mit richterlicher Unabhängigkeit ausgerüsteten Vorsitzenden und zwei Unparteiischen. Der Vorsitzende wird von Fall zu Fall gemeinsam von den Parteien bestellt. Die unparteiischen Mitglieder der Schlichtungsstelle werden vom Vorsitzenden auf Grund getrennter Vorschlagslisten, die von den Parteien jeweils eingereicht werden, bestimmt.

Art. 7

Kommt eine Einigung nicht zustande, d. h. lehnt eine Partei den Vermittlungsvorschlag der Schlichtungsstelle ab, so ist diese befugt, im Rahmen dieser Vereinbarung einen *Schiedsspruch* zu fällen, sofern beide Parteien vorher ausdrücklich erklärt haben, sich einem solchen zu unterwerfen.

Art. 8

Sofern in den Fällen von Art. 2, lit. a) und d) keine Einigung vor der Schlichtungsstelle erfolgt ist, kann bei ersten Schwierigkeiten und auf Antrag einer Partei ein *Schiedsspruch* auch ohne vorherige Zustimmung beider Parteien von einer besondern *Schiedsstelle* gefällt und verbindlich erklärt werden. Es darf sich dabei nur um Ausnahmefälle handeln, für deren Erledigung kein anderer Weg zu finden ist.

Die Schiedsstelle setzt sich zusammen aus einem mit richterlicher Unabhängigkeit ausgerüsteten Vorsitzenden, der von Fall zu Fall gemeinsam von den Parteien bestellt wird, und zwei sachverständigen Richtern, die vom Vorsitzenden auf Grund getrennter Vorschlagslisten, welche beide Parteien jeweils einreichen, bestimmt werden. Die Schiedsstelle hat sich eine Geschäftsordnung zu geben und ein Protokollbuch über die erfolgten Schiedssprüche anzulegen. Vor dem Schiedsspruch ist jede Auseinandersetzung in der Presse zu unterlassen.

Art. 9

Durch die Vereinbarung soll die *Koalitionsfreiheit* (Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem Berufsverband) nicht beeinträchtigt werden.

Art. 10

Die Parteien übernehmen die Verpflichtung, ihre Mitglieder zur Beachtung der Bestimmungen dieser Vereinbarung anzuhalten, widrigenfalls die schuldige Partei vertragsbrüchig wird.

Von jeder Partei wird eine *Kaution* von Fr. 250 000.— als Garantie für die Einhaltung der Vereinbarung und als Sicherheit für allfällige Konventionalstrafen bei der Schweizerischen Nationalbank hinterlegt.

Bei Vertragsverletzung durch eine Partei hat ein näher zu vereinbarendes Schiedsgericht gegen die fehlbare Partei eine Konventionalstrafe auszusprechen, deren Höhe der Bedeutung der Verletzung angemessen sein muss. Die Konventionalstrafe und die auferlegten Kosten sind innert Monatsfrist nach Zustellung des Urteils zu leisten, andernfalls die obsiegende Partei den Betrag der von der andern Partei geleisteten Kaution bei der Schweizerischen Nationalbank entnehmen kann. Die betroffene Partei hat alsdann den Fehlbetrag innert Monatsfrist zu ersetzen.

Zur Erklärung, Auslegung und Ergänzung der Verhandlungen über die Vereinbarung und deren Bestimmungen unterzeichneten die Parteien ein gemeinsames Protokoll, dessen wichtigste Bestimmungen wir ebenfalls folgen lassen.

Art. 11

Diese Vereinbarung, die erstmals am 19. Juli 1937 auf zwei Jahre abgeschlossen worden ist, wurde jeweilen mit gewissen Aenderungen am 19. Juli 1939, 1944, 1949 und 1954 um je fünf Jahre erneuert und gilt bis zum 19. Juli 1959.

2. Protokollnotizen

Allgemeines

A.

An der erfolgreichen Durchführung der Vereinbarung sind die Vertragsparteien beiderseits interessiert. Bei aller Interessenwahrung der Vertragsparteien muss zuerst darauf Bedacht genommen werden, dass die *Betriebsgemeinschaft* und die guten Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht durch verbandspolitische Ziele gestört werden. In diesem Sinne und entsprechend dem Grundsatz von Treu und Glauben, auf dem die ganze Vereinbarung aufgebaut ist, sind deren Bestimmungen überhaupt nicht zu politisch-propagandistischen Zwecken zu benutzen. Der Ablauf dieser Vereinbarung an sich soll auch nicht als Ausgangspunkt für Kampfhandlungen der Verbände benützt werden.

B.

Der räumliche, fachlich-persönliche *Geltungsbereich* dieser Vereinbarung wird wie folgt umschrieben:

räumlich: das ganze Gebiet der Schweiz;

fachlich-persönlich: die in der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie im Stundenlohn und Akkord beschäftigten Arbeiter, einschliesslich die sog. Nicht-Metallarbeiter, ausschliesslich die in der Uhrenindustrie und in den metallverarbeitenden Gewerben Beschäftigten.

C.

Es bleibt den einzelnen auf Arbeitnehmerseite beteiligten Vertragsparteien anheimgestellt, ihre Anliegen und Forderungen mit dem Gegenkontrahenten direkt zu besprechen. Das hindert nicht, dass Aussprachen in Anwesenheit aller Vertragsparteien stattfinden können, wenn dieser Weg beiderseits als nützlich erachtet wird.

Die Vertragsparteien können einzeln keine von der Vereinbarung abweichende Sonderabreden für gewisse Arbeitnehmergruppen treffen. Im übrigen sind die Vertragsparteien selbständig berechtigt und verpflichtet.

D.

Sofern die Parteien im Einzelfall nichts anderes bestimmen, gelten für die Schlichtungsstelle und Schiedsstelle sowie das Schiedsgericht die Bestimmungen der Zürcherischen Zivilprozessordnung, §§ 359 bis 371.

E.

Jeder Arbeiter, der einer an der Vereinbarung beteiligten Arbeitnehmerorganisation angehört, kann Mitglied der Arbeitslosen-Versicherungskasse seiner Wahl werden, unter den durch die betreffende Kasse in ihren Statuten aufgestellten Bedingungen. Die Mitgliederfirmen der an der Vereinbarung beteiligten Arbeitgeberverbände werden sich bei den Kassenorganen der paritätischen Kassen, denen sie allfällig angehören, dafür einsetzen, dass alle ihre Arbeiter mit Bezug auf die Eintrittsbedingungen zu diesen Kassen gleich behandelt werden.

Zu Art. 1 Abs. 2

Die Bestellung von *Arbeiterkommissionen* zur Förderung eines gedeihlichen Zusammenwirkens von Arbeitgebern und Arbeitnehmern hat auf die betrieblichen Besonderheiten und Erfahrungen Rücksicht zu nehmen.

Ergeben die Wahlen in die Arbeiterkommissionen, dass von einzelnen Gewerkschaftsrichtungen kein Mitglied gewählt wurde, so ist die Geschäftsleitung befugt, als Kommissionsmitglieder zuzüglich 1—3 Vertreter anderer Gewerkschaftsrichtungen abzuordnen. Solche zugezogene Kommissionsmitglieder müssen bei den Wahlen kandidiert haben. Sie besitzen die gleichen Rechte und Pflichten wie die gewählten Kommissionsmitglieder und vertreten ebenfalls die Abteilung bzw. den Betrieb, in denen sie beschäftigt sind.

Die Geschäftsleitungen unterstützen die Arbeiterkommissionen in der Ausübung ihrer Befugnisse und Pflichten. Entstehen wegen der Vertretung von Anliegen der Arbeiterschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeiterkommissionen oder einzelnen Vertretern derselben Spannungen, die eine weitere Zusammenarbeit verunmöglichen, so hat der Arbeitgeber vor allfälligen Massnahmen mit der Arbeiterkommission Rücksprache zu nehmen und den Arbeitgeberverband zu unterrichten.

Zu Art. 2 lit. b

Unter Abweichungen von der normalen Arbeitsdauer werden die Ueberzeitarbeit einerseits und die vorübergehende Arbeitszeitverkürzung zufolge Arbeitsmangels anderseits verstanden.

Zu Art. 3

Bei Meinungsverschiedenheiten über Fragen von allgemeiner Bedeutung können die Parteien Gutachten von unabhängigen Sachverständigen einholen.

Zu Art. 10

Um der Vereinbarung diejenige Geltung und praktische Auswirkung zu gewährleisten, die Treu und Glauben verlangen, verpflichten sich die vertragsschliessenden Verbände, mit allen verbandsmässigen Mitteln auf ihre Mitglieder einzuwirken und dafür zu sorgen, dass sie die Vereinbarungsbestimmungen innehalten.

4. Kapitel:

DIE EIGENHEITEN DES KOLLEKTIVVERTRAGES IN DER MASCHINEN- UND METALLINDUSTRIE

Die Verwirklichung des Vertragsgedankens in der Maschinen- und Metallindustrie fand ein Echo im ganzen Lande. Von der «schönsten aus dem Volk gekommenen Spende zum Nationalfeiertag des 1. August» bis zum «Verrat am Arbeiterstand» wurden dem Metallabkommen alle Schattierungen der Beurteilung zuteil. Schon allein diese Tatsache lässt vermuten, dass der Pakt in der Metallindustrie Besonderheiten aufweisen muss. Kollektivverträge hatten in der schweizerischen Wirtschaft schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Fuss gefasst und um die Zeit des ersten Weltkrieges eine starke Verbreitung erlebt. Der Abschluss eines korporativen Vertrages nach herkömmlichen Mustern hätte die öffentliche Meinung kaum in so hohem Masse beschäftigt.

Auf der Suche nach einem geeigneten Weg zum Arbeitsfrieden stand in Arbeitgeberkreisen und auch in der Öffentlichkeit von jeher die Betriebsgemeinschaft im Vordergrund der Diskussion. Der Kern der Betriebsgemeinschaft liegt in der Pflege der menschlichen Beziehungen auf fabrikinterner Ebene. Die Notwendigkeit rascher und geschmeidiger Anpassung liess die Exportindustrie Verbesserungen des Sozialverhältnisses in dieser Richtung suchen. Zeugnis davon legen die Ausbildung von Arbeiterkommissionen, Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen, Pflege der Werksverbundenheit mittels Hauszeitingen usw., ab⁵²⁾.

Die Gewerkschaften anerkennen die Betriebsgemeinschaft als eine Keimzelle des Arbeitsfriedens. Die sicherste Garantie für die Herstellung der sozialen Ruhe jedoch erblickten sie stets in überbetrieblichen Abmachungen. Ilg⁵³⁾ wies darauf hin, dass fabrikinterne Gemeinschaften weder in moralischer noch in privatrechtlicher Beziehung die Verantwortung von Vertragspartnern übernehmen könnten: «Den Betriebsgemeinschaften und ihren Betriebskommissionen könnte nur auf dem Wege der Gesetzgebung Geltung verschafft werden, was zwangsläufig zu einer weiteren staatlichen Intervention der Privatwirtschaft führen müsste.»

Die Förderung der Zusammenarbeit im Beruf zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden und im Betrieb zwischen Leitung und Belegschaft beruht auf dem gleichen Gedanken, nämlich der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit. Trotz der Kongruenz der Grundidee fanden sich Jahrzehnte hindurch die Befürworter der

⁵²⁾ vgl. Kistler, a.a.O., spez. S. 81 ff., Kellerhals, a.a.O., und Hablützel, Die Angestellten- und Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen in der zürch. Metall- und Maschinenindustrie.

⁵³⁾ Vertragliche Bindungen S. 79.

einen Konzeption nicht mit den Vertretern der anderen. Es bildete sich zwischen der «Berufsgemeinschaft» und der «Betriebsgemeinschaft» sogar eine gewisse Rivalität heraus⁵⁴).

Die Gewerkschaften konnten in der Betriebsgemeinschaft lediglich ein Mittel zum Zweck, nicht aber eine endgültige Lösung sehen. Andererseits lehnten die Maschinenindustriellen den Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen immer strikte ab⁵⁵).

Die Bestrebungen, den Arbeitsfrieden in der Metallindustrie auf kollektiv-vertraglicher Grundlage zu sichern, hatten den Sonderwünschen der Sozialparteien Rechnung zu tragen. Im Metallfrieden von 1937 fanden sich die beiden Instrumente des Arbeitsfriedens, Gesamtarbeitsvertrag und Betriebsgemeinschaft — «Meinungsverschiedenheiten und allfällige Streitigkeiten sind in erster Linie im Betrieb selbst zu behandeln und zu lösen zu suchen» — in einer neuen Konzeption⁵⁶).

1. Die juristische Form

Unter den Begriff des Gesamtarbeitsvertrages fallen nach der gesetzlichen Definition (Art. 322 und 323 des Schweizerischen Obligationenrechtes) Abkommen von Arbeitgebern und Arbeitern oder deren Organisationen.

Der rechtlichen Natur nach zerfallen die Vertragsbestimmungen von Gesamtarbeitsverträgen in zwei Gruppen. Während die eine die direkten Rechte und Pflichten der Kontrahenten ordnet, regelt die andere Rechte und Pflichten der Verbandsmitglieder. Das Arbeitsrecht fasst die Bestimmungen der ersten Gruppe unter den Namen «schuldrechtlicher Teil», jene der zweiten Gruppe unter «obligationenrechtlicher (normativer) Teil» zusammen⁵⁷). Unabdingbare Vorschriften über die Dienstverhältnisse und im speziellen über die Lohnhöhe gehören zum wesentlichen Inhalt von Gesamtarbeitsverträgen.

Die juristische Form des Kollektivvertrages in der Maschinen- und Metallindustrie erlaubt seine Einreihung — zumindest nach der Fassung von 1937 — in das Verzeichnis der Gesamtarbeitsverträge nicht. Das Metallabkommen lehnt sich nur in seinem schuldrechtlichen Teil an das Muster der gebräuchlichen Gesamtarbeitsverträge — soweit diese Bestimmungen über die absolute Friedenspflicht enthalten — an. Der normative Teil — ein begriffsnotwendiges Element des Gesamtarbeitsvertrages — fand 1937 keinen Eingang in den Pakt der Metallindustrie. Bei den materiellen Vereinbarungen handelt es sich hier nur um Empfehlungen des ASMMI an seine Mitglieder und nicht um normative Bestimmungen⁵⁸).

⁵⁴) vgl. *Siegrist*, a.a.O., S. 141.

⁵⁵) vgl. dazu S. 76 ff. der vorliegenden Arbeit.

⁵⁶) vgl. *Bernet*, Arbeitsfrieden, S. 8 ff.

⁵⁷) vgl. *Neumann*, Der Gesamtarbeitsvertrag, S. 19, *Salin/Burckhardt*, a.a.O., S. 549.

⁵⁸) vgl. *Burckhardt*, a.a.O., S. 182.

Das Friedensabkommen stellt «ein organisatorisches System auf kollektiv-vertraglicher Grundlage» dar. «Dieser Friedensvertrag ist vielleicht ein Torso eines Gesamtarbeitsvertrages, vielleicht ein Neugebilde, das seine Lebenskraft beweisen muss, wie der Prototyp, die Urform des heutigen Gesamtarbeitsvertrages, seinerzeit als das Gesetz ihn weder kannte noch nannte, seine Kraft auch bewiesen hat»⁵⁹⁾.

Wenn auch die materiellen Vorschriften im Metallabkommen von 1937/1954 sich auf blosse Empfehlungen an die Verbandsfirmen des ASMMI beschränken, zielt die Vertragsidee doch auf die Verwirklichung von zwei Ordnungskategorien. Die eine verlangt nach straffer, zentralistischer, die andere nach individueller und firmenweiser Regelung. Zur erstern zählen Sozialleistungen, wie bezahlte Ferien, Entschädigungen für Feiertage und Absenzen bei Familienanlässen, Teuerungs- und Kinderzulagen sowie vor allem der Verhandlungsmodus bei Uneinigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Löhne aber, das Herzstück gesamtarbeitsvertraglicher Normen, Organisation und Methoden der Arbeit, Schichtenverteilung und dergleichen, legen die einzelnen Firmen nach ihren speziellen Bedürfnissen fest.

a) Der schuldrechtliche Teil

Bei der Revision des schweizerischen Obligationenrechtes im Jahre 1912 ging der Gesetzgeber davon aus, dass der Gesamtarbeitsvertrag normative Bestimmungen aufnehme, d. h. die Regelung des Lohnes, der Ferien, der Sozialleistungen, der Kündigung usw. Auch die heute bestehenden Gesamtarbeitsverträge enthalten solche Regelungen als Hauptbestandteil. Darüber hinaus sind aber im Anschluss an praktische Bedürfnisse Bestimmungen entwickelt worden, an die der Gesetzgeber 1912 noch gar nicht dachte: Die Regelung des Verhältnisses zwischen den vertragschliessenden Parteien. Von überragender Bedeutung haben sich dabei die Bestimmungen über die Friedenspflicht herausgestellt.

Der Rechtsbegriff der «Friedenspflicht» aus Kollektivverträgen wurde, besonders in Deutschland, Gegenstand intensiver juristischer Behandlung⁶⁰⁾. Um den Umfang der Friedenspflicht abzugrenzen, unterteilte man dabei den Gattungsbegriff «Friedenspflicht» in die zwei Artbegriffe der «absoluten- und der relativen Friedenspflicht». Die relative Friedenspflicht verbietet den Vertragsparteien jede Kampfmassnahme, die gegen den Gesamtarbeitsvertrag als solchen oder gegen einzelne seiner Bestimmungen zielt. Demgegenüber legt die absolute Friedenspflicht den Kontrahenten das Verbot auf, zu irgend einem Kampfmittel zu greifen, solange der Gesamtarbeitsver-

⁵⁹⁾ Schweingruber, Das Arbeitsrecht in der Schweiz, S. 95.

⁶⁰⁾ vgl. z. B. Hueck-Nipperday, Lehrbuch des Arbeitsrechtes, S. 109—118.

trag in Kraft ist⁶¹⁾.

In der Schweiz hat das Bundesgericht bereits im Jahre 1919 die allgemein herrschende Auffassung der Wissenschaft, dass den Gesamtarbeitsverträgen lediglich das Prinzip der relativen Friedenspflicht zugrunde liegt — sofern nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart wird — sanktioniert⁶²⁾.

Aus naheliegenden Gründen stellten sich die Arbeitgeber seit jeher auf die Seite der Befürworter einer absoluten Friedenspflicht. Der erwähnte Bundesgerichtsentscheid blieb infolgedessen nicht unangefochten. So äusserte sich die «Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung» vom 30. März 1929 folgendermassen zum Thema:

«Die Stellungnahme einer Reihe von Gerichtsinstanzen zum Tarifvertrag bedeutet für die Arbeitgeber alles andere als eine Ermutigung. Das Bundesgericht hat entschieden, dass auch bei Vorliegen eines Tarifvertrages die Arbeiter an Generalstreiks, an politischen Streiks und andern, wie Solidaritäts- und Sympathiestreiks teilnehmen können, ohne die vertragliche Bindung mit dem Arbeitgeber zu verletzen, sofern nur diese Bewegungen die Aenderung oder Aufhebung der geltenden Verträge nicht zum unmittelbaren Ziele haben.»

Die Arbeitnehmerseite hatte zum Problem des Friedensbereiches aus Gesamtarbeitsvertrag nicht so eindeutig Stellung bezogen wie die Unternehmer. Im Jahre 1929 verurteilte ein Gewerkschaftsfunktionär «die ganze Kasuistik, die sich auf der absoluten oder relativen Friedenspflicht aufbaut» als «schönes Spiel mit Worten, das der Verdrehung dient und, was noch schlimmer ist, zum Ruin der Tarifvertragspraxis führen kann»⁶³⁾. *GrosPierre* hob damals schon die Notwendigkeit einer genossenschaftlichen Vertrauensbasis für den Bestand von Kollektivverträgen hervor und führte aus: «Ein Vertrag, ohne den guten Glauben und ohne den Willen der Beteiligten, denselben beidseitig zu halten, ist zu nichts nütze; besser wäre es dann, überhaupt keinen einzugehen und ganz einfach dem Machtstandpunkt die Entscheidung über einen weder absoluten noch relativen Frieden zu überlassen»⁶⁴⁾. Demgegenüber fehlte es in Arbeiterkreisen nicht an Stimmen, welche sich warnend gegen die absolute Friedenspflicht er-

⁶¹⁾ *Berenstein*, Die «Friedenspflicht» und der Gesetzesentwurf über die Gesamtarbeitsverträge, S. 178/179. *Baumann*, Die Friedenspflicht aus Tarifvertrag, S. 77 ff.

⁶²⁾ vgl. Bundesgerichtsentscheid vom 11. Nov. 1919 i. S. SMUV gegen Fr. *Marti A.-G.* (Entscheid veröffentlicht im Band 45 II, S. 555 ff der amtlichen Sammlung). Veranlassung zu diesem Entscheid, welcher den SMUV schützte, gab die Klage der *Marti A.-G.* in Bern wegen der Teilnahme ihrer Belegschaft am Generalstreik im November 1918 trotz des bestehenden Tarifvertrages. In der Erwägung des Bundesgerichtes heisst es: «Man ist mehr und mehr zur Ueberzeugung gekommen, dass es sich nicht um einen Vertragsbruch wegen eines Streiks handelt, ausser wenn diese Kampfmittel gegen den Vertrag selbst gerichtet sind, das heisst, wenn dadurch der Vertrag geändert werden sollte. Es steht den Parteien natürlich frei, in den Vertrag ausdrücklich eine Vorschrift aufzunehmen, welche die allgemeine Verpflichtung enthält, Konflikte zu vermeiden. Wenn dies unterlassen wurde, so bezieht sich die Verpflichtung nur auf diejenigen Arbeitsbedingungen, die durch den Vertrag geregelt sind.»

⁶³⁾ *GrosPierre*, Die Friedenspflicht aus Tarifvertrag, S. 225.

⁶⁴⁾ *ders.*, S. 227.

hoben. So bezeichnete *Baumann*⁶⁵⁾ es als die grösste Verhöhnung des geschichtlichen Prinzips des Tarifvertrages, das gegeben ist in seiner Funktion . . . die Gleichberechtigung der Parteien des Arbeitsverhältnisses herzustellen», wenn durch die absolute Friedenspflicht «für die Unternehmer vollständige Aktionsfreiheit und für die Arbeiter totale Bindung» festgelegt wird. *Baumann* hatte bei dieser wohl etwas überspitzten Formulierung die Tatsache vor Augen, dass bei Gesamtarbeitsverträgen mit absoluter Friedenspflicht «für die Unternehmer die Möglichkeit besteht, beim Streit über im Vertrag nicht geregelte Gegenstände das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter auszuschalten», ohne damit den Vertrag rechtlich zu verletzen⁶⁶⁾.

In der Praxis hat sich die Zweiteilung der Auffassung dadurch niedergeschlagen, dass ein Teil der Gesamtarbeitsverträge spezielle Klauseln über die Friedenspflicht aufweisen, während andere Verträge sich durch das Fehlen solcher Bestimmungen stillschweigend zum Prinzip der relativen Friedenspflicht bekennen. Bei einem Stand von total 504 Gesamtarbeitsverträgen waren in der Schweiz im Jahre 1939 bei 125, d. h. bei rund 25% aller Verträge Friedensbestimmungen zu finden⁶⁷⁾. Bei einer Gesamtzahl von etwas über 650 kollektiven Abmachungen blieb der Anteil von einem Viertel der Verträge mit Friedenspflichtbestimmungen auch im Jahre 1944 erhalten⁶⁸⁾. Mit dem erstaunlichen Aufschwung der Gesamtarbeitsverträge auf rund 1500 bis heute dürfte sich die Quote etwas zugunsten der Verträge mit allgemeiner Friedenspflicht verschoben haben.

Bei der Vereinbarung in der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie handelt es sich insoweit um einen grundsätzlich neuen gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Schritt, als hier die Friedenspflicht zu einem selbständigen Kollektivabkommen ausgebaut wurde. Die Spitzenverbände der Metallindustrie erblickten ursprünglich den ausschliesslichen Zweck ihrer Vereinbarung in der Sicherung des Arbeitsfriedens. In der Bereitschaft, allfällige Meinungsverschiedenheiten nach Treu und Glauben abzuklären und unter allen Umständen den Frieden zu wahren, lag für die Kontrahenten das tragende Moment des Abkommens. Während bei den üblichen Gesamtarbeitsverträgen die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses im Vordergrund steht und die

⁶⁵⁾ *Baumann*, a.a.O., S. 80.

⁶⁶⁾ Es ist erwähnenswert, dass schon *Baumann* (a.a.O., S. 80) wenigstens andeutungsweise vermerkte, dass die absolute Friedenspflicht dann die Interessen der Arbeiter nicht gefährdet, wenn ein Vertragstypus geschaffen wird «mit der Schiedsklausel nicht nur für Auslegungsfragen, sondern für alle Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis». Ein solcher Vertragstypus wurde — neben anderen — im Friedensabkommen geschaffen, indem dort die Schiedsgerichtsbarkeit vollumfänglich ist, d. h. sich nicht auf die Auslegung und Ausführung von Gesamt- und Normalarbeitsverträgen beschränkt, wie es Art. 30 des Schweizerischen Fabrikgesetzes den ständigen Einigungsämtern der Kantone zur Aufgabe macht.

⁶⁷⁾ Die Bestimmungen über die Friedenspflicht bei den schweizerischen Gesamtarbeitsverträgen, in: *Die Volkswirtschaft*, XIII, 10, 1939, S. 508 ff.

⁶⁸⁾ Die Struktur der zurzeit in Kraft befindlichen Gesamtarbeitsverträge, in: *Die Volkswirtschaft*, XIX, 1, 1945, S. 26.

unbedingte Friedenspflicht — wenn überhaupt — lediglich akzessorisch hinzutritt⁶⁹⁾), dominiert beim Metallpakt umgekehrt der Friedenswillen, auf welcher Grundlage die Arbeitsverhältnisse in der Folge je nach Bedarf geregelt werden. Den Bestimmungen des Friedensabkommens ist dadurch ein stark instrumentaler Charakter aufgeprägt.

Der Wille zur Schaffung eines Vertrauensverhältnisses zwischen Industriellen und Arbeiterschaft bringt schon der Ingress des Vertragstextes von 1937/1954 zum Ausdruck. Formalrechtlich gesehen ist der dort bekundete Grundsatz, wichtige Meinungsverschiedenheiten und allfällige Streite nach Treu und Glauben abzuklären, überflüssig. In Art. 2 schreibt das schweizerische Zivilgesetzbuch den Grundsatz von Treu und Glauben allen Rechtsgeschäften vor.

Nach der Meinung des Gesetzgebers und der Richter erstrecken sich die Fundamentalsätze des Zivilgesetzbuches (Art. 1—10) auch auf das Gebiet des Obligationenrechtes⁷⁰⁾. Die Forderung nach Treu und Glauben liegt demnach jedem Vertrag zugrunde. Wenn die Vertragsparteien der Maschinen- und Metallindustrie diesen Grundsatz dennoch in ihr Abkommen aufnahmen, waren sie sich dieses «Pleonasmus» zweifellos bewusst und benützten ihn, um den Friedenswillen besonders scharf zu akzentuieren.

Das Bekenntnis zur ideellen Zielsetzung der Vereinbarung beschränkt sich nicht auf deren Text, sondern findet auch in Äusserungen beider Sozialpartner deutlichen Niederschlag.

Die Haltung des SMUV widerspiegeln die Worte von Konrad Ilg, der den Hauptgedanken der Vereinbarung in der Absicht sieht, «auf loyale Weise alle vorkommenden Schwierigkeiten und Konflikte über den Weg der friedlichen Verabredung und nötigenfalls der schiedlichen Austragung zu überwinden»⁷¹⁾.

Aus der Kundgebung einer Konferenz des SMUV vom Jahre 1944 geht hervor, dass auch «bei der übergrossen Mehrheit der beteiligten Gewerkschafter» die Erkenntnis durchgedrungen ist, dass es sich beim Friedensabkommen nicht um «einen Vertrag im üblichen Sinne» handelt, sondern um «*die Verkörperung einer neuen Idee*»; dass diese Vereinbarung nicht abstellt auf die buchstabenmässige Beachtung bis in letzte Einzelheiten geregelter Abmachungen, sondern dass ihr Ziel nur erreicht werden kann, «wenn die Vertragspartner dem ideellen Gehalt des Abkommens Nachachtung verschaffen und dessen ethische und moralische Vertiefung erstreben»⁷²⁾.

In analoger Weise verlegen auch die Arbeitgeber das entscheidende Moment des Friedensabkommens auf die gegenseitige Umstellung der

⁶⁹⁾ Kamber, a.a.O., S. 143, nennt darum in anschaulicher Weise den Gesamtarbeitsvertrag auch «Kollektiver Arbeitsnormenvertrag».

⁷⁰⁾ Guhl, S. 16.

⁷¹⁾ Betrachtungen über den Arbeitsfrieden, S. 27, vgl. auch Ilg, Arbeitsfriede, S. 2.

⁷²⁾ Werkzeugzeitung, 12, Nr. 9, Sept. 1944, S. 139.

inneren Haltung und die Pflege eines neuen, vertrauensbesetzten Geistes. Generaldirektor *Dübi* formulierte in einer Präsidialansprache vor der Generalversammlung des ASMMI im Jahre 1941 seinen Glauben und seine Hoffnung hinsichtlich der sozialetischen Leistungsfähigkeit positiven menschlichen Denkens mit Worten, die zugunsten der Eindringlichkeit den Grenzen der Utopie nahekommen mögen:

«Ich würde dann in unseren Friedensbestrebungen das letzte Ziel erreicht sehen, wenn wir überhaupt keines geschriebenen Vertrages mehr bedürften, und dennoch alles so bliebe, wie es jetzt der Fall ist. Was braucht es unter anständigen Menschen mehr als das Versprechen, in Frieden miteinander zu leben und füreinander tätig zu sein und bei Meinungsverschiedenheiten miteinander auf anständige Art und Weise zu verhandeln»⁷³⁾.

In der Arbeitgeberpresse finden sich immer wieder anerkennende Worte über den neuen Geist in der Maschinen- und Metallindustrie, den Geist «der dem Materiellen sein Recht lässt, sich aber nicht im Materiellen erschöpft»⁷⁴⁾. Den Vorstoss in kollektivvertragliches Neuland, welcher durch die Schwergewichtsbildung auf der geistigen Haltung unter Hintanstellung ausgiebiger materieller Normen gewagt wurde, hebt beispielsweise die Arbeitgeberzeitung im Jahre 1949 lobend hervor. Sie erinnert daran,

«dass die Maschinenindustrie 1937 mit dem Abschluss der ‚Vereinbarung‘ grundlegend neue Wege in der Gestaltung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie deren Organisationen beschritt. Entscheidend und neu an diesem Vertrag war, dass die Vereinbarung nicht konkrete materielle Fragen des Dienstverhältnisses in den Vordergrund stellte, sondern dass die Partner vor allem das Versprechen gaben, ihre gemeinsamen Probleme nach Treu und Glauben zu besprechen und eine Lösung anzustreben. Demgemäss stellt die Vereinbarung zur Hauptsache eine Verfahrens-Ordnung dar mit folgender Stufengliederung: Aussprache im Betrieb — Verhandlung unter Beizug der beidseitigen Verbände und schliesslich eventuell vertragliche Schlichtungs- und Schiedsstelle»⁷⁵⁾.

Die Uebernahme der absoluten Friedenspflicht und die Fundamentierung der Metallvereinbarung durch den Grundsatz von Treu und Glauben bedeutet eine Metamorphose in den Auffassungen der Sozialverbände. Bisher hatten sich die beiden Lager mehr oder weniger als Kampforganisationen gefühlt und gebärdet. Der Verhandlungs- und Vertragsbereitschaft früherer Jahre hafteten stets Charakterzüge des taktischen Verhaltens an. Die jeweilige Haltung der Verbände wurde durch augenblickliche äussere Verhältnisse bestimmt, auf kurze Sicht eingenommen und unter neuen Umständen Revisionen unterzogen. Erfolg davon war das bekannte Wechselspiel zwischen Offensive und Defensive je nach dem Wellengang der Konjunktur⁷⁶⁾.

Im Friedensabkommen wurden verbands- und machttaktische Gesichtspunkte bewusst fallen gelassen und eine innere Neuorientierung

⁷³⁾ J. ber. des ASMMI für 1941, S. 7.

⁷⁴⁾ Ein neuer Geist, in: Werkzeugzeitung, 12, Nr. 9, September 1944, S. 139.

⁷⁵⁾ SAGZ, 16, April 1949, S. 317. Als «überaus wichtige Neuerung» gegenüber den bisherigen Gepflogenheiten bezeichnet auch die Werkzeugzeitung die Verfahrensordnung, welche im Friedensabkommen zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten vorgesehen ist. Vgl. Werkzeugzeitung, 5, Nr. 7, Juli 1937, S. 124.

⁷⁶⁾ vgl. Kamber, a.a.O., S. 175 ff.

vorgenommen: nicht zweckpolitische, sondern menschliche und geistige Erkenntnisse waren massgebend für die Neugestaltung der Verbandsfunktionen⁷⁷⁾. Weil der Metallfrieden auf einer grundsätzlich neuen Gesinnung beruht, geht ihm ein kompromisslicher und kurzfristiger Beigeschmack ab, wie dies bei jenen Verträgen der Fall war, die nur darauf ausgingen, aus den Möglichkeiten des Augenblickes Nutzen zu ziehen.

Die Metallarbeiterzeitung⁷⁸⁾ bestätigt die geistige Neuorientierung der metallindustriellen Sozialverbände, welche durch das Friedensabkommen dokumentiert wurde:

«Wenn das Abkommen, das der SMUV im Jahre 1937 mit dem ASMMI schloss ..., weithin Beachtung fand, so deswegen, weil dieser Vereinbarung ein neuer geistiger und ideeller Gehalt innewohnt. Die früheren Abmachungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern konnten gewissermassen als Waffenstillstandsabkommen betrachtet werden. Mochten die beiden Vertragspartner sich auch verpflichten, für die Dauer des Vertrages keine Kampfhandlungen zu unternehmen, so blieb doch in vielen Fällen der kämpferische Charakter der vertragschliessenden Parteien unverändert Das Abkommen in der Maschinen- und Metallindustrie stellt dagegen ein auf Treu und Glauben beruhender Friedensvertrag dar, der die Verpflichtung in sich schliesst, nach bestem Wissen und Gewissen zur Ueberwindung vorhandener Meinungsverschiedenheiten beizutragen.»

b) Die Zurückhaltung in den materiellen Bestimmungen

Um den gegenüber den üblichen Gesamtarbeitsverträgen «rudimentär» erscheinenden Normativteil des Friedensabkommens von 1937/1954 ins richtige Licht zu rücken, ist es notwendig, sich die Widerstände zu vergegenwärtigen, die sich in der Maschinen- und Metallindustrie dem Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen in den Weg stellten.

Neben der Ablehnung der Gewerkschaften als vertragsfähige Partner⁷⁹⁾ sträubten sich die Unternehmer gegen Gesamtarbeitsverträge nach herkömmlichem Muster unter Berufung auf *zwei Gruppen* von Umständen:

einmal wiesen die einzelnen Betriebe und Unternehmungen der Maschinen- und Metallindustrie eine ausserordentlich starke Differenzierung in den äusseren Lebensbedingungen und eine bunte Vielfalt in den Produktionsverfahren und Produkten auf,

sodann setzte sich eine Export- und Qualitätsindustrie durch starre Bindungen im Wettbewerb mit ausländischen Konkurrenten schweren Gefahren aus.

Während das Argument der zweifelhaften gewerkschaftlichen Vertragsfähigkeit und -treue dank der glänzenden Entwicklung des SMUV seine Stichhaltigkeit verlor, änderte der Lauf der Jahre nichts an den Unterschieden in den innern und äussern Lebensbedingungen der einzelnen Maschinenfabriken.

⁷⁷⁾ vgl. Zeitschr., schweiz., f. Betriebswirtschaft und Arbeitsgestaltung, H. 10, August 1943, S. 469.

⁷⁸⁾ MAZ vom 31. Jan. 1945.

⁷⁹⁾ vgl. S. 51/52 dieser Arbeit.

Die Verschiedenartigkeit der äussern Lebensbedingungen mögen folgende Hinweise vergegenwärtigen:

- Einmal deuten die Zahlen der Belegschaftsgrössen darauf hin, dass die Fabriken der Metallindustrie vom Zwerg- bis zum Riesenwerk auf allen Stufen der Betriebsgrössen zu finden sind. Nehmen wir die Zahl der Arbeiter als Massstab der Betriebsgrösse, so zeigen die Mitgliederfirmen des ASMMI für das Jahr 1954 folgende Grössenstruktur:
Es beschäftigten⁸⁰⁾:

3 Firmen über 5000 Arbeitnehmer, insgesamt	26 224
1 Firma 4001—5000 « «	4 511
4 Firmen 3001—4000 « «	14 645
7 Firmen 2001—3000 « «	14 946
23 Firmen 1001—2000 « «	29 591
33 Firmen 501—1000 « «	22 528
91 Firmen 201— 500 « «	29 232
104 Firmen 101— 200 « «	15 113
80 Firmen 51— 100 « «	5 703
73 Firmen 21— 50 « «	2 720
8 Firmen bis 20 « «	105
427 Firmen	165 318

- Auf die grundlegenden Unterschiede der Produktionstechnik und Produkte innerhalb der Metallbranche lässt auch das Mitgliederverzeichnis des ASMMI in seinen Jahresberichten schliessen. Serienfabriken reihen sich hier neben jene, die Einzelaufträge ausführen, und Hersteller von Präzisionsinstrumenten und -apparaten finden sich neben Eisen- und Giesse-
reierwerken.
- Ferner illustriert die Mannigfalt der Berufsarten in der Maschinen- und Metallindustrie deren unterschiedlich gelagerten technischen und organisatorischen Bedingungen. *Brüschweiler*⁸¹⁾ weist 53 verschiedene Berufsarten nach, zu denen sich noch das Heer der Hilfsarbeiter und Handlanger gesellt.
- Nicht zu übersehen ist schliesslich die geographische Streuung der Maschinen- und Metallindustrie. Im augenfälligen Gegensatz zur chemischen verteilt sich die metallverarbeitende Industrie über das ganze Gebiet der Schweiz. Sie bildet lediglich gewisse Schwerpunkte, wie etwa Zürich, Winterthur und Genf. Der Standort der verschiedenen Betriebe in städtischer, halbstädtischer und ländlicher Umgebung verursacht Differenzen in den Transport-, Steuer- und Zinslasten. Sie ziehen

⁸⁰⁾ J. ber. des ASMMI für 1954, S. 8.

⁸¹⁾ a.a.O., S. 15 und 60 ff.

Unterschiede in den äusseren Bedingungen Differenzen in den Gesamtproduktionskosten der einzelnen Betriebe und damit auch abgestufte Leistungsfähigkeit auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet nach sich.

In Berücksichtigung ihrer exponierten Auslandabhängigkeit wider setzte sich die Maschinen- und Metallindustrie seit jeher unabdingbaren Minimalansätzen bei der Regelung der Normen der Arbeitsentgelte.

- Hinter einer weitgetriebenen Verflachung der Arbeitseinkommen aus rein ethischen Gründen lauerten Gefahren für den Leistungswillen der Belegschaften und damit für die Konkurrenzstellung der Industrie auf den Absatzmärkten. Die Abschaffung der Akkordarbeit erschwere eine gerechte Abstufung des Entgeltes. Lohnnivellierung zöge Mittelmässigkeit nach sich, weil den Tüchtigen der Ansporn fehle.
- Wieweit dem Argument, das Minimalprinzip sei mit der notwendigen Elastizität der Produktionskosten unvereinbar, praktisches, wieweit nur psychologisches Gewicht zukommt, lässt sich mit Bestimmtheit nicht feststellen. Sicher ist jedoch, dass unter den heutigen Wirtschaftsverhältnissen und sozialen Anschauungen die direkte Lohnkürzung an Bedeutung verloren hat. Die Verkleinerung des Lohnkontos wird über andere Wege versucht.

Entsprechend den angeführten Argumenten war die Haltung der Unternehmer gegenüber einem Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen in der Maschinen- und Metallindustrie stets eindeutig ablehnend.

Dübi beschreibt in seinen «Betrachtungen über den Arbeitsfrieden», wie er den Friedensvorschlag *Konrad Ilg* «vom ersten Tag an . . . begrüsst», sich indessen «klar darüber war, dass als Grundlage dazu nicht die Form eines Gesamtarbeitsvertrages mit der Regelung vieler Einzelheiten, vor allem der Löhne, in Frage kommen konnte . . . Es darf nicht übersehen werden, dass die Maschinen- und Metallindustrie, die von Unternehmen zu Unternehmen so verschiedenartige Erzeugnisse für das In- und namentlich auch für das Ausland herstellt, sehr anpassungsfähig sein muss . . . »⁸²⁾.

Den Hindernissen, die dem Abschluss eines Gesamtarbeitsvertrages von Seiten der stark divergierenden Lebensverhältnissen der einzelnen Maschinenfabriken im Wege stehen, versagte auch der SMUV seine Beachtung nicht. Die Gewerkschaft war sich bewusst, dass es keine Mindestansätze gibt, die allen Verhältnissen «gerecht» werden. Minimalansätze nach den Bedürfnissen von unteren Grenzbetrieben verlieren ihren Sinn und werden zum Hemmschuh einer vernünftigen Lohnpolitik⁸³⁾.

⁸²⁾ *Dübi/Ilg*, Betrachtungen über den Arbeitsfrieden, S. 6.

⁸³⁾ vgl. Bericht des SMUV für 1954, S. 30.

2. Die Wahrung der staatsgewaltfreien Sphäre

Als weiteres Merkmal des Metallfriedens in der Grossindustrie verdient der Wille der Sozialparteien, die Privatautonomie auf dem Arbeitsmarkt nicht einzudrücken, hervorgehoben zu werden. Der Träger und unermüdliche Verfechter der Friedensidee, *Konrad Ilg*, äusserte sich zum Problem der staatlich regulierten Arbeitsnormen folgendermassen:

«Das Bedeutsame an diesen Abmachungen (in der Metallindustrie) liegt darin, dass diese ohne gesetzliche Massnahmen des Staates, durch die Einsicht und Vernunft der beteiligten Verbände und der hinter ihnen stehenden Firmen und Arbeiter erreicht werden konnten. Nicht gezwungenermassen, d. h. nicht durch den Staat, sollen die Normen und Reglemente erfolgen, sondern durch freie Verständigung und Rücksichtnahme auf die gegenseitigen Interessen müssen sie geschaffen werden»⁸⁴).

Es ist umso wichtiger, an solchen Äusserungen, die vom Standort des SMUV auf dem Boden der Privatwirtschaft Zeugnis ablegen, nicht achtlos vorüberzugehen, als der Begriff «freie Gewerkschaft» in der öffentlichen Meinung weitherum die Furcht vor Planwirtschaft assoziiert.

Die Absage an die massierte Gewalt in der Hand des Staates von Seiten der Gewerkschaft wurzelt einerseits in der Ueberzeugung, dass behördliche Interventionen die natürlichen Interessengegensätze zwischen den Sozialpartnern nicht aus der Welt schaffen und auch nicht überbrücken können. Andererseits mag auch die Furcht um die eigene Aktionsfreiheit die Gewerkschaft dazu veranlassen, gegen massive Uebergriffe des Staates in ihren Wirkungskreis eine abwehrende Hand zu erheben.

Unter der Voraussetzung, dass beide Sozialparteien die Möglichkeit genossenschaftlicher Zusammenarbeit in der Wirtschaft anerkennen, richtet sich ihr Sinnen und Trachten nach Sicherung des sozialen Friedens unter beidseitig annehmbaren Bedingungen. Diese Zielsetzung wirft die Frage auf, ob der Staat über Mittel und Wege verfügt, einen gerechten Arbeitsfrieden herzustellen und zu garantieren.

Aus sachlich-ökonomischen Gründen ist der Erfolg staatlicher Eingriffe in Frage gestellt, weil sie ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Tragfähigkeit der betroffenen Betriebe erfolgen können. Das Diktat der Konkurrenz ist aber besonders in einer Exportindustrie von entscheidender Bedeutung bei der Festsetzung der Arbeitsverhältnisse. Die enge Abhängigkeit der Arbeitsverhältnisse von der wirtschaftlichen Tragfähigkeit vermag auch der Staat nicht zu lösen. Dem Vertrag, hinter dem die Aufsicht der unmittelbar interessierten Parteien steht, ist es leichter möglich, seine Bestimmungen den jeweiligen Gegebenheiten anzupassen. Die geschmeidige Anpassung ist am einfachsten, wenn im Vertrag keine generellen Normen enthalten sind und die Festlegung der Arbeitsverhältnisse fallweise der Einsicht und dem Gewissen der Sozialparteien überlassen werden kann.

⁸⁴) J. ber. des SMUV für 1954, S. 30.

Nicht weniger Bedenken gegen die Uebergriffe des Staates auf das Verhältnis der Sozialparteien ergeben sich neben sachlich-ökonomischen aus geistig-moralischen Rücksichten. Den Entscheid über die Arbeitsbedingungen, insbesondere über die Lohnfragen, von den Parteien auf den Staat überwälzen, heisst eine Verantwortung, die der Natur der Sache nach bei den Parteien liegt, in fremden Machtbereich überführen. Die formalrechtliche Ordnung in den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sagt über den Geist, in welchem eine Regelung der Arbeitsverhältnisse entsteht und lebt, sehr wenig aus⁸⁵⁾. Die Unterschriften der Sozialparteien unter den Verträgen bedeuten an sich noch sehr wenig. Die Abmachungen sind kurzlebige Papierfetzen, wenn für die Innehaltung der Uebereinkunft nicht ein genossenschaftlicher Geist und das Bewusstsein einer moralischen Verpflichtung bürgen. Der Staat kann die moralische Grundlage des Arbeitsverhältnisses nicht, oder nur mit kleinen Erfolgen ändern, besonders dann, wenn die Sozialparteien einander scheinbar wohlwollend begegnen und hinter dem Rücken die geballte Faust bereithalten. Der Staat ist zwar dank seiner Sanktionsgewalt in der Lage, die materiellen Ansprüche der Parteien zu fixieren und die Leistung der festgelegten Normen zu erzwingen. Bis an die Wurzeln der sozialen Spannungen jedoch vermag der obrigkeitliche Entscheid nicht vorzudringen. Eine Idee, wie sie im unbedingten Friedenswillen der Vertragsparteien in der Maschinenindustrie verwirklicht werden sollte, lässt sich auf autoritärem Wege nicht vorantreiben. Die dazu notwendige genossenschaftliche Gesinnung und ein geschärfted soziales Gewissen der Parteien kann der autoritäre Entscheid nicht ersetzen. Ein verbindlicher Richterspruch weckt das Missbehagen beider Parteien — ob sie recht bekommen oder nicht. Umgekehrt lässt die freie Uebereinkunft erwarten, dass die Parteien einem freiwillig angenommenen Vermittler die notwendigen Kompetenzen einräumen und allfällige Sanktionen zum vornherein moralisch anerkennen.

Aeusserungen von *Konrad Ilg* vergegenwärtigen deutlich, dass er eine brauchbare Grundlage für friedliche Arbeitsverhältnisse allein in der Erkenntnis der gemeinsamen Interessen aller Bevölkerungsteile und in einer genossenschaftlichen Zusammenarbeit auf dem Wege zu gleichen Zielen sah:

«Unsere Vereinbarung anerkennt den Wert und die Bedeutung des privaten Unternehmertums und damit das Recht einer weitgehenden gesunden Freiheit auch auf dem Gebiet der Wirtschaft und versucht, die in ihr Tätigen einander als Menschen näher zu bringen. Wir waren bestrebt, unser gegenseitiges Heil nicht bei der Allmacht des Staates zu suchen, sondern von allem Anfang an bemüht und entschlossen, uns in allen Lagen selbst zu helfen»⁸⁶⁾.

In einem Referat über das Problem Gesetz und Vertrag kommt auch *Arthur Steiner* zum Schluss, dass allein die freie Vereinbarung

⁸⁵⁾ vgl. *Salin*, Genossenschaftlicher Gedanke und Gesamtarbeitsverträge, S. 138 ff. auch *Ilg*, Arbeitsfriede, S. 3.

⁸⁶⁾ *Ilg*, Vertragliche Bindungen, S. 84.

zwischen den Sozialparteien Aussicht auf Erfolg bei den Bemühungen um die soziale Ruhe hat:

«Jede vernünftige und von einer bestimmten Grosszügigkeit begleitete Vertragstätigkeit zeigt, dass ihr das Gesetz nicht zu folgen vermag. Das Gesetz kann in der Demokratie weder den Arbeitsfrieden noch die erfolgreiche Gestaltung der menschlichen Beziehungen im Betrieb verwirklichen»⁸⁷⁾.

Die Gewerkschaft kann ihrer Aufgabe als Sachwalter der Arbeiterinteressen nur dann gerecht werden, wenn die staatliche Macht sie an der Entfaltung einer Tätigkeit im Sinne der Verbesserung von materiellen und kulturellen Lebensverhältnissen des arbeitenden Volkes nicht lähmend hindert.

In dieser Tatsache mag für den SMUV ein weiterer Beweggrund gelegen haben, den Arbeitsmarkt von den Stürmen sozialer Interessenkämpfe zu befreien, ohne dabei staatliche «Hilfe» anzurufen. Die Verlagerung der ordnenden Potenzen im Wirtschafts- und Sozialleben von zahlreichen Einzel- und Gruppenentscheiden zu zentralen Machtkörpern drückt die Sphäre der Freiheit und Selbstverantwortung zwangsläufig ein. Diese Beschränkung trifft nicht allein die Unternehmer und die einzelnen Wirtschaftssubjekte, sondern in gleichem oder verschärftem Masse auch die Arbeiterorganisationen. Die Gewerkschaften sind als Selbsthilfeorganisationen freier, aber ökonomisch abhängiger Arbeiter auf dem Boden des kapitalistischen Wirtschaftssystems gewachsen. Grundlegende Aenderungen der Wirtschaftsordnung und der Steuerungsmethoden des Wirtschaftsprozesses schlagen demzufolge auf die Arbeiterorganisationen zurück. Erfolgreiche Unternehmertätigkeit und freie Märkte gehören zu deren Existenzgrundlagen⁸⁸⁾. Weil die wichtigsten Fragen der Produktion und Verteilung im Bereiche der autoritären Wirtschaftsordnungen von zentralen Planstellen entschieden werden, schmilzt das Arbeitsgebiet der Gewerkschaften hier bis auf einen unbedeutenden Rest zusammen⁸⁹⁾. Die Entscheidungen über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse fallen im oppositionslosen Staat von oben nach unten. Für die Durchsetzung von Vorschlägen haben die Gewerkschaftsfunktionäre höchstens als Person und Parteimitglied einen gewissen Einfluss, keineswegs aber aus ihrer Stellung in den Arbeiterorganisationen⁹⁰⁾.

Auch die Umwandlung der privatrechtlichen Sozialverbände in öffentlich-rechtliche Körperschaften kann die Stellung der Gewerkschaften als Anwalt der Arbeiterbevölkerung nicht gewährleisten. Der autoritäre Staat rüstet, sofern er auf seine Rolle als alleiniger Planträger nicht verzichten will, nur «linientreue» Verbände mit der Kompetenz der verbindlichen Regelung privater Arbeitsverhältnisse aus. Sobald eine Gewerkschaft aus ihrer rein beratenden und verwalten-

⁸⁷⁾ Steiner, Gesetz und Vertrag, S. 4.

⁸⁸⁾ Briefs, Zwischen Kapitalismus und Syndikalismus, S. 84.

⁸⁹⁾ vgl. Eucken, a.a.O., S. 126.

⁹⁰⁾ vgl. Laski, Die Gewerkschaften in der Gesellschaft, S. 156.

den Funktion heraustritt und die ihr zugewiesene Stellung zu überspielen sucht, gerät sie in Konflikt mit der Staatsmacht und fällt ihr zum Opfer.

Es mag einem reinen Wunschenken entsprungen sein, dass der christlich-nationale Gewerkschaftsbund der Schweiz im Friedensvertrag einen Schritt zur berufsständigen Ordnung verwirklicht sehen wollte⁹¹⁾. Die Behandlung des Korporationenproblems gehört nicht in den Rahmen dieser Arbeit⁹²⁾. Es muss aber betont werden, dass der SMUV sich von der Korporationenbewegung distanzierte. Die korporative Bewegung, die einer Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme durch die Ausstattung der Berufskörperschaften mit öffentlich-rechtlichem Charakter zustrebte⁹³⁾, stand in diametralem Gegensatz zu den Bemühungen der freien Gewerkschaft. Weder der SMUV noch der ASMMI wollten durch die Vereinbarung von 1937 einen Schritt in korporativer Richtung unternehmen.

Der SMUV machte von seinen schweren Bedenken gegenüber den gewerkschaftsfeindlichen Strömungen kein Geheimnis und umriss seine Auffassung von der Aufgabe des Friedensabkommens als Schutzmauer gegen die wuchernden Staatseingriffe mit den Worten:

«Immer mehr zeichnet sich eine Tendenz ab, die Gewerkschaften als volkswirtschaftliche Faktoren auszuschalten. Starke Kräfte sind am Werk, um ihren Einfluss auf die Sozialpolitik zu schmälern. Die politischen Parteien bemühen sich, gefördert durch Bundesämter, Sozialpolitik nach ihren Wünschen und ihren Bedürfnissen zu treiben. Gewisse korporative Tendenzen sind unverkennbar am Werk, sogar bei hohen und höchsten Bundesfunktionären. Wenn diese Tendenz hochkommen sollte, dann ist es mit dem Mitspracherecht der Arbeiterschaft zu Ende. Indem wir mit einem der grössten Arbeitgeberverbände übereinkommen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen direkt zu regeln, setzen wir allen erwähnten Bestrebungen einen Damm und ein unüberwindliches Hindernis entgegen. Auf diese Weise wird die Entwicklung zu staatlich dirigierten Gewerkschaften im Sinne der Deutschen Arbeitsfront und der italienischen gleichbedeutenden Organisation verunmöglicht. Es ist offensichtlich, dass damit der schweizerischen Arbeiterschaft ein wichtiges Stück Freiheit und Selbstbestimmungsrecht erhalten bleibt»⁹⁴⁾.

5. Kapitel:

DIE AUSWIRKUNGEN DES FRIEDENSABKOMMENS

Spezialisten und Praktiker auf dem Gebiet der kollektiven Arbeitsregelung halten dafür, dass weniger das Gefühl einer menschlichen und schicksalhaften Verbundenheit und ideelle Motive die Sozialparteien veranlassen, ihre Unterschriften unter gegenseitige Abma-

⁹¹⁾ J. ber. des Christl.-nat. Gewerkschaftsbundes für 1937, S. 55.

⁹²⁾ Zur Korporationenfrage vgl. etwa *Quervain*, P. de, Das Korporationenproblem, Diss. Bern 1936.

⁹³⁾ vgl. *Hackhofer*, Berufsständischer Aufbau, S. 74. Vgl. auch *Ilg*, Arbeitsfriede, S. 4.

⁹⁴⁾ Bericht des SMUV von 1939, S. 7/8.

chungen zu setzen, als vielmehr «klare und sehr reale Interessen»⁹⁵⁾. Solche Feststellungen der Praxis zwingen dazu, unsere Aufmerksamkeit den Auswirkungen des Friedensabkommens zuzuwenden.

Die Initiative zum Abschluss einer Friedensvereinbarung lag beim SMUV. Es drängt sich deshalb in erster Linie die Frage nach dem Nutzen, den das Abkommen der Gewerkschaft brachte, auf.

1. Die Vorteile des Friedensabkommens für die gewerkschaftliche Organisation

Der SMUV erreichte mit der Unterzeichnung der Vereinbarung ein langjährig und hartnäckig verfolgtes Ziel: die Anerkennung seiner Funktion als Interessenanwalt der Metallarbeiter seitens der Unternehmer.

*Briefs*⁹⁶⁾ knüpft den Begriff der «gefestigten Gewerkschaft» an die Erfüllung dreier Voraussetzungen: einmal an die *Eigenmacht der Arbeiterorganisation*, dann an die *gesetzliche Tolerierung* und schliesslich an die *Anerkennung durch die Unternehmer*.

Die *Eigenmacht des SMUV* konnte seit geraumer Zeit nicht mehr ernsthaft bestritten werden. Die Mitgliederzahl und die Leistungen seiner Unterstützungsinstitutionen redeten eine deutliche Sprache. Den eindrücklichsten Beweis seiner inneren Kraft lieferte der SMUV in der Depression der Dreissigerjahre. Die hartnäckige Krise konnte wohl an Kassenbestand und Mitgliederzahl einen gewissen Abbruch tun; jedoch fiel diese Schwächung nicht über jene Grenzen, innerhalb welchen sich der Aderlass aller Institutionen der Wirtschaft hielt.

Um die *gesetzliche Tolerierung* hatte die Gewerkschaft der Metallarbeiter nie kämpfen müssen. Durch den Art. 56 der Bundesverfassung garantiert der schweizerische Staat seine Bürgern das Recht, sich in Vereinen zusammenzuschliessen.

Trotzdem sich aber die Gewerkschaften, und unter ihnen nicht zuletzt der SMUV, in der Zwischenkriegszeit faktisch zu einem wesentlichen Bestandteil der Sozial- und Wirtschaftsstruktur des Landes aufgeschwungen hatten, fehlte der Metallarbeiterorganisation die Anerkennung dieses Zustandes von seiten der Unternehmer.

Das Friedensabkommen von 1937 brachte dem SMUV das dritte Glied in die Kette der Merkmale einer gefestigten Gewerkschaft. Durch die Einwilligung, mit dem Arbeiterverband nach Treu und Glauben über die einschlägigen Arbeitsbedingungen zu verhandeln und auch allgemeine wirtschaftspolitische Fragen im Rahmen von paritätischen Versammlungen zu erörtern, verliehen die Unternehmer ihrer *Anerkennung der Gewerkschaft als Vertragspartei und Anwalt der Arbeiter* vollgültigen Ausdruck. Die Verständigung der maschi-

⁹⁵⁾ *Salin*, Genossenschaftlicher Gedanke und Gesamtarbeitsverträge, S. 145/146.

⁹⁶⁾ Zwischen Kapitalismus und Syndikalismus, S. 87.

nenindustriellen Sozialparteien ist umso erfreulicher, als der ASMMI lange Jahre hindurch als zähester Verteidiger unternehmerischer Selbstherrlichkeit galt. *Grimm*⁹⁷⁾ stigmatisierte ihn im Jahre 1909 als «feindseligsten Gegner der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung.»

Nach dem Abschluss des Friedensvertrages von 1937 machten die Unternehmer der Maschinenindustrie kein Hehl daraus, dass sie ihre Einstellung zur Gewerkschaft einer Revision unterzogen hatten. Im Gedenken an den verstorbenen Initianten des Friedensabkommens, *Konrad Ilg*, würdigte Dir. *Schindler* in einer Radioansprache den Pakt in der Maschinen- und Metallindustrie als Werk politischer und wirtschaftlicher Einsicht und persönlichen Mutes und fuhr dann fort: «Konrad Ilg erreichte noch viel mehr: seine Initiative fand bei den Unternehmern ein gutes Echo und so kam es, dass auch die Unternehmer angingen, von ihrer Kampfstellung gegenüber den Gewerkschaften abzugehen und in den Gewerkschaften eher Partner als Gegner zu sehen»⁹⁸⁾. Dem gleichen Gedanken gibt *Ernst Dübi* in der Festgabe für *Konrad Ilg* Ausdruck: Durch die Friedensvereinbarung werden die Gewerkschaften «in aller Form als Vertragspartner, also als Freunde, und nicht, wie es vielleicht doch teilweise früher der Fall war, als Gegner, anerkannt»⁹⁹⁾.

Das Friedensabkommen brachte der Gewerkschaft neben der formellen Anerkennung durch die Arbeitgeber auch eine *Vermehrung ihres Ansehens in der Oeffentlichkeit*. Der Metallfrieden lieferte einen schlagkräftigen Beweis dafür, dass der SMUV sich nicht in Dogmatik und Programmatik verstrickt, sondern am Aufbau des Landes mitwirkt und an der Ueberwindung der historisch gewordenen Klassenscheidungen arbeitet.

Wie nötig eine solche Demonstration des konstruktiven Willens war, mögen die Ansichten von *Hackhofer*¹⁰⁰⁾ illustrieren. Er zählte im Jahre 1934 die Organisationen der Berufsgenossen unterschiedslos zu den «Macht- und Kampfverbänden», die «wild und ohne Verantwortlichkeit gegenüber der Gemeinschaft gewachsen sind». Aehnlich sah auch *Lorenz*¹⁰¹⁾ in den Gewerkschaften Machtgebilde, «deren letzter Sinn, soweit es sich nicht um die christlichen Gewerkschaften handelt, einstweilen Klassenkampf ist».

Einen günstigen Einfluss übte das Friedensabkommen auf den *Mitgliederbestand des SMUV* aus. Die Zahl der eingeschriebenen Gewerkschafter erfuhr eine Zunahme von 65 062 Arbeitern im Jahre 1937 auf 115 944 im Jahre 1954. Der Versuch, diesen enormen Zuwachs mit den Wirkungen des Friedensabkommens in eine exakte,

⁹⁷⁾ a.a.O., S. 23.

⁹⁸⁾ Radioansprache vom 14. August 1954, veröffentlicht im J. ber. des ASMMI für 1954.

⁹⁹⁾ Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie, Festgabe S. 128.

¹⁰⁰⁾ Berufsständischer Aufbau, S. 72 ff.

¹⁰¹⁾ zit. nach *Quervain*, a.a.O., S. 62.

funktionelle Beziehung zu setzen, müsste zum vorneherein scheitern. Der Zustrom zum SMUV ist zweifellos auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Dabei dürfte jedoch der Metallfrieden zu den hervorragendsten zählen.

Um dem Sinn und den Bestimmungen des Friedensabkommens in der Maschinen- und Metallindustrie bis zu den letzten Betrieben zum Durchbruch zu verhelfen, ist eine möglichst lückenlose Erfassung aller Unternehmer und Arbeiter durch ihre Verbände nötig. Im Gegensatz zu früher muss daher der Ausbau der beidseitigen Organisationen im Interesse beider Sozialparteien liegen. Entsprechend diesem Postulat dürften die Unternehmer der Mitgliederwerbung der Gewerkschaft keine Hindernisse mehr in den Weg legen, im Gegenteil, es müsste ihnen daran gelegen sein, dem hintersten Arbeiter durch die Mitgliedschaft zur Vertragspartei die Friedenspflicht aufzuerlegen¹⁰²⁾. *Ilg* betrachtete es denn auch als eine «Verletzung des Vertrages», wenn die Unternehmer nach der Unterzeichnung des Friedenspaktes an ihrer hergebrachten Feindschaft gegenüber der Arbeiterorganisation festhalten würden¹⁰³⁾. Der Präsident des SMUV erwartete nach dem Abschluss des Paktes, dass die Unternehmer der gewerkschaftlichen Tätigkeit nicht mehr in den Weg träten.

Ausschlaggebend für die gewerkschaftliche Mitgliederwerbung war nicht allein die Tatsache, dass der Eintritt in die Organisation für den Arbeiter nach 1937 keinen Schritt mehr gegen den Wunsch seines Arbeitgebers war und entsprechend persönlichen Mut und Ueberzeugung verlangte, sondern auch der Umstand, dass das Friedensabkommen den gemässigten Elementen unter der Arbeiterschaft entsprach. Die Abneigung gegen den klassenkämpferischen Geist konnte nach 1937 keinem Arbeiter mehr als Begründung — oder als Vorwand — für das Fernbleiben von der Gewerkschaft dienen¹⁰⁴⁾.

Die Gewerkschaften haben die Ausbreitung des Vertragsgedankens bis in die entlegensten Täler und bis zu den Betrieben des letzten Wirtschaftszweiges zu einem Hauptpunkt ihres Arbeitsprogrammes gemacht. Das Friedensabkommen trug zur Erfüllung dieser ureigenen gewerkschaftlichen Aufgabe nicht wenig bei. Es zeichnet sich aus durch eine *starke Breiten- und eine kräftige Initialwirkung*.

Die Schweiz weist auf kleinem Raum eine einzigartige Vielgestalt der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse auf. Die föderalistische Struktur des Bundesstaates, die reiche geographische Kammerung mit den vielgestaltigen Naturgegebenheiten und die unterschiedlichen historischen Hypotheken schufen ein ungewöhnlich

¹⁰²⁾ Die konjunktive Formulierung will andeuten, dass die tatsächliche Einstellung der Unternehmer gegenüber den Gewerkschaften nach dem Abschluss der Vereinbarung nicht immer ganz dem Postulat entsprach. Vgl. dazu S. 86 ff. dieser Arbeit.

¹⁰³⁾ Protokoll der Verbandskonferenz vom 24. Juli 1937, S. 12.

¹⁰⁴⁾ In diesem Sinn äusserte sich Ernst *Wüthrich*, Zentralsekretär des SMUV anlässlich einer persönlichen Unterredung.

vielgesichtiges Land¹⁰⁵⁾. Für das kollektive Arbeitsrecht birgt die Vielfalt bedenkliche Gefahren der sozialen Unterschiede. Sie kann «zu einer Rechtsungleichheit führen, die den Bestand nicht nur des einzelnen Vertragsbereichs, sondern der allgemeinen Rechtssicherheit und zuletzt des Staates bedroht»¹⁰⁶⁾. Das Friedensabkommen in der Maschinen- und Metallindustrie wirkt diesen Gefahren entgegen, indem es durch die Betonung der genossenschaftlichen Zusammengehörigkeit und Verpflichtung eine Breitenwirkung erzielt, von der auch der letzte Betrieb des Industriezweiges nicht unberührt bleibt. Der «Nachteil», dass die Bestimmungen des Friedensabkommens es erschweren, in den leistungsfähigsten Betrieben für die Arbeiter äusserste Vorteile herauszuholen, wird durch den Vorteil, dass sich der Vertrag auch in schlechter gebetteten Betrieben günstig auswirkt, mehr als aufgehoben.

Neben der Breitenwirkung des Friedensabkommens ist seine *Pionierleistung für die kollektiv-vertragliche Idee* erwähnenswert. Rein äusserlich zeigt sich die Entwicklung der Vertragspolitik in der Tatsache, dass vor dem zweiten Weltkrieg weit weniger als ein halbes Tausend Gesamtarbeitsverträge in unserem Lande in Kraft waren. Nach dem Krieg war ihre Zahl auf rund 850 gestiegen. Heute regeln über 1500 Kollektivverträge die Arbeitsbedingungen von rund 800 000 Arbeitern.

Wieweit die Initialleistung des Friedensvertrages in der Metallindustrie dem Gedanken gegenseitiger Vereinbarungen in der Industrie zum Durchbruch verhalf, lässt sich wiederum nicht zahlenmässig festhalten. Jedoch würdigt sowohl der SMUV als auch die Praxis die Pioniertat des Metallfriedens¹⁰⁷⁾.

Das Organ der Metallarbeitergewerkschaft schrieb anlässlich des Abschlusses eines Gesamtarbeitsvertrages in der Basler chemischen Industrie¹⁰⁸⁾:

«Das Abkommen in der Maschinen- und Metallindustrie war schon oft Zielscheibe für polemische Angriffe Unberufener, dass es uns mit Freude erfüllt, wenn wir feststellen können, dass wir damit eine grosse Pionierarbeit geleistet haben. Erst die Anerkennung der Gewerkschaft durch die massgebende Exportindustrie

¹⁰⁵⁾ vgl. *Salin*, Genossenschaftlicher Gedanke und Gesamtarbeitsverträge, S. 138/139.

¹⁰⁶⁾ Ders., S. 140.

¹⁰⁷⁾ Erinnerungshalber seien die Abschlüsse von GAV in den wichtigeren Industriegruppen nachstehend genannt:

- GAV für die schweiz. keramische Industrie, 1. Jan. 1946, Wortlaut in der SAGZ, 3, 18. Jan. 1946.
- GAV der Papierindustrie auf 1. Jan. 1946, Wortlaut in der SAGZ, 6, 1. Febr. 1946.
- GAV in der schweiz. Schuhindustrie auf den 7. Juni 1946, Wortlaut in der SAGZ, 25, 21. Juni 1946.
- GAV in der schweiz. Seidenstoffweberei auf 1. Juli 1946, Wortlaut in der SAGZ, 28/29, 12. Juli 1946.
- GAV der Teppichfabrikanten auf 1. Juli 1946, Wortlaut in der SAGZ, 37, 13. Sept. 1946.

¹⁰⁸⁾ Wortlaut des GAV der chem. Industrie in der SAGZ, 2, 12. Jan. 1945.

hat die Voraussetzung geschaffen dafür, dass auch in anderen Industrien die Gewerkschaften Verhandlungs- und Vertragspartner werden konnten»¹⁰⁹⁾.

Im gleichen Sinn äusserte sich der Präsident des Basler Einigungsamtes über den Pakt in der Maschinen- und Metallindustrie:

«Wo sich seit dem Abschluss dieses Abkommens auf schweizerischem Boden Tarifverträge weiterentwickelt haben, ist dies nicht zuletzt durch das Friedensabkommen erleichtert worden, da seit dessen Inkrafttreten das Klima für die Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Schweiz allgemein günstiger geworden ist»¹¹⁰⁾.

Die Gewohnheit unserer Zeit, materielle Vorteile als Richtpunkt des Handelns und fassbare Gewinne als Kriterium für die Qualität einer Institution hinzustellen, bringt es mit sich, dass Kollektivverträge ohne sichtbare Fortschritte für beide Parteien kaum lebensfähig sind. Weit davon entfernt, sich im luftleeren Raum eines übertriebenen Idealismus verlieren zu wollen, massen beide Sozialpartner der Maschinen- und Metallindustrie der materiellen Auswertung des Friedensabkommens grösste Bedeutung zu.

Materielle Zugeständnisse, die der Arbeitskraft zuteil werden, bedeuten nicht schlechthin Beschneidung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit eines Betriebes. Bis zu gewissen Grenzen besteht sogar ein komplementäres Abhängigkeitsverhältnis zwischen ökonomischer und sozialer Leistung. Umgekehrt liegt es nicht allein im Interesse des Kapitals, wenn ein guter Geschäftsgang die erhofften Erträge abwirft. Aus schwachen Unternehmen kann auch die beste und stärkste Arbeiterorganisation keine Vorteile herausholen.

Wenn nachfolgend die *materiellen Vorteile*, die das Friedensabkommen den Arbeitern brachte, aufgezählt und anschliessend seine Auswirkungen auf die Konkurrenzstellung der Maschinen- und Metallindustrie behandelt werden, so ist nie aus dem Auge zu verlieren, dass immer auch Rückwirkungen vorliegen: die sozialen Leistungen wirken über Mentalität, Arbeitsfreude usw. zurück auf die ökonomische Leistung des Betriebes und die Hebung der Konkurrenzstellung der Industrie begünstigt deren materielle Zugeständnisse an die Arbeitskraft.

2. Die materiellen Fortschritte für die Arbeiter seit 1937

Vertragliche Abmachungen haben gelegentlich Anstoss erregt, weil vereinbarte minimale Leistungsansätze als allgemein gültige Normen gehandhabt und ungeachtet der wirtschaftlichen Wechsellagen während der Vertragsdauer stur eingehalten wurden. Es liegt nicht in der Absicht der Gewerkschaften, durch Kollektivverträge eine Stagnation der Arbeitsbedingungen auf lange Frist herbeizuführen. Das Friedensabkommen in der Maschinen- und Metallindustrie bindet keinen der

¹⁰⁹⁾ MAZ, 4. Januar 1945, vgl. auch MAZ, 5, 31. Januar 1945.

¹¹⁰⁾ Burckhardt, a.a.O., S. 182.

Vertragspartner an momentane Verhältnisse, verpflichtet aber unabdingbar zu vernünftiger Behandlung strittiger Fragen im Geiste von Treu und Glauben.

Die maschinenindustriellen Vertragsparteien nutzten die Möglichkeit, Lohnansätze und allgemeine Arbeitsbedingungen ständig neuen und veränderten Situationen anpassen zu können, im Laufe der bald 20-jährigen Vertragsdauer gründlich aus. Die Kriegsjahre und die Teuerungswellen der Nachkriegszeit machten einen fast ununterbrochenen Kontakt zwischen Arbeitgebern und Arbeitern nötig.

Die bedeutendsten materiellen Fortschritte für die Arbeiter, die seit dem erstmaligen Abschluss des Friedensabkommens erzielt werden konnten, zeigen sich auf dem Gebiet des Lohnes und der Teuerungszulagen, der Ferien- und Feiertagsregelung und der Kinderzulagen. Es ist nicht möglich, die ursächliche Wirkung des Abkommens auf die materiellen Zugeständnisse genau festzustellen. Ohne Zweifel wären Fortschritte auch auf der Grundlage der alten, kampfträchtigen Beziehungen erreicht worden. Das Ausmass aber wäre wohl kleiner gewesen und bei allfälligen Konflikten hätten beide Parteien schwerste finanzielle Strapazen auf sich nehmen müssen.

a) Löhne und Teuerungszulagen

Ueber die Lohnentwicklung bei seinen Mitgliedfirmen geben die Jahresberichte des ASMMI erschöpfend Auskunft. Aus der Tatsache, dass die Gewerkschaften gegen die Darstellungen des ASMMI keinen Einspruch erheben und den Arbeitern eine «Zweckfrisierung» der Zahlen nicht vorgeworfen wird, darf geschlossen werden, dass die Ausführungen des ASMMI im grossen ganzen objektiv sind¹¹¹⁾. Die gegensätzliche Interessenlagerung in der Lohnfrage würde subjektive Färbungen der Angaben unweigerlich dem Angriff der Gegenpartei aussetzen.

Seit der Frankenabwertung im Jahre 1936 bis zum Ausbruch des Weltkrieges zeigten die Nominallöhne der Maschinen- und Metallindustrie eine bescheidene aber stetige Aufwärtsbewegung. Durch das Ansteigen der Konsumentenpreise im gleichen Zeitraum erfuhren jedoch die Reallöhne im Jahre 1937 gegenüber dem Vorjahr einen kleinen Rückschlag und erholten sich bis zur Kriegsmobilmachung nur in geringfügigem Ausmass.

¹¹¹⁾ Die Tatsache, dass die offizielle Lohnstatistik durchwegs Arbeitseinkommen aufweist, die um wenig unter den Angaben des ASMMI liegen, dürfte darauf zurückzuführen sein, dass nicht alle Betriebe der Metallbranche — und vielleicht gerade nicht die unteren Grenzbetriebe — dem ASMMI angeschlossen sind. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die offizielle Lohnstatistik als Erhebungsgrundlage nur die Löhne verunfallter Arbeiter benützt.

Tabelle 9

Durchschnittsverdienste der erwachsenen männlichen Arbeiter in den letzten Vorkriegsjahren¹¹²⁾

Jahr	Ø-Verdienst in Rp.	Index der Ø-Verdienste 1939 = 100	Index der Lebenskosten 1939 = 100	Index der Reallöhne 1939 = 100
1935	129	95	94	101
1936	129	95	96	99
1937	133	98	100	98
1938	135	99	100	99
1939	136	100	100	100

Mit dem Ausbruch des Krieges im August 1939 stellte sich eine neue Sorge in den Vordergrund des wirtschafts-, staats- und sozialpolitischen Interesses: die Vermeidung von unkontrollierten und übermässigen Preissteigerungen und den damit in Zusammenhang stehenden Störungen in der Kosten-Preis-Relation (Preisscherenbildung).

Zu den Problemen der Lohngestaltung unter kriegswirtschaftlichen Verhältnissen nahm im Sommer 1941 ein Arbeitsausschuss der Konjunkturbeobachtungs- und Preisbildungskommission Stellung¹¹³⁾. Der Bericht dieses Arbeitsausschusses stellte fest, dass trotz der früher vorgeschlagenen Massnahmen zur Bekämpfung inflatorischer Tendenzen¹¹⁴⁾ ein geldseitig bedingter Preisauftrieb nicht vollständig ausgeschaltet werden konnte. Gründe dieses «Misserfolges» waren die Unmöglichkeit, die gewaltigen Wehrausgaben des Bundes ohne zusätzlichen Geldumlauf zu finanzieren und die mangelnde Konsequenz bei der Umstellung der Produktion auf den lebensnotwendigen Bedarf sowie bei der Rationierung des Haushalts- und Rohstoffbedarfs. Andererseits wurde die Preisbildung in der Kriegszeit massgebend bestimmt durch die Verknappung der Güterversorgung und Verteuerung der Importwaren¹¹⁵⁾.

Bei der Behandlung der lohnpolitischen Konsequenzen dieser doppelgründigen Teuerung kam der Ausschuss der Preisbildungskommission zu folgenden Schlüssen:

¹¹²⁾ vgl. J.ber. des ASMMI für 1954, S. 43.

¹¹³⁾ Vernehmlassung zur Frage der bei der heutigen Preissituation zu empfehlenden lohnpolitischen Richtlinien, in: Die Volkswirtschaft, XIV, 9. September 1941, S. 200 ff.

¹¹⁴⁾ Ueber die Beeinflussung der Preisbildung, speziell von der Geldseite her: Memorandum der Preisbildungskommission an das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement, in: Die Volkswirtschaft, XIII, 2. Februar 1940, S. 71 ff.

¹¹⁵⁾ vgl. Bemerkungen zur schweizerischen Preisentwicklung seit Kriegsausbruch; Mitteilung der Preisbildungskommission an das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement, in: Die Volkswirtschaft, XIII, 4, April 1940, S. 192 ff. Ferner: Zur Frage der Beeinflussung der Preisbildung von der Warensseite, in: Die Volkswirtschaft XIV, 6, Juni 1941, S. 126 ff.

- Jener Teil der Teuerung, welcher von der Mangelwirtschaft herrührt, kann und darf durch nominelle Einkommenserhöhungen nicht ausgeglichen und muss grundsätzlich — mit graduellen Unterschieden — von allen Bevölkerungskreisen getragen werden.
- Der andere, geldseitig bedingte Teil der Teuerung sollte im Durchschnitt durch Lohnerhöhungen wett gemacht werden, weil die inflatorische Preissteigerung nichts anderes als eine Einkommensverschiebung zuungunsten der Lohnempfänger darstellt. Dieser Ausgleich zwingt sich auf als staats- und sozialpolitisches Gebot zur Vermeidung politischer und klassenpsychologischer Spannungen in der Volksgemeinschaft und zur Sicherung des Existenzminimums der untersten Schichten.

Auf Grund der verfügbaren Unterlagen und einer mittleren Schätzung kam der Ausschuss der Preisbildungskommission zur Auffassung, dass bei gegebenem Indexstand der Konsumentenpreise (rund um 30% über dem Vorkriegs-Niveau) 15—20% auf den warensseitigen und 10—15% auf den geldseitigen Teuerungsanteil fielen. Entsprechend dieser Annahme wurden die Richtsätze für Lohnzulagen festgesetzt, welche jedoch nicht schematisch, sondern je nach volkswirtschaftlicher Situation und betriebswirtschaftlicher Lage der einzelnen Firmen zur Anwendung kommen sollten¹¹⁶⁾.

Aus der Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge waren die gewerkschaftlichen Lohnforderungen während des Krieges sehr diszipliniert. Die Lohnempfänger haben im allgemeinen wenig Verständnis für wirtschaftstheoretische Probleme. Der SMUV versuchte deshalb dauernd, seinen Mitgliedern das Auseinanderklaffen der Lohn-Preis-Schere aus der veränderten Situation der Wirtschaft unter Kriegsbedingungen zu erklären. So schrieb das Organ der Metallarbeitergewerkschaft im Jahre 1942¹¹⁷⁾:

«Dieser Umstand (die Teuerung) ist durch die schlechte Versorgungslage, d. h. durch einen geringeren Güteranfall gegeben. Derjenige, der einen vollen Ausgleich

¹¹⁶⁾ Exaktere und gemäss der Einkommensschichtung differenzierte Ermittlungen ergaben im Frühjahr 1942, dass für die oberen Einkommensschichten ein Teuerungsausgleich von weniger als 50% und für die unteren ein mehr als hälftiger Ausgleich angemessen gewesen wäre. Vgl. Bericht über den Versuch einer Berechnung des durch Lohnzulagen auszugleichenden Teil der Teuerung. in: Die Volkswirtschaft, XV, 7, Juli 1942, S. 216 ff.

Ueber Ermittlungsmethoden, Entwicklung und Kritik der Richtsätze für Lohnanpassungen an die inflatorische Teuerung vgl.: Zwischenbericht der Eidg. Lohnbegutachtungskommission über die Berechnung der Richtsätze für die Lohnanpassung, in: Die Volkswirtschaft, XVI, 9. August 1943, S. 204 ff. Ferner: Schlussbericht über die kriegsbedingte Tätigkeit der Lohnbegutachtungskommission des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes während der Jahre 1941—1946, in: Die Volkswirtschaft, XIX, 10, Oktober 1946, S. 392 ff.

Auch: *Marbach, F.*, Die Eidgenössische Lohnbegutachtungskommission, H. 6 der Schriftenreihe des Aufklärungsdienstes der Eidg. Zentralstelle für Kriegswirtschaft, April 1944.

¹¹⁷⁾ MAZ vom 29. August 1942.

der Teuerung postuliert, kann bei schwindender Versorgungslage praktisch keinen Erfolg haben. Wohl kann er die Nominaleinkommen so erhöhen, dass sie die Teuerung scheinbar ausgleichen. Aber er muss bald einsehen, dass ihr der Index davon läuft, und zwar deswegen, weil ein vermehrtes Nominaleinkommen, das einem geringeren Güterumlauf gegenübersteht, die Güter nicht vermehrt, sondern einfach eine neue (inflationistische) Nominalrelation der Verteilung schafft.»

Zur Deckung der geldseitig bedingten Kriegsteuerung dienten neben individuellen Lohnerhöhungen, die sich im allgemeinen eher in bescheidenem Rahmen hielten, vor allem die Teuerungszulagen. In der Maschinen- und Metallindustrie fanden sie im Mai 1940 Eingang. Die jeweiligen Ansätze wurden den Mitgliedfirmen des ASMMI lediglich als «Empfehlungen» bekannt gegeben. Sie wurden in der Praxis jedoch von der Mehrheit der verbandsangehörigen Firmen und sogar von Aussenseitern unverändert übernommen und in festen Beiträgen je Zahltag ausgerichtet. Diese Tatsache wurde durch eine Feststellung des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes bestätigt. Diese Arbeiterorganisation schrieb im Jahre 1942¹¹⁸⁾:

«Unsere Erhebungen ergaben, dass sich die Mitgliedfirmen des Arbeitgeberverbandes mit kleinen Ausnahmen an die vom Verband aufgestellten Normen halten. Wo Abweichungen festgestellt werden konnten, handelt es sich meist um Kürzung der Zulagen zugunsten der Ausrichtung von Kinderzulagen über das vom Verband vorgesehene Ausmass.»

Die Ansätze der Teuerungszulagen erfuhren Abstufungen je nach Geschlecht, Alter und Unterstützungspflicht der Beschäftigten. Nach mehrmaligen Aufbesserungen hielten sich die Sätze für die Teuerungszulagen pro 14-tägigen Zahltag seit Oktober 1947 an folgende Normen¹¹⁹⁾:

Jugendliche beider Geschlechter:	
unter dem 18. Altersjahre	Fr. 19.—
vom 18.—20. Altersjahre	Fr. 22.—
Lehrlinge gleich welchen Alters	Fr. 19.—
Erwachsene Arbeiterinnen:	
Solche mit Unterstützungspflicht	Fr. 33.—
Solche ohne Unterstützungspflicht	Fr. 27.—
Erwachsene Arbeiter:	
Ledige ohne Unterstützungspflicht	
vom 20. bis 25. Altersjahr	Fr. 34.—
über dem 25. Altersjahr	Fr. 40.—
Verheiratete und Ledige mit Unterstützungspflicht	Fr. 43.—

¹¹⁸⁾ vgl. Die Anpassung der Löhne und Gehälter an die Lebenskosten (in der Metall- und Maschinenindustrie). in: Die Volkswirtschaft, XV, 3, Juli 1942, S. 225.

¹¹⁹⁾ vgl. J. ber. des ASMMI für 1947, S. 60/61. Ueber die Entwicklung der Teuerungszulagen geben die Berichte des ASMMI alljährlich ausführlichen Bescheid.

Gegen Ende 1945 wurde der Teuerungsausgleich im Gesamtmittel der Betriebe erreicht. Begreiflicherweise gaben sich die Arbeiter damit nicht zufrieden. Das Ziel der gewerkschaftlichen Bemühungen um die Entlohnung der Arbeitskraft kann ja nicht darin bestehen, irgend ein Jahr als Massstab anzunehmen und darnach alle späteren Lohnforderungen auszurichten. Bald nach Kriegsende zeichnete sich in der Arbeiterschaft denn auch eine Tendenz ab, nicht nur die Wiederherstellung des vollen Reallohnes der Vorkriegszeit, sondern darüber hinaus eine merkliche Reallohnsteigerung zu erreichen. Die gespannte Arbeitsmarktlage, die starke Nachfrage nach Arbeitskräften aller Berufsarten in allen Wirtschaftszweigen verlieh diesen Bestrebungen einen günstigen Rückhalt. Die Arbeiter begründeten mit gutem Recht ihre Lohnbegehren mit dem «Nachholbedarf» aus der Kriegszeit. Zudem konnten die Gewerkschaften zur Unterstützung ihrer Forderungen auch die erneute Lebenskostenteuerung infolge des Wiederanstieges des Lebenskostenindexes seit Herbst 1946 vorbringen. Schliesslich erhob die Arbeiterschaft auch den legitimen Anspruch auf Teilnahme am guten Geschäftsgang der Firmen. Die anhaltende Hochkonjunktur hob den Stand der Reallohne der männlichen erwachsenen Arbeiter im Jahre 1954 um 31⁰/₀ über den Stand von 1939. Gegenüber dem Stabilisierungsstand von 1948 zeigt sich ein Reallohnge Gewinn von 10⁰/₀¹²⁰⁾.

Tabelle 10

Die Entwicklung der Durchschnittsverdienste und der Reallohne der erwachsenen männlichen Arbeiter seit 1940¹²¹⁾

Jahr	Ø - Verdienst in Rp.	Index der Ø - Verdienste 1939 = 100	Index der Lebenskosten 1939 = 100	Index der Reallohne 1939 = 100
1940	146	107	113	95
1941	167	123	131	91
1942	180	132	143	92
1943	194	143	149	95
1944	201	148	152	97
1945	216	159	152	104
1946	235	173	153	113
1947	251	185	161	116
1948	265	195	163	120
1949	269	197	161	122
1950	272	200	160	125
1951	286	210	169	124
1952	295	217	171	127
1953	302	222	170	131
1954	307	226	172	131

Den optimistischen Ausführungen des ASMMI über die Lohnentwicklung setzte *Konrad Ilg* an der Konferenz des SMUV vom 3.—5. Oktober 1951 in Basel allerdings einen Dämpfer auf. *Ilg* führte

¹²⁰⁾ Uebersicht der Lohnentwicklung in Tabelle 8 im Anhang.

¹²¹⁾ J. ber. des ASMMI für 1954, S. 43.

damals aus, dass die Lohnfrage für die Arbeiterschaft noch keineswegs gelöst sei:

«Verglichen mit andern Volkskreisen steht ihr Einkommen an letzter Stelle. Alle Behauptungen über hohe Löhne in der Maschinen- und Metallindustrie treffen nicht zu, wenn man sie am Lebensstandard misst. Die Steigerung der Reallöhne ist relativ gering; demgegenüber sind die Gewinne und Dividenden sehr stark gestiegen. Die Arbeiterschaft hat den kleinsten Anteil am gesteigerten Produktions-ertrag.»

Aus solchen Erwägungen lehnte *Ilg* denn auch den Plan, eine neue Stabilisierungskommission zur besseren Durchsetzung der Masshalteparole einzusetzen, strikte ab:

«Es gibt nur eine Alternative: entweder den Vertrag oder das Stabilisierungsabkommen.» Eine allfällige Inflation — so führte *Ilg* weiter aus — könne nicht auf das Lohnniveau zurückgeführt werden. Die Preissteigerungen seien in erster Linie den hohen Rüstungskosten und den gesteigerten Investitionen zuzuschreiben (vgl. NZZ Nr. 2152, 5. Okt. 1951).

Im Zusammenhang mit der Erneuerung des Friedensabkommens im Jahre 1954 wurde der Einbau der Teuerungszulagen in die Löhne beschlossen. Damit bezweckte man die Rückkehr zu dem in normalen Zeiten üblichen ungeteilten Lohnbetrag. Verschiedene Firmen nahmen den Einbau der Teuerungszulagen zum Anlass einer Revision des Lohnsystems. Der ASMMI empfahl dabei seinen Mitgliedern den Uebergang vom Geld- zum Zeitakkord. Wegen der teilweisen Neugestaltung der Lohnsysteme konnte der Einbau der Teuerungszulagen nicht überall gleichzeitig erfolgen. Immerhin hatten im Frühjahr 1955 380 Firmen den Uebergang zur Ausbezahlung eines ungeteilten Lohnbetrages bereits vollzogen¹²²⁾.

Während der Teuerungsausgleich dank höherer Zahltagsbeträge und der Reallohnge Gewinn vor allem auf die allgemeine Wirtschaftsentwicklung zurückzuführen und in den meisten Industrie- und Gewerbebezügen zu verzeichnen sind, dürfen andere Leistungen der Maschinenindustrie eher als Früchte des Friedensabkommens, als «wesentliche soziale Ergebnisse des Arbeitsfriedens» gewertet werden. Erwähnung verdienen einmal die Lohnzuschläge für Arbeiter mit Kindern.

b) Die Kinderzulagen

Die Maschinenindustriellen hielten jederzeit strikte am Prinzip des individuellen Leistungslohnes fest und schrieben ihm das «Bestehen, die Entwicklung und die voraussichtliche Zukunft der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie» zu¹²³⁾. Aus diesem Grunde wurden bei der Lohnzahlung lange Jahre hindurch nur wenige soziale Momente, wie Geschlecht und Alter, nicht aber der Zivilstand, beachtet. Die Zeit des zweiten Weltkrieges brachte insoweit eine Lockerung des reinen Leistungsprinzips, als seit März 1942 die einzelnen Firmen dazu übergingen, für das erste und zweite Kind ihrer Arbeiter Kriegs-Kinderzulagen auszurichten. Die Ansätze betrug

¹²²⁾ J. ber. des ASMMI für 1954, S. 47/48.

¹²³⁾ J. ber. des ASMMI für 1941, S. 31.

bis Februar 1946 je Kind und Monat Fr. 8.—, später Fr. 10.—. Diese Beträge gingen direkt zu Lasten der einzelnen Firmen, d. h. es erfolgte weder Ausgleich noch Mitwirkung der Verbands-Ausgleichskasse¹²⁴⁾).

Trotz des grundsätzlichen Festhaltens am Leistungslohn sah sich auch der ASMMI veranlasst, ihn nach sozialen Gesichtspunkten zu ergänzen. Am 1. Mai 1941 wurde die «*Familienzulagen-Ausgleichskasse der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie*» zur Verabfolgung von Kinderzulagen eingeführt. Seither erhielt jede Familie vom dritten Kind unter 17 Jahren an Fr. 8.— im Monat ausbezahlt; ab Juli 1944 erhöhte sich der Beitrag von Fr. 8.— auf Fr. 10.— und anlässlich der Erneuerung des Friedensabkommens im Jahre 1954 wurde die Kinderzulage für das dritte und die folgenden Kinder auf Fr. 15.— und gleichzeitig die Altersgrenze der Bezugsberechtigten statt auf 17 auf 18 Jahre festgesetzt.

Die Kinderzulage stellt nach der Meinung des ASMMI keinen Bestandteil des Lohnes dar. Sie ist eine freiwillige Leistung der Arbeitgeberorganisation und soll den Kindern der Arbeiter zugute kommen¹²⁵⁾.

Bei der Einführung der Familienzulagen-Ausgleichskasse liessen sich die Arbeitgeber vom Gedanken leiten, «dass der Metallarbeiter mit drei und mehr Kindern die Gewähr haben soll, dass bei der Einstellung die Berufstüchtigkeit im Vordergrund aller anderen Erwägungen steht.» Die Einrichtung einer Verbandsausgleichskasse mit bestimmten Prämienleistungen der Firmen nach einer Ausgleichsformel¹²⁶⁾ wurde von einem doppelten Beweggrund angeregt: Einmal sollte «in einer zeitgemässen sozialen Frage der Solidaritätsgedanke aller Mitgliedfirmen (des ASMMI) zum Ausdruck kommen, und einer wertvollen Institution auf einen Schlag für alle im Verband organisierten Unternehmer zum Durchbruch verholfen werden». Dann zog der ASMMI auch in Betracht, «dass Betriebe, bei denen Unverheiratete und Verheiratete ohne Kinder besonders stark vertreten sind, doch allmählich ihre Arbeitskräfte aus nachwuchsreicheren Gegenden herbeiziehen»¹²⁷⁾. Die Absicht des ASMMI ging also offensichtlich dahin, wegen der Notwendigkeit sozialer Leistungen ein gewisses Ebenmass der Konkurrenzbedingungen nicht zu zerstören oder aus Wettbewerbsrücksichten soziale Unzulänglichkeiten in kinderreichen Gegenden entstehen zu lassen. Es entspricht denn auch einem natürlichen Gerechtigkeitsinn, dass Firmen in städtischen, meist kinderarmen Gebieten, an den Aufwendungen der Unternehmen in kinderreichen Regionen mittragen, nachdem die Städter alles Interesse daran haben, die ländlichen «Arbeitsreservoir» gesund und ergiebig zu halten.

¹²⁴⁾ J. ber. des ASMMI für 1946, S. 94.

¹²⁵⁾ J. ber. des ASMMI für 1941, S. 73/74.

¹²⁶⁾ J. ber. des ASMMI für 1944, S. 76.

¹²⁷⁾ J. ber. des ASMMI für 1941, S. 72.

Weil der ASMMI ausdrücklich betonte, «mit der Gewährung von Kinderzulagen keine bevölkerungspolitischen Absichten» zu verfolgen, erübrigen sich Erwägungen über den Einfluss einer zentralen Ausgleichskasse auf Bevölkerungsagglomeration, Landflucht und Familiengrösse.

c) Die Ferien-, Feiertags- und Absenzenentschädigungen

Erfreuliche Erfolge zeitigten Verhandlungen zwischen den Sozialparteien der Maschinen- und Metallindustrie seit dem Abschluss des Friedensabkommens, ferner auf dem Gebiet der Entschädigungen für Karenztage.

Im Sinne von Art. 4 der Friedensvereinbarung wurde im Jahre 1944 zwischen den Vertragskontrahenten eine «*Verabredung*» getroffen, welche die «*Normen betreffend bezahlte Ferien- und Feiertagsentschädigungen für Arbeiter*» zum Gegenstand hatte¹²⁸⁾. Den Mitgliedfirmen des ASMMI wurden dabei Entschädigungsansätze empfohlen, die als obere Grenze Gültigkeit haben sollten. Nach der Erneuerung des Ferienreglementes¹²⁹⁾ im Spätjahr 1946 betragen die bezahlten Ferien der Maschinen- und Metallindustrie nach

1 Dienstjahr	6 Tage
5 Dienstjahren	9 Tage
10 Dienstjahren	12 Tage
15 Dienstjahren	15 Tage
20 Dienstjahren und zurückgelegtem 40. Altersjahr	18 Tage

Gleichzeitig mit der Einführung dieser Normen im Jahre 1946 wurden alle jugendlichen Arbeiter den Lehrlingen gleichgestellt und erhielten Anspruch auf 12 Tage Ferien pro Kalenderjahr. Die restlichen Bestimmungen des Ferienreglementes vom 19. Juli 1944 blieben unverändert.

Neu geregelt und verbessert wurden dagegen die Bestimmungen über die *Lohnzahlung an den gesetzlichen Feiertagen*. Der bisher gültige Satz von Fr. 8.— plus Teuerungszulagen wurde ab 1. Januar 1947 ersetzt durch volle Lohnzahlung inklusive Teuerungszulagen an sechs gesetzlichen Feiertagen.

Mit der Verlängerung des Friedensabkommens im Jahre 1949 kamen die Metallarbeiter in den Genuss weiterer Zugeständnisse. Neu eingeführt wurde vor allem eine Lohnzahlung bei Absenzen zufolge Heirat, Geburten und Todesfällen sowie bei Fernbleiben vom Arbeitsplatz zufolge der militärischen Bekleidungs- und Ausrüstungsinspektion. Die genannten Absenzen werden je nach Art von einem halben bis zu drei Tagen vergütet¹³⁰⁾.

¹²⁸⁾ Wortlaut im J. ber. des ASMMI für 1943, S. 167.

¹²⁹⁾ Wortlaut des revidierten Reglementes im J. ber. des ASMMI für 1946, S. 80 ff.

¹³⁰⁾ Wortlaut der Verabredung über die Bezahlung von Absenzen zufolge Heirat, Todesfällen sowie militärischen Bekleidungs- und Ausrüstungsinspektionen im J. ber. des ASMMI für 1954, S. 135.

d) Sonstige Zuwendungen

Neben den Lohnerhöhungen, den Teuerungs- und Kinderzulagen und den Entschädigungen für gesetzliche Feiertage kamen den Arbeitern seit der bald 20-jährigen Gültigkeitsdauer des Friedensabkommens namhafte *Sonderleistungen der Arbeitgeber* zugute. Diese Extra-zuwendungen sind teils auf die ausserordentlichen Zeiten, teils aber auch auf ein besseres Verständnis zwischen den Sozialparteien zurückzuführen.

Sofort nach Kriegsausbruch im Jahre 1939 wurden vom ASMMI Sonderzuwendungen an die Arbeiterschaft über den Weg der Schenkung vorgenommen. Im September 1939 wurden für die Wehrmänner der Mitgliedfirmen des ASMMI als Unterstützung durch den Verband eine Million Franken neben einmaligen Kinderzulagen zur Verfügung gestellt.

Für den Bezug von neuen Lebensmittelvorräten erfolgte im Februar 1940 eine weitere Schenkung. Sie nahm in ihrer Höhe auf die Grösse des Familienhaushaltes Rücksicht.

Die einzelnen Firmen leisteten im Oktober des gleichen Jahres eine weitere einmalige Zuwendung an die Familien ihrer Arbeiter. Im Dezember 1940 wurde auf Verbandskosten eine Weihnachtzulage von Fr. 10.— je Kind unter 16 Jahren aller über Weihnachten im Militärdienst stehenden Arbeiter entrichtet¹³¹⁾.

Die *Zuweisungen an die verschiedenen Wohlfahrtsfonds* erreichten in der unmittelbaren Vorkriegs- und Kriegszeit Ausmasse, wie sie es in früheren Epochen nie aufgewiesen hatten. Die Leistungen an die Fürsorgekassen, Fonds und Stiftungen überschritten im erwähnten Zeitabschnitt die Viertelmilliardengrenze. Dabei machten die direkten Beiträge des Personals kaum 8⁰/₁₀ aus. Die Unternehmer verheimlichten nicht, dass die staatliche Steuerpolitik mithalf, grosse Sozialleistungen auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege aufzubringen. Anderseits lehnten die Arbeitgeber Einwürfe, welche die Sozialleistungen nur als Egoismus und Flucht des Kapitals vor dem Zugriff der Steuerbehörde hinstellten, entschieden ab: Einerseits werde durch die finanziellen Zuwendungen an die Wohlfahrtsfonds dem Postulat der Betriebsgemeinschaft entsprochen, indem die Unternehmer bewiesen, ihrer Belegschaft näher zu stehen als der allgemeinen Oeffentlichkeit. Anderseits seien die Zuwendungen an die Fonds wesentlich höher als die Steuereinsparungen, welche durch Sozialleistungen erzielt werden können.

Ansehnliche Fortschritte wurden ferner in der Ausrichtung von *Gratifikationen und Herbstzulagen* während der letzten 20 Jahre gemacht. Von Gewerkschaftsseite wurden die Gratifikationen gelegentlich angefochten mit dem Hinweis, dass die Arbeiterschaft eine Besserstellung grundsätzlich nicht über diesen Weg, sondern über den

¹³¹⁾ Ueber die Fürsorgemassnahmen der Maschinenindustrie zugunsten mobiler Arbeiter orientieren die J.ber. des ASMMI für 1939, S. 83 ff., und für 1944, S. 45.

Weg der angemessenen Entlohnung anstreben. Die Unternehmer werfen zugunsten der Gratifikation das Argument in die Diskussion, dass diese Art finanzieller Zuwendung an die Arbeiter eine Gewinnbeteiligung darstelle, deren Höhe sich nach dem Geschäftsgang richte. «Was sind denn schliesslich Gratifikationen anderes als eine besondere Art von Gewinnbeteiligung, die je nach dem Erfolg eines Geschäftsjahres ausgerichtet werden?»¹³²⁾ Auf der anderen Seite jedoch bestreiten die Unternehmer nicht, dass die Gratifikationen im Notfall auch als Instrument für eine bewegliche Lohnpolitik gedacht sind.

Abschliessend sei noch auf drei Institutionen der Maschinen- und Metallindustrie hingewiesen, die dem Schutz der Arbeitnehmer in besonderen Verhältnissen dienen. Im Jahre 1940 wurde die «*Wehrmänner-Lohn- und Verdienstaussgleichskasse der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie*» gegründet¹³³⁾. Anlässlich der zweiten Erneuerung des Friedensabkommens errichteten die an der Vereinbarung beteiligten Verbände eine Stiftung unter dem Namen «*Sozialfonds zur Schaffung einer paritätischen Berufskasse für Altersversicherung der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie*»¹³⁴⁾. Nach etwelchen Bedenken von seiten der Unternehmer wegen Missbräuchen und erneuter Belastung der Firmen mit gebundenen Sozialleistungen wurde am 31. Dezember 1948 zwischen dem ASMMI und den fünf am Friedensabkommen beteiligten Gewerkschaften eine «*Verabredung über Beiträge des Arbeitgebers an die Krankengeldversicherung der Arbeiter*» getroffen¹³⁵⁾. Diese Verabredung war einerseits eine Folge des allgemein verstärkten Wunsches nach Sicherheit in allen möglichen Lebenslagen; anderseits wollte der ASMMI die Krankengeldversicherung aber auch in unmittelbaren Zusammenhang mit dem Friedensabkommen gestellt sehen: «Mit dem Abschluss der Verabredung, der unseren Verbandsorganen nicht ganz leicht fiel, stellten diese erneut die Bereitschaft der Arbeitgeber in der Maschinen- und Metallindustrie zur Zusammenarbeit mit den Arbeitern auf dem Boden des Friedensabkommens unter Beweis, und gaben einmal mehr ihrem Vertrauen in die Rechtschaffenheit unserer Arbeiterschaft Ausdruck»¹³⁶⁾.

¹³²⁾ *Dübi*, Betrachtungen über den Arbeitsfrieden, S. 11/12. Ueber Kapital- und Lohnanteil an den Erträgen der Aktiengesellschaften der schweiz. Maschinen- und Metallindustrie orientieren die Erhebungen des ASMMI über «Kapital- und Lohnberechnis». Solche Statistiken wurden aufgestellt in den Jahren 1918, 1920, 1928, 1933, 1936, 1940, 1943 und 1947 und in den J.ber. des Verbandes veröffentlicht. Letzte Veröffentlichung im J.ber. für 1951, S. 62 ff.

¹³³⁾ darüber geben die J.ber. des ASMMI für 1944, S. 102 ff und für 1946, S. 97 ff. Auskunft.

¹³⁴⁾ vgl. *Dübi*, Betrachtungen über den Arbeitsfrieden, S. 12.

¹³⁵⁾ J.ber. des ASMMI für 1943, S. 166 ff. Die Errichtung einer Altersversicherung auf berufsgemeinschaftlicher Basis war eine Herzensangelegenheit von *Konrad Igg*. Die überraschend schnelle Verwirklichung der Eidg. Alters- und Hinterlassenenversicherung auf den 1. Januar 1948 liess den Wunsch *Iggs* zurücktreten. Vgl. auch *Ilg*, Arbeitsfriede, S. 7.

¹³⁶⁾ J.ber. des ASMMI für 1948, S. 85/86.

Mehrmals musste darauf hingewiesen werden, dass es unmöglich ist, zwischen der Vereinbarung von 1937/1954 und den materiellen Aufwendungen der Maschinen- und Metallindustrie für ihre Belegschaften eine funktionelle Beziehung herauszuarbeiten. Umso interessanter ist es darum zu vernehmen, welchen Wert zuständige Leute dem Friedensabkommen für die Aufbringung der finanziellen Hilfe an die Arbeiter zumessen: Generaldirektor *Dübi* äusserte sich dazu in einem Vortrag folgendermassen¹³⁷⁾:

«Die Mittel zu finanziellen Unterstützungen, soweit sie vom Arbeitgeberverband aus, also nicht zu Lasten der einzelnen Firmen, zu wiederholten Malen und für die verschiedensten Zwecke zur Verfügung gestellt worden sind, wurden der Streikversicherungsgenossenschaft entnommen. Einmal, weil dort die grössten Kapitalien zur Verfügung stehen, und zweitens auch deshalb, weil wir damit zum Ausdruck bringen konnten, wie viel nützlicher das Geld verwendet werden kann, wenn es in einer Zeit des Friedens nicht in Erwartung ständig möglicher Feindseligkeiten für Streikunterstützung allfällig geschädigter Firmen bereitgehalten werden muss»¹³⁸⁾.

3. Die Auswirkungen des Friedensabkommens auf die Konkurrenzstellung der Maschinen- und Metallindustrie

Eines der Hauptziele, welches der SMUV mit dem Abschluss einer Friedensvereinbarung verfolgte, bestand darin, die wirtschaftliche Stellung der Maschinen- und Metallindustrie zu festigen und zu heben, um dadurch den Scharen der Arbeiter und Angestellten Beschäftigung und Brot zu sichern. Die Frage nach der Bedeutung des Friedensabkommens im Hinblick auf diese Zielsetzung muss ausgehen vom Problem der Konkurrenzfähigkeit, d. h. von der Stellung unseres Wirtschaftszweiges im Spannungsfeld des internationalen Wettbewerbes.

Während der Krisenjahre unterstellte die Exportpolitik der Unternehmer und des Staates ihren Ueberlegungen und Argumenten marktwirtschaftliche Prinzipien. Der Aussenhandel spielt sich darnach gemäss den Regeln der freien Preisbildung ab und die Höhe der Produktenpreise gilt als entscheidende Komponente der Konkurrenzkraft einer Industrie. Die Unternehmerpresse¹³⁹⁾ und die Behörden¹⁴⁰⁾ sahen demzufolge die einzige Möglichkeit zur Ueberwindung der Exportschwierigkeiten in einer Deflation von der Lohnseite her¹⁴¹⁾.

Entgegen der «Diätspolitik» der Industriellen und Behörden verfochten die Gewerkschaften die Ansicht, der freie Marktpreis habe

¹³⁷⁾ Betrachtungen über den Arbeitsfrieden, S. 11.

¹³⁸⁾ Eine Vorstellung von der Grösse der Sozialleistungen vermittelt Tabelle 9.

¹³⁹⁾ vgl. Jahrgänge 1930—1936 der SAGZ.

¹⁴⁰⁾ z. B. Bundesrat *Schulthess* in seiner «Aarauer Rede» vom 29. 11. 1934 über «Lebensfragen der Schweiz. Wirtschaft».

¹⁴¹⁾ Als reines Lohnproblem wird die Kostengestaltung dargestellt z. B. bei *Wüthrich, F.*, Existenzfragen der schweizerischen Maschinenindustrie, SA der Schweiz. Bauzeitung, Bd. 106, 1935, S. 26 ff.

seine Rolle als Exportregulator weitgehend verloren¹⁴²⁾. Wo der Konkurrent sich unter dem Schutz staatlicher Hilfe, Zuschüssen und Krediten, Währungsdumping und Hochschutzzöllen wappnen könne, büssten die herkömmlichen Waffen der Preis-Lohnsenkung ihre exportfördernde Wirkung ein. In der Tat waren in der Zwischenkriegszeit die einstmaligen politischen und moralischen Voraussetzungen für den Automatismus der Goldwährung verlorengegangen. Die Wirtschaftspolitik der Experimente und die Autarkiebestrebungen verhinderten den Wiederaufbau eines Weltpreisniveaus, sodass eine Anpassung der heimischen Wirtschaft an die Weltgegebenheiten von der Preisseite her schon dadurch verunmöglicht war. Protektionistische Massnahmen aller Art vernichteten die Bemühungen der Exportförderung mittels billiger Preise.

In einer solchen Situation musste die Rettung der Exportwirtschaft von der solidarischen Hilfe des ganzen Volkes ausgehen. Nur zaghaft beschäftigten sich aber die einzelnen Unternehmer und der Staat mit dem Gedanken der Zusammenarbeit in der Ausfuhr, in Exportzentralen, Krediterleichterungen und Zuschüssen bei vorübergehenden Konkurrenzschwächen.

Demgegenüber stellte das Friedensabkommen einen entscheidenden Schritt zur Verbesserung der Wettbewerbsstellung der Maschinen- und Metallindustrie dar. Marktchancen lassen sich durch Sonderleistungen erwerben. Das Friedensabkommen ermöglichte es, den aktuellen und potentiellen Kunden der Metallindustrie solche Sonderleistungen in Form von sicherer und kurzfristiger Warenlieferung anzubieten. Dies war um so nützlicher in einer Zeit, in welcher über Qualität und Preis hinaus die Lieferfrist als dritte Komponente des Wettbewerbs enorm an Bedeutung gewonnen hatte.

Die SAGZ versagte der absatzpolitischen Bedeutung des Friedensabkommens ihr Lob nicht und rückte den Lohn- und Preisabbau bei der Auseinandersetzung um die exportstimulierenden Mittel etwas in den Hintergrund. Das lebhafte Echo im In- und Ausland, schrieb die SAGZ, liesse den Metallfrieden «in zunehmendem Masse als kostenlose Werbung für die schweizerische Industrie wirken». Das Organ der Arbeitgeber erachtete diese Erscheinung besonders wichtig, «als im Bewusstsein mancher ausländischer, namentlich überseeischer Kunden die Begriffe Schweiz und Frankreich nah beieinander wohnen und man in jenen Kreisen mit einem gewissen Unbehagen ein Uebergreifen französischer Zustände auf unser Land mit ihren unangenehmen Folgen für die Innehaltung der Lieferfristen nicht ganz ausserhalb des Bereiches der Möglichkeit betrachtet». Um die günstigen Lieferfristen und die Sicherheit vor verzögerten Sendungen wegen sozialer Unruhen als Argumente im Kampf um Aufträge auf dem

¹⁴²⁾ Zur Orientierung über die Divergenzen zwischen den «offiziellen Stellen» und den Gewerkschaften hinsichtlich der Lohn-Preisprobleme unter exportwirtschaftlichen Gesichtspunkten vgl. *Schwarb*, Gewerkschaftliche Lohnpolitik im Rahmen der schweiz. Wirtschaftspolitik v. 1918—1939 spez. S. 58 ff.

Weltmarkt voll zur Geltung zu bringen, schlug die SAGZ vor, dass «alle Stellen des Aussendienstes vom Stammhaus aus über die neue Sicherung der Produktion aufgeklärt werden. Der Text des Abkommens sollte in Uebersetzungen zur Verfügung stehen für interessierte ausländische Kunden». Abschliessend lautete das Urteil der SAGZ über die Friedensvereinbarung: «Mit dem Friedensabkommen ist unseren Auslandvertretern ein willkommenes Verkaufsargument entstanden. Umfassend ausgewertet, kann es Grosses für die Arbeitsbeschaffung leisten»¹⁴³).

Im Zusammenhang mit dem Problem der Konkurrenzstellung der Metallindustrie verdient das Friedensabkommen neben seiner Funktion als Werbeargument und seinem Beitrag zur Minderung der Unsicherheit beim Erstellen der Wirtschaftspläne, zur Erhaltung einer gewissen «Konstanz der Daten» — «die schweizerischen Maschinenfirmen können im Schutze der Vereinbarung ruhig disponieren und brauchen keine Störung durch offene Arbeitskonflikte zu fürchten»¹⁴⁴) — auch eine kurze Würdigung wegen seiner Leistung bei der innerbetrieblichen Rationalisierung.

Die Bewegung des rationellen Wirtschaftens versucht, unnötige Kosten, die von Reibungsverlusten im weitesten Sinne herrühren, auszuschalten. Ein gegebener Aufwand soll höhere Erträge abwerfen als früher oder gleicher Ausstoss soll bei geringerem Einsatz ermöglicht werden.

Der Erfolg von zielbewusster Planung und Steuerung der Produktion durch Modernisierung rein ökonomischer und technischer Belange ist in Frage gestellt oder zumindest auf ein bestimmtes Niveau beschränkt, wenn zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft nicht ein loyales Verhältnis besteht¹⁴⁵). Erst durch Zusammenarbeit, mit der Ergänzung der ökonomischen und technischen Rationalisierungsmassnahmen durch «Rationalisierung» auf dem personellen Sektor, kann der wirtschaftliche Wirkungsgrad auf ein Optimum gesteigert werden¹⁴⁶).

¹⁴³) Zu den Aeusserungen der SAGZ vgl. No. 33 vom August 1937. Als Beitrag zu den Arbeitsbeschaffungsmassnahmen wird das Friedensabkommen auch im 31. Bericht der Kommission für Konjunkturbeobachtung des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes lobend erwähnt.

¹⁴⁴) SAGZ 33 vom August 1937.

¹⁴⁵) vgl. *Streiff*, Produktivität und Betriebsklima, S. 3.

¹⁴⁶) Die Verwendung des Begriffes «Optimum» statt «Maximum» soll zum Ausdruck bringen, dass produktivitätssteigernde Massnahmen, die keine Rücksicht auf physische und psychische Bedürfnisse der Arbeiter nehmen, nicht unter die Begriffsbreite der von uns verstandenen Rationalisierung fallen. Die Anwendung von leistungssteigernden Arbeitsmethoden nach rein technisch/organisatorischen Gesichtspunkten vermag den Leistungsgrad auf kurze Sicht sehr hoch, auf ein Maximum zu steigern. Die Motivation wirtschaftlicher Handlungen liegt jedoch nicht in der Güteranhäufung schlechthin, sondern in der Befriedigung von Bedürfnissen im weitesten Sinn, also auch solcher, die der moralischen Persönlichkeit des arbeitenden Menschen entspringen. Ein optimaler wirtschaftlicher Wirkungsgrad verbürgt eine bestmögliche Befriedigung von Bedürfnissen, die dem Menschen aus seiner Zugehörigkeit zur vegetativen Natur *und* aus seiner moralischen Persönlichkeit entstehen.

Die bewusste Hilfe der Arbeiterschaft bei der Erhöhung der betrieblichen Leistungskraft stellt in der Maschinen- und Metallindustrie eine besondere Notwendigkeit dar. Die Kapitalintensität unseres Wirtschaftszweiges lässt zwar in einzelnen Betrieben die Produktionsbedeutung des Faktors Arbeitskraft hinter jene der «produzierten Produktionsmittel» zurücktreten. Eine umso wichtigere Stellung nimmt dadurch aber der einzelne Arbeiter ein. Von seinem Wissen und Können und nicht zuletzt von seinem Verständnis und Willen zur Zusammenarbeit im «team-work» hängt es ab, ob das Sachkapital, welches ihm zur Verfügung steht, rationell ausgenützt wird oder nicht.

Im Anschluss an die Beurteilung des Friedensabkommens als wesentlichen Beitrag zur Stärkung der maschinenindustriellen Konkurrenzkraft drängt sich die Frage auf, *ob und wie sich dieser Beitrag auf die Erfolgsrechnungen der Maschinen- und Metallindustrie ausgewirkt hat.*

Die Antwort auf den zweiten Teil der Frage bereitet Schwierigkeiten: wie, oder deutlicher, wie gross ist der Beitrag an die glänzende Geschäftsentwicklung, den das Abkommen seinen Auswirkungen zuschreiben darf? In dieser Form lässt sich die Frage wohl überhaupt nicht beantworten. Zu viele Faktoren beeinflussen die wirtschaftliche Situation der Unternehmungen und entscheiden in ihrer Gesamtheit über die Ziffern des Gewinn- und Verlustkontos. In einer schweren und hartnäckigen Wirtschaftsdepression könnte auch ein sehr harmonisches Verhältnis der Sozialparteien die fehlenden Aufträge einer Industrie nicht ersetzen.

Mehr Aussicht auf eine befriedigende Antwort hat der erste Teil der Frage: Trug das Friedensabkommen an der stetigen Aufwärtsbewegung des Geschäftsganges in der Metallbranche etwas bei? Ohne Zögern darf mit Ja geantwortet werden.

Betrachten wir — zur Begründung der zustimmenden Antwort — zunächst die Erscheinungsformen, unter denen der gute Geschäftsgang eines Wirtschaftszweiges am deutlichsten zum Ausdruck kommt: Die *Höhe der Dividenden* und den *Kurswert der Aktien*. Mangels weiterer Unterlagen muss sich also die Betrachtung der Geschäftsentwicklung anhand der angeführten Indices auf jene Unternehmen beschränken, die in Form von Aktiengesellschaften konstituiert sind.

Die Beträge der von der Maschinen- und Metallindustrie ausbezahlten Dividenden haben seit 1937 — von minimalen Rückschlägen abgesehen — ständig zugenommen. Während im Jahre 1937 eine durchschnittliche Dividende von 4,92% zur Verteilung gelangte, konnte im Jahre 1953 eine solche von 9,68% gewährt werden. Aus einer solchen Entwicklung wird ersichtlich, dass die durchschnittliche Erhöhung der Reallöhne um 31% seit Kriegsausbruch nicht ohne gleichzeitiges Wachsen der Zinseneinkommen erfolgte.

Der Umfang der Gewinnausschüttung einer Unternehmung in Form von Dividenden bestimmt wesentlich das Kaufinteresse an den betreffenden Aktien. Deren Kurswert wird demzufolge durch die Ren-

tabilität des Aktienkapitals weitgehend beeinflusst. Dieses Funktionsverhältnis lässt die Entwicklung der Aktienkurse ungefähr den gleichen Verlauf nehmen wie sie die Dividendenausschüttung aufweist. Nach dem Ausweis der Schweizerischen Nationalbank notierten die Aktien der Maschinen- und Metallindustrie Ende Dezember 1955 um 135% über dem Jahresende von 1937.

Tabelle 11

Dividenden und Aktienkurse der Schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie seit 1937¹⁴⁷⁾

Jahr	Dividende in %	Aktienindex Kurswert in % d. einbez. AK	Jahr	D.	K.
1937	4,92	140,0	1946	7,43	171,1
1938	6,48	160,8	1947	8,35	189,5
1939	8,17	147,3	1948	9,17	184,8
1940	11,49	151,3	1949	8,10	185,5
1941	12,54	214,5	1950	9,28	212,5
1942	8,89	209,9	1951	9,73	249,3
1943	8,51	143,9	1952	9,88	241,1
1944	7,12	137,0	1953	9,68	229,0
1945	7,89	166,6	1954		290,5
			1955		329,3

Wo der Aufstieg während der Zeitspanne von fast zwanzig Jahren gelegentlich unterbrochen ist, darf nicht ohne weiteres auf rückläufige Gewinne geschlossen werden. Wenn die Spekulation die Kurse allzuhoch schraubt, reagieren sie schon bei kleinsten Unsicherheiten.

Die günstige Entwicklung und Zukunftsaussicht der Zinseneinkommen kann nicht dadurch vertuscht werden, dass gelegentlich auf die grosse Diskrepanz zwischen Nominaldividende — Ertrag einer Aktie im Verhältnis zu ihrem Nominalwert — und Realdividende — Ertrag im Verhältnis zum Kurswert — hingewiesen und dabei über die Aktienrendite geklagt wird. Wäre dem wirklich so, so würden zweifellos die Aktienpapiere mit dem «schlechten Realwert» auf den Markt kommen und die Kurse müssten — nach dem lapidaren Gesetz von Angebot und Nachfrage — von ihrer Höhe herunterklettern.

Die Bedeutung der dargelegten Aufwärtsbewegung für die Industrie und damit für alle ihrer Produktionsfaktoren illustrieren die Worte eines führenden Maschinen-Industriellen. Walter *Boveri* äusserte sich 1945 in einem Vortrag, betitelt: «Zukunftsaufgaben der schweizerischen Exportindustrie», über Dividenden und Aktienkurse folgendermassen:

¹⁴⁷⁾ Monatsberichte der Schweizerischen Nationalbank. Stat. Jb. der Schweiz.

«Es ist von allergrösstem Interesse für ein industrielles Unternehmen, in der Lage zu sein, eine Dividende ausschütten zu können, die einen Aktienkurs über pari, das heisst über dem Nominalwert, herbeiführt. Es bedeutet dies, dass sich das Unternehmen bei einigermaßen normaler Beschaffenheit des Kapitalmarktes im Bedarfsfalle stets neues Kapital verschaffen kann. Es wirkt sich dies jedoch nicht nur zugunsten des Unternehmens als Ganzes aus, sondern ist auch für die Sicherung des Arbeitsplatzes aller Werksangehörigen von grösster Bedeutung»¹⁴⁸⁾.

Wir wiesen mit Nachdruck darauf hin (vgl. S. 98 hiervor), dass es unmöglich ist, zwischen den Auswirkungen des Friedensabkommens und den Verbesserungen der Sozialleistungen und Löhne ein exaktes Verhältnis herauszuarbeiten. In gleicher Weise wäre es absurd, den genauen Einfluss bestimmen zu wollen, welchen der Friedensvertrag auf die Entwicklung der Kurse und Dividenden ausübte. Gerechterweise muss aber doch betont werden, dass ohne Vereinbarung gefährliche Spannungen, vielleicht sogar ausgedehntere Streiks mit erheblichen Arbeitsverlusten, unvermeidlich gewesen wären. An Zündstoff für Konflikte fehlte es während der vergangenen Jahre kaum weniger als in der kampfreichen Zeit des ersten Weltkrieges. Wir denken an die Preisentwicklung während des Krieges, an die drei Teuerungswellen seit 1945, an die Position der Kommunisten, die sich nach den russischen Waffenerfolgen besonders in Zürich, Basel und Genf gefestigt hatte und nicht ganz ungefährlich war¹⁴⁹⁾ und schliesslich an die heiklen Probleme um die Fremdarbeiter. Unter dem ständigen Druck von Unsicherheit und Kampfdrohung hätten sich wohl weder die Kurswerte noch die Dividenden der Metallindustrie auf die jetzige Höhe gewagt. Das Friedensabkommen erwies sich demnach nicht nur für die Arbeiterschaft und die Unternehmen als solche, sondern auch für die einzelnen Kapitalinvestoren als vorteilhaft.

4. Die staatspolitische Bedeutung des Friedensabkommens

Durch das Erlebnis der Not und unter dem Eindruck drohender politischer Gefahren wurden die Initianten des Friedensabkommens angeregt, die Wirkungen des Paktes womöglich über den engeren, eigenen Interessenbereich hinaus in das gesamte Staatsleben hinauszuleiten.

Die demokratische Staatsform schliesst die Notwendigkeit der Verständigung in allen Sektoren des Lebens in sich. Eine gegenseitige Zusammenarbeit unter Zurücksetzung ideologischer und materieller Sonderinteressen ist umso notwendiger, wenn grosse Mehrheitsgruppen fehlen. In ungehemmten Partei- und Interessenkämpfen muss eine Demokratie letzten Endes verwitern. Sie kann ohne Selbstdisziplin und freigewählte Ordnung nicht leben.

Arbeitsverträge kommen einer Absage an die Extreme des schrankenlosen Individualismus und des gleichschaltenden Kollektivismus gleich. Die freie Verständigung zwischen den Arbeitsmarktparteien

¹⁴⁸⁾ Ansprachen und Betrachtungen, S. 278.

¹⁴⁹⁾ Zentralsekretär des SMUV, E. Wüthrich: persönliche Auskunft.

bildet einen Eckpfeiler, auf welchem eine unerlässliche Voraussetzung des freien Staates, der soziale Friede, ruht¹⁵⁰⁾).

Durch das Friedensabkommen in der Maschinen- und Metallindustrie stellten im Jahre 1937 rund 100 000 Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Beziehungen zu den Arbeitgebern unter vertragliche Abmachung. Die riesige Schar der vertraglich verpflichteten Metallarbeiter ist bis heute um fast die Hälfte, d. h. auf beinahe 150 000 Leute angeschwollen und stellt einen nicht zu unterschätzenden Faktor zur Sicherung eines reibungslosen Arbeitsprozesses und der politisch-sozialen Ruhe in einem Kleinstaat während Zeiten weltumspannender wirtschaftlicher und ideologischer Umbruchsbewegungen dar. Der Bestand eines modernen Industriestaates mit demokratischer Verfassung hängt wesentlich von der Haltung seiner Arbeiter ab. Ob die Masse des werktätigen Volkes sich als verantwortlicher Teil der Nation fühlt oder feindselig ausser ihr steht, bedeutet für die nationale Gemeinschaft eine Existenzfrage. «Wenn ein Auseinanderbrechen von Staat und Wirtschaft unter der Einwirkung von zentrifugalen Gruppenegoismen verhindert werden soll», muss ein Geist der Gemeinschaft und der Solidarität die Parteien des Arbeitsmarktes beseelen¹⁵¹⁾. Zum Einfluss des Friedensabkommens im staats- und wirtschaftspolitischen Sektor bemerkte *Konrad Ilg*¹⁵²⁾:

«Ohne zu übertreiben darf ich vielleicht die Behauptung aufstellen, dass das Abkommen in der Maschinen- und Metallindustrie nicht nur für ähnliche Vereinbarungen von Nutzen gewesen ist, sondern darüber hinaus auf unser gesamtes Staats- und Wirtschaftsleben im Sinne vernunftmässiger Verständigung, gerechten Ausgleichs und solidarischer Zusammenarbeit eingewirkt hat.»

Die erste Unterzeichnung der Friedensvereinbarung im Jahre 1937 und deren Erneuerung im Jahre 1939 fiel in eine Zeit drohender militärischer Uebergriffe auf unser Land. Es ist daher nicht verwunderlich, dass man den Metallfrieden auch mit der Landesverteidigung in Zusammenhang brachte. Das Friedensabkommen dokumentierte eindringlich den Selbstbehauptungswillen unseres Volkes und seine Bereitschaft, in Zeiten der Not Sonderwünsche und Eigeninteressen zugunsten der staatlichen Unabhängigkeit zurückzustellen. *Möri*¹⁵³⁾ wertete deshalb den sozialen Frieden mit Recht als Bestandteil der geistigen Landesverteidigung; und mit gleicher Berechtigung würdigt der SMUV auch die Leistung des Friedensabkommens für die metallverarbeitende Industrie als Beitrag zur materiellen Landesverteidigung: «Die Maschinen- und Metallindustrie hat eine ausschlaggebende Bedeutung für die Wehrbereitschaft unseres Landes. Ohne eine leistungsfähige Metallindustrie ist eine erfolgreiche Verteidigung des Landes nicht möglich»¹⁵⁴⁾.

¹⁵⁰⁾ *Saxer*, Antwort auf die Frage: Interessenkampf oder Zusammenarbeit, S. 73/74.

¹⁵¹⁾ *Salin*, Der GAV im Wandel der Wirtschaftsordnung, S. 456.

¹⁵²⁾ Vertragliche Bindungen ..., S. 86.

¹⁵³⁾ Burgfrieden und Berufsgemeinschaft, S. 365.

¹⁵⁴⁾ Zweck und Bedeutung, S. 365.

6. Kapitel:

DIE BISHERIGE ENTWICKLUNG DES VERTRAGSGEDANKENS

Wir wiesen früher darauf hin, wie wenig die formalrechtliche Sozialordnung für die tatsächlich herrschende Atmosphäre in den Beziehungen der Arbeitsparteien eines Wirtschaftszweiges bedeutet. Sehr eindringlich stellte Ilg¹⁵⁵⁾ in diesem Zusammenhang fest:

«Verträge können genannt werden wie sie wollen, sie werden nur dann genügen werden nur dann das zeitigen, was man wünscht, wenn im Unternehmerlager wie bei den Arbeitern selbst der Geist der Solidarität herrscht.»

Der sichere Blick für die hervorragende Bedeutung des genossenschaftlichen Gewissens und Pflichtgefühls veranlasste die Initianten des Friedensabkommens, sich mit der Aufstellung von Normen nicht zu begnügen. Man wollte keine Rechtssätze erlassen, gegen die Arbeitgeber und Arbeitnehmer «im Bedarfsfall» ohne grosse Bedenken verstossen, weil ihnen das Bewusstsein einer moralischen und rechtlichen Verpflichtung abgeht¹⁵⁶⁾. Zum Schutze vor leeren Papierbestimmungen bedachten die Träger des Friedensabkommens seinen «Sinn und Geist» — wie Konrad Ilg sich auszudrücken liebte — mit besonderer Aufmerksamkeit.

Die Verlagerung von Pflege und Sorge auf das Gesinnungsfundament des Friedensabkommens ist aus einem dreifachen Grund besonders zu begrüssen: *Erstens* verlangen gerade jene Kollektivverträge, welche die Arbeitsverhältnisse aus Gründen der geographischen, personellen und produktionsellen Differenzierung von Betrieb zu Betrieb nur lückenhaft regeln oder überhaupt dem Individualentscheid überlassen müssen, einen Generalnenner, auf dem die natürlichen Gegensätze der Sozialpartner ihren gerechten Ausgleich finden. Im Friedensabkommen trägt dieser Generalnenner den Namen «Treu und Glauben», anderswo die Bezeichnung «genossenschaftlicher Gedanke» oder «solidarischer Geist». *Zweitens* ist ein gesundes und kräftiges Gesinnungsfundament von besonderer Bedeutung dann, wenn ein Vertrag die Beziehungen mächtiger und volkswirtschaftlich/politisch einflussreicher Potenzen ordnet¹⁵⁷⁾. In stark segmentierten Verhältnissen stiften hohle Verträge zwischen bedeutungslosen Gruppen höchstens in ihrem engen Geltungsbereich Unsicherheit und Misstrauen. Ob jedoch die Sozialparteien unserer Maschinen- und Metallindustrie die Normen vertraglicher Abmachungen als lästige Fesseln betrachten, die sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit abzuschütteln versuchen, oder ob

¹⁵⁵⁾ Referat an der Verbandsindustriekonferenz vom 8. 1. 1949 in Bern, Protokoll S. 7.

¹⁵⁶⁾ vgl. Salin, Genossenschaftlicher Gedanke . . . , a. a. O., spez. S. 140.

¹⁵⁷⁾ Zur geistigen Untermauerung des wirtschaftlichen Handelns vgl. Marbach, F., Zur Frage der wirtschaftlichen Staatsintervention, Bern 1950, S. 65 ff.

ein Geist der Solidarität alle auch nicht fixierten Arbeitsbedingungen zu beidseitiger Befriedigung zu lösen imstande ist, kann nicht ohne Einfluss auf das wirtschaftliche und politische Leben des Landes bleiben. *Drittens* ist darauf hinzuweisen, dass in der exportorientierten Metallindustrie bei einem Fehlen des tragenden Geistes, der die strikte Erfüllung vertraglicher Abmachungen als moralische Verpflichtung empfinden lässt, diese Lücke durch öffentliche Submissionsverordnungen kaum aufgefüllt werden könnte¹⁵⁸). Die Bestellungen der öffentlichen Hand an die Maschinen- und Metallindustrie sind im Durchschnitt zu gering, als dass die Verteilung der Aufträge nach dem Gesichtspunkt der Vertragstreue der einzelnen Firmen einen bestimmenden Einfluss auf die Arbeitsverhältnisse auszuüben vermöchte. Der fehlende genossenschaftliche Geist müsste durch Kontrollen und Strafen des Staates «ersetzt» werden. Den Sozialparteien würden dadurch neben den Vorteilen einer wohl funktionierenden Arbeitsregelung alle Nachteile der robusten Staatsintervention zugebracht.

Die besondere Wichtigkeit der geistigen Vertragsuntermauerung in der Maschinen- und Metallindustrie gibt Anlass zu einem Ueberblick über die Entwicklung des genossenschaftlichen Gedankens im Friedensabkommen. Der tragende Geist des Metallpaktetes manifestiert sich vorab in der Innehaltung der Friedenspflicht sowie in der Haltung gegenüber den Vertragspartnern und den einzelnen Verbandsmitgliedern.

Vor der Skizzierung der bald 20-jährigen Vertragsdauer unter dem Gesichtspunkt der geistigen Haltung ist eine Vorbemerkung angebracht: Die Annahme, seit dem Sommer 1937 würde man in der Maschinen- und Metallindustrie nur noch liebevolle Brüderlichkeit und eitel Harmonie antreffen, wäre weder Zeichen eines realen Sinnes noch dem Bilde der Wirklichkeit entsprechend. Die Pioniere der neuen Beziehungsform gaben sich keineswegs der Hoffnung hin, dass mit dem Abschluss der Vereinbarung die innere Haltung der Kontrahenten sich schlagartig ändern würde. Es wäre auch ein Irrtum, zu glauben, dass mit der Unterzeichnung des Paktetes die Gewerkschaften oder die Arbeitgeber auf die Verfechtung ihrer Interessen verzichteten. Ohne die herrschende Wirtschaftsordnung mit dem ihr eigenen Privateigentum anzutasten, können auch die rücksichtsvollsten Sozialparteien die natürlichen Gegensätze nicht aus der Welt schaffen. Vor falschen Ansichten hinsichtlich der Interessenwahrnehmung warnte *Nobs*¹⁵⁹):

«Das Zustandekommen des Metallfriedens in der schweizerischen Grossindustrie könnte nie den Anlass bieten, den Interessenkampf im Gebiete der Metallindustrie als abgeschlossen und endgültig erledigt zu halten, weil ... Streik und Aussperrung als Kampfmittel wegbedungen sind. Hat damit der Widerstreit der Interessen aufgehört? Doch keineswegs! Er wird in einem anderen Kampffeld ausgetragen.»

¹⁵⁸) Zum Problem der Submissionen als Hilfe für Vertragsabmachungen und Vertragstreue vgl. *Salin*, Genossenschaftlicher Gedanke ... und: Der GAV im Wandel der Wirtschaftsordnung.

¹⁵⁹) Interessenkampf oder Zusammenarbeit, S. 80/81.

Das Problem liege nicht in der Bejahung oder Verneinung von Interessenkämpfen, führte *Nobs* weiter aus, sondern im Abwägen des Masses und der Methoden: Der Interessenkampf sei an sich kein Unglück. Er dürfe nur nicht in Hass und Vernichtung ausarten.

Nach diesen Vorbemerkungen stellt sich die Frage nach der Bewährung des tragenden Geistes des Friedensabkommens nicht in der Form: Ist im Laufe der vergangenen 20 Jahre eine Interessenharmonie zwischen den Sozialparteien herangereift, sondern in der bescheidenen Gestalt: *Hat die Vereinbarung die Hoffnungen erfüllt, welche hinsichtlich der Umkrempelung der beidseitigen misstrauischen und feindlichen Haltung vernünftigerweise in sie gesetzt werden konnte?*

Allein die Tatsache, dass das Friedensabkommen nach der erstmalig zweijährigen Laufzeit immer wieder um fünf Jahre verlängert wurde, lässt vermuten, dass keine der Vertragsparteien in ihren Hoffnungen schwerwiegend enttäuscht wurde. Schwierigkeiten und Klippen aber blieben dem Vertrag während seines 20-jährigen Lebens nicht erspart.

Während der ersten Vertragsperiode änderte sich weder die politische noch die wirtschaftliche Situation in Europa. Durch den Ueberfall auf Oesterreich und die Tschechoslowakei hatte Deutschland im Gegenteil auch für die Gutgläubigen den letzten Rest der Tarnung von seinen imperialistischen Absichten gerissen. Wettrüsten und eilig aufgeworfene Befestigungswälle prägten der Zeit immer deutlicher den kriegsadvontlichen Charakter auf. Die äusseren Anstösse, die zur ersten Unterzeichnung des Metallfriedens geführt hatten, behielten und verstärkten sogar ihre Kraft nach 1937. *Ilg* betonte diese Tatsache in einem Brief an den ASMMI: «Im Hinblick auf die Bedeutung des Abkommens für unsere Exportindustrie sind die Erwägungen, die bei Abschluss Mitberücksichtigung fanden, auch heute noch (April 1939) im vollen Umfang geltend»¹⁶⁰).

Dank der unverändert drohenden Szenen auf der wirtschaftlichen und politischen Bühne und der im allgemeinen guten Erfahrung mit dem Abkommen stand die Erneuerung im Jahre 1939 nicht in Gefahr. *Ilg* vertrat die Auffassung, dass «die Auswirkungen des Abkommens während der Vertragsdauer in materieller und geistiger Beziehung den Erwartungen entsprochen haben»¹⁶¹). In gleicher Weise lobte der Präsident des ASMMI, Generaldirektor *Dübi* die «wundersame Wirkung des Abkommens» und stellte fest: «Das gegenseitige Verständnis ist da»¹⁶²).

Die allgemein günstige Beurteilung der Gesamtwirkung des Abkommens kann nicht verheimlichen, dass im Einzelnen einige Punkte zu Aussetzungen seitens des SMUV Anlass gaben. Die Rügen kristallisierten sich alle um einen einzigen Vorwurf: Die Unternehmer

¹⁶⁰) Schreiben des SMUV vom 3. April 1939 an den Präsidenten des ASMMI.

¹⁶¹) ebenda.

¹⁶²) Protokoll der Verhandlungen zwischen SMUV und ASMMI vom 26. April 1939.

kommen aus ihren festeingefahrenen gewerkschaftsfeindlichen Denkgelassen nicht heraus: «Der alte antigewerkschaftliche Geist trübt gelegentlich das Verhältnis in verschiedenen Betrieben und man scheint da und dort die unorganisierten Arbeiter immer noch lieber zu sehen als die Verbandszugehörigen»¹⁶³). *Ilg*¹⁶⁴) sah sich veranlasst, seine Auffassung von den nicht organisierten Arbeitern sehr deutlich hervorzustellen:

«Die Nichtzugehörigkeit zur Organisation ist noch lange kein Beweis für die Zuverlässigkeit des Einzelnen. Ebensovienig darf angenommen werden, die Nichtorganisierten seien von besonders guten Ueberlegungen und von der Erkenntnis der schwierigen wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge beseelt. Davon kann gar keine Rede sein. Es wäre ebenso unrichtig, wenn angenommen würde, die Nichtorganisierten gehören, wenigstens in ihrer grossen Mehrheit, zu den Zufriedenen und Einsichtigen.»

Die Doppelstellung der Arbeiterschaft je nach ihrer Zugehörigkeit zur Gewerkschaft erhob sich denn auch als Kernfrage während der Verhandlungen zwischen ASMMI und SMUV vom Frühjahr 1939¹⁶⁵). *Ilg* führte als Beispiele von Betrieben, welche die Nichtorganisierten privilegierten, drei westschweizerische Unternehmen an und erblickte in dieser Situation eine Gefahr für das Gedeihen der Vereinbarung¹⁶⁶). In die gleiche Kerbe schlug auch *Steiner* mit den Fragen: «Warum kennt man auch unter der Herrschaft des Abkommens zwei Gruppen Arbeitnehmer? Warum kennt man ‚brave und schwarze Schafe‘?»¹⁶⁷)

Ihre spürbare Auswirkungen zeigte die differenzierte Behandlung organisierter und nichtorganisierter Arbeiter bei der Durchführung der Arbeitslosenversicherung. Der SMUV hielt die bisherige Praxis weder dem Versicherungsprinzip noch dem Prinzip der solidarischen Leistung der Versicherten entsprechend und im Widerspruch zu Sinn und Geist der Friedensvereinbarung¹⁶⁸). *Steiner* verurteilte das Verhältnis zwischen paritätischen und gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen als Verletzung der Koalitionsfreiheit, weil nach der herkömmlichen Handhabung die Mitglieder der paritätischen Arbeitslosenkasse oder die Nichtorganisierten privilegiert würden¹⁶⁹). Die Zuwendungen der Unternehmer an die paritätischen Arbeitslosenkassen käme einem direkten Angriff auf die Zugehörigkeit der Arbeiter zur Gewerkschaft gleich. Die ungerechtfertigte Konkurrenz zwischen der paritätischen Kasse mit der niedrigen Prämienleistung und der Gewerkschaftskasse mit der höheren hätte zur Folge, dass namentlich die Leute mit guten Risiken den paritätischen Kassen beiträten. Der Gewerkschaftskasse erwüchse dadurch der doppelte Nachteil der höheren Prämienleistung

¹⁶³) Schreiben des SMUV vom 3. April 1939 an den Präsidenten des ASMMI.

¹⁶⁴) ebenda.

¹⁶⁵) Protokoll der Verhandlungen vom 26. April 1939.

¹⁶⁶) ebenda.

¹⁶⁷) ebenda.

¹⁶⁸) Schreiben des SMUV vom 8. Juni an den ASMMI.

¹⁶⁹) Brief des SMUV-Zentralsekretariates an die Lokalfunktionäre, 14. Februar 1939.

und der Uebernahme einer verhältnismässig grossen Anzahl schlechter Risiken¹⁷⁰⁾. Schliesslich seien die Gewerkschafter auch dadurch benachteiligt, dass bei Rückgang der Arbeitsmöglichkeit zuerst die Mitglieder der gewerkschaftlichen Arbeitslosenkasse entlassen würden. Umgekehrt erhielten bei Besserung der Beschäftigungslage die paritätischen Kassenmitglieder eher eine Wiedereinstellung¹⁷¹⁾.

Die Praxis der paritätischen Arbeitslosenversicherung war dermassen offensichtlich gegen die Gewerkschaft gerichtet, dass der ASMMI nicht versuchen konnte, diese Tatsache zu vertuschen oder abzustreiten. *Dübi* bekannte, «dass heute der bei der paritätischen Kasse versicherte unorganisierte Arbeiter privilegiert ist» und «dass die Mitglieder der paritätischen Arbeitslosenkasse bei Eintritt von Arbeitsmangel bevorzugt werden»¹⁷²⁾.

Keine der Vertragsparteien erblickte jedoch in den Ueberbleibseln alter Vorurteile und Abneigung gegen die gewerkschaftliche Organisation ein grundsätzliches Hindernis für die Erneuerung des Friedensabkommens. Die Vertreter des ASMMI, *Dübi* und *Dolde*, sicherten zu, die Frage der paritätischen Arbeitslosenkasse mit aller Sorgfalt zu prüfen und ihr Möglichstes zu tun, um die Angelegenheit zu allseitiger Zufriedenheit zu regeln¹⁷³⁾. Am 17. Juli 1939 erneuerten die Parteien das Abkommen. Um die angestrebte Vertiefung des Vertragsgedankens zu fördern und die Kongruenz in der grundsätzlichen Einstellung zu dokumentieren, wurde die zweite Vertragsperiode auf fünf Jahre festgesetzt.

Im Zeitraum 1939—1944 wurde das Friedensabkommen einer harten Probe ausgesetzt. Dieses Jahrfünft war gekennzeichnet durch einen totalen Krieg von bisher unbekanntem Ausmass. Unser Land lebte in ständiger Bedrohung, auch in die Kampfhandlungen verwickelt zu werden. Neben dieser Gefahr litt die Schweiz unter der kriegsbedingten Teuerung. In dieser Situation hatte der Vertragsgedanke in der Maschinen- und Metallindustrie zwischen lebhafter Befürwortung, Besorgnis und polemischer Verdammung durchzukämpfen.

Die Spitzen beider Verbände hielten unerschütterlich am Vertrag fest. *Ilg* stellte an einer Delegiertenkonferenz des SMUV vom Jahre 1942 fest¹⁷⁴⁾:

«...dass seit dem Zustandekommen des Friedensabkommens die Verhandlungen zwischen den Verbänden jederzeit getragen waren vom Geist der Verständigung. Soweit betriebliche Differenzen nicht durch die direkt beteiligten Firmen und Arbeiterkommissionen erledigt werden konnten, sind fast in allen Fällen durch Verhandlungen zwischen den Verbänden befriedigende Lösungen gefunden worden.»

¹⁷⁰⁾ Schreiben des SMUV vom 3. April 1939 an den ASMMI.

¹⁷¹⁾ Brief vom 14. Februar 1939 an die SMUV-Lokalfunktionäre.

¹⁷²⁾ Protokoll der Verhandlungen zwischen SMUV und ASMMI vom 26. April 1939.

¹⁷³⁾ ebenda.

¹⁷⁴⁾ Protokoll der Industriekonferenz des SMUV vom 8. August 1942.

Später behandelte der Präsident des SMUV die geistige Einstellung der Gewerkschaftsmitglieder zum Abkommen und sah in dieser Hinsicht erfreuliche Fortschritte¹⁷⁵⁾:

«Es hat sich eine geistige Umwandlung vollzogen, die uns mit Freude und Stolz erfüllt. Die tüchtige und intelligente Arbeiterschaft, die in unserem Verbandsorganismus organisiert ist, sieht in der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeberorganisation die beste Gewähr, dass die kommenden wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten gemeinsam bewältigt werden können.»

Weniger günstig beurteilte *Ilg* die Haltung einzelner Unternehmer. Die zähleibige Abneigung gewisser Industrieller gegen die Gewerkschaften veranlasste ihn zum Aufruf¹⁷⁶⁾:

«Der Kampf mit den Unternehmern um die Anerkennung der Gewerkschaft als Vertragskontrahent ist noch nicht beendet, er ist noch in voller Entwicklung. Wir haben noch grosse Widerstände zu überwinden . . . Das Abkommen ist noch nicht geistig verankert.»

Keinen Moment jedoch scheint für *Ilg* die Notwendigkeit, die bisherige Vertragspraxis weiterzuführen, in Frage gestanden zu haben. Er verwarf den Gedanken an Streiks, weil «sie in der heutigen Lage für das ganze Land überhaupt nicht tragbar wären». Der einzige vernünftige Weg bestehe darin, den Vertragsgedanken geistig zu vertiefen und bei allfälligen materiellen Forderungen klar «abzuwägen, was möglich und was unmöglich ist».

Weniger erfolgs- und zielsicher als die Worte *Ilgs* hörten sich in den ersten vierziger Jahren die Stimmen einiger Lokalfunktionäre des SMUV über das Friedensabkommen an. So trug beispielsweise die Diskussion an der Industriekonferenz vom 8. April 1942¹⁷⁷⁾ den Charakter einer Ungeduldskundgebung. Die Ursache lag vor allem in der scherenhaften Entwicklung von Löhnen und Preisen und dem ungenügenden Ausgleich der Relation durch Teuerungszulagen. In diesem Sinne erklärte ein Diskussionsvotant, dass wohl eine neue geistige Einstellung der Arbeiterschaft nötig sei. Diese sollte aber auch eine materielle Sicherheit zur Grundlage haben. Sonst sei ein neuer Geist kaum heranzubilden. Ein anderer Diskussionsredner gab seiner Unzufriedenheit darüber Ausdruck, dass den Arbeitern aus Furcht vor der Lohn-Preis-Spirale grosse Opfer auferlegt, während anderseits hohe Tantiemen und Dividenden ausgerichtet würden. Ein dritter Votant machte darauf aufmerksam, dass «seine» Arbeiter Zweifel daran hegten, dass die Verbandsleitung des SMUV an zuständiger Stelle ihr Aeusserstes zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter leiste. «Ohne die Arbeit des Zentralvorstandes kritisieren zu wollen, so ist doch oft begreiflich, wenn über den Vertrag geschimpft wird», erklärte ein weiterer Delegierter und wies auf den Versuch verschiedener Firmen hin, eine Lohnanpassung nach unten vorzunehmen.

Die Teuerung stellte sich in der Vertragsperiode 1939—1944 als Zentralproblem der Verhandlungen und als Prüfstein des Friedens-

¹⁷⁵⁾ ebenda.

¹⁷⁶⁾ ebenda. Vgl. *Ilg*, Arbeitsfriede, S. 6.

¹⁷⁷⁾ vgl. Protokoll dieser Konferenz.

abkommens dar. Einmal mehr wurde deutlich, dass die angemessene Lohnhöhe schlechthin eine unerlässliche Grundlage für eine wirkungsvolle Verständigungspolitik ist. Konferenzen der Sozialverbände beschäftigten sich schon im Frühjahr 1940 mit der einsetzenden Teuerung. Der ASMMI zeigte Zurückhaltung in seinen Zugeständnissen mit dem Hinweis, dass die Teuerung noch kein beängstigendes Mass angenommen habe und zudem verschiedene Fabriken in prekärer Lage seien. Der Verlust der wichtigen Absatzgebiete Polen, Finnland, Oesterreich und der Balkanstaaten mache sich spürbar. Die Delegierten des SMUV stimmten mit dem ASMMI darin überein, dass ein Ankurbeln der Lohn-Preis-Spirale unter allen Umständen zu vermeiden sei. Steiner redete darum der individuell-betrieblichen Lohnregelung ohne schreiende Plakatierung das Wort¹⁷⁸⁾. Mit der zunehmenden Verschlechterung ihres Lebensstandards wurden die Arbeiter ungeduldiger. Im Jahre 1944 beschuldigen einzelne SMUV-Delegierte, die Arbeitgeber richteten ihr Handeln nicht in gleichem Masse nach dem Prinzip von Treu und Glauben aus wie die Spitzen der Arbeiterorganisation¹⁷⁹⁾. Der Verbandsleitung des SMUV war die Verschlechterung der Situation in einzelnen Firmen nicht entgangen. Sie machte jedoch mit Recht geltend, dass ohne Abkommen keine besseren Resultate zu erzielen wären. «Gewiss könnten viele Arbeitgeber mehr geben; aber das ist eine Folge ihrer Knausrigkeit und nicht eine solche des Abkommens»¹⁸⁰⁾.

Mehr Staub als die verbandsinternen, im ganzen geringfügigen Meinungsverschiedenheiten über die Bewährung des Friedensabkommens wirbelte ein kritischer Beitrag zur Frage des Arbeitsfriedens in der Zeitschrift «*Suisse contemporaine*» vom August 1943 auf. Emile Giroud, ein welscher Zentralsekretär des SMUV gab darin unter dem Titel «*La paix de travail à la dérive*» seiner persönlichen Meinung und enttäuschten Hoffnung Ausdruck.

Der Grundgedanke des alarmierenden Aufsatzes lief dahin, dass die Arbeiterschaft ganz bestimmte Erwartungen hinsichtlich ihrer Respektierung von seiten der Unternehmer mit dem Abschluss des Arbeitsfriedens verbanden:

¹⁷⁸⁾ Ueber die Lohnverhandlungen orientieren die Protokolle der paritätischen Konferenzen vom 17. Januar 1940 und vom 25. Januar 1940.

¹⁷⁹⁾ Protokoll der Verbandsindustriekonferenz des SMUV vom 14. Juli 1944.

¹⁸⁰⁾ ebenda. Dass die Unzufriedenheit über den Teuerungsausgleich auf seiten der Gewerkschaften nicht nur einer «Routinehaltung» entsprang, sondern der unbestreitbaren Tatsache, dass die Einkommensschere zwischen Industriearbeitern und Berufen anderer Wirtschaftsgruppen sich ständig vergrösserte, bestätigte Böhler in seinen «Sozialpolitischen Postulaten der Wirtschafts- und Sozialpolitik»: «Durch die objektive Verschlechterung der Versorgungslage gerät ein wachsender Teil der arbeitenden Bevölkerung auch bei durchschnittlich angemessenen Lohnanpassungen in Bedrängnis ... Zugleich wird ihre Disziplin in der Lohnfrage zum Zwecke der Vermeidung der inflatorischen Spirale in Frage gestellt, weil trotz Preiskontrolle sowohl Agrarpreise als auch die Industriepreise stärker ansteigen, als dies realkostenmässig nötig wäre, und so infolgedessen andere Einkommensarten nicht der gleichen Disziplin unterworfen werden wie die Arbeiterschaft.»

«Das Problem des sozialen Friedens hat zwei Seiten. Die eine ist materieller Art; sie betrifft die Arbeitsbedingungen, die Löhne, die Ferien, die Sozialversicherung usw. Die andere ist geistig-seelischer Art (d'ordre moral): sie betrifft die Bestrebungen des Arbeiters, der Arbeit jenen Platz zukommen zu lassen, der ihr gebührt: aus dem Arbeiter selbst einen Menschen zu machen, der sich respektiert fühlt, der als Mitarbeiter behandelt wird und nicht als anonyme Nummer einer Riesenmaschine, die nur eines kennt: Gewinn und Dividenden ... Mögen die Löhne verdoppelt, die Ferien verdreifacht werden, — die soziale Frage wird in ihrer Ganzheit bestehen bleiben.»

Bedeutsam an der Kritik *Girouds* ist, dass sie mit aller Deutlichkeit den Akzent auf die zweite Komponente des Arbeitsfriedens, die geistige Neuorientierung zum Werk tätigen und seiner Arbeit, setzt.

Eingehend auf die Situation in der Maschinen- und Metallindustrie machte Giroud die Feststellung, dass die am Friedensabkommen beteiligten Unternehmer in den materiellen Fragen stecken geblieben sind und damit ein Versanden der Vertragspolitik in der alten Kampfsituation bevorsteht. Der Metallvertrag sei «ein ehrbares Dokument geblieben, auf das sich nach und nach Staub setzt». Während im Gewerbe ein Geist Platz greife, der eine solide Grundlage für den wahren Arbeitsfrieden gewährleiste, lege man sich in der Grossindustrie keine Rechenschaft ab über den Ernst der Lage und bleibe dort stehen, wo 1937 begonnen wurde. *Giroud* kreierte an,

«dass die Arbeitgeber den «Arbeitsfrieden» als ausgezeichnetes Geschäft betrachten, das ihnen Arbeitskraft und soziale Ruhe sichert, ohne dass es sie das geringste Zugeständnis oder das kleinste Opfer zu kosten braucht. Sie glauben, an ihren Gewohnheiten nichts zu ändern und von ihren Vorrechten als Besitzende keinen noch so kleinen Teil abtreten zu müssen. Die Grossindustrie baut ihre Hilfsinstitutionen, ihre Pensions- und Krankenkassen aus, sie will aber nichts wissen von einer paritätischen Verwaltung derselben. Sie hat sogar Arbeitslosenkassen gegründet, um den Einfluss der Gewerkschaften zu vermindern, der gegenüber sie sich verpflichtet hat, die beruflichen Probleme in Treu und Glauben zu behandeln. Das heisst also, dass das Misstrauen gegen den Vertragspartner weiterbesteht und dass man die gewerkschaftliche Organisation nicht begünstigen will.»

Die Auswirkungen der negativen Einstellung auf Arbeitgeberseite beurteilte *Giroud* sehr schwarz. Unter der «Kälte, der Gleichgültigkeit und dem Unverstand der Arbeitgeberschaft» sei auch der einfache Glaube der Arbeiter erkaltet. Die Industriellen hätten eine wohl einzige Gelegenheit, alte Fehler gutzumachen und das Vertrauen der Arbeiterklasse zu gewinnen, verpasst.

«Der Graben zwischen Kapital und Arbeit war überbrückt worden: man hätte die angebahnten Beziehungen dazu ausnützen sollen, den Graben selbst aufzufüllen, damit nicht eines Tages die Brücke unter der Last der Enttäuschungen zusammenbreche.»

Trotz dieser pessimistischen Schau verschloss sich *Giroud* nicht jedem Hoffnungsschimmer: «Vielleicht ist noch Zeit, Abhilfe zu schaffen», um für die Zeit, «wo unsere Industrie all ihre Kraft benötigen wird, um der internationalen Konkurrenz der Nachkriegszeit die Stirne zu bieten», nicht im Bruderzwist sich selbst aufzugeben.

Die Arbeitgeber liessen die Anklage *Girouds* nicht unerwidert. Einer der Hauptbefürworter des Friedensabkommens, ASMMI-Sekre-

tär *Dolde* veröffentlichte die Antwort in der Arbeitgeberzeitung¹⁸¹⁾. Dem Vorwurf *Girouds*, das Misstrauen gegenüber der Gewerkschaft beibehalten, keine paritätischen Kommissionen und keine Berufsgemeinschaft geschaffen zu haben, hielt *Dolde* entgegen, dass «der Arbeitsfriede in der Maschinen- und Metallindustrie die Koalitionsfreiheit, die engere Fühlungnahme durch Einsetzung der Arbeiterkommissionen und das Schiedsgericht, wie sie in der Vereinbarung von 1937/39 vorgesehen sind, gezeitigt hat». Im weiteren führte die Antwort *Doldes* aus:

«Wenn Herr Giroud bedauert, dass in der Grossindustrie noch keine paritätischen Kommissionen geschaffen und die Berufsgemeinschaft nach dem Muster des Gewerbes noch nicht verwirklicht worden sind, so greift er Dingen vor, und überschreitet den rechtlichen Rahmen der vertraglichen Abmachungen.»

Die Worte sollten wohl daran erinnern, dass auch nach der Unterzeichnung des Paktes zwischen ASMMI und SMUV der einzelne Arbeitgeber in keinem Rechtsverhältnis mit der Gewerkschaft steht und deshalb der Errichtung von Sozialinstitutionen auf betrieblicher Ebene rechtsformell nichts im Wege liegt.

Gegen die Anführung des Gewerbes als Musterbeispiel unterstrich *Dolde* die anders gelagerten Verhältnisse in der Industrie. Das Gewerbe trüge von alters her noch Züge zünftlerischer und patriarchalischer Ordnungen, welche den Kontakt zwischen Meister und Geselle erleichterten. Einmal mehr wurde ferner das Gespenst der Weltmarktkonkurrenz beschworen, der die Maschinenindustrie ausgesetzt sei, während die Absatzbedingungen des Gewerbes durch Verbände weitgehend beeinflusst werden könnten. Schliesslich wies *Dolde* darauf hin, dass «in der Industrie das Unternehmen im Mittelpunkt der Sorgen des Arbeitgebers stehe ... Der Industrielle, der für den Gang des Unternehmens verantwortlich ist, und den ständigen Fluktuationen, die die Produktion und der Verkauf bedingen, Rechnung tragen muss, ist natürlich nicht gewillt, seine Autorität und seine Verantwortung an die Berufsgemeinschaft zu übertragen».

Nicht nur den Kommunisten lieferten die ungeduldig gewordenen SMUV-Delegierten und der Aufsatz *Girouds* Wasser auf ihre propagandistischen Mühlen, sondern auch die alten Skeptiker in den Reihen der Sozialdemokratie sahen darin die Rechtfertigung ihrer früher geäusserten Bedenken gegenüber der Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit. «Der Oeffentliche Dienst»¹⁸²⁾ vermeinte, das greifbare Ende des Arbeitsfriedens und den Zusammenbruch der vom SMUV seit 1937 verfolgten Vertragspolitik feststellen zu können. Mit dem Stolz eines Propheten, der schliesslich recht bekommt, wollte das Blatt weder den Pessimismus *Girouds* teilen, so wenig es dies früher mit dem Optimismus des SMUV getan hatte: «Was ist heute verloren? Höchstens eine Illusion. Wir sind um eine Erfahrung reicher und wissen aufs neue, dass auch auf wirtschaftlichem Boden eine

¹⁸¹⁾ No. 44 vom 29. Oktober 1943.

¹⁸²⁾ No. 29 vom 24. September 1943.

dauernde Verständigung von kapitalistischen und Arbeiterinteressen nicht möglich ist.»

Trotz aller Schwierigkeiten und Bedenken und trotz aller Bemühungen der Kommunisten, die mit ihren Unkenrufen in Flugblättern und Presse Unruhe und Unsicherheit stiften wollten, siegte auch im Jahre 1944 der Glaube, auf dem rechten Weg zu sein. In der Verbandsindustriekonferenz vom 14. Juli nahmen die Vertrauensleute des SMUV Stellung zur Vertragserneuerung und gaben ihrem Willen zum Durchhalten mit einem befürwortenden Abstimmungsresultat von 132 gegen 11 Stimmen Ausdruck¹⁸³⁾.

Die Vertragserneuerung von 1944 legte bereits Zeugnis ab vom gegenseitigen Willen der Sozialparteien, den Arbeitsfrieden nicht nur unter der besonderen Konstellation der Kriegsvorsorge und der Kriegswirtschaft zu sichern, sondern auch im Frieden *den Weg* weiter zu beschreiten, der sich in sieben Jahren der Erprobung bewährt hatte.

Die *Nachkriegszeit* brachte ganz andere Verhältnisse, als man vielerorts erwartet und befürchtet hatte. Sie stand im Zeichen glänzenden Geschäftsganges. Diskussionen um soziale Probleme verloren dadurch an Aktualität. Die Vertragserneuerung in der Maschinen- und Metallindustrie stand weder im Jahre 1949 noch im Jahre 1954 in Frage. Selbst die besorgten Stimmen von 1944 waren verstummt. Hingegen zeigte sich der Verbandspräsident des SMUV auch im Jahre 1949 noch nicht zufrieden mit der Haltung der Unternehmer gegenüber den Gewerkschaften. Mit scharfen Worten verurteilte *Ilg* aufs neue die Bestrebungen, die Gewerkschaften als Interessenvertreter der Arbeiter durch betriebliche Abmachungen auszuschalten oder die gewerkschaftlichen Verdienste um die Hebung des Lebensstandards zu schmälern¹⁸⁴⁾.

Ohne die hervorragende Bedeutung¹⁸⁵⁾ der Arbeiterkommissionen in der Maschinen- und Metallindustrie in irgend einer Weise zu schmälern, stellte *Ilg* im Zusammenhang mit dem Problem Betriebs-/Berufsgemeinschaft fest, dass die innerbetrieblichen Arbeitervertretungen nicht Vertragspartei sind. «Vergesst nicht», so ermahnte der

¹⁸³⁾ Kommentar zur Konferenz vgl. MAZ, 29, 22. Juli 1944.

Unverkennbar wirkten die besonderen Zeitumstände stimulierend auf die Vertragserneuerung. *Ilg* argumentierte beispielsweise für die Verlängerung des Abkommens mit dem Hinweis, dass Streiks in der gegebenen Situation «für das ganze Land überhaupt nicht tragbar wären». (cf. S. 110 dieser Arbeit). Erfahrene Kenner des sozialpolitischen Geschehens, so Prof. *Salin*, betonen denn auch, dass die Vertragserneuerung nicht *trotz*, sondern geradezu *wegen* der Kriegskonstellation des wirtschaftlich-politischen Lebens in der Schweiz im Jahre 1944 von den beiden Parteien unterzeichnet wurde.

¹⁸⁴⁾ Protokoll der Industriekonferenz des SMUV vom 17./18. April 1949.

¹⁸⁵⁾ Rein zahlenmässig erhellt diese Bedeutung aus der Tatsache, dass in der Industriegruppe Maschinen, Apparate, Instrumente von 100 Arbeitern 82 und in der Grupe Herstellung und Bearbeitung von Metallen 73 durch Arbeiterkommissionen vertreten sind. Nur die chemische Industrie mit 84 von 100 und die Textilindustrie mit 77 hält sich noch auf ähnlichem Niveau. vgl. dazu *Holzer*, M., Art. Arbeiterkommissionen im Hdb. der Schweiz. Volkswirtschaft a. a. O., S. 62 ff.

Präsident des SMUV die Verbandsindustrie-Konferenz, «dass die Arbeiterkommission kein Organ des Vertrages ist, sondern nur eine betriebliche Institution»¹⁸⁶).

Ilg wollte mit diesem Hinweis offensichtlich allfällige Bestrebungen, die Arbeiterkommissionen aus ihrer anerkannten Funktion als betriebliche Vermittlungsinstanz und Instrument des gegenseitigen Verständigungswillens herauszuheben, den Kampf ansagen¹⁸⁷). Die Gewerkschaft gibt zwar mit der Bejahung der von allen Belegschaftsmitgliedern, ob organisiert oder nicht, gewählten Arbeiterkommissionen das Einverständnis mit einer verbandsfreien Sphäre innerhalb des Betriebes¹⁸⁸). Das Einverständnis der Gewerkschaft, sich nur bis zu einem bestimmten Grad in betriebliche Meinungsverschiedenheiten einzumischen, bedeutet aber in keiner Weise eine Konzession an jene Bestrebungen, welche die Berufsorganisation durch die Betriebsgemeinschaft «ersetzen» wollen¹⁸⁹).

In einer SMUV-Sitzung vom Jahre 1954, welche die Erneuerung des Friedensabkommens auf der Traktandenliste hatte, wurden Wünsche laut, den Vertrag nurmehr auf zwei Jahre zu verlängern¹⁹⁰). Von der Mehrheit der Konferenz wurde ein diesbezüglicher Antrag jedoch zurückgewiesen. Es wurde beschlossen, mit den Arbeitgebern intensive Verhandlungen zu pflegen in der Meinung, die bisherigen materiellen Zugeständnisse wären recht mager gewesen und weitere Konzessionen seitens der Unternehmer seien im Hinblick auf die glänzenden Geschäftsgänge und die gesteigerte Arbeitsintensität angebracht. Bei negativer Haltung der Unternehmer sollten die strittigen Fragen einer schiedsgerichtlichen Entscheidung unterstellt werden. Entsprechend diesem Beschluss wurden im Jahre 1955 rege Lohnverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften geführt.

Symptomatisch für die Entwicklung und Bewährung des Vertragsgedankens in der Maschinen- und Metallindustrie ist seine Auswirkung auf die Kampfmassnahmen. Beide Sozialparteien sind sich darin einig, dass im Laufe der bald 20-jährigen Vertragsdauer die Friedenspflicht nie ernstlich verletzt wurde. Meinungsverschiedenheiten konnten in der überwältigenden Mehrzahl auf dem Verhandlungsweg beigelegt werden. In der wichtigsten Frage des Arbeitsverhältnisses, dem Lohn, wurde in 85% der Fälle die Lohnbewegung in den Betrieben selbst unter wirkungsvollster Mithilfe der Arbeiterkommissionen erledigt. Die restlichen 15% gelangten vor die Instanzen der Verbände. Dort konnten zwei Drittel dieser Bewegungen abgeschlossen werden und nur ein Drittel, d. h. 5% aller Lohnbewegungen mussten durch Schiedsgerichte gelöst werden¹⁹¹).

¹⁸⁶) vgl. Protokoll der Konferenz vom 17./18. April 1949.

¹⁸⁷) Die Darstellung der Arbeiterkommission als «konsultatives Organ» findet sich auch bei *Holzer a. a. O.* S. 62 ff.

¹⁸⁸) vgl. *Welti, a. a. O.*, S. 128.

¹⁸⁹) vgl. *Ilg, Betrachtungen über den Arbeitsfrieden*, S. 29.

¹⁹⁰) Protokoll der Konferenz der Industriekommissionen des SMUV vom 18. Juni 1954.

¹⁹¹) Nach mündlichen Angaben von Ernst Wüthrich, Zentralsekretär des SMUV,

Es ist eine offenkundige Tatsache, dass während der Kriegsjahre die Zahl der Streiks in der Schweiz allgemein zurückging. Es ist also anzunehmen, dass auch ohne Friedensabkommen die Maschinen- und Metallindustrie nicht gerade von heftigen sozialen Kämpfen aufgewühlt worden wäre. Zweifellos kommt ihm aber das Verdienst zu, dass unser Industriezweig auch in den ersten Nachkriegsjahren von Streiks weitgehend verschont blieb. Welche Situation sich ohne Vertrag ergeben hätte, lässt sich nur vermuten. Die Friedensbereitschaft war grösser als nach dem ersten Weltkrieg. Immerhin hätten die recht starken kommunistischen Gruppen in Zürich, Basel und Genf die günstigere Zeit der Nachkriegsdynamik wohl nicht ungenutzt gelassen.

Es mag erstaunen, dass trotz der Vereinbarung mit ihrer absoluten Friedenspflicht die Streikstatistik des BIGA jedes Jahr eine kleinere oder grössere Anzahl von Arbeitskämpfen in der Maschinen- und Metallindustrie aufweist. Hier kann es sich nicht darum handeln, den Ursachen jedes einzelnen Streikes nachzugehen. Die verhältnismässig wenigen Störungen des Arbeitsfriedens sind zur Hauptsache auf besondere Umstände zweierlei Art zurückzuführen: auf die *schwache Organisation der Arbeiterschaft* in gewissen Firmen und auf *aussergewöhnliche Ereignisse*.

Ist die Anzahl der organisierten Arbeiter in einem Betrieb allzu gering, versagen die Bemühungen der Gewerkschaft. So können Streiks ausbrechen, obgleich die Gewerkschaft ihrer Einwirkungspflicht (= Pflicht der Verbände im Sinne des schuldrechtlichen Vertragsteiles auf ihre Mitglieder zu wirken) gewissenhaft nachgelebt hat. Schwache Organisation der Arbeiterschaft ist vor allem dort anzutreffen, wo der Arbeitsprozess die Beschäftigung sehr vieler Hilfskräfte erlaubt. Streikbewegungen, die von nichtorganisierten Arbeitern vom Zaun gerissen und von den Gewerkschaften nicht unterstützt werden, bringen für die Unternehmer kaum grosse Schäden. Die Nichtorganisierten verfügen nicht über die nötigen finanziellen Mittel, um einen langen und wirksamen Streik durchzustehen.

Aussergewöhnliche Ereignisse führten beispielsweise in den Jahren 1939 und 1940 zu spontanen Arbeitsniederlegungen. Explosionen in einer Werkzeugmaschinenfabrik forderten Verletzte und ein Todesopfer. Diese bedauerlichen Vorfälle veranlassten die Arbeiter zur «passiven Resistenz» (= Verweilen im Betrieb ohne zu arbeiten). Diese psychologisch verständliche Reaktion wurde in keiner Weise als Verstoß gegen die Friedenspflicht gewertet¹⁹²⁾.

Wesentlich bei allen Streiks, die auch der Friedensvertrag nicht vermeiden konnte, ist die Tatsache, dass die Kampfhandlungen nie dazu benützt wurden, den Vertragsgedanken zu untergraben durch Vorwürfe an die Gegenpartei.

¹⁹²⁾ Darstellung und Kommentar der Streiks in den J.ber. des ASMMI für 1939, S. 43 und für 1940, S. 41.

7. Kapitel:

DAS FRIEDENSABKOMMEN IM LICHT DER KRITIK

Die Beurteilung der Vereinbarung in der Maschinen- und Metallindustrie bewegte sich von wärmster Zustimmung über vorsichtige Bedenken bis zu grimmiger Ablehnung. Gruppieren wir die Urteile um ihre *Ansatzpunkte*, lässt sich folgende Dreiteilung vornehmen:

1. Zustimmung zum Friedensvertrag infolge Ablehnung des Klassenkampfes.
2. Kritik am Kampfverzicht und an der materiellen Inhaltslosigkeit des Vertrages.
3. Gegnerschaft aus der orthodox-revolutionären Theorie.

1. Zustimmung zum Friedensvertrag infolge Ablehnung des Klassenkampfes

Zumindest in Worten hatten die Unternehmer den Klassenkampf seit jeher verworfen und — aus Gründen, die hier nicht zu untersuchen sind — die Notwendigkeit der Mitwirkung aller in einem Unternehmen Beschäftigten hervorgehoben. Als Beispiel unter vielen mögen die Äusserungen von *Hans Sulzer* aus dem Jahre 1928¹⁹³⁾ dienen:

«Die gemeinsamen Interessen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zwischen Arbeit und Kapital sind unendlich viel grösser als die trennenden, da jeder Teil auf den andern angewiesen ist. Die Behauptung, dass zwischen Arbeit und Kapital ein unüberbrückbarer Interessenkonflikt besteht ist grundfalsch.»

Die Unterzeichnung des Friedensabkommens musste deshalb den Unternehmern als Bestätigung erscheinen, bisher auf dem rechten Weg gewesen zu sein. Auf bürgerlicher Seite war denn auch die Zustimmung zum Maschinenpakt ungeteilt. Aus dem Strauss der Presseurteile seien hier nur einige herausgenommen:

«... der erste und wichtigste Versuch einer praktischen Zusammenarbeit ein Ereignis von grösster volkswirtschaftlicher und politischer Tragweite für unser Land ... Eine schweizerische, eine demokratische, eine unseres Landes würdige Lösung»¹⁹⁴⁾.

Unter der Ueberschrift «*Ein Pfeiler des inneren Friedens*» schrieben die *Basler Nachrichten*¹⁹⁵⁾ der Tatsache «staatspolitische Bedeutung» zu, «dass der heutige Weg von zwei Seiten begangen worden ist und nicht von einer allein».

*Der Bund*¹⁹⁶⁾ hielt dafür, «dass das Friedensabkommen in der Maschinen- und Metallindustrie Ausdruck des neuen Zeitgeistes der ver-

¹⁹³⁾ Existenzfragen der schweizerischen Maschinenindustrie, Vortrag vom 13. Februar 1928 im Gemeindeverein Winterthur, NZZ, 304, 19. Februar 1928.

¹⁹⁴⁾ vgl. NZZ 1479 vom 17. August 1937.

¹⁹⁵⁾ No. 309 vom 22./23. Juli 1944.

¹⁹⁶⁾ No. 340 vom 23. Juli 1944.

mehrten Zusammenarbeit ist, dessen Vorboten an unzähligen Orten, häufig von der Öffentlichkeit kaum bemerkt, in unserer Wirtschaftspolitik immer mehr sichtbar werden».

Im *Journal de Genève*¹⁹⁷⁾ erinnerte Pierre Béguin daran, dass die getroffenen Entscheidungen «témoignaient de la victoire d'un nouvel esprit syndical», ein Geist, der sich umso besser auswirken könne, je mehr auch die Unternehmer sich einer neuen Gesinnung bemühten in der Erkenntnis, «... que le privilège de la propriété ne peut se justifier que par un sens aigu des responsabilités, renonçant à ne voir dans leurs collaborateurs qu'un élément de production».

Die *Thurgauer-Zeitung*¹⁹⁸⁾ erörterte, dass «... die Politik des Klassenkampfes durch die Beschlüsse des schweizerischen Metall- und Uhrenverbandes eine schwere Niederlage erlitten, die Politik des guten Willens und der Verständigung auf dem Boden der sittlichen Verpflichtung einen grossen Sieg errungen hat». Das Blatt betrachtete diesen Sieg «als Wegbereiter für eine Arbeiterpolitik, zu der ein jeder Arbeiter mit gutem Gewissen stehen kann und der die Zukunft gehört, weil sie ihre Haltung nach sittlichen und gut vaterländischen Grundsätzen bestimmt. Eine Arbeiterbewegung, die solchen Richtlinien folgt, darf bestimmt auf die Sympathie des ganzen Schweizervolkes und damit auch darauf hoffen, dass ihre begründeten Anliegen auf einen guten Boden fallen».

Die *Neue Zürcher Zeitung*¹⁹⁹⁾ hob hervor, «dass man es bei der hochgemuten Solidaritätsbereitschaft der beteiligten Verbände nicht bloss mit der von einer beängstigenden Situation eingegebenen Willensäusserung für die kommenden, höchstwahrscheinlich noch schwereren Zeiten zu tun hat, sondern mit reifen Früchten einer mehrjährigen Entwicklung mit Ergebnissen einer an der Wirklichkeit und an Idealen geschulten und überzeugten Einsicht. Einen starken Anteil hieran — führte die Zeitung weiter aus — hat seit langem die «Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung» geleistet. Ihre mutige Politik, die schweizerischen Gegebenheiten und Möglichkeiten höher zu stellen als eine international abgestimmte und beeinflusste Programmatik und Klassenkampffideologie, verdient Anerkennung, und dies nicht bloss aus Rücksicht auf ihre Abschränkung gegenüber zersetzenden Einflüssen oder gar Spekulationen auf Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Arbeiterbewegung, sondern vor allem deshalb, weil sie angesichts heillosen Zerrissenheit in der Welt draussen natürlich bedingte Gegensätze mit einem starken, menschlich hoch achtbaren Willen zum Ausgleich zu bringen sucht»²⁰⁰⁾.

¹⁹⁷⁾ No. 170 vom 19. Juli 1944.

¹⁹⁸⁾ No. 164 vom 15. Juli 1944.

¹⁹⁹⁾ No. 1222 vom 18. Juli 1944.

²⁰⁰⁾ Was hier die NZZ an der MAZ lobend hervorhebt, darf wohl ungeschmälert auch auf den SMUV und im speziellen auf dessen Zentralleitung übertragen werden.

Günstige Aufnahme fand das Friedensabkommen auch bei den Behörden. Bundesrat *Motta* prägte den Ehrennamen «Stanser Verkommnis» und der Vorsteher des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes, Bundesrat *Obrecht*, richtete am 29. Juli 1937 an alle an der Vereinbarung beteiligten Verbände folgendes Schreiben²⁰¹⁾:

«Mit grösstem Interesse haben wir von der Vereinbarung vernommen, die Sie am 19. ds. trafen. Wir möchten Sie dazu beglückwünschen, dass es Ihnen gelungen ist, diese Grundlage für die friedliche Ordnung des Arbeitsverhältnisses zu schaffen. Es ist unser aufrichtiger Wunsch, dass der eingeschlagene Weg der direkten und zentralen Verständigung zwischen den beteiligten Berufskreisen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sich als dauernd gangbar erweise. Ihr Vorgehen möge richtungsbildend auch für andere Berufsgruppen werden!»

Die Einstellung des Mittelstandes zeichnete *Marbach*²⁰²⁾ in der MAZ:

«Bis auf mögliche Ausnahmen, die nur die Regel bestätigen würden, begrüsst der Mittelstand das Abkommen als ein seiner politischen Mentalität konformes Ereignis, in welchem er zudem — mit Recht — eine entscheidende Stärkung des demokratischen Gedankens schlechthin erblickt.»

2. Kritik am Kampfverzicht und an der materiellen Inhaltslosigkeit des Vertrages

Der Verzicht auf materielle Normen und Kampfmassnahmen diene verschiedensten Kreisen als Ausgangspunkt ihrer Angriffe auf die Politik des SMUV. Einerseits liehen sich hier die Kommunisten ihre Waffen. Andererseits waren es auch pessimistische Sozialdemokraten und Minderheitsgewerkschaften, welchen die absolute Friedenspflicht und das Fehlen eines normativen Vertragsteiles Argumente für ihre Bedenken und Einwände lieferten. Trotzdem diese beiden Lager gleiche oder ähnliche Angriffspunkte wählten, standen doch verschiedene Ziele im Hintergrund. Während bei den Kommunisten die Absicht offensichtlich dahin ging, durch Sabotierung der Zusammenarbeit dem politischen und wirtschaftlichen Chaos eine Türe zu öffnen, scheinen die Angriffe seitens einzelner Sozialdemokraten und Minderheitsgewerkschaften teils ehrlichen Bedenken teils einer verärgerten Stimmung über das «eigenmächtige» Handeln des SMUV entsprungen zu sein.

Gegen den Verzicht auf einen normativen Vertragsteil wandten sich vor allem der Präsident des «Schweiz. Verbandes Evangelischer Arbeiter und Angestellten», SVEA, Jakob *Haas*²⁰³⁾ und Paul *Fell*²⁰⁴⁾.

Haas bezeichnete das Friedensabkommen als «ungenügend, weil es im Gegensatz zum Wesen einer Vertragsordnung keine Regelung der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen enthält»²⁰⁵⁾. Die kritische Aeus-

²⁰¹⁾ vgl. J. ber. des ASMMI für 1937, S. 77.

²⁰²⁾ ABC-Schützen gegen das Abkommen in der Maschinen- und Metallindustrie, MAZ, 34, 21. August 1937.

²⁰³⁾ Kampf um das Friedensabkommen in der Maschinen- und Metallindustrie.

²⁰⁴⁾ Gewerkschaftlicher Kampf oder Arbeitsfrieden.

²⁰⁵⁾ Kampf um das Friedensabkommen, a. a. O., S. 30.

serung des SVEA-Präsidenten ging dahin, «dass das Friedensabkommen des Jahres 1937 jeder rechtlich vertraglichen Regelung irgendeiner Frage des Arbeitsverhältnisses aus dem Wege geht». Es liege zwar in der Absicht des Metallabkommens, den sozialen Frieden zu sichern, jedoch benütze es dazu untaugliche Mittel. Weil die Vereinbarung in der Regelung der Lohnfrage an der individuellen Zumesung festhalte, so meinte *Haas*, vernachlässige sie den Gedanken der Gerechtigkeit²⁰⁶). Er verurteilte es, dass die Friedensvereinbarung die Anwendung von Art. 330 OR ausschliesst, sodass die Ordnung der Löhne nur auf dem Wege des individuellen Dienstvertrages, d. h. ohne Zuhilfenahme von Mindest-, Durchschnitts- oder Tariflöhnen geregelt werden kann. «Es ist dies geradezu bedauerlich, klagte *Haas*, wenn man weiss, dass die Ordnung der Löhne durch das Mittel des Tarifvertrages zu den Herzstücken der gewerkschaftlichen Bemühungen gehört. Aber nicht nur das: Die individuelle Regelung der Lohngestaltung ist ausdrücklich festgelegt. Jeder Betrieb kann seine eigene Lohnpolitik verfolgen. Die Nachteile einer ungesunden Konkurrenz werden geschützt und die Gewerkschaft damit gebunden»²⁰⁷).

Sofern die Kritik an den «Mängeln» der Form, den wesentlichen Unterschieden zwischen Gesamtarbeitsvertrag und Metallvereinbarung nicht einem Denken in eingefahrenen Geleisen entsprang, sondern einer wirklichen Sorge um das Wohl der Arbeiter, haben die sozialen Fortschritte in der Metallindustrie den Kritikern die beste Antwort gegeben.

Dem grundsätzlichen Einwand des SVEA-Präsidenten, der Gerechtigkeit könne nur im Gesamtarbeitsvertrag Genüge geleistet werden, ist entgegenzuhalten, dass die Forderung der Gerechtigkeit nicht allein im Gesamtarbeitsvertrag ihre Verwirklichung findet. Im Individual- und Schiedsgerichtsvertrag, wie ihn das Friedensabkommen darstellt, kann ihr ebensogut nachgelebt werden, wenn der Grundsatz von Treu und Glauben nicht nur leeres Wortgeklingel ist.

Weil das Lohnproblem in den Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital seit jeher eine zentrale Stellung einnahm, zeigte sich der SMUV keineswegs erstaunt, als auch in der Diskussion um das Friedensabkommen die Frage der Entlohnung dominierend hervortrat²⁰⁸). Die Gewerkschaft versuchte die Tatsache, dass eine Aufnahme von materiellen Punkten im Abkommen von Arbeitgeberseite verweigert worden war, nicht zu vertuschen²⁰⁹). Doch stellte der SMUV den vermeintlichen Nachteilen aus dem Fehlen eines normativen Vertragsteiles die Vorteile des Metallabkommens gegenüber. *Steiner*²¹⁰) wies darauf hin, dass das Mindest- oder Durchschnittslohn-

²⁰⁶) ebenda, S. 10.

²⁰⁷) *Haas*, a.a.O., S. 12.

²⁰⁸) vgl. *Steiner*, Die Arbeitsverhältnisse in der schweiz. Maschinen- und Metallindustrie, S. 50.

²⁰⁹) Zur Erklärung der unternehmerischen Haltung vgl. S. 76 ff. dieser Arbeit.

²¹⁰) Die Arbeitsverhältnisse in der schweiz. Maschinen- und Metallindustrie.

verfahren der Gesamtarbeitsverträge während deren Laufzeit Lohn-diskussionen nur mit dem Einverständnis beider Parteien erlauben. Unstabile Wirtschaftsverhältnisse und sprunghafte Entwicklung der Arbeitstechnik müssten gegenüber dieser Regelung Bedenken wecken. Im Gegensatz zu den starren Minimallohnfixierungen erlaube der Friedensvertrag eine geschmeidige Lohnpolitik, weil Lohnrevisionen jederzeit erörtert werden könnten. Diese Ansicht ergänzte *Salin*²¹¹⁾, indem er im Hinblick auf langdauernde tarifvertragliche Ordnungen feststellte, dass sie «ein starres Element in die Wirtschaft bringen, das unter Umständen eine auf Elastizität hinielende Wirtschaftspolitik gefährlich konterkariert ... Beispielsweise — führte Salin weiter aus — würde sowohl eine auf Deflation wie eine auf Kaufkraftschöpfung ausgerichtete Wirtschaftspolitik in den Gesamtarbeitsverträgen eine schwer zu überwindende Hemmung finden».

Schliesslich ist zu bemerken, dass die Kritik am Fehlen eines normativen Vertragsteiles im Friedensabkommen ihr Augenmerk allzu-sehr auf die Nominallohnfrage richtete und dadurch die übrigen Entschädigungen für die Arbeitsleistung übersah. Der Barlohn allein entscheidet nicht über gerechten und angemessenen Anteil am Arbeitsprodukt. Ferien, Lohnzahlung während Krankheit und Militärdienst, Versicherungsbeiträge usw. sind Aktivposten, die ebenfalls in Geld aufgewogen werden müssen.

Dass die von den gebräuchlichen Gesamtarbeitsverträgen abweichende Gestaltung des Friedensabkommens seiner Zwecksetzung nicht entgegenliefe, bezeugen Fachkreise²¹²⁾:

«Der Form nach kein Gesamtarbeitsvertrag, wirkt das Friedensabkommen dank dem festen Vertragswillen der Parteien doch wie ein solcher, ja sogar stärker als ein Gesamtarbeitsvertrag zwischen Parteien im latenten Kriegszustand.»

Eine zweite Stossrichtung der Kritik am Friedensabkommen zielte gegen den Verzicht auf jede Kampfhandlung während der Vertragsdauer.

Fell nannte es ein «Vergehen», dem Arbeiter das letzte und wirksamste Kampfmittel im Streit um seine Rechte wegzunehmen. Seiner Meinung nach bleiben dadurch die Unternehmer in jeder Auseinandersetzung Sieger²¹³⁾. Ähnlich erklärte auch *Haas*²¹⁴⁾, dass durch das im Friedensabkommen festgelegte Verfahren zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten der wirtschaftlich schwächere Partner immer in Nachteil gesetzt würde. In der kryptokommunistischen Wochenschrift «ABC» eiferte *Gmür*²¹⁵⁾ gegen den Ent-

²¹¹⁾ Der GAV im Wandel der Wirtschaftsordnung, S. 448.

²¹²⁾ *Salin/Burckhardt*, Art. Gesamtarbeitsverträge, Hdb. der schweiz. Volkswirtschaft, Aug. 1955, S. 554.

²¹³⁾ Gewerksch. Kampf oder Arbeitsfrieden, S. 14—16.

²¹⁴⁾ Kampf um das Friedensabkommen, S. 12/13.

²¹⁵⁾ ABC vom 29. Juli 1937.

schluss des SMUV, die Interessen der Arbeiter auf friedlichem Wege zu verteidigen:

«Legen die Arbeiter ... ihre wichtigste Waffe (Streik) aus den Händen, so verschenken sie damit ganz einfach einen grossen Teil der Lohnerhöhung, die ihnen im andern Fall sicher wäre. Dass von den Schiedssprüchen wenig mehr als ein Trinkgeld zu erwarten ist, bestimmt, die Arbeiter über den grössten Betrug hinwegzutäuschen, beweisen der Jubel der finanzkapitalistischen Presse und die Tatsache, dass die Arbeitgeber den Vertrag überhaupt abgeschlossen haben.»

Die Vorwürfe am Verzicht auf Streik und Kampfdrohungen lassen ausser acht, dass die Annahme der absoluten Friedenspflicht durch die Verbände der Maschinen- und Metallindustrie auf der Linie einer historischen Entwicklung lag. Die schweizerischen Gewerkschaften hatten den «Kampf um des Kampfes willen» schon immer abgelehnt und sich sehr früh zum Gedanken der kollektiven Arbeitsregelung bekannt²¹⁶). Wurde der Streik schon in der Zeit gewerkschaftlichen Werdens und Aufbaus als «zweischneidiges Schwert» erkannt, so vollends seit der Herausbildung von mächtigen Gruppen in der Wirtschaft. Siege in Arbeitskämpfen, welcher Seite sie auch zufallen, sind fragwürdig geworden. Eine moderne Industriegewerkschaft müsste sich in einem Konfliktfall auf den geschlossenen Abwehrwillen der Unternehmerorganisationen gefasst machen. Das bedeutet ein ganz «anderes Risiko als in der Vergangenheit, wo man es auf beiden Seiten zumeist mit lokal, kantonal und interkantonal sehr lose organisierten Partner zu tun hatte»²¹⁷).

Neben dem Widerstand von seiten kräftiger Arbeitgeberverbände würde der Streik moderner gewerkschaftlicher Massenorganisationen auch auf den Widerstand des Publikums²¹⁸) und des Staates stossen. In der Zeit der industriellen Entfaltung richtete sich der Streik eindeutig gegen die Unternehmer, deren Belegschaften von der streikführenden Gewerkschaft organisiert waren. Dabei waren Druck und Belästigung unbeteiligter Dritter seltene Erscheinungen. Die Schlagkraft und Wirkungsbreite des Streiks moderner Industriegewerkschaften ist unendlich viel grösser. Das Gemeinwohl wird stärker in Mitleidenschaft gezogen als früher und das normale Leben der Bevölkerung ernsthaft bedroht. Unter diesen Umständen sieht sich der Staat zur Intervention genötigt. Trotzdem es dem liberalen Rechtsempfinden widerspricht, dem Arbeiter das Recht auf Arbeitsverweigerung strittig zu machen, kann sich der Staat kaum um formelle Rechtsfragen kümmern, wenn die Wirkungen moderner Arbeitskämpfe «das Wirtschaftsleben einer Nation im ganzen oder in lebenswichtigen Teilen erschüttern»²¹⁹).

²¹⁶) vgl. dazu *Schwarb*, a.a.O., S. 31 und die dort angegebenen Zitate aus dem Minimalprogramm von 1924 und aus der GR.

²¹⁷) *Heeb*, a.a.O., S. 95.

²¹⁸) vgl. S. 55/56 dieser Arbeit.

²¹⁹) vgl. *Cohen-Reuss*, M., Bemerkungen zum Streikproblem, GR 41, H. 1, Januar 1949, S. 1.

Der SMUV liess sich bei der Uebernahme der absoluten Friedenspflicht, — ganz abgesehen davon, dass offene Kämpfe zu den Bemühungen um einen neuen, genossenschaftlichen Geist sehr schlecht gepasst hätten — von der Einsicht leiten, dass Streiks unter den heutigen Gegebenheiten sehr grosse Opfer heischen und meistens doch mit verbindlichem Schiedsspruch beigelegt werden²²⁰). Ohne die rechtmässigen Ansprüche der Arbeiterschaft herabzusetzen, versuchte die Gewerkschaft auf anderen, weniger dornenvollen Wegen, ihre Ziele zu erreichen. Im Friedensabkommen wurden deshalb unabdingbar die vier Stufen festgelegt, auf welchen die Arbeiterinteressen durchgefochten werden können. Weit davon entfernt, durch die Verpflichtung auf Kampfverzicht eine Schwäche einzugestehen, war die Ablösung der gewerkschaftlichen Kampfhandlungen durch den Vertrag vielmehr eine Frucht der Macht und Geschlossenheit der Unternehmer- und vor allem der Arbeitgeberorganisationen²²¹):

«Das Abkommen in der Metallindustrie ist ein Ausdruck der Stärke, nicht der Schwäche des Metallarbeiterverbandes, wie es gleichzeitig auch der Ausdruck der Stärke des Industriellenverbandes ist.»

In hartnäckig und langjährig bekämpften Feinden plötzlich Partner und «Seilgefährten» zu sehen und als solche zu anerkennen, ist nicht leicht. Dieser «Umstellungskrise» mögen die Bedenken und Einwände sozialdemokratischer Kreise entsprungen sein, zweifeln sie doch an der Vertrauenswürdigkeit der Unternehmer. Die «Beispiele brutaler egoistischer Profitwut» hafteten nach dem Wortlaut pessimistischer Stimmen noch «zu sehr in der Erinnerung», als dass nicht schlimme Befürchtungen Wahrheit werden könnten²²²). Sind nicht die Unternehmer «halsstarrig geblieben gegenüber absolut berechtigten Forderungen?» Werden die Arbeitgeber nach dem Abschluss des Friedensvertrages den angemessenen Wünschen der Arbeiter entgegenkommen, auch wenn keine Streikdrohung mehr im Hintergrund steht? Aus solchen Fragen wurde die Schlussfolgerung gezogen: «Hier steckt das eine grosse Bedenken gegenüber dem Abkommen. Es ist die Gefahr, dass eine Stimmung der falschen Harmonie geschaffen wird, wo schärfste Wachsamkeit am Platze ist»²²³). Das Unsicherheitsgefühl hinsichtlich der Unternehmermentalität mochte einen Diskussionsredner an einer Delegiertenversammlung der sozialdemokratischen Partei der Stadt Zürich²²⁴) veranlasst haben, das Friedensabkommen in der schweizerischen Metallindustrie mit dem «accord Matignon»²²⁵) und seinem Misserfolg in Frankreich zu vergleichen.

²²⁰) vgl. *Giroud*, Das Abkommen in der Metallindustrie, S. 79.

²²¹) *Marbach*, ABC-Schützen gegen das Abkommen ... MAZ 34 vom 21. August 1937. vgl dazu auch *Bratschi*, a.a.O., S. 24. Gegen das Friedensabkommen als «Symbol der Schwächeperiode» des SMUV und als «Kapitulation schmachlichster Art» hatte vor allem *Fell* gewettert.

²²²) *Weber*, Ernst, Der Arbeitsfriede in der Metallindustrie, S. 63/64.

²²³) ebenda.

²²⁴) *Volksrecht* No. 232 vom 4. Oktober 1937.

²²⁵) vgl. dazu *Louis, P.*, Histoire du Mouvement syndical en France, 2. Bd. 1918—1948, Paris 1948, S. 146.

3. Die Verurteilung aus der orthodox-revolutionären Lehre

Die unfreundlichste Aufnahme fand das Friedensabkommen bei jenen Leuten, welche ihrem Denken und ihrer Politik den integralen Klassenkampf zugrunde legen. Eine weitgehende Interessenkongruenz der Sozialparteien, wie sie durch das Friedensabkommen proklamiert wird, musste den Wächtern der orthodox-revolutionären Lehre als Propagandatricks im Dienste der liberalen Wirtschaftsordnung erscheinen²²⁶). Wo die Ueberzeugung herrscht, dass der Klassenkampf eine objektive Notwendigkeit aus dem kapitalistischen Prozess ist, sind den Ideen der Schicksals-Gemeinschaft und der Zusammenarbeit alle Türen verrammt. Werden soziale Differenzen und Spannungen nicht als Erscheinungen der menschlichen Gesellschaft schlechthin, sondern als Notwendigkeit eines bestimmten Wirtschaftssystems aufgefasst, scheint die Lösung der Konflikte nur zu einem kleinen Teil im Bereiche der Schlichtung und der freiwilligen Schiedsgerichtsbarkeit, zur Hauptsache aber in der Anwendung von Macht und Gewalt zu liegen²²⁷). Die Anhänger der Lehre vom unumgänglichen Klassenkampf verwerfen deshalb die Bestrebungen der Gewerkschaften nach Berufssolidarität, Volksgemeinschaft und Arbeitsfrieden. Die kompromisslosen Klassenkämpfer verlangen unablässige Aufbauarbeit an der Position der Gewerkschaften und der gesamten Arbeiterschaft, um in einem zähen Ringen nicht nur die Besserstellung der Arbeiterklasse, sondern auch die endgültige Lösung der sozialen Probleme herbeizuführen²²⁸).

Die *«endgültige Lösung der sozialen Probleme»* sehen die Anbeter der radikalen Lehren offensichtlich in der Ueberwindung des herrschenden Wirtschaftssystems durch das Herausbrechen eines seiner tragenden Stützpfiler, des Privateigentums:

«Der Kapitalismus erfüllte seine historische Mission. Heute, wo das Privateigentum am Produktionsmittel zur Fessel der Entwicklung der Produktivkräfte geworden ist, wo durch die aus dem Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung ständig entstehenden Krisen und imperialistischen Kriege ungeheure Werte vernichtet werden, hat der Kapitalismus seine historische Berechtigung verloren, steht die Frage der Ueberwindung dieser Wirtschaftsform und der Schaffung einer neuen auf der Tagesordnung»²²⁹).

In den Brennpunkt des Angriffes auf die Ideen der Interessenharmonie und der Zusammenarbeit stellen die revolutionären Dogmatiker konsequenterweise Ausbeutungstheorie²³⁰) und Mehrwertlehre. Dominierend stellen sie die Frage nach dem Wesen des Lohnes und seinem Zusammenhang mit dem Profit über die Frage nach Lohnhöhe und ihrem grössenmässigen Verhältnis zu anderen Einkommensarten. Die Entschädigungen für das Produktionsmittel Sach-

²²⁶) vgl. *Laski*, Die Gewerkschaften in der Gesellschaft, S. 32.

²²⁷) *Grujer*, Bringt die Betriebsgemeinschaft den Arbeitsfrieden? S. 381/382.

²²⁸) ebenda.

²²⁹) ebenda.

²³⁰) vgl. auch Hofmaier, K., Arbeitsfriede, Basel 1937, spez. S. 8 ff und 17 ff.

kapital — Profit, Zins und Rente — seien dem Begriff «Lohn» nicht adäquat. Während dieser Arbeitsentgelt darstelle, umfassen jene von der Arbeiterklasse erzeugte und von den Unternehmern angeeignete Mehrwerte. Die Folgerungen aus solchen Anschauungen gipfeln in der Feststellung: «Solange die kapitalistischen Arbeitsverhältnisse herrschen, ist auch ein hoher Lohn nie ein gerechter Lohn»²³¹).

Das unbeirrbare Festhalten am Klassenkampfdogma liess *Fell* über *Ilg's* «Bruch mit der Arbeitersolidarität»²³²) Gift und Galle speien. Ohne starke Heere sind Waffengänge nicht denkbar, auch nicht auf sozialem Gebiet. *Fell* erkannte, wie der SMUV mit dem Friedensabkommen eine starke Heeressäule der Arbeiterseite aus dem Kampf zurücknahm und verurteilte diesen Rückzug als «Verrat».

Die Entgegnung auf die Kritik aus der orthodox-revolutionären Weltanschauung hat ein Mentor und kompetenter Anwalt der SMUV-Politik schon im Jahre 1932 vorweggenommen und später ausgebaut und vertieft²³³): Professor *Marbach*. Er wies darauf hin, dass die Klassentrennung tatsächlich nicht eine Ausgeburt der Marx'schen Ideologie war: «*Marx* die Schuld zuzuschreiben für den Klassenkampf ist ebenso unzulänglich wie das Thermometer verantwortlich zu machen für die Temperatur»²³⁴). *Marx* sah sich, so legte *Marbach* auseinander, den Zuständen englisch-industrieller und preussisch-latifundienmässiger Proletarität gegenüber²³⁵). Die Lehre der Gesamt-solidarität des Proletariates und der Kluft zwischen Werkzeugbenützern und Werkzeugeigentümern war umsoweniger eine blosser Idee *Marxens*, als er sein Anschauungsmaterial vorwiegend aus der Textilindustrie bezog. Hier bestand eine weitgehende Uniformität der Arbeiterscharen. Zudem sammelte der junge Industriekapitalismus vielfach die amorphe Masse der bäuerlichen Ueberschussbevölkerung in den Fabriksälen²³⁶). *Karl Marx* rückte zwar die Antagonie der Grundklassen, der Eigentümer und der Habenichtse, ins Zentrum seiner Lehre, stellte aber das Bestehen von Zwischengruppen nicht in Abrede²³⁷). Während er jedoch die Existenz von Grenzgängern der Gesellschaftssektoren lediglich als momentane Anomalien behandelte, die mit der Zeit im Prozess der «erweiterten Akkumulation» ausscheiden würden, verlief die Entwicklung der letzten Jahrzehnte der apokalyptischen Vision *Marxens* entgegen²³⁸). Die «wasserdichte Scheidung» zwischen Produktionsmitteleignern und Nurarbeitern hält einer objektiven Betrachtung heute nicht mehr stand²³⁹). Zu den «alten»

²³¹) *Gujer*, a.a.O., S. 386.

²³²) Gewerkschaftlicher Kampf oder Arbeitsfrieden, S. 1—5 und S. 17.

²³³) *Marbach*, Gewerkschaft, Mittelstand Fronten; Theorie des Mittelstandes.

²³⁴) Gewerkschaft, Mittelstand, Fronten, S. 95.

²³⁵) ebenda.

²³⁶) *König*, Soziologie Heute, S. 82.

²³⁷) vgl. *Marbach*, Theorie des Mittelstandes, S. 251—255.

²³⁸) vgl. *Schumpeter*, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, S. 34.

²³⁹) vgl. *Marbach*, Theorie des Mittelstandes, S. 220 ff.

mittelständischen Schichten sind «neue» getreten²⁴⁰). Die Entfaltung des Industriekapitalismus führte zu einer starken Differenzierung der Arbeiterklasse, sodass deren Angehörige nicht mehr auf einen proletarischen Einheitsnenner gebracht werden können. Von den landläufigen Merkmalen der «Arbeiter» — vorwiegend körperliche Arbeit, schicksalhafte Verbundenheit mit dem Proletariat, kleiner Lohn, bemessen nach Stunden- oder Stückzahl usw. — sind nur noch die formalen Kriterien zum Teil geblieben. Die Oberschicht der Arbeiterschaft reicht allmählich weit hinein ins Bürgertum. Dazu kommt noch eine ständig steigende Forcierung eines unaufhörlichen Aufstieges einzelner Leute und Gruppen in obere Ränge dank dem Bedarf an Spezialisten in Verkauf, Montage, Kalkulation usw. Die abstrakten Modelle der Gesellschaftsschichtung in zwei sauber getrennte Lager sind vom sozialen Dynamismus in den Hintergrund gedrängt worden. Entscheidend für die Stellung des Individuums ist heute weniger sein Verhältnis zu den Produktionsmitteln als sein Funktionswert in der Arbeitswelt²⁴¹). Die Probleme haben sich jedoch trotz dieser Wandlung aus dem sozialen Leben keineswegs verflüchtigt. Sie stellen sich lediglich in neuem Gewande. Das Kernübel der ökonomischen und sozialen Verhältnisse unserer Zeit liegt in der Tatsache, dass sich die Teilspektoren der Wirtschaft und Gesellschaft in verschiedenen Rhythmen bewegen²⁴²). Zwischen Produktions- und Verteilungssphäre öffnen sich Disproportionalitäten²⁴³), deren Nachteile die autonomen Marktkräfte anscheinend nicht innerhalb nützlicher Frist beseitigen können.

Nach diesen knappen Erörterungen zum Problem der gesellschaftlichen Schichtung stellt sich das Friedensabkommen in der Metallindustrie als Instrument der Anpassung eines gewichtigen Teilkreises des wirtschaftlichen Lebens an die zeitlichen Verschiebungen des sozialen Prozesses dar: Friedliche und vernünftige Behandlung der Meinungsverschiedenheiten bedeuten «Synchronisierung» der Interessenwahrnehmung mit den modernen Gegebenheiten der Wirtschaft und der Technik. Denjenigen, die sich dieser Einsicht verschliessen, kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, dass sie sich in kanonisierten Denkschemata und Meinungsschablonen verloren und den Anschluss an die voraneilende Realentwicklung der ökonomischen und sozialen Struktur verpasst haben. Es geht nicht an, im stetigen Fluss der gesellschaftlichen Problematik stehen zu bleiben und das Wollen und Handeln ausschliesslich an den vorgefassten Plänen von überragenden Vorkämpfern und Propheten auszurichten.

Am Schlusse dieses Kapitels mag es angebracht sein, noch kurz die Reaktion des SMUV auf die Kritik an seiner Politik zu erwähnen.

²⁴⁰) vgl. *Marbach*, Theorie des Mittelstandes, S. 188 ff.

²⁴¹) *König*, a.a.O., S. 87.

²⁴²) Ders., S. 97 ff.

²⁴³) Zur «Disproportionalitätstheorie» vgl. z. B. *Marbach*, Zur Frage der wirtschaftlichen Staatsintervention, Bern 1950, spez. S. 200.

Die Gegnerschaft des Friedensabkommens rekrutierte sich fast vollständig im kommunistischen Lager. Ihren Aeusserungen lagen denn auch weniger ökonomische und soziale als vielmehr politische und weltanschauliche Absichten zugrunde. Diese gewerkschaftsfremde Zwecksetzung macht es erklärlich, dass der SMUV auf die Mephistopolitik der Gegner knapp, aber deswegen nicht weniger eindrücklich reagierte: «Die Kritik am Friedensabkommen kommt vor allem aus jenen Kreisen, die es gar nichts angeht»²⁴⁴).

Für die Gouvernantendienste der politischen Arbeiterbewegungen hatte der SMUV wenig übrig:

«... den sehr oberflächlich und leichthin urteilenden Kritikern aus den Reihen der politischen Arbeiterbewegung muss wieder einmal daran erinnert werden, dass die Gewerkschaften nun einmal ihr Eigenleben führen und führen müssen und dass sie auch ein Eigenrecht für sich in Anspruch nehmen dürfen. Weder der einzelne Sozialdemokrat oder Kommunist noch eine ganze Partei oder Parteipresse sind berufen, den Gewerkschaften Vorschriften zu machen, ihnen die Marschroute zu befehlen oder sich ihnen gegenüber als Schulmeister, der alles besser weiss, aufzuspielen»²⁴⁵).

Mit Recht wollte sich die Gewerkschaft insbesondere «die Entscheidung darüber, ob gestreikt werden soll oder nicht, überall und jederzeit» vorbehalten. Die Gewerkschaft und deren Mitglieder müssen «im Streikfall alle Risiken »auf sich nehmen und «unter Umständen schwere und schwerste Opfer für sich und ihre Familien» tragen, «wenn es zu einer Arbeitsniederlegung von kleinerem oder grösserem Ausmass kommt»²⁴⁶).

²⁴⁴) Zentralsekretär Ernst Wüthrich in einer persönlichen Unterredung über das Friedensabkommen.

²⁴⁵) Heeb, a.a.O., S. 27/28.

²⁴⁶) ebenda.

SCHLUSSBETRACHTUNGEN

Ein zusammenfassender Rückblick über die wechselseitigen Beziehungen der Sozialparteien in der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie zeigt eine Entwicklung, die im Laufe des 100-jährigen Lebens unseres Industriezweiges von patriarchalischen über anarchische zu vertragsregulierten Formen aufsteigt. In dieser allgemein gehaltenen Ausdrucksweise lässt sich der zeitbedingte Wandel des Sozialstiles nicht nur der Metallindustrie, sondern aller stoffverarbeitenden Wirtschaftszweige und in Sonderheit der Industrie festhalten. Die Verhältnisse in der Metallindustrie weisen weder in der «Frühzeit», im betriebsinternen Patriarchat, noch im «Mittelalter», in der Epoche des nach allen Augenblicksvorteilen haschenden Interessenkampfes Besonderheiten gegenüber anderen Wirtschaftsgruppen auf. Erst die maschinenindustrielle Vertragsepoche brachte eine entscheidende Abweichung von der breiten Strasse des Ueblichen: Das Friedensabkommen verzichtete darauf, in zahllosen Einzelnormen möglichst alle Fragen der Arbeitsverhältnisse einzufangen. An den Platz eines reichbefrachteten Kataloges von Bestimmungen und Ansätzen stellte es eine Generalklausel, die bis in die letzten Winkel menschlichen Zusammenlebens und Zusammenarbeiten wirken soll: Treu und Glauben.

Es mag nachdenklich stimmen, dass die im privaten Verkehr von Mensch zu Mensch landläufige Forderung nach Anstand und Offenheit im Sektor der Wirtschaft einer besonderen Verankerung durch Vertrag und ständiger Neubelebung durch persönlichen Einsatz einsichtiger Funktionäre der Verbände bedarf. Einen Zustand bedauern trägt jedoch nichts zur Abhilfe bei. Dass die Sozialverbände der Maschinenindustrie unter massgebender Führung ihrer Präsidenten, *Konrad Ilg* und *Ernst Dübi*, einer allgemein gültigen, ethischen Norm des gesellschaftlichen Lebens in der Wirtschaft zum Durchbruch verhalfen, scheint uns besonders würdigungspflichtig. Dabei bewegten sich die Arbeiten und Mühen der Maschinenindustrie um die Entgiftung des Wirkungsfeldes der Sozialparteien nicht im unerreichbar Ideellen und Utopischen. Man war sich bewusst, dass Worte ohne Leistung sehr schnell verklingen und liess nicht ausser acht, dass gute Vorsätze rasch über Bord gehen, wenn persönliche Vorteile und Profite winken. Beiden Umständen wurde Rechnung getragen. Einerseits durch die

mannigfachen Zugeständnisse der Arbeitgeber an die Arbeiter und durch die wohlabgewogene Dosierung der gewerkschaftlichen Forderungen vor allem in der Kriegszeit. Andererseits wurde durch die Vereinbarung einer Konventionalstrafe von einer Viertelmillion Franken der vertragswidrigen Ausnutzung von Momentanvorteilen ein, wenn auch bestimmt nicht bruchsfester, Riegel geschoben.

Das Friedensabkommen hat bis heute die Hoffnungen, die vernünftigerweise darauf gesetzt werden konnten, nicht enttäuscht. Die Vertragserneuerungen von 1944, 1949 und 1954 brachten den Beweis dafür, dass der Wunsch zur solidarischen Zusammenarbeit nicht nur dem Erlebnis der Not und der äusseren Gefährdung entsprungen war, um dann bei politisch und wirtschaftlich ruhigerem Wellengang wieder zu verblassen, sondern einem dauerhaften Willen zur gemeinsamen Aufbauarbeit. Ein Zusammengehen auf dem Boden gegenseitigen Vertrauens ist nur möglich, wenn keine Partei in ihren Forderungen den Bogen überspannt und in ihren Konzessionen den Geizhals spielt. Die Sozialparteien der Maschinenindustrie haben sich durch die Unterzeichnung des Friedensabkommens bereit gezeigt, die «demokratische Dimension» bei der Behandlung innerbetrieblicher und allgemeiner wirtschaftlicher Angelegenheiten auszubauen. Die Gewerkschaft brachte jedoch für die Grenzen der «Wirtschaftsdemokratie» volles Verständnis auf¹⁾. Diese werden — unabhängig von den gesamtwirtschaftlichen Gestaltungsprinzipien — durch die ökonomischen und organisatorischen Notwendigkeiten gezogen. Das Friedensabkommen bezweckt eine Durchbrechung der herkömmlich liberalen Ordnung mit ihrer oft zu sehr auf wirtschaftlich-rationalen Zwang und arbiträrer Autorität ausgerichteten Hierarchie, ohne die für unerwartete Situationsänderungen nötige Dispositionsfreiheit der Unternehmungsleiter zu unterbinden.

Die hervorragende Haltung der Arbeiterschaft während des zweiten Weltkrieges, die als wirtschaftlich schwächerer Teil ungleich viel empfindlichere Opfer auf sich nahm als die sich einer ausgesprochenen Hochkonjunktur erfreuenden Unternehmen, ermöglichte eine Beruhigung der Atmosphäre, die im Interesse unserer Landesverteidigung nach innen und aussen unerlässlich war. Die Gewerkschaften haben den Beweis dafür erbracht, dass blinde Zwängereien um momentane Sondervorteile nicht zum Aktionsprogramm der Arbeiterschaft gehören. Die doktrinär-revolutionistische Forderung, ohne tiefere Überlegung kurzerhand alles über den Haufen zu werfen, was bisher

¹⁾ Der Begriff «Wirtschaftsdemokratie» kann leicht Verwirrung stiften. «Demokratie» schliesst nach der ethymologischen Ableitung die Herrschaft und das Selbstbestimmungsrecht des Volkes in sich. Die Friedensvereinbarung von 1937/54 wollte jedoch keineswegs eine Regierung des Betriebsvolkes erzwingen. Demokratie im Sinne des Friedensabkommens ist Mitwirkung der Arbeiterschaft an der Gestaltung des Betriebslebens, Mitsprache, Mitraten, Vorschlägen und Mitentscheiden durch das Mittel der Arbeiterkommission und der Gewerkschaft über den ASMMI, wo vitale Interessen der Belegschaften auf dem Spiele stehen.

organisch gewachsen ist, hat für die Gewerkschaftsführer längst anachronistischen Charakter. Man gibt sich Rechenschaft darüber, dass die Schweiz kein Eiland ist, das in der Gestaltung seiner wirtschaftlichen Belange schalten und walten kann, wie es ihm beliebt. Auch zum Problem der Verstaatlichung hat der SMUV durch die Unterzeichnung des Friedensabkommens eindeutige Stellung zugunsten eines möglichst grossen staatsgewaltfreien Sektors in der Wirtschaft genommen und seither diese Auffassung immer wieder bekräftigt. Die Absage an die Verstaatlichung²⁾ manifestiert eindrücklich den Willen der Gewerkschaft, *an die Stelle der zu bekämpfenden und zum Teil schon ausgemerzten «Herren-im-Hause» nicht die «Beamten-im-Hause» nachrücken zu lassen.*

Wie die Beschäftigung mit allen Bereichen des privaten und gesellschaftlichen Lebens legt auch jene mit den wechselseitigen Beziehungen der Sozialverbände in einer Industrie die Frage auf die Zunge: was ereignet sich morgen?

Wirtschaftliche, politische und soziale Zukunftsprophezeiungen, sofern sie nicht bedingt-theoretische Voraussagen, sondern konkrete Ankündigungen künftiger Geschehnisse waren, haben sich schon so oft als glatte Fehlspekulationen erwiesen, dass man sich kaum an solche Prognosen heranwagt. Trotzdem: das Fragezeichen über der Zukunft behält seine volle Grösse. Um die künftige Entwicklung der Beziehungen der Sozialverbände in der Maschinen- und Metallindustrie ranken sich die Vermutungen und Fragen besonders darum, weil das Friedensabkommen erst *eine* grosse Bewährungsprobe mit Erfolg hinter sich gebracht hat: die Zeit des Krieges und der glänzenden Geschäftsgänge.

Wie werden sich die Verhältnisse entwickeln, wenn die Wirtschaft ihre gegenwärtigen hohen Tourenzahlen herabsetzen muss und die Periode des Arbeiter- durch Zeiten des Arbeitsmangels abgelöst wird?

Frei von aller Prophetenabsicht kann die Feststellung gemacht werden: Hat das Friedensabkommen sich schon in den Jahren wirtschaftlichen Sonnenscheins als hervorragendes Instrument zur Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Maschinenindustrie und als Mittel zur Förderung des Solidaritätsgedankens hervor getan, sind die Möglichkeiten, die es in der Depression zur Meisterung der schwierigen Situationen bietet, erst recht von grösster Bedeutung. Konrad Ilg wies schon im Jahre 1937 darauf hin, dass paritätische Verhandlungen im Sinne der Vereinbarung in einer neuen Krisenperiode beispielsweise die Arbeitsverteilung, d. h. die Regulierung der Kurzarbeit bei Beschäftigungsmangel zur allgemeinen Zufriedenheit lösen könnten³⁾. Absteigende Konjunktur bringt immer allerlei Unliebsamkeiten in den Betrieben mit sich. In solchen Momenten wird es ganz besonders wichtig sein, dass die Sozialparteien keine Trübung im gegenseitigen Vertragsver-

²⁾ MAZ, Nrn. 3, 4, 5 und 6, vom 18., 25. Januar, 1. und 8. Februar 1956.

³⁾ Protokoll der SMUV-Konferenz vom 24. Juli 1937.

hältnis entstehen lassen und sich in offener Weise aussprechen, um Spannungen beim Aufeinandertreffen der Meinungen zu vermeiden. Während die Hochkonjunktur grösste Anforderungen an die Einsicht der Arbeiterschaft stellt, wird eine Depression auch von den Unternehmern ihren Tribut verlangen. Auf der weltanschaulichen Ebene wird dieser darin bestehen, dass nicht schon in den ersten Kontroversen mit den Gewerkschaften die Schemen der Vergangenheit heraufbeschworen werden und in sturer Schwarz-Weiss-Malerei bei jeder sozialen Forderung die Gefahr der totalen Verstaatlichung, des Untergangs der individuellen Freiheit und des wirtschaftlichen Ruins an die Wand gemalt wird. Für den materiellen Tribut, welchen die Unternehmen zur Vermeidung von sozialen Spannungen und Unruhen beitragen müssen, gilt auch heute noch das Wort, welches *Salin*⁴⁾ mitten im letzten Krieg prägte: «Nur wenn die Arbeitgeber rechtzeitig verstehen, dass sie bei einem Minimum von Gehalt und Gewinn das vertretbare Maximum der Löhne entrichten müssen, und nur, wenn die Arbeiter hiernach erkennen, wie eng ihr Schicksal mit dem des Betriebes verbunden ist — nur dann besteht Hoffnung, dass das genossenschaftlich-demokratische Instrument der Gesamtarbeitsverträge ausreicht, um eine relativ freiheitliche, das heisst: in Freiheit gebundene Ordnung von Gewerbe und Industrie über die Stürme der Gegenwart hinwegzuretten und in genossenschaftlichem Geist den sozialen Frieden zu sichern.»

⁴⁾ Der genossenschaftliche Gedanke, a.a.O., S. 145.

VERZEICHNIS DER BENÜTZTEN LITERATUR

(Sie wird im allgemeinen im Text und in den Noten bloss mit dem Autorennamen zitiert, immerhin mit einem Stichwort, wenn mehrere Arbeiten eines Verfassers benützt worden sind).

1. Allgemeine Literatur

- Albrecht, G.*, Sozialpolitik, Göttingen 1955.
- Baumann, P.*, Die Friedenspflicht aus Tarifvertrag, GR 21, H. 3, 1929.
- Beckerath, H. v.*, Grossindustrie und Gesellschaftsordnung, Tübingen/Zürich 1954.
- Berenstein, A.*, Die «Friedenspflicht» und der Gesetzesentwurf über die Gesamtarbeitsverträge, GR 44, H. 6/7, 1952.
- Bernet, F.*, Arbeitsfrieden, Zürich 1938.
- Boos, R.*, Der Gesamtarbeitsvertrag nach schweizerischem Recht, Stuttgart 1920.
- Boveri, W.*, Ansprachen und Betrachtungen, Zürich 1954.
- Bratschi, R.*, Die Gewerkschaften im Bundesstaat, in: Die Schweiz der Arbeit, Zürich 1948.
- Briefs, G.*, Das gewerbliche Proletariat, in: Grundriss der Sozialökonomik, IX. Abteilung, Das soziale System des Kapitalismus, Tübingen 1926.
- Zwischen Kapitalismus und Syndikalismus, Bern 1952.
- Carell, E.*, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Heidelberg 1954.
- Eucken, W.*, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern 1952.
- Gawronsky, V.*, Das Mitspracherecht der Arbeitnehmer, Diss. Bern 1935.
- Gehring, E.*, Die Entwicklung des Gesamtarbeitsvertrages im schweizerischen Buchdrucker-Gewerbe, Diss. Bern 1948.
- Gerster, H.*, Die Arbeitgeberorganisationen der Schweiz, Diss. Zürich 1921.
- Giacometti, Z.*, Verfassungsrecht und Verfassungspraxis, in: Festgabe für Fritz Fleiner, Zürich 1937.
- Glinz, F.*, Zusammenarbeit in der schweizerischen Exportwirtschaft, St. Gallen 1944.
- Göldi, H.*, Der Export der schweizerischen Hauptindustrien während der Kriegszeit 1939—1945, Diss. Bern 1949.
- Grimm, R.*, Der Kampf der Unternehmerverbände in der Schweiz und die Gewerkschaften, H. 2/3 der «Sozialpolitischen Zeitfragen der Schweiz», Zürich 1909.
- Gros-pierre, A.*, Die Friedenspflicht aus Tarifvertrag, GR 21, H. 7, Juli 1929.
- Guhl, T.*, Das Schweizerische Obligationenrecht, 2. Aufl., Zürich 1937.

- Gujer, F.*, Bringt die Betriebsgemeinschaft den Arbeitsfrieden? Schweiz. Zeitschr. f. Gemeinnützigkeit, H. 8, 1944.
- Haberler, G.*, Prosperität und Depression, Zürich 1955.
- Hackhofer, K.*, Berufsständischer Aufbau, Bern 1934.
- Hauser, A.*, Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden in der Schweiz, SAGZ, 44, 1944, Nr. 26.
- Herkner, H.*, Die Arbeiterfrage, 5. Aufl., Berlin 1908.
- Hofer, H.*, Die industrielle Auswanderung unter besonderer Berücksichtigung der schweiz. Exportindustrie, Diss. Bern 1952.
- Hueck-Nipperdey*, Lehrbuch des Arbeitsrechtes, 2. Bd., Mannheim 1932.
- Hummler, F.*, Lizenzvergebung ins Ausland durch die schweizerische Industrie, in: Industrielle Organisation, 13, Nr. 3, Zürich 1933.
- Ingold, W.*, Auf dem Wege zur Arbeitsverfassung, Bern 1937.
- Keller, P.*, Die Auswanderung schweizerischer Industrien, St. Gallen 1930.
- Kellerhals, W.*, Arbeiterkommissionen, Diss. Basel 1949.
- Killias, L.*, Die Export-Risikogarantie des Bundes als Mittel der Exportförderung, Zürich 1947.
- Kistler, L.*, Die Betriebsgemeinschaft, Diss. Fribourg 1953.
- König, R.*, Soziologie Heute, Zürich 1949.
- Laski, H. J.*, Die Gewerkschaften in der Gesellschaft, Köln 1952.
- Lorenz, J.*, Berufständischer Aufbau, Bern 1934
- Marbach, F.*, Gewerkschaft, Mittelstand, Fronten, Bern 1933.
— Theorie des Mittelstandes, Bern 1942.
- Möri, J.*, Burgfrieden und Berufsgemeinschaft, GR 35, H. 12, 1943.
- Müller, P.*, Hermann Greulich und die Gewerkschaften, GR 34, H. 8, 1942.
- Naef, E.*, Geistige Kräfte der freien französischen Gewerkschaftsbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Diss. Bern 1954.
- Neumann, H.*, Der Gesamtarbeitsvertrag, Zürich o. J.
- Nobs, E.*, Antwort auf die Frage: Interessenkampf oder Zusammenarbeit, in: Die Schweiz, Brugg 1938.
- Osterwalder, M.*, Die Export-Risikogarantie des Bundes, Diss. Bern 1944.
- Rathenau, W.*, Von kommenden Dingen, Berlin 1918.
- Salin, E.*, Der genossenschaftliche Gedanke und die Gesamtarbeitsverträge, Zeitschr. f. schweiz. Stat. u. Volksw., 79, 1943.
— Der Gesamtarbeitsvertrag im Wandel der Wirtschaftsordnung, Zeitschr. f. schweiz. Stat. u. Volksw., 79, 1943.
— Von der Sozialpolitik zum Recht auf Arbeit, Festgabe für Fritz Mangold, Basel 1941.
- Salin/Burckhardt*, Gesamtarbeitsverträge, Hdb. der Schweiz. Volksw., Ausgabe 1955.
- Saxer, A.*, Antwort auf die Frage: Interessenkampf oder Zusammenarbeit, in: Die Schweiz, Brugg 1938.
- Scherrer, J.*, Sozialismus und freie Gewerkschaften, St. Gallen, o. J.
- Schiwoff, V.*, Die Beschränkung der Arbeitszeit durch kantonale Gesetzgebung und durch das erste Eidg. Fabrikgesetz von 1877, Diss. Bern 1952.
- Schlumpeter, J.*, Kapitalismus und Demokratie, 2. Aufl., Bern 1950.
- Schwarb, E.*, Gewerkschaftliche Lohnpolitik im Rahmen der schweizerischen Wirtschaftspolitik von 1918—1939, Diss. Basel 1948.
- Schweingruber, E.*, Das Arbeitsrecht in der Schweiz, Zürich 1951.
- Seidel, E.*, Die Deutschen Gewerkschaften, Stuttgart 1948.

- Siegrist, W.*, Einwirkungen der Gesamtarbeitsverträge auf die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Betrieb, in: Mensch und Arbeit, St. Gallen 1948.
- Sombart, W.*, Der moderne Kapitalismus, I, München 1928.
- Steiner, A.*, Gesetz und Vertrag, Bern 1952.
- Sturmthal, A.*, Die grosse Krise, Zürich 1937.
- Streiff, F.*, Produktivität und Betriebsklima, Sonder-Ausg. der Industriellen Organisation, Zürich 1952.
- Sulzer, H.*, Auslandsfabrikation der schweizerischen Industrie und ihre Rückwirkung auf unsere Volkswirtschaft, Schriften des Zentralverbandes Schweizerischer Arbeitgeberorganisationen, Nr. 29, Zürich 1932.
- Zur Lage der schweizerischen Exportindustrie, Zeitschr. f. schweiz. Stat. und Volksw., 71, 1935.
- Wagner, V. F.*, Kollektive und kollektivvertragliche Lohnbildung, Zeitschr. f. schweiz. Stat. u. Volksw., 83, 1947.
- Waldner, K.*, Die Schlichtung von kollektiven Arbeitsstreitigkeiten in der Schweiz, Diss. Basel 1949.
- Weber, M.*, Berufsgemeinschaft, GR 33, H. 8, 1941.
- Nach dem 26. September, Rote Revue, 16, H. 3, 1936.
- Weckerle, E.*, Hermann Greulich, Biographie, Zürich 1937.
- Welti, H.*, Die Arbeiterkommissionen in den privaten Betrieben, Diss. Zürich 1942.

2. Spezielle Literatur

- Abkommen, das, über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie vom 16. Juli 1937, Sinn und Bedeutung, Orientierungsschrift des SMUV an seine Mitglieder, Bern 1937.
- Bericht des SMUV über die Erfahrungen während der zweijährigen Dauer des Abkommens in der Maschinen- und Metallindustrie, Bern 1939. (Zitiert: Bericht des SMUV 1939).
- Brüschweiler, C.*, Ergebnisse der Erhebung vom April 1939 über die soziale und berufliche Gliederung der Angestellten und Arbeiter der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie, in: J. ber. des ASMMI für 1941, Anhang.
- Burckhardt, L.*, Das Friedensabkommen in der Schweizer Metallindustrie um fünf Jahre verlängert, in: Sozialer Fortschritt, Unabhängige Zeitschrift für Sozialpolitik, Berlin/Bonn 1954.
- Burren, E.*, Die Vorbildung, Auswahl und Schulung der Arbeitnehmerschaft in der schweizerischen Maschinenindustrie, Diss. Bern 1948.
- Casanova, E.*, Die Entwicklung der schweizerischen Maschinenindustrie während des Weltkrieges und in der Nachkriegszeit, Diss. Bern 1936.
- Cattani, O.*, Die Produktionserhebungen in der schweizerischen Maschinenindustrie, in: Zeitschr. f. schweiz. Stat. u. Volksw. 72, 1936.
- Denzler, O.*, Zur Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Maschinenindustrie, in: Zeitschr. f. schweiz. Stat. u. Volksw. 66, 1930.
- Dübi, E.*, Betrachtungen und Gedanken, Sonder-Abdruck einer Ansprache vor der Generalversammlung des ASMMI vom 16. Juli 1942 in Zürich.

- Dübi/Ilg*, Betrachtungen über den Arbeitsfrieden, in: Kultur- und Staatswissenschaftliche Schriften der Eidgenössischen Technischen Hochschule, H. 47, Zürich 1945.
- Fell, P.*, Gewerkschaftlicher Kampf oder Arbeitsfrieden, Basel 1944.
- Gawronsky, V.*, Die Vertragspolitik des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes, GR 32, H. 7, 1940.
- Giroud, E.*, Das Abkommen in der Metallindustrie, GR 30, H. 3, 1938.
- Haas, J.*, Kampf um das Friedensabkommen in der Maschinen- und Metallindustrie, Wallisellen-Zürich 1944.
- Hablützel, A.*, Die Angestellten- und Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen der Zürcherischen Metall- und Maschinenindustrie, Diss. Zürich 1929.
- Heeb, F.*, Das Abkommen in der Maschinen- und Metallindustrie, Rote Revue, 17, H. 1, 1937.
- Ilg, K.*, Die schweizerischen Gewerkschaften in den letzten 25 Jahren, in: Festgabe für Bundesrat Schulthess, Zürich 1938.
- Betrachtungen über den Sinn und die Bedeutung unserer vertraglichen Abmachungen in Industrie und Gewerbe, Sonder-Abdruck eines Vortrages an einer Konferenz des SMUV im Sept. 1943.
 - Vertragliche Bindungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerorganisationen, in: Mensch und Betrieb, St. Gallen 1948.
 - Unsere vertraglichen Abreden und ihre sachliche und moralische Bedeutung für den Arbeitsfrieden, Referat an einer Delegierten-Konferenz des SMUV, Bern 1942.
 - Der Arbeitsfriede, seine Idee und seine Voraussetzung, Sonder-Abdruck eines Referates vor der Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft, Bern 1943.
- Kamber, A.*, Der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband, Diss. Zürich 1931.
- Konrad Ilg zu Ehren, hrsg. vom SMUV, Bern 1954.
- Lavater, E.*, Der Daseinskampf der Maschinenindustrie, Winterthur 1943.
- Lincke, B.*, Die schweizerische Maschinenindustrie und ihre Entwicklung in wirtschaftlicher Beziehung, Diss. Zürich 1910.
- Der Verein Schweizerischer Maschinenindustrieller 1883—1933, Brugg 1933.
 - Die Schweizerische Maschinen- und Elektroindustrie, Zürich 1933.
- Marbach, F.*, Konrad Ilg, in: Thurgauer Mappe 1944.
- Meyer, H.*, Die Arbeiterbewegungen in der schweizerischen Maschinenindustrie im Jahre 1905, Zürich 1906.
- Osswald, F.*, Die Betriebsstruktur in der Schweizerischen Maschinenindustrie, Diss. Basel 1953.
- Reichlin*, Die schweizerische Maschinen- und Metallindustrie als Arbeits- und Verdienstquelle, in: Zeitschr. f. schweiz. Stat. u. Volksw. 62, 1926.
- Saner, E.*, Der Schweizerische Maschinenexport von 1930—1945, Diss. Fribourg 1949.
- Steiner, A.*, Die Arbeitsverhältnisse in der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie, J. ber. des SMUV für 1950.
- Uhlmann, J.*, Geschichtliches aus dem Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverband, in: Konrad Ilg zu Ehren, Bern 1954.
- Weber, E.*, Der Arbeitsfriede in der Metallindustrie, Rote Revue, 17, H. 2, 1937.
- Weber, M.*, Existenzfragen der schweizerischen Maschinenindustrie, Zürich 1936.
- Weckerle, E.*, Die Maschinenindustrie, Olten 1946.

- Wüthrich, E., 15 Jahre Vertrag in der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie, MAZ 29, 16. Juli 1952.
- Zollinger, M., Die Finanzierung der schweizerischen Maschinengrossindustrie, Diss. Bern 1925.
- Zweck und Bedeutung der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Sinne der unbedingten vertraglichen Friedenspflicht in der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie. Orientierungsschrift des SMUV an die Arbeiterschaft der Maschinen- und Metallindustrie, Bern 1939. (Zitiert: Zweck und Bedeutung).

3. Quellen

- Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft, Ausg. 1955, hrsg. v. d. Gesellschaft für Schweizerische Statistik und Volkswirtschaft.
- Die Volkswirtschaft, wirtschaftliche, sozialstatistische und arbeitsrechtliche Mitteilungen, hrsg. v. Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement.
- Statistisches Jahrbuch der Schweiz, hrsg. v. Eidgenössischen Statistischen Amt.
- Mitteilungsblatt des Delegierten für Arbeitsbeschaffung.
- Aussenwirtschaft, Zeitschrift für internationale Wirtschaftsbeziehungen, hrsg. v. Schweizerischen Institut für Auslandsforschung.
- Die Schweiz, Ein nationales Jahrbuch, hrsg. von der Schweizerischen Historischen Gesellschaft.
- Werkzeitung der Schweizerischen Industrie, hrsg. v. d. Genossenschaft «Werkzeitung der Schweizerischen Industrie».
- Industrielle Organisation, hrsg. v. Betriebswissenschaftlichen Institut der Eidgenössischen Technischen Hochschule.
- Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, hrsg. v. d. Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft.
- Schweizerische Zeitschrift für Gemeinnützigkeit, hrsg. von der Gemeinnützigen Gesellschaft der Schweiz.
- Schweizerische Arbeitgeberzeitung, hrsg. v. Zentralverband Schweizerischer Arbeitgeberorganisationen.
- Schweizerische Metallarbeiterzeitung, hrsg. vom Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverband.
- Gewerkschaftliche Rundschau der Schweiz, Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.
- Rote Revue, Sozialistische Monatsschrift.
- Jahresberichte des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes.
- Jahresberichte des Arbeitgeberverbandes Schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller.
- Jahresberichte des Vereins Schweizerischer Maschinenindustrieller.
- Jahresberichte einiger Unternehmen der Maschinenbranche.
- Jubiläumsschriften einiger Unternehmen der Maschinenbranche.
- Protokolle und Maschinenschriften des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes über Verhandlungen und Referate anlässlich interner und paritätischer Konferenzen.
- Zeitschrift, unabhängige, für Sozialpolitik: sozialer Fortschritt.

4. Tageszeitungen

Basler Nachrichten
Der Bund
Journal de Genève
Neue Zürcher Zeitung
Thurgauer Zeitung
Volksrecht

Verwendete Abkürzungen

ASMMI	Arbeitgeberverband Schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller
GAV	Gesamtarbeitsvertrag
GR	Gewerkschaftliche Rundschau der Schweiz
MAZ	Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
SAGZ	Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung
SMAV	Schweizerischer Metallarbeiterverband
SMUV	Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiterverband
SVEA	Schweizerischer Verband Evangelischer Arbeiter und Angestellter
VSM	Verein Schweizerischer Maschinenindustrieller

CURRICULUM VITAE

Ich, Ulrich Josef *Hossli*, wurde am 15. Mai 1929 als Sohn des SBB-Beamten Edmund Hossli (†) und der Rosa Hossli (-Basler) in Zürich geboren. Mein Heimatort ist Zeihen, Kt. Aargau. Nach der Primarschule im St. Gallischen Schmerikon und der Realschule in Näfels, Kt. Glarus, besuchte ich von 1944 bis 1949 die Kantonsschule von Appenzell I.-Rh., das Kollegium St. Anton in Appenzell. Ich verliess die Mittelschule mit dem Eidg. Maturitätszeugnis Typus A. Von 1950 bis 1952 war ich an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich immatrikuliert. Nach Belegung von zwei Semestern an der Universität Neuenburg bezog ich im Herbst 1953 die Universität Basel, wo ich im Dezember 1956 die mündliche Doktorsprüfung ablegte. Im Laufe meines Studiums habe ich an Vorlesungen und Uebungen der folgenden Herren Professoren teilgenommen: *Bickel, Brogle, Büchner, Clerc, Erard, Furlan, Gabus, Grisel, Guth, Higy, Imboden, Jeanprêtre, Käfer, Knapp, Lautner, Mötteli, Niederer, Niehans, Oftinger, Rosset, Saitzew, Salin, Sauser-Hall, Scheurer, Silberschmidt, Simonius, Wagner, Weber, Weiss.*

Nach Abschluss meines Studiums war ich während eines Jahres für eine Schweizer Firma in Brüssel beschäftigt. Zurzeit bin ich in Stuttgart als Geschäftsführer einer Handelsgesellschaft für Import- und Versandhandel tätig.

